

Sonderheft 4

PROBLEME DES KLASSEN- KAMPFS



BUNDESWEHR - WAFFE DES KAPITALS

**Materialien zur Rolle der Bundeswehr
im Gesellschaftssystem der BRD**

Geschichte des deutschen Militarismus
Militärisch-industrieller Komplex
Innen- u. außenpolitische Funktion d. Bundeswehr

PROBLEME DES KLASSENKAMPFS

Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik

Sonderheft 4

BUNDESWEHR - WAPPE DES KAPITALS

Redaktionskollektiv dieses Sonderheftes: Gerhard Armanski, Werner Hoffmann, Wolfgang Kaiser, Karl Tempel, Thomas Wabnitz (presserechtlich verantwortlich).
Mitarbeiter: Hans Dieter Bamberg, Morbus Böck, Manfred Bosch, Kurt Boos, Wolfgang Gießler, Volker Hegemann, Martin Kempe, Volker Möhle, Volker Joachim Stern.
Die Zeitschrift wird herausgegeben von der Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V., Westberlin.

Das Inhaltsverzeichnis befindet sich auf der dritten Seite des Umschlags.

Redaktion:
1 Berlin 10, Postfach 100529
Verlag und Vertrieb:
POLITLADEN GmbH
852 Erlangen, Hindenburg-
straße 17
Tel. 09131/25743 + 24850

Satz:
Verlag und Druck GmbH
1 Berlin, Pfalzburger Str.20

Druck:
Offsetdruckerei
852 Erlangen
Hindenburgstraße 15

Bindarbeiten:
Großbuchbinderei Gebhardt
Schalkhausen bei Ansbach

Zur Zeit ist Anzeigenpreis-
liste Nr.3 gültig.

Nachdruck, auch auszugsweise,
nur nach Zustimmung des
Verlages zulässig.

Die Zeitschrift
PROBLEME DES KLASSENKAMPFS
erscheint vierteljährlich.
Preis des Einzelheftes 4,00
DM, Sonderhefte je nach Um-
fang und Auflagenhöhe.

Abopreis: DM 15,00 für vier
aufeinanderfolgende Nummern
(Auslandluftpostzuschlag DM
2,50) inkl. Versandkosten. Die
Lieferung wird aufgenommen,
sobald der Betrag von 15,00
DM bzw. 17,50 DM (Luftpost)
f. 4 Nummern bezahlt wurde.
Dabei ist die Hefnummer
anzugeben, ab der das Abo ge-
wünscht wird.

Sonderhefte sind nicht im
Abo enthalten, sondern sind
zum Normalpreis getrennt zu
beziehen. Die Kündigungs-
frist beträgt 6 Wochen vor
Ablauf jedes 4-Nummern-Tur-
nus. Bezahlung durch Scheck
oder Überweisung auf Post-
scheckkonto 3234 - Politla-
den GmbH - beim Postscheck-
amt Nürnberg.

Einige notwendige Vorbemerkungen

Die vorliegende Arbeit ist als politisches Produkt einer bestimmten Phase der Studentenbewegung zu begreifen (1): Im Sommer 1968 schlossen sich Hunderte von Bundeswehrreservisten, die an den Westberliner Universitäten studierten, zu einer Anti-Bundeswehr-Kampagne im Rahmen des Kampfes gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze zusammen. Die Kampagne kam über eine Resolution (2), einen Brief an das Bundesverteidigungsministerium und intensive Diskussionen über Fragen antimilitaristischer Taktik nicht hinaus. Ihre politische Unklarheit, mangelnde theoretische Grundlagen und die Abgehobenheit von der Praxis antimilitaristischer Arbeit in Westdeutschland ließen sie auf eine kleine Gruppe zusammenschrumpfen. Diese Gruppe unternahm es in der Folgezeit, die historischen, sozio-ökonomischen und politischen Aspekte der Rolle der Bundeswehr im Gesellschaftssystem der BRD herauszuarbeiten. Die unterschiedliche politische Zusammensetzung der Gruppe sowie der langwierige Erstellungsprozeß der Arbeit (vor allem dadurch bedingt, daß die Schwerpunkte des politischen Engagements der Beteiligten sich meist bald in andere Bereiche bewegten) erlaubte nur ansatzweise die Entwicklung einer durchgehenden, einheitlichen politischen und wissenschaftlichen Fragestellung und in ihrer Folge einer kollektiven Arbeitsweise. So stehen die einzelnen Teile der vorliegenden Arbeit oft relativ unverbunden nebeneinander. Vor allem konnten die neueren Fortschritte marxistischer Methode und Analyse nur teilweise aufgenommen werden.

Eine Fortführung unseres Arbeitsansatzes müßte wesentlich stärker von der begrifflichen Fassung und konkreten Darstellung des Akkumulationsprozesses des Kapitals in der BRD ausgehen, um von da aus das Verhältnis von Kapitalen, Staat und Militär genauer klären zu können; unsere eher systematische Gliederung wäre stärker an den realen historischen Prozeß zu binden.

Weiterhin sind in der jüngsten Zeit in der "politischen Landschaft" der BRD Veränderungen aufgetreten, die die Rolle der Bundeswehr direkt oder indirekt berühren. Hierunter fallen vor allem das widersprüchliche Verhältnis von Rüstungswirtschaft, NATO-Strategie und "neuer Ostpolitik", die geplanten Bundeswehrhochschulen (Ellwein-Plan), die vorgesehene Verkürzung der Wehrdienstzeit und die Teilmobilisierung in diesem Jahr. Den antimilitaristisch arbeitenden Gruppen ist es aufgefallen, in enger Beziehung zu ihrer praktischen Arbeit, diese Fragen zu bearbeiten.

Eine Analyse dieser Gruppen selbst, ihrer historischen Entstehung, ihrer Programmatik, ihrer Erfolge und Fehler sowie ihrer Perspektiven ist als weitere Aufgabe anzusehen, der wir aus Gründen der Zeit und der Ferne von der praktischen Arbeit dieser Gruppen nur ansatzweise entsprechen konnten.

Trotz dieser Mängel glauben wir, die Herrschaftsfunktion der Bundeswehr im spät-kapitalistischen System der BRD relativ umfassend aufgezeigt und analysiert zu haben. Von daher genügt die Arbeit weniger streng wissenschaftlichen, theoretischen Ansprüchen, sie hat vielmehr aufklärerisch-agitatorischen, praktischen Charakter. Sie wendet sich an jene, die mit der Bundeswehr auf die eine oder andere Weise in

Berührung stehen, stehen werden oder gestanden haben: Lehrling und Jungarbeiter, Schüler und Studenten. Gleichzeitig soll damit ein Beitrag zur Unterstützung schon antimilitaristisch arbeitender Gruppen in der BRD (Gewerkschaftsjugend, Jusos, SDAJ, Verband der Kriegsdienstverweigerer, Internationale der Kriegsdienstgegner-DFG) geleistet werden.

Unsere konkreten Vorschläge zur antimilitaristischen Praxis sowie die vorangehende "Klassenanalyse" der Soldaten (Kapitel: Alternativen und antimilitaristischer Kampf) sind nicht schlüssig aus den vorherigen Kapiteln abgeleitet, sondern sind nur allgemeiner Natur; wir halten sie jedoch als Resultate unserer eigenen Erfahrung mit und in der Bundeswehr für angemessen und brauchbar zur weiteren Entwicklung des antimilitaristischen Kampfes.

Wir wollen hier noch ausdrücklich darauf hinweisen, daß wir die Forderung nach "Zerschlagung" der Bundeswehr für illusionär und politisch falsch halten. Wohin es führt, wenn der Kampf gegen den Militärapparat und dessen Unterdrückungsfunktion ohne klares politisches Bewußtsein, ohne Verbindung zum Kampf der organisierten Arbeiterklasse und nur individuell gegen einzelne Vertreter dieses Apparates geführt wird, zeigt das ohnmächtige Aufbegehren der amerikanischen Soldaten in Vietnam, das nicht über die Flucht in Haschisch und Heroin und das Abknallen einzelner besonders verhaßter Offiziere hinausgeht. Näher untersucht werden müßte dagegen das Verhalten und die Rolle des Militärs bei Klassenauseinandersetzungen in Ländern mit einer traditionell starken Arbeiterbewegung, etwa in Frankreich (Mai 68) oder Italien. (3)

1 Ausführlicher dazu in der Einleitung.

2 Abgedruckt in vorliegender Arbeit (WDO). Auf das Verteilen dieser Resolution vor Kasernen antwortete der Bundeswehrapparat mit der Degradierung zweier Reserveoffiziere, die am Verteilen beteiligt waren, weil ihnen das zu ihrer "Wiederverwendung als Vorgesetzte nötige Vertrauen" nicht mehr entgegengebracht werden könnte.

3 Vgl. auch dazu: Tragt den Klassenkampf in die Armee, München 1971 (Trikont, Schriften zu Klassenkampf Nr. 11).

1 STATT EINES VORWORTES: Das Modell der Katastrophe (Protokoll der Übung Wintex 71) Wie westdeutsche Generale sich den Beginn des 3. Weltkrieges vorstellen.

Der gespielte Untergang Westdeutschlands begann mit preußischer Pünktlichkeit und bundesrepublikanischem Repräsentationsbedürfnis. Weil die Generale der Bundeswehr sich weigerten, das Katastrophenspiel aus normalen Bürossesseln zu leiten, mußten in letzter Minute mit grünem Leder bespannte Sessel in den atombombensicheren Bunker in der Eifel geschafft werden. Schlag 00.00 Uhr am 27. Januar 1971 begann das Vorspiel zum 3. Weltkrieg: Ein Drei-Sterne-General verkündete den Beginn des Planspieles WINTEX 71 mit der lapidaren Erklärung: "Meine Herren, die politische Lage hat sich unvorhergesehen radikal verschlechtert. Es finden auf politischer Ebene im internationalen Bereich keine Verhandlungen mehr statt."

Nach dieser mitternächtlichen Erkenntnis eines Generals hatten rund vier Millionen westdeutsche Bürger nur noch vier Tage zu leben. Hier ist das Protokoll des Modells einer Katastrophe, die zwar als Planspiel im Zusammenwirken aller Institutionen wie Regierung, Parlament und Bundeswehr vom 27. Januar bis 5. Februar nur geübt wurde, für das NATO-Konzept aber eine reale Annahme darstellt.

1. Tag:

Sowjetische Einheiten werden bei Amphibienübungen in der Ostsee beobachtet. Östliche Luftwaffen werden auf Feldflughäfen verlegt. Nachschubreserven aus Westrußland befinden sich auf dem Transport nach Polen und der DDR. Ostdeutsche Truppenverbände überschreiten die Grenze zur CSSR. Unter der Bevölkerung in Ost und West macht sich Unruhe breit. Die NATO alarmiert ihre Mitglieder. In Westdeutschland beziehen die Divisionen der Bundeswehr ihre Verfügungsräume. Die personelle und materielle Mobilmachungsergänzung wird eingeleitet. In der Bundesrepublik erfolgt der Aufbau von Wehrleitstellen. Die Bundeswehr wird für den Ernstfall umstrukturiert: aktive Soldaten kommen in die Feldersatzbataillone, Reservisten werden in die aktiven Verbände einberufen. Die NATO-Partner der Bundesrepublik, die Truppenverbände in Westdeutschland stehen haben, veranlassen keine Maßnahmen, um ihre Einheiten zu verstärken.

Die Unruhe in der westdeutschen Bevölkerung nimmt ständig zu. Einberufungsbefehle werden in zunehmender, großer Zahl nicht befolgt. Die Fälle von Fahnenflucht und Wehrdienstverweigerung steigen rapide an. Die unzureichenden gesetzlichen Grundlagen bieten keine Möglichkeit zur vorläufigen Festnahme von Wehrdienstverweigerern und denen, die die Einberufungsbefehle nicht befolgen. In der Bundeswehr häufen sich die Fälle von Widersätzlichkeiten gegenüber Vorgesetzten. Im Offizierskorps der Bundeswehr gibt es keine Schwierigkeiten, im Unteroffizierskorps treten Disziplinverstöße nur vereinzelt auf. Die Unruhe geht allein vom Mannschaftsstand aus.

2. Tag:

Starke Unruhe unter den Gastarbeitern, die in ihre Heimat wollen. In den Großstädten sind alle Bahnhöfe blockiert. Es setzen un gelenkte Bevölkerungsbewegungen ein, die zu einem Chaos auf den Straßen führen. Gezielte Sabotagefälle werden gegen Verkehrs- und Fernmeldeeinrichtungen geführt. Die Polizei ist absolut überfordert und überbeschäftigt. Dem Ansturm auf die Banken folgen Hamstereinkäufe. Wilde Streiks brechen besonders in der Waffen- und Kriegsindustrie aus. Das allgemeine Chaos verzögert den Aufmarsch der westdeutschen Truppen um 12 Stunden. Demonstrationen von links komplettieren das Durcheinander, in dem linke Agitatoren die Unruhe verschärfen. Die Feldjäger der Bundeswehr werden gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt. Es kommt zu Zusammenstößen zwischen Bundeswehr und Bevölkerung, bei denen es die ersten Toten unter der Zivilbevölkerung gibt. Der Aufmarsch im Osten ist beendet. Es kommt zu Zwischenfällen an der Zonengrenze bis zu Kompaniestärke. Handesschiffe werden versenkt und blockieren als Sperre die wichtigen Schleusen bei Brunsbüttelkoog und Kiel-Holtenau. Rückläufiger Schiffsverkehr in allen Seegebieten in Richtung Osten. Ein sowjetischer Amphibienverband steht vor der Insel Rügen. Ungarische Truppen marschieren in das neutrale Österreich ein.

3. Tag:

Um 12 Uhr erfolgt auf gesamter Front von der Ostsee bis zum Böhmerwald der Angriff aus dem Osten mit starken Panzerverbänden und insgesamt 85 Divisionen. Dieser Angriff erfolgt auch mit chemischen Kampfstoffen und starker Unterstützung durch die Luftwaffe, die vom ersten Augenblick an die im Grenzgebiet liegenden westdeutschen Städte zusammenbombt. Daneben sind Flughäfen und Flarak-Stellungen (Flugabwehrraketen) die Hauptziele der östlichen Luftwaffenverbände. Die Bundeswehr leistet hinhaltenden Widerstand ohne größere Effektivität. Sowjetische Truppen marschieren in die Türkei ein, besetzen in einem kühnen Landeunternehmen Fehmarn, eröffnen mit ungeheurem Vorstoß die Nordmeerfront. Die dänische Jütlanddivision zögert mit ihrem Eingreifen in das Kampfgeschehen. Auf dem Gebiet der Bundesrepublik kämpft lediglich die Bundeswehr, alle übrigen NATO-Partner haben ihren Truppen noch keinen Einsatzbefehl gegeben. Frankreich schließt seine Ostgrenze und schneidet die Pipeline für den NATO-Nachschub ab. Seine in Südwestdeutschland stehende Division verläßt nicht ihre Kasernen.

Die Überlegenheit der östlichen Luftwaffen ist total. Die Flarak der Bundeswehr hat sich am Ende des 3. Tages restlos verschossen. Die angreifenden östlichen Truppen erzielen enorme Geländegewinne bis tief in die westdeutsche Tiefebene. In der Bundesrepublik nehmen die Sabotageakte zu. Es werden in Westdeutschland die Kontingente 1 bis 8, das sind die letzten personellen Reserven, einberufen. Zögernd beginnen die US-Truppen in den Kampf einzugreifen, vereinzelt auch die in Westdeutschland stationierten britischen, belgischen und niederländischen Verbände.

4. Tag:

Die Schwerpunkte der Front sind jetzt deutlich erkennbar in vier Stoßkeilen der sowjetischen Truppen:

- 1.) Vormarsch entlang des Nord-Ost-See-Kanals
- 2.) Stoßkeil entlang der Autobahn Hannover-Ruhrgebiet

3.) Vormarsch in Richtung Gießen, Marburg, Frankfurt/M. vom Thüringer Balkon aus nach Hessen

4.) Stoßkeil über Frankfurt/M. nach Heidelberg wie auch Regensburg, Ingolstadt.

Alle vier Stoßkeile dringen bei erheblichen Geländegewinnen ihren strategischen Zielen entgegen. Die Bundesluftwaffe ist fast vollständig eliminiert. Honest John-Raketen und die 202/mm-Atom-Artillerie werden auf ihren Einsatz vorbereitet. Sowjetische Seestreitkräfte dringen in die südlichen Fjorde Norwegens ein. In Landeunternehmen werden Langeland und Falster besetzt. Vertikales Umfassen durch Fallschirmeinsätze in Brigadestärke richtet sich gegen den Teutoburger Wald und Gießen. Hannover, Kassel, Braunschweig, Würzburg und zahlreiche andere Städte der Bundesrepublik brennen. Bei der kämpfenden Truppe der Bundeswehr festigt sich die Disziplin, aber militärische und politische Führung erkennen, daß man dem Ansturm nicht gewachsen ist. Der selektive Einsatz defensiver Atomwaffen wird beschlossen.

5. und 6. Tag:

Der NATO-Oberkommandierende Europa-Mitte befiehlt den Einsatz der Atom-Waffen. Die Bundeswehr verschießt 19 Atomsprengkörper von je der vierfachen Hiroshima-Stärke. Der Einsatz auf die Spitzen der östlichen Angriffsverbände bringt deren Vormarsch zum Stehen. Bei einem Gegenangriff erzielen die Verteidiger aber lediglich einen Geländegewinn von 50 Kilometer. Unter der westdeutschen Zivilbevölkerung hat der Einsatz der Atom-Sprengkörper 3,5 bis 4 Millionen Tote gefordert, in Hannover allein über 300 000. Der Nachschub per Roll Back kommt nicht in Gang. Bei der Bundeswehr treten sehr erhebliche Munitionslücken auf. In Rheinland-Pfalz kommt es zu Bandenbildungen. Die 2. Ostangriffswelle mit atomarer Unterstützung bringt tiefe Einbrüche und auf breiter Front komplexe Durchbrüche. Diese Situation löst bei der NATO den R'hower aus. Es werden auf Westdeutschland und die DDR 199 Atomsprengkörper von 20 kT bis 5 Megatonnen verschossen, als deren Folge der weltweite Atomschlag zwischen den USA und der UdSSR eintritt. Über den Ausgang wurden bei WINTEX 71 keine Lagebeurteilungen gegeben, weil sich die politische und militärische Führung nicht mehr in Westdeutschland befindet.

Die Folgerungen aus WINTEX 71:

Für die NATO:

- a.) Daß zur Zeit gültige Konzept muß wegen der großen konventionellen Unterlegenheit und der aufgetretenen Uneinigkeit beim Einsatz der in Westdeutschland stationierten Truppen geändert werden, weil es, wie sich gezeigt hat, in der gegenwärtigen Verfassung versagt.
- b.) Es wurde deutlich, daß der US-Präsident ohne zu zögern den Atom-Schlüssel frei gibt.

Für Westdeutschland:

- a.) Die derzeitigen gesetzlichen Handhaben reichen nicht aus, um die Truppendisziplin durchzusetzen.
- b.) Es müssen die gesetzlichen Grundlagen für die sofortige Bildung von Kriegsgerichten geschaffen werden.
- c.) Die Haftgründe für nicht befolgte Einberufung müssen konkretisiert werden.

- d.) Die Unterstellung des Bundesgrenzschutzes unter den Befehl der Bundeswehr klappt.

Soweit das Kriegsbild der militärischen Sachwalter der herrschenden Klasse in Westdeutschland. Die Voraussetzungen auf denen es ruht, sind fragwürdig. Die Gefahren, die es beschwört, sollen zur Rechtfertigung der Bundeswehr dienen – zur Rechtfertigung insbesondere des Einsatzes der Bundeswehr im Inneren. Die scheinbar sachliche militärische Logik verschleiert die Hintergründe eines solchen Kriegsbildes. Um ihre Aufdeckung werden wir uns im folgenden bemühen.

PROVINZ?

MACHT NICHTS!

wir versenden unser ganzes sortiment bis ins letzte dorf. ab dm 30,00 sogar portofrei!

prosperkte, neuerscheinungsankündigungen, versandlisten – unter besonderer berücksichtigung der nach- und eigendrucke sozialistischer gruppen, linker kleinverlage usw. – erscheinen laufend neu.

bitte anfordern!

POLITLADEN

BUCHHANDLUNG & VERLAG GMBH

852 ERLANGEN

Hindenburgstr. 17

Tel.: 0 91 31 – 2 57 43



BÜCHER – ZEITSCHRIFTEN – AGITATIONSMATERIAL

2 EINLEITUNG:

Die Rolle des westdeutschen Militärs in der spätkapitalistischen Gesellschaft der BRD.

Die Bundeswehr ist kein in sich abgeschlossenes System der öffentlichen Gewalt, sondern in die politökonomischen Strukturen der Gesellschaft, in der sie existiert, eingeflochten und durch diese geprägt. Für jede Kritik der Bundeswehr muß das heißen, daß sich die Beschränkung auf sie selbst, ihre distanzierende Herauslösung aus den gesellschaftlichen Beziehungen verbietet. Der Gegenstand unserer Untersuchung liegt auf der Hand, ist unmittelbar greifbar: die Bundeswehr tritt mit über einer halben Million Wehrpflichtigen, Berufssoldaten und Zivilangestellten unübersehbar an der gesellschaftlichen Oberfläche auf. Zugleich steht sie in engen Beziehungen zur Wirtschaft, zur Presse, zu den Schulen, zu der Wissenschaft, zu den allgemeinen Staatsgeschäften der BRD im In- und Ausland. Die Gesamtheit dieser Beziehungen macht den Standort der Bundeswehr an der Oberfläche der bundesrepublikanischen Gesellschaft aus, ist ihr Rahmen. Doch handelt es sich hier erst noch um die Erscheinung, die noch keine qualitativen Aussagen ermöglicht. Wir müssen daher einen Schritt weiter gehen und die gesellschaftlichen Hintergründe der Erscheinung Bundeswehr näher analysieren.

Die Gesellschaft der BRD ist kapitalistisch, sie beruht auf dem Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, von Lohnarbeit und Kapital. Organ des Staates, der diesen Klassenwiderspruch der bürgerlichen Gesellschaft gewaltsam verklammert, ist u.a. die militärische Gewalt. Ihre Aufgabe besteht in der Sicherung der ungestörten kapitalistischen Ausbeutung gegenüber der nationalen Arbeiterklasse einerseits und den sozialistischen Ländern andererseits. In der Phase der kapitalistischen Entwicklung, in der sich die BRD befindet, kommt noch eine dritte Funktion hinzu: die Förderung technologischer Entwicklung und die Verwertung von Kapital in Gestalt von Rüstungsforschung und Rüstungsproduktion. Erst die genauere Analyse dieser Zusammenhänge ermöglicht die Bestimmung der Bundeswehr in Wesen und Struktur, sowie in ihrer Erscheinung. Diese Analyse ist auch Voraussetzung jeder konkreten antimilitaristischen Strategie.

Charakterisierung des westdeutschen Kapitalismus

Der bundesrepublikanische Kapitalismus ist in den letzten Jahren erheblichen Wandlungen unterworfen, mit ihm die Bundeswehr. Dieser Prozeß geht nicht glatt und einheitlich, sondern in Widersprüchen vor sich. Das Ende der Rekonstruktionsperiode, des "Wirtschaftswunders" der BRD zeigte sich mit der Rezession von 1966/67 unübersehbar. Die CDU/CSU hatte ihre historische Rolle ausgespielt, die ehemalige Partei der Arbeiterklasse, die SPD, übernahm sie. Ihre Aufgabe war und ist es, die weitere Kapitalakkumulation unter Bedingungen verschärfter Widersprüche zu stabilisieren, orientierend und fördernd als staatlicher "ideeller" Gesamtkapitalist gegenüber der Willkür der Warenproduktion und den kapitalistischen Verwertungs- und

Realisierungsschwierigkeiten einzugreifen. Dabei müssen wir uns klarmachen, daß der Staat mitnichten eine neutrale Schlichtungsinstanz ist, sondern lediglich die Bedingungen des Kapitalverwertungsprozesses, als dessen Agent er fungiert, sichert und erweitert. Zum zweiten können wir feststellen, daß diese Funktion des Staates die immanente Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems nicht beheben, sondern nur verschleiern kann: die Krisen werden verschoben, um sich auf erweiterter Stufenleiter zu wiederholen. Und schließlich geschieht all dies auf Kosten der Arbeiterklasse, die verschärfter Ausbeutung und Disziplinierung unterworfen ist. Die Widersprüche des gegenwärtigen "Reformkapitalismus" selbst sind es, die den Klassenkampf vorantreiben. Die spontanen Streiks der letzten Zeit zeigen dies an. Aber die jetzige Methode kapitalistischer Formierung der Gesellschaft hat auch dafür vorgesorgt: in den von der Großen Koalition geschaffenen Notstandsgesetzen wurde das Instrument geschaffen, um offene Klassenauseinandersetzungen mit Gewalt zu verhindern. Die Bundeswehr spielt hierin eine zentrale Rolle.

Die gegenwärtige "linksliberale" Regierungskoalition versteht sich als Reformregierung. Sie wird dabei von den expansiven Monopolen (z.B. Elektro, Chemie, Maschinenbau) unterstützt. Ihr Widerspruch liegt darin, daß sie einerseits den kapitalistischen Arbeits- und Verwertungsprozeß rationalisieren und modernisieren soll, andererseits für die weiterhin und erweitert notwendige Einsetzung von Gewalt und Bereitstellung von Gewaltmitteln zur Absicherung dieses Prozesses, zur Unterdrückung von proletarischen Widerstandsaktionen sorgen muß. Über die Ebene systemimmanenter Reformen kann und will sie nicht hinaus. Sie ist bemüht, Bildung und Ausbildung voranzutreiben, rationalisiert und diszipliniert sie jedoch zugleich im Interesse des Kapitals (1). Sie betreibt eine, wenn auch lasche, "Vermögensbildungspolitik" und fördert damit nur die Expansionsmöglichkeiten der Monopole. (2) An der wachsenden ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen in der BRD ändert sie nichts. Sie "reformierte" das Betriebsverfassungsgesetz und setzt die Mitbestimmung auf die Tagesordnung, aber nur um die Arbeiter an das Unternehmen — sprich Kapitalinteresse — zu binden. (3) Der Konflikt, die rationale Auseinandersetzung zwischen "Partnern" ist wieder gesellschaftsfähig geworden, aber nur um desto besser sozialintegrativ gesteuert werden zu können. Das gilt für die Produktion, für die Verwaltung, für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Differenzierung ist notwendig. Schöpferische Spontaneität soll geweckt, aber zugleich mit den Mitteln verfeinerter und anonymer Konfliktregelung im Rahmen des Systems gehalten werden. Teilnahme des "mündigen Staatsbürgers" am gesellschaftlichen Prozeß wird gefordert, doch zugleich dafür gesorgt, daß sie bei scheindemokratischen Formen stehenbleibt. Der gesamtgesellschaftliche Lebensprozeß wird in die "Eindimensionalität" des Kapitalverwertungsprozesses eingeschlossen, und nur dort emanzipativ gefördert, soweit er diesen nicht gefährdet. (4) Für den Fall, daß diese umfassend sich ausweitenden Herrschaftsmechanismen des kapitalistischen Systems nicht ausreichen, stehen Mittel offener Gewalt — Notstandsgesetze und Bundeswehr — zur Verfügung. In der auswärtigen Wirtschafts- und Militärpolitik ergeben sich aus den Erfordernissen des westdeutschen Kapitals weitere Widersprüche. Davon weiter unten.

Charakterisierung der Bundeswehr

Die Bundeswehr nun befindet sich im Spannungsfeld dieser Widersprüche, produziert aber zugleich neue, ihren eigenen Bedingungen entsprechende Widersprüche. Die in ihr noch starken Überbleibsel vorindustrieller Denk- und Verhaltensweisen werden, unter teilweise heftigem Widerstand ihrer Vertreter (5), von einer reformistischen, formaldemokratischen Auffassung und Haltung zurückgedrängt, die der gekennzeichneten Einstellung der SPD verwandt ist. Sie bejaht die Kooperation gleichberechtigter Spezialisten im technisch hochgerüsteten Militär, die Aufhebung unsachgerechter Autoritätsstrukturen. Sie zeigt sich Konflikten und "konstruktiver" Kritik gegenüber aufgeschlossen, entwickelt verfeinerte Steuerungs- und Unterdrückungsmechanismen, verwirft den Antikommunismus als soldatische Motivationsideologie und setzt die unbefragte, technokratisch verschleierte Erhaltung des status quo im Zeichen der "friedlichen Koexistenz" an seine Stelle. Sie operiert mit Aufträgen und technischen Sachzwängen statt mit Befehlen und klaren Machtgeboten. Der Soldat soll mündig sein, am demokratischen Leben teilnehmen, sich im progressiven und durchschaubaren Entscheidungsprozeß innerhalb der Bundeswehr engagieren. Die Abkapselung von der zivilen Öffentlichkeit wird von dieser Fraktion abgelehnt, sie betont vielmehr die Gleichrangigkeit und Verflochtenheit von Produzent, Staatsbürger und Soldat — eine Integration freilich, die sich auch z.B. in zunehmender Mitwirkung der Generalität in der zivilen Führung der Armee (6), wie in der ungenierten Propaganda der Bundeswehr als "Großunternehmen", dessen Zweck unklar bleibt, äußert. Massive Schützenhilfe bekommt diese Fraktion des Offizierskorps von reformistischen Politikern, Zeitungen und Wissenschaftlern — wir werden darauf noch eingehen. Die unbedingte Respektierung der durch den Kapitalismus gezogenen Grenzen jeder Reform teilen sie mit der SPD: es gilt, das Militär zu verändern, zu modernisieren, ohne die ihm zugrundeliegenden Widersprüche aufbrechenzulassen bzw. gar aufzuheben. Das gilt insbesondere für den zentralen Widerspruch der Bundeswehr: daß Angehörige der unterdrückten Klasse zu einem Dienst gezwungen werden, der ihren objektiven Interessen zuwiderläuft und den Kapitalismus nach innen und außen befestigt. Davon ist in den Analysen der Mosen, Baukloh, Bredow u.a. wie in den Programmen und Handlungen der Baudissin, Steinhoff u.a. freilich nicht die Rede.

Die Rolle der Bundeswehr im Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital

Die Rolle der Bundeswehr in der spätkapitalistischen Gesellschaft der BRD ist bestimmt durch die konkret-historische Erscheinungsform des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital. Während der tatsächliche und mögliche gesellschaftliche Reichtum ins Unermeßliche steigt, spitzen sich die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise zu: Überproduktion und Unterkonsumtion, verschärfte Ausbeutung, Imperialismus und Militarismus, Knappheit an sozialen Reproduktionsmitteln (z.B. Wohnungen) und Verschwendung ("In unserer Epoche ist das Überflüssige leichter

herzustellen als das Notwendige" (7)). "Der Grundwiderspruch des Kapitalismus ist der zwischen Lohnarbeit und Kapital, seine Grundtatsache besteht in der Abpressung von Mehrwert im Produktionsprozeß, und seine Hauptschwierigkeit resultiert aus der Unmöglichkeit, die zunehmende Produktivkraft der menschlichen Arbeit und die zunehmende Vergesellschaftung des Arbeitsprozesses mit der privaten Aneignung der Produkte zu vereinbaren. Diese Schwierigkeit ist prinzipieller Art und kann nicht durch überlagernde Maßnahmen aufgehoben werden. Sie ist Ausdruck des widersprüchlichen Rahmens, in den die Arbeit im Kapitalismus eingespannt ist: um überhaupt produzieren und sich selbst reproduzieren zu können, muß die große Mehrheit der Bevölkerung sich an die Kapitalisten als die Besitzer der Produktionsmittel wenden, die zur Produktion notwendig sind. Die Kapitalisten aber, die sich nicht an gesellschaftlichen Bedürfnissen, sondern an der Erzielung möglichst hohen Profits orientieren, lassen die Arbeiter nur produzieren, wenn diese nicht bloß ihren Lebensunterhalt, sondern darüber hinaus ein 'Mehrprodukt' herstellen, aus dessen Verkauf der Kapitalist seinen eigenen Lebensunterhalt bestreitet und sein Kapital vergrößern, akkumulieren kann.

Die prinzipielle Widersprüchlichkeit des Kapitalismus besteht in folgendem: der Kapitalist muß einerseits sein vorgeschossenes Kapital durch Einsatz der Lohnarbeit verwerten, d.h. dem Arbeiter ein Mehrprodukt abpressen, er muß aber andererseits dieses Mehrprodukt realisieren, d.h. auf dem Markt verkaufen. Der Profit des Einzelkapitalisten ist desto größer, je höher der Verwertungsgrad seines Kapitals (möglichst vollständige Auslastung des Kapitals mit möglichst hoher Ausbeutungsrate) und je weniger beschränkt seine Realisierungsmöglichkeiten sind. Das gleichzeitige Wachstum dieser Komponenten ist aber für das Gesamtkapital unerfüllbar weil widersprüchlich: Je höher der Verwertungsgrad des vorgeschossenen Kapitals insgesamt ist – und der Verwertungsgrad erhöht sich mit steigender Produktivität der Arbeit und mit fallenden Löhnen –, desto größer werden die Realisierungsschwierigkeiten des Kapitals insgesamt, weil das Mehrprodukt immer größer wird, d.h. der Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts steigt, der nicht durch die Verausgabung der Löhne absorbiert wird". (8)

Aus der permanenten Gefahr dieses Widerspruchs sucht das Kapital einen Ausweg. Die Staatseingriffe in die Wirtschaft, die Krisen verhüten sollen, haben nur zur Folge, daß sich der Widerspruch zwischen Realisierung und Verwertung des Gesamtkapitals auf erhöhter Ebene wiederholt. Und "während der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt langfristig steigt – Indikator für die zunehmende Notwendigkeit, daß der Staat in der Realisierungs- und Verwertungssphäre stützend eingreift, – werden gleichzeitig die Arbeiter und ihre Organisationen einer sich steigernden manipulativen und integrativen Bearbeitung mittels Bewußtseinsindustrie und Scheinbeteiligung an den Entscheidungen in der Gesellschaft unterzogen, wird ihnen gleichzeitig mittels Bundeswehr, Werkschutz und Notstandsgesetzen die Grenze ihrer Freiheit gezeigt, wird versucht, ihre Schwäche gegenüber dem Verwertungszwang des Kapitals zu erhalten." (9) Dieser Prozeß treibt mit der Unterdrückung auch den Widerstand der Betroffenen, der Arbeiter, voran. – Auch die zunehmende Exportoffensive des westdeutschen Kapitals mit dem Ziel der Internationalisierung der Märkte, der Erzielung von Extraprofiten, wie die Erweiterung der industriellen Reservear-

mee durch Fremdarbeiter schieben die Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems nur vor sich her, lösen sie nicht. Dabei birgt etwa die Exportoffensive in Gestalt u.a. des Osthandels weitere Widersprüche zwischen expansiven international orientierten und traditionellen national orientierten Monopolen, wie auch zwischen den Absichten des Staates und den einzelnen Kapitalen. Die Notwendigkeit des erweiterten Osthandels ist natürlich mit einer aggressiven antikommunistischen Militärpolitik nicht vereinbar, sowohl was die Strategie wie die ideologische Formierung der Soldaten anbelangt. Deswegen die Umpolung auf den "inneren Feind". Daß dieser Notwendigkeit gleichwohl starke Kräfte entgegenarbeiten, schlägt sich u.a. in den Kämpfen um Ausmaß und Richtung der Rüstung in den zivilen und militärischen Leitungsgremien der Bundeswehr nieder. (10)

Einen bedeutenden Versuch, die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals zu lösen, stellen neben Export, Werbung und Bedürfnisproduktion die staatlichen Käufe in der privaten Rüstungswirtschaft dar. Vom Standpunkt des Einzelkapitalisten sind staatliche Rüstungsausgaben eine ideale Lösung, da sie ihm hohe und meist unkontrollierte Profite gewähren und überdies langfristige Forschungs- und Entwicklungsvorhaben großzügig finanzieren. Ihm wie seinen Mitkapitalisten ist es gleichgültig, was er produziert, entscheidend nur, daß es konsumiert wird und damit den Profit realisiert. "Die einzige Nützlichkeit, die ein Gegenstand überhaupt für das Kapital haben kann, kann nur sein, es zu erhalten oder zu vermehren". (11) Was mit der in die Konsumtion gelangenden Ware geschieht, ist dem verkaufenden Kapitalisten gleich: Kanonen sind ihm so gut wie Butter.

Der Staat, der die Rüstungskäufe tätigt, "ist das Produkt und die Äußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze". (12) Er ist Instrument der Herrschaftssicherung des Kapitals nach außen (gegenüber dem sozialistischen Lager) und nach innen (gegenüber der arbeitenden Klasse und ihren Verbündeten). Der Staat ist "ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist". (13) Der Staat versucht den Klassenkampf zu regulieren und zu dämpfen, gibt sich den Anschein einer über den Parteien stehenden Instanz. Aber "da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten; da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelst seiner auch politisch herrschenden Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse". (13)

Die Klassenherrschaft der Bourgeoisie nach innen drückt sich in mannigfachen Formen aus, in den Institutionen Familie, Kirche und Schule ebenso wie in den Trägern direkter Gewalt wie Militär und Polizei. "Für eine untergehende Klasse wird, je mehr die übrigen Faktoren ihrer Macht an Bedeutung abnehmen, immer mehr ein bestimmter zum wichtigsten Faktor der Macht: ihre tatsächliche Verfügung über die Staatsgewalt. Durch ihre politische Macht kann eine herrschende Klasse sich noch gegen eine neue emporkommende Klasse auf den Beinen halten, wenn sie sonst alle Wurzeln der Macht, womit sie in der festen Erde haftete, verloren hat. Der moderne

Staat stellt der Klasse, die über ihn gebietet, große Machtmittel, moralische und physische, zu Verfügung. Er bildet eine feingegliederte Organisation, die durch ein Beamtenheer überall bis in die entferntesten Winkel einen bestimmten Zentralwillen zur Geltung bringt, überall nach gleichen Grundsätzen handelt und dadurch über die unorganisierte Volksmasse ein gewaltiges Übergewicht besitzt. Er verfügt über eine moralische Autorität, die er durch seinen Einfluß auf Schule, Kirche und Wissenschaft noch künstlich aufrechterhält oder steigert. Er verfügt über das physische Gewaltmittel der Armee, die durch feste Disziplin zusammengehalten, im äußersten Falle, wenn Justiz und Polizei nicht ausreichen, durch ihre überlegenen Waffen eine unbotmäßige Bevölkerung leicht niederschlagen kann. Wenn sonst zwei kämpfende Klassen sich die Waage halten würden, ist die herrschende Klasse gerade dadurch, daß sie die herrschende ist, dadurch, daß sie über die Staatsgewalt verfügt, ihrem Gegner weit überlegen". (14)

Geschichte und Begriff des Militarismus

Jetzt werden wir auch eher in der Lage sein, den Begriff des Militarismus näher zu kennzeichnen. Er drückt, wie jeder Begriff, einen gesellschaftlichen Sachverhalt aus (allerdings nicht im Sinne einer Kopie), ist daher mit diesem auch geschichtlichem Wandel unterworfen. Zum einen: mit dem Begriff Militarismus meinen wir hier Bewegungsmomente nur der kapitalistischen Gesellschaft, die Rolle des Militärs in den sozialistischen Ländern unterliegt ganz anderen Bedingungen und muß daher gesondert untersucht werden. Zum anderen: mit den Veränderungen des Kapitalismus, besonders des deutschen, verändert sich auch der Inhalt des Militarismusbegriffs. So besaß das Militär im Kaiserreich aufgrund der spezifischen Klassenstruktur – des Bündnisses von Großgrundbesitz und Großbourgeoisie – und des kriegerischen Charakters innerimperialistischer Konkurrenz eine gesellschaftliche Stellung, die ihm einen maßgebenden, über das eigentlich Militärische weit hinausgehenden Einfluß verschaffte. Es war Stoßkeil des expansiven deutschen Imperialismus, Instrument im offenen Klassenkampf und gesellschaftliches Leitbild des Bürgertums. So konnte es auch geschehen, daß sich das Militär von den Kräften, die es trugen, relativ losriß und sich im Verlaufe des Weltkrieges zeitweilig zum bestimmenden Machtsystem entwickelte. In der Nazizeit dagegen blieb das Militär von vornherein, und schließlich ganz deutlich, Instrument der gewaltsamen Unterdrückungs- und Ausdehnungspolitik des Faschismus. Die totale Niederlage von 1945, Abrüstung, Besetzung durch die Siegermächte, Konzentration auf den binnenwirtschaftlichen Wiederaufbau und die starke antimilitaristische Haltung des Volkes – all das stellte die Bundeswehr von vornherein in einen anderen Rahmen. Wohl hat sich die Stellung der Bundeswehr gegenüber ihren Anfängen geändert, in der NATO, im Verhältnis von Generalität zu ziviler Führung, im gesellschaftlichen Ansehen, doch kann von einer Verselbständigung des Militärischen heute nur in Ansätzen die Rede sein. Vielmehr wäre Militarismus heute, ausgehend von Wesen und Erscheinung des militärisch-industriellen Komplexes, zu begreifen als Stabilisierungsmoment der kapitalistischen Ökonomie in einem dreifachen Sinn: a) Milderung der kapitalistischen Verwertungs- und Realisierungsschwierigkeiten durch Staatsaufträge an die Rüstungswirtschaft; b) Si-

cherung des kapitalistischen Systems durch (noch latente) Unterdrückung des offenen Klassenkampfes; c) Sicherung des kapitalistischen Systems gegenüber dem Weltsozialismus durch (gegenwärtig) Einfrieren des weltpolitischen status quo, bzw. Verhinderung seiner Veränderung mit militärischen Mitteln. Vom Militär als gesellschaftliches Leitbild des Bürgertums ist nicht viel übriggeblieben: die Ausbeutungs-, Disziplinierungs- und Führungsmechanismen in Produktion, Verwaltung, Ausbildung und Militär gleichen sich immer mehr an.

Absicht dieser Arbeit

Die vorliegende Arbeit ist Ausdruck und Teil eines Entwicklungsprozesses, den wir als Neubildung einer sozialistischen Opposition in Westdeutschland bezeichnen können. Im Frühjahr 1968, als die Notstandsgesetze durch den Bundestag gejagt wurden, entschlossen sich Hunderte von Reservisten der Bundeswehr, die in Westberlin studierten, gegen die offene Umwandlung der Bundeswehr in eine Bürgerkriegsarmee zu protestieren und Widerstand zu leisten. Nach einigen spontanen Aktionen in diesem Sinn (15) verbreitete sich jedoch allgemeine Ratlosigkeit, die auf objektive Gründe zurückging. Der Versuch einer isolierten Gruppe, gegen den Machtapparat Bundeswehr vorzugehen, war idealistisch und hoffnungslos, denn: da beim damaligen Stand der Klassenkämpfe von einer Neuorganisation der Arbeiterklasse erst in Ansätzen die Rede sein konnte, war auch eine genaue Strategiebestimmung von Aktionen gegen die Bundeswehr nicht möglich. Zugleich fehlte im radikaldemokratischen Stadium der Studentenbewegung jede einigermaßen geschlossene Analyse des westdeutschen Kapitalismus, die es erst erlaubt, den konkreten Stellenwert der Bundeswehr im gesamtgesellschaftlichen Rahmen Westdeutschlands zu bestimmen und damit auch eine antimilitaristische Arbeit in Ziel und Methode genauer festzulegen.

Heute, drei Jahre später, können wir freilich nicht davon ausgehen, daß sich dies grundlegend geändert hat. Doch verweisen die Verschärfung der Klassenkämpfe seither (vgl. Septemberstreiks!), neue Ansätze zur Organisation der Arbeiterklasse (DKP und nichtrevisionistische Gruppen) wie zur Analyse des westdeutschen Kapitalismus (16) darauf, daß sich ein qualitativer Umschwung der objektiven Bedingungen antimilitaristischer Arbeit anbahnt. Aber eben erst anbahnt, was für die vorliegende Schrift konkret bedeutet, daß sie in jeder Hinsicht einen vorläufigen Charakter hat: sie kann sich weder auf eine entfaltete Organisation der Arbeiterklasse noch auf eine weit vorangetriebene Analyse des westdeutschen Kapitals stützen. Sie muß sich auf die gegliederte Zusammenstellung und Weiterentwicklung der vorhandenen Ansätze von Militarismusanalysen beschränken, ohne sie in den im einzelnen ausgewiesenen Zusammenhang der Bewegung des westdeutschen und internationalen Kapitals stellen zu können. Sie kann auch keine strategischen Vorschläge entwickeln, sondern lediglich die gegenwärtige praktisch-kritische Arbeit einiger Gruppen vorstellen und problematisieren. Das heißt aber nicht, daß wir uns auf einen neutralistischen Standpunkt zurückziehen.

Wenn wir die Arbeit dennoch zum jetzigen Zeitpunkt vorlegen, so geschieht das aus mehreren Gründen:

- Wir können es uns nicht leisten, auf das Heranreifen der o.g. objektiven Bedingungen wirkungsvoller antimilitaristischer Arbeit zu warten, während sich der Militarismus in Westdeutschland täglich auswirkt, mit allen Folgen, die das für die sozialistische Umwälzung hat.
- Wir gehen davon aus, daß unsere Analyse heute die Aufdeckung der Struktur und Rolle der Bundeswehr zu leisten hat unter ständiger Einbeziehung des gesellschaftlichen Rahmens, in dem sie steht, von dem auch ihre Gesetze und Tendenzen abgeleitet sind. D.h., daß die Analyse der Bundeswehr und die antimilitaristische Arbeit eben nicht mechanisch der Entfaltung der o.g. objektiven Bedingungen nachzuordnen ist, sondern sie sind Bestandteile dieses Prozesses, teilen seine Beschränktheiten und Perspektiven.
- Wir wenden uns insbesondere an jene, die in der bestehenden Gesellschaft ausgebeutet und unterprivilegiert sind und auf die eine oder andere Weise mit der Bundeswehr in Berührung stehen, stehen werden oder gestanden haben: Lehrlinge und Jungarbeiter, Schüler und Studenten. Ihnen wollen wir eine Orientierungshilfe geben.

- 1 vgl. Franz Janossy, Das Ende der Wirtschaftswunder, Frankfurt/M. 1969; F. Huysken, Schule im Spätkapitalismus, Berlin 1970; Elmar Altvater, Bildungsökonomie, 1969.
- 2 vgl. Huffschnid, Die Politik des Kapitals in der BRD, Frankfurt/M. 1969; W.M. Breuer, Illusion und Wirklichkeit des "Volkskapitalismus", Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/70.
- 3 vgl. Kritik der Mitbestimmung, Frankfurt/M. 1969.
- 4 vgl. Marcuse, Der eindimensionale Mensch, Berlin 1967.
- 5 vgl. die "Gutachten" von Karst, Schnez u.a.
- 6 vgl. Baukloh, Machen unsere Generale wieder Politik?, Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/70.
- 7 Karl Marx, Das Elend der Philosophie, Frühschriften (hrsg. von S. Landshut), S. 490.
- 8/9 Huffschnid u.a., Die Widersprüche des westdeutschen Kapitalismus ..., Kursbuch 21/70, S. 62/63 und S. 65.
- 10 vgl. Baukloh, Militärisch-industrieller Komplex und Moskauer Vertrag, Blätter ..., 10/70.
- 11 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S. 181.
- 12 Lenin, Staat und Revolution.
- 13 Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, Marx/Engels Ausgewählte Werke, Bd. II, S. 293 und 295.
- 14 Anton Pannekoek, Die Klassen der bürgerlichen Gesellschaft, Hamburg 1909, S. 14/15.
- 15 vgl. die Resolution im Anhang; sie wurde als Flugblatt veröffentlicht.
- 16 vgl. besonders die Beiträge der in Westberlin erscheinenden Zeitschriften "Sozialistische Politik" und "Probleme des Klassenkampfes".

3a MILITÄR UND GESELLSCHAFT IM KAISERREICH

Der Sieg im Krieg gegen Frankreich 1871 hatte Deutschland die nationale Einigung gebracht; Bismarck, der preußische Junker hatte das vollendet, was die bürgerliche Revolution in Deutschland zu leisten nicht imstande gewesen war. Nach Marx' Urteil war das so entstandene Deutsche Reich "ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter, schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich behüteter Militärdespotismus." (1)

Eine der ersten Handlungen der Armee dieses Staates war das Zusammenspiel mit der französischen Bourgeoisie zur Niederschlagung der Pariser Kommune, ein eklatantes Beispiel dafür, daß angebliche nationale Gegensätze oder gar die sogenannte "Erbfeindschaft" zwischen Deutschland und Frankreich in dem Moment fallen gelassen werden, wo es daran geht, gegen den gemeinsamen Feind vorzugehen, das organisierte Proletariat. Karl Marx schrieb dazu: "Der höchste heroische Aufschwung, dessen die alte Gesellschaft noch fähig war, ist der Nationalkrieg, und dieser erweist sich jetzt als reiner Regierungsschwindel, der keinen anderen Zweck mehr hat, als den Klassenkampf hinauszuschieben, und der beiseite fliegt, sobald der Klassenkampf im Bürgerkrieg auflodert. Die Klassenherrschaft ist nicht länger imstande, sich unter einer nationalen Uniform zu verstecken; die nationalen Regierungen sind sich eins gegenüber dem Proletariat!" (2)

Die 4 Milliarden Reparationen, die Frankreich bezahlen mußte, und deren Löwenanteil zu neuer, direkter oder indirekter, Aufrüstung verwendet wurde, brachten eine künstliche Hochkonjunktur von kurzer Dauer, deren Zusammenbruch die deutsche Wirtschaft schwer erschütterte (Gründerjahre und Gründerkrach). Ihr Ergebnis war eine "neue Schicht von Börsen- und Industriekapitalisten, fett geworden durch planmäßige schwindelhafte Ausbeutung der Volksmassen, auf der anderen Seite den wirtschaftlichen Ruin breiter Schichten des Mittelstandes." (3)

In den Jahren nach dem Krieg wurden in Deutschland ständig neue Präventivkriegspläne ausgearbeitet, die jeweils den Nachbarstaaten Angriffspläne unterstellten und so den Vorwand für ständig neue und stärkere Rüstungen lieferten. Verbunden war damit eine Glorifizierung des Krieges und des "Militarismus" wie wohl in keinem anderen Staat, die alle Bereiche des menschlichen Lebens ergriff. Ein Beispiel mag genügen: "Der ewige Friede ist ein Traum und nicht einmal ein schöner, und der Krieg ist ein Glied in Gottes Weltordnung. In ihm entfalten sich die edelsten Tugenden der Menschen, Muth und Entsagung, Pflichttreue und Opferwilligkeit mit Einsetzung des Lebens. Ohne den Krieg würde die Welt im Materialismus versumpfen." (4)

Sedanfeiern, Wehrvereine, Wissenschaft und Kunst taten das Ihre dazu, den preußischen Leutnant, den, wie Bismarck sagte, uns so schnell keiner nachmacht und bei dem der Mensch erst beginnt, zum Leitbild der Gesellschaft zu machen. So wurde eine Ideologie geschaffen, die den äußeren Erscheinungsformen des preußisch-deutschen Militarismus adäquat war.

Es gelang der Militärkaste außerdem, die Armee fast völlig der parlamentarischen Kontrolle zu entziehen, da nur alle sieben Jahre die Heeresstärke verändert werden

konnte (Septennat).

Imperialismus nach innen und außen.

In den Jahren vom Ende der Gründerjahre bis zur Jahrhundertwende hatte der deutsche Kapitalismus eine Phase schneller Kapitalkonzentration und -Akkumulation durchgemacht, die Deutschland zu – neben England – stärksten Wirtschaftsmacht auf dem Kontinent hatte emporsteigen lassen. Der deutsche Kapitalismus trat zusammen mit den anderen hochentwickelten kapitalistischen Staaten in die Phase des Imperialismus ein, den Lenin wie folgt definiert. "Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist." (5)

Da Deutschland bei dieser Aufteilung der Welt zu spät gekommen war, "so konnte man voraussehen, daß dieser junge, kraftstrotzende, von keinerlei Hemmungen beschwerte Imperialismus, der auf die Weltbühne mit ungeheuren Appetiten trat, als die Welt bereits so gut wie verteilt war, sehr rasch zum unberechenbaren Faktor der allgemeinen Beunruhigung werden mußte." (6) Dieser mit besonderer Aggressivität verbundenen Expansionsdrang des deutschen Kapitalismus, dessen ideologische Rechtfertigung die Losung vom "Platz an der Sonne" war, forcierte das Wetttrüsten, da durch ihn der kriegerische Charakter der innerimperialistischen Konkurrenz, vor allem der Gegensatz zu England, noch verstärkt wurde. "Wir wissen, daß diese Spannung eine notwendige Folge der sich verschärfenden Konkurrenz Deutschlands und Englands auf dem Weltmarkte ist, also eine direkte Folge der zügellosen kapitalistischen Entwicklung und internationalen Konkurrenz." (7)

Bewußt bereitete man eine militärische Auseinandersetzung mit England und Frankreich vor, wobei neben dem Heer in zunehmendem Maße der sogenannte Marinismus, das heißt der ungeheure Ausbau der Flotte, an Einfluß gewann. Hinter diesem stand die Schwerindustrie, die durch intensive Förderung von Seiten des Staates zur stärksten in Europa geworden war.

Bei der systematischen Kriegsvorbereitung kam dem Militär eine entscheidende Rolle zu. Die Generalität, die vom Primat der "militärischen Notwendigkeiten" ausging, forderte selbstverständlich das Recht, auch im politischen Bereich entscheidend mitzubestimmen.

Innenpolitisch verstärkte der Imperialismus die politische Diktatur der mit dem preußischen Junkertum verbündeten Großbourgeoisie. Dessen traditionelle Macht- und Eroberungspolitik prägte in entscheidender Weise das gesamte Militär, stammte doch die Mehrzahl des Offizierskorps, das von bürgerlichen Kräften weitgehend freigehalten wurde, aus junkerlichen Kreisen.

Gleichzeitig bewirkte der Imperialismus jedoch auch eine Zuspitzung der Klassengegensätze im Innern. Das daraus resultierende wachsende Klassenbewußtsein des Proletariats stellte für die Großmacht- und Kriegspläne der Bourgeoisie eine ernstzunehmende Bedrohung dar. So gewann mehr und mehr die Sicherung der junkerlich-kapitalistischen

klassenherrschaft als Aufgabe des Militärs an Bedeutung. Wilhelm II., nicht gewohnt, seine Worte wenigstens nach taktischen Gesichtspunkten auszuwählen, drückte das in einer Rede an seine Garnison so aus: "Ihr habt mir Treue geschworen, das – Kinder meiner Garde – heißt, ihr seid jetzt meine Soldaten, ihr habt euch mir mit Leib und Seele ergeben: Es gibt für euch nur einen Feind und der ist mein Feind. Bei den jetzigen sozialistischen Umtrieben kann es vorkommen, daß ich euch befehle, eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschießen . . . aber auch dann müßt ihr meine Befehle ohne Murren befolgen." (8)

Der Kampf richtete sich hauptsächlich gegen die Sozialdemokratische Partei, die nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes enorm an Bedeutung gewonnen hatte. Überwachung der Sozialdemokraten im Heer, schwarze Listen, harte Urteile gegen Soldaten, die "rote" Äußerungen (Wie z.B.: Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern) getan hatten, das war die eine Seite dieses Kampfes. Die andere war das Ausarbeiten von Plänen, die der Sicherung des Hinterlandes bei Kriegsausbruch dienen sollten und die Wilhelm II. folgendermaßen beschrieb: "Erst die Sozialisten abschließen, köpfen und unschädlich machen, wenn nötig per Blutbad, und dann Krieg nach außen. Aber nicht vorher und nicht a tempo!" (9)

In den Krisenjahren vor Ausbruch des Weltkrieges drohten die herrschenden Klassen wiederholt mit der Anwendung militärischer Gewalt bei Streiks und Unruhen, die allerdings, da eine sehr starke Polizeitruppe zur Verfügung stand, auf wenige Fälle beschränkt blieb, zum Beispiel die blutige Niederschlagung des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet 1912.

Die Anwendung der Bürgerkriegspläne, die durch Massenverhaftungen etc. die außenpolitische Aggressivität des deutschen Imperialismus innenpolitisch absichern sollten, war dann allerdings beim Beginn des Weltkrieges, auf den so lange hingesteuert worden war, nicht mehr nötig, weil die SPD, die noch Ende Juli gemäß den Beschlüssen der Zweiten Internationale zu Massendemonstrationen gegen den Krieg aufgerufen hatte, am 4. August im Reichstag ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten gab, so daß "der Kaiser keine Parteien, sondern nur noch Kanonenfutter kannte." (10)

Der Burgfriede, den die SPD am 4. August mit dem kaiserlichen Deutschland geschlossen hatte, führte einen großen Teil ihrer Parteiführer geradewegs ins Lager des Imperialismus. Nur eine kleine Gruppe aus der linken Sozialdemokratie, deren Mitglieder schon in den Jahren vor dem Weltkrieg zu den erbittertsten Kämpfern gegen den Militarismus gehört hatten (darunter Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg) blieb den Ideen des proletarischen Internationalismus und Antimilitarismus treu. Hinderte sie zunächst noch eine falsche Auffassung von Parteidisziplin (diese war ja bis dahin immer eine Waffe gegen revisionistische Abweichungen gewesen) daran, die notwendige Trennung von den zu Handlangern des Imperialismus gewordenen "Sozialchauvinisten" zu vollziehen, so zeigte das Nein zu den Kriegskrediten, das Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914 mit einer flammenden Erklärung gegen den imperialistischen Krieg als einziger seiner Partei ausrief, daß er im Begriff war, diese Auffassung zu überwinden.

Die dem Imperialismus angemessene Blitzkriegsstrategie (Schlieffenplan), die durch

den völkerrechtswidrigen Überfall auf das neutrale Luxemburg und Belgien durchgesetzt werden sollte, war spätestens mit der Marne-Schlacht (September 1914) gescheitert. Der Krieg wurde zum Stellungen- und Materialkrieg. Die deutsche Wirtschaft, die sich nur auf den fest erwarteten Blitzkrieg vorbereitet hatte, wurde zusätzlich durch die von England verhängte Wirtschaftsblockade schwer getroffen, die den Stop der Importe bedeutete. Zur Mobilisierung der Industrie wurden zentrale Organe wie etwa die Zentrale Rohstoffbewirtschaftungsstelle unter Walther Rathenau geschaffen, die außerordentliche Befugnisse hatten. Mit Hilfe des von ihren Handlangern durchgesetzten Staatsapparates, der durch die zentralisierte Planwirtschaft in vielen Bereichen eine dominierende wirtschaftliche Rolle erhalten hatte, beherrschten die Monopole und Banken fast die gesamte Kriegswirtschaft.

Die Profite der Rüstungsindustrie waren ungewöhnlich hoch, da die Oberste Heeresleitung (OHL), die letztlich die Rüstungsaufträge zu vergeben hatte, jeden Preiswucher deckte. Hinzu kam die verstärkte Ausbeutung der Arbeitskräfte durch die zunehmende Heranziehung von ("billigeren") Frauen und durch den freiwilligen Verzicht der Gewerkschaften auf Auseinandersetzungen, der nach dem Burgfrieden verkündet worden war. Die Blockade zwang zur Entwicklung neuer Industriezweige, die mit riesigen Staatszuschüssen finanziert wurde (die Industrie zahlte diese Zuschüsse später zum Inflationkurs zurück.)

Die dritte OHL unter Hindenburg und Ludendorff ab 1916, die völlig unter dem Einfluß der rheinischen Schwerindustrie stand, arbeitete den sog. Hindenburgplan aus, der das Programm für den totalen Krieg (und den totalen Profit) war. Er sah eine radikale Steigerung der Rüstungsproduktion ohne Rücksicht auf die Kosten, ja sogar mit Vorrang vor der Armee vor. Ein Teil dieses Planes war das "Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst", das für die männliche Bevölkerung von 16 bis 60 Jahren eine Dienstpflicht einführte und die Freizügigkeit der Arbeiter beseitigte.

Die soziale Lage des Großteils der Bevölkerung wurde immer schlechter. Die Rationierung der Lebensmittel, Ungerechtigkeiten bei der Versorgung, Mißernten, steigende Preise, schleichende Inflation, die verschärfte Disziplinierung und Ausbeutung in den Betrieben sowie die Fortsetzung des sinnlosen, ungeheuren Krieges, das alles führte zu zunächst rein wirtschaftlich motivierten Streiks und Demonstrationen, die jedoch zunehmend politischen Charakter annahmen.

1917 erreichte diese Welle auch die bewaffneten Streitkräfte, zunächst die Matrosen der Marine, dann unter dem Einfluß der russischen Revolution auch die Soldaten, insbesondere an der Ostfront. Das Jahr 1918 brachte den Höhepunkt der Streiks und Antikriegsdemonstrationen. Die Niederlagen der deutschen Armeen begünstigten den Verfall des kaiserlichen Regimes, den auch der Eintritt der SPD in die Regierung in den letzten Kriegsmonaten nicht mehr aufhalten konnte. Innerhalb von wenigen Tagen siegte im November die revolutionäre Bewegung, die mit einem bewaffneten Aufstand der Matrosen in Kiel begonnen hatte.

Anmerkungen:

- 1 zit. nach: Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, IAV Berlin 1929, Reprint Berlin, 1970, S. 38;

- 2 Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation, Berlin (Ost) 1970, S. 101;
 3 Ebda. S. 48
 4 Helmuth von Moltke, zit. nach: Förster, Helmert, Otto, Schnitter, Der preußisch-deutsche Generalstab 1640-1965, Berlin (Ost) 1966, S. 70;
 5 L.I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Berlin (Ost) 1970, S. 95;
 6 Rosa Luxemburg, Die Krise der Sozialdemokratie (Junius-Broschüre), S. 263 in: R.L., Politische Schriften, Leipzig o.J.;
 7 Karl Liebknecht, Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung, in: Lenin, Liebknecht, Militarismus – Antimilitarismus, Frankfurt o.J. (1970), S. 116;
 8 zit. nach: Förster etc., a.a.O., S. 97;
 9 Ebda., S. 103;
 10 Jürgen Kuczynski, Die Bewegung der deutschen Wirtschaft von 1800 bis 1946, Meisenheim 1948, S. 111; zum Problem des Revisionismus, auf das hier nicht eingegangen werden kann, vgl. Georg Fülberth, Zur Genese des Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914, in: Das Argument Nr. 63, S. 1-21 sowie Rosa Luxemburg, Die Krise der deutschen Sozialdemokratie, a.a.O.

antimilitarismus information

Bringt 12mal jährlich
in den drei Teilen

- Information, Berichte
- Recht
- Theorie

die für den gesamten Bereich der antimilitaristischen Arbeit wichtigen Informationen mit dem Ziel, die praktische Arbeit und die Weiterführung der Diskussion zu unterstützen.

Kriegsdienstverweigerung, Ersatzdienst, Zivilverteidigung und Bevölkerungsschutz, Verteidigungsbündnisse, Verteidigungskonzeptionen, Rüstungsetats, Wirtschaft und Rüstung, Imperialismus und Dritte Welt, subtile Militarisierung im Erziehungsbereich, Kriegsforschung, Friedensforschung, Termine und Arbeitsmodelle sind Bereiche, die u. a. in der antimilitarismus information behandelt werden. Ergänzt werden diese Informationen durch längere theoretische Artikel, Buchbesprechungen u. ä. mehr.

Aufbau und Erscheinungsweise der antimilitarismus information gewährleisten ein schnelles Auffinden zurückliegender Berichte; nach und nach entsteht ein antimilitaristisches Handbuch.

PROBEEEXEMPLARE ANFORDERN: Redaktion und Vertrieb der AMI
Chr. Wellmann, 6 Frankfurt 1
Siesmayerstr. 7

GRIGORI SINOWJEW

**GESCHICHTE
DER KPDSU (B)**

★ SCHULUNGSMATERIAL ★



**VERLAG DER
KOMMUNISTISCHEN
INTERNATIONALE
1923**



ERLANGEN 1972

240 Seiten

Erhältlich im linken Buchhandel oder per Post durch den Verlag:

Buchhandlung und Verlag Politladen GmbH

852 Erlangen, Hindenburgstraße 17

**3b ZUM VERHÄLTNIS VON MILITÄR UND GESELLSCHAFT IN
DER WEIMARER REPUBLIK**

Bereits am 6. November trafen sich die Führer der SPD und der Gewerkschaften mit dem Nachfolger Ludendorffs, General Groener, zu einer Besprechung über die "Kaiserfrage", wobei Ebert zwar für die Abdankung des Kaisers eintrat, jedoch nur, um "den Übergang der Massen in das revolutionäre Lager und damit die Revolution selbst (zu) verhindern." (1) Sein Vorschlag war die Übernahme der Regentschaft durch einen der Söhne des Kaisers, also die Beibehaltung der Monarchie.

Am 10. November, nach dem Sturz der Monarchie und der Ausrufung der Republik durch Scheidemann (SPD), schloß Ebert, inzwischen einer der beiden Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten, mit Groener ein Bündnis, dessen Charakter Groener so beschrieb: "Wir haben uns verbündet zum Kampfe gegen den Bolschewismus . . . Zunächst handelte es sich darum, in Berlin den Arbeiter- und Soldatenräten die Gewalt zu entreißen. Zu diesem Zwecke wurde ein Unternehmen geplant. Zehn Divisionen sollten in Berlin einmarschieren. Ebert war damit einverstanden . . . Ebert hat zugestimmt, daß sie mit scharfer Munition einrücken . . . Das war auch mit Ebert besprochen, dem ich dafür besonders dankbar bin wegen seiner absoluten Hingabe an die Sache . . . Dieses Bündnis war geschlossen gegen die Gefahr der Bolschewiken und gegen das Räte-system." (2)

Damit hatte sich bereits in den ersten Tagen der Revolution die opportunistische Mehrheitssozialdemokratie mit dem preußischen Militarismus verbündet, um mit der alten Armee als Ordnungsfaktor den Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse vorzubereiten.

Der Haß des Offizierkorps richtete sich vor allem gegen die in den meisten Truppenteilen gewählten Soldatenräte. Hindenburg veröffentlichte schon am 11. November ein Telegramm des Rates der Volksbeauftragten, mit dem die alte Kommandostruktur bewahrt werden sollte: "Die Vorgesetzten haben ihre Waffen und Rangabzeichen beizubehalten. Wo sich Soldatenräte oder Vertrauensräte gebildet haben, haben sie die Offiziere in ihrer Tätigkeit zur Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung rückhaltlos zu unterstützen." (3)

Die Zerschlagung der Soldatenräte bzw. ihre völlige Unterordnung unter die Befehlsgewalt der Offiziere wurde dadurch erleichtert, daß aus der buntzusammengewürfelten Masse der Soldaten auch bürgerliche Elemente, teilweise sogar frühere Offiziere, in die Soldatenräte gewählt worden waren. (4)

Der Versuch Liebknechts, in Berlin eine rote Garde zu gründen, scheiterte, da die Soldatenräte alleine "die Revolution schützen" wollten. Der erste Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands im Dezember 1918 brachte den entscheidenden Wendepunkt in der Revolution, da er sich für die Wahlen zu einer Nationalversammlung und damit gegen die von Spartakus geforderte Machtübernahme durch die Arbeiter- und Soldatenräte entschied. Militärpolitisch beschloß die Räteversammlung die Übertragung der Kommandogewalt in den einzelnen Garnisonen an die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte, die Entfernung aller Rangabzeichen und das Ver-

bot des außerdienstlichen Waffentragens. Sie forderte die Wahl der Truppenführer durch die Soldaten selbst und die beschleunigte Abschaffung des stehenden Heeres und Errichtung der Volkswehr. Diese Beschlüsse blieben jedoch wertloses Papier, da kurz danach die blutigen Kämpfe zur Zerschlagung der Räte eingeleitet wurden.

Der sozialdemokratische Wehrminister Gustav Noske ("einer muß der Bluthund sein") hatte dazu kurzfristig Truppen aufgebaut, die teilweise aus mehrheitssozialistischen Arbeitern, zum größten Teil jedoch aus konterrevolutionären Freikorps unter Führung des Generals von Lüttwitz bestanden. Diese vom Haß gegen die Revolution erfüllten Truppen ("Dolchstoßlegende") wurden von Offizieren der alten Armee geführt, die sich und ihre Truppen als Erben des kaiserlichen Heeres empfanden. Ebert und Noske ließen diese Truppen die Januar-Revolution in Berlin blutig niederwerfen (Morde an Liebknecht und Luxemburg).

In ähnlichen Aktionen wurden in Norddeutschland (Hamburg, Bremen), im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland die dort existierenden Arbeiter- und Soldatenräte niedergeschlagen, wobei die Freikorps ihre ganze Brutalität zeigten (weißer Schrecken). Auch bei der Niederschlagung der Münchner Räterepublik durch Freikorps und bayrische Freiwillige kam es zu Hunderten von Erschießungen.

Im März 1919 wurde die gesetzmäßige Grundlage für die Entstehung der vorläufigen Reichswehr geschaffen, die zunächst ca. 400 000 Mann stark war und die Mehrzahl der Freikorps mit einbezog.

Beim Kapp-Putsch im März 1920, dem Gegenschlag der Konterrevolution, weigerten sich die Generale, gegen die in Berlin einrückenden Truppen zu kämpfen (Seeckt: "Reichwehr schießt nicht auf Reichswehr"). Seeckt nahm Urlaub, die anderen Kommandeure warteten ab. Erst der Generalstreik der gesamten Arbeiter, der trotz der Abwiegelei einiger SPD-Führer und der falschen pessimistischen Einschätzung der KPD zustande kam, jagte die Kappisten davon.

Nach Ende des Kapp-Putsches wurden einige der Truppen- und Freiwilligenverbände, die auf Kapps Seite gestanden hatten, von der SPD-Regierung im Ruhrgebiet, wo sich aus Arbeitern verschiedener Parteien eine rote Ruhrarmee formiert hatte, in Thüringen und Sachsen gegen Arbeiter eingesetzt, die sich nicht mit dem "Schutz der Republik", zu dem die SPD aufgerufen hatte, zufrieden gaben, sondern für die Bewaffnung der Arbeiter und für Räte weiterstreikten. Der Kapp-Putsch, der an sich durch seine Planlosigkeit die wieder gefestigte Macht des Kapitals gefährdet hatte, brachte als Ergebnis eine Niederlage des Proletariats und eine Stärkung des militärischen Apparats, da die sozialdemokratische Regierung das Militär rehabilitieren mußte, um es gegen das Proletariat einsetzen zu können. (5)

Die Reichswehr mußte nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages auf ein Berufsheer von 100 000 Mann reduziert werden. Dieser unfreiwillige Schrumpfungsprozeß wurde geschickt zur Säuberung der Armee von allen noch verbliebenen demokratischen Soldaten benutzt. So wurden z.B. nach dem Kapp-Putsch zwar einige Offiziere verabschiedet, die sich zu sehr kompromittiert hatten, gleichzeitig jedoch auch eine Anzahl republiktreuer Offiziere und Soldaten, die sich geweigert hatten, am Kapp-Putsch teilzunehmen. Dagegen wurden mehrere Kapp-Regimenter völlig unverändert in die Marine bzw. das Heer übernommen.

Das Jahr 1923 brachte einen neuen Aufschwung der revolutionären Bewegung. Der passive Widerstand in dem von den französischen Imperialisten besetzten Ruhrgebiet, der Metallarbeiterstreik im Mai, der erfolgreiche politische Generalstreik gegen die Regierung Cuno und die Wahl von Volksfrontregierungen in Thüringen und Sachsen zeigten, daß die proletarische Revolution in diesem Herbst greifbarer war als je zuvor.

Durch die Politik der Führung der KPD, die aus einer falschen Einschätzung des Kräfteverhältnisses zu einer defensiven, ausweichenden Politik gelangte, verstrich diese Chance ungenutzt. So konnte Seeckt als Oberbefehlshaber der Reichswehr (Ebert hatte durch den berüchtigten § 48 die Exekutivgewalt dem Reichswehrminister übertragen) Truppen in Thüringen und Sachsen einmarschieren lassen und ohne Widerstand die – legal gewählten – Volksfrontregierungen aus Kommunisten und linken Sozialdemokraten absetzen.

Zur selben Zeit weigerte sich Seeckt, die Reichswehr zu einer ähnlichen Reichsexekution gegen Bayern marschieren zu lassen, wo die bayrische Reichswehr der Berliner Regierung den Gehorsam verweigert und sich eigenmächtig der Regierung Kahr unterstellt hatte. In einem Brief an Kahr legte er seine Beweggründe dar: "Die Weimarer Verfassung für mich kein noli me tangere (rühr nicht an, d.V.), ich habe sie nicht mitgemacht, und sie widerspricht in den grundlegenden Prinzipien meinem politischen Denken. Ich verstehe daher vollkommen, daß Sie ihr den Kampf angesagt haben. . ." (6)

Seeckts Theorie vom "unpolitischen Charakter der Reichswehr" entlarvte sich so als bloße Verschleierung und Tarnung des Klassencharakters des Militärs. Die Reichswehr verhinderte mit brutaler Gewalt jeden Versuch der Arbeiterklasse, den revolutionären Prozeß über die Episode der bürgerlichen Demokratie hinaus zu treiben. Auf der anderen Seite war sie bereit, jede Konterrevolutionäre Bewegung, soweit sie Aussicht auf Erfolg hatte, zumindest zu tolerieren, bzw. sie versuchte, rechtsextreme Kräfte unter Kontrolle zu bringen, die durch isoliertes Vorgehen ihr Programm zu gefährden schienen.

Die "kampflöse Kapitulation" der Arbeiterklasse fiel zusammen "mit dem Beginn der wirtschaftlichen Stabilisierung der kapitalistischen Weltwirtschaft, die Inflation wird liquidiert, die bürgerlichen Regierungskoalitionen werden strapazierfähiger." (7) Trotzki charakterisierte die deutsche Revolution folgendermaßen: "Was die deutsche Revolution von 1918 betrifft, so ist sie keine demokratische Veränderung der bürgerlichen Revolution: es ist eine von der Sozialdemokratie enthauptete proletarische Revolution: richtiger gesagt, es ist die bürgerliche Konterrevolution, die nach dem Sieg über das Proletariat gezwungen ist, pseudodemokratische Formen zu bewahren." (8)

Die Lage der Arbeiter hatte sich zwar durch die Erreichung des Acht-Stunden-Arbeitstages, der freieren Arbeit der Gewerkschaften und die Abschaffung des Drei-Klassen-Wahlrechts gebessert, auf der anderen Seite hatte sich jedoch durch das Bündnis der Sozialdemokratie mit dem Militarismus die bürgerliche Klassenherrschaft und ihr staatlicher Machtapparat gefestigt: Die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte war völlig zerschlagen worden, die Arbeiterschaft war entwaffnet worden.

Mit der innerpolitischen Konsolidierung begann für die Reichswehr die Phase der verstärkten illegalen Aufrüstung. Die durch den Versailler Vertrag reduzierte Reichswehr war von vornherein als Kaderarmee für eine zukünftige größere Armee angesehen worden. (9) Das entsprach auch den imperialistischen Bestrebungen des Offizierskorps nach Revanche und Beseitigung des Versailler Vertrages. Seeckt sagte einmal, Deutschland müsse sich zuerst innerlich kräftigen und einen geeigneten Standpunkt zum Losschlagen abwarten. (10) Die Reserven für die zu schaffende größere Armee stellten die zahllosen reaktionären Wehrverbände wie Stahlhelm, Wehrwolf usw. dar, die sich hauptsächlich aus den früheren Freikorps rekrutierten. Außerdem wurde eine illegale Grenzschutzorganisation mit milizartigem Charakter aufgebaut, die ebenfalls als Reserve bereitstand. Gleichzeitig wurden in enger Zusammenarbeit mit der Schwerindustrie neue Waffen entwickelt und erprobt. Da der Versailler Vertrag den Besitz und die Herstellung von schweren Waffen, Panzern und Flugzeugen verbot, erfolgten diese Rüstungen entweder unter Deckprojekten in Deutschland, bei Tochtergesellschaften deutscher Konzerne im Ausland oder in der Sowjetunion, wo auch die deutschen Truppen an diesem Waffen ausgebildet wurden. Welche Kreise unmittelbares Interesse an diesen illegalen Kriegsvorbereitungen hatten, zeigte sich zum Beispiel an der Tatsache, daß die "Arbeitgeber" im Wehrbezirk III (Berlin-Brandenburg) 1925 pro "Arbeitnehmer" eine Mark freiwillig zur Finanzierung der Aufrüstung zahlten. Auch Junker beteiligten sich an diesen Zahlungen, zu denen sich die Geldgeber auf drei Jahre verpflichten mußten. (11)

Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten, die Auflösung der Interalliierten Kommission zur Abrüstungskontrolle sowie die Ernennung General Groeners zum Reichswehrminister verschafften der Reichswehr noch größere Handlungsfreiheit. Die gesamten Kriegsvorbereitungen wurden der Öffentlichkeit verschwiegen. Der Wehretat, der von 490 Mio RM im Jahre 1924 auf 827 Mio RM 1928 (ohne die Geheimmittel) anstieg, (12) war von keiner zivilen Instanz zu kontrollieren; fortschrittliche und kommunistische Publizisten, die über die Aufrüstung berichteten, wurden wegen Geheimnisverrats, Hochverrats u.ä. verurteilt (z.B. Ossietzky). Die Sozialdemokratie deckte all dies, auch wenn sie der Öffentlichkeit gegenüber als "antimilitaristische Partei" auftrat.

Die Reichswehr-Generalität hatte sich zwar in gewissem Umfang der bürgerlichen Republik anpassen müssen, stand ihr aber weitgehend feindlich gegenüber. Ihre Haltung mag ein Satz aus einem Brief des späteren Chefs der Heeresleitung, General Fritsch, kennzeichnen: "Denn letzten Endes sind Ebert, Pazifisten, Juden, Demokraten, Schwarz-Rot-Gold und Franzosen alles das gleiche, nämlich die Leute, die die Vernichtung Deutschlands wollen." (13)

Die soziale Schichtung des Offizierskorps verschob sich in den letzten Jahren der Weimarer Republik noch mehr zu Gunsten der Oberschichten: 49 % der Offiziersanwärter waren Söhne von Offizieren, 41 % kamen aus den gehobenen Berufen (Beamte, Professoren usw.). (14)

Vor allem bei den jüngeren Offizieren zeigte sich eine immer größer werdende Sympathie für die faschistische Bewegung, die in den Jahren der Weltwirtschaftskrise an

Bedeutung zunahm. Das ausgeprägt militaristische Auftreten der Faschisten, ihr Wille zur Aufrüstung und zur Zerschlagung der durch den Versailler Vertrag gezogenen Grenzen übten eine starke Anziehungskraft aus, wie der Leipziger Hochverratsprozeß gegen drei jüngere Offiziere zeigte, die in der Armee nationalsozialistische Propaganda getrieben hatten. Hitler, der in diesem Prozeß als Zeuge auftrat, nutzte die Gelegenheit, die Bedenken der Reichswehr-Generalität, die in den faschistischen Schlägerorganisationen eine mögliche Bedrohung für ihren militärischen Apparat sahen, zu zerstreuen: "Ich war immer der Ansicht, daß jeder Versuch, die Reichswehr zu zersetzen, Wahnsinn wäre. Keiner von uns hat das geringste Interesse an einer solchen Zersetzung. Wenn wir zur Macht gekommen sind, werden wir dafür sorgen, daß aus der jetzigen Reichswehr die große deutsche Volksarmee hervorgeht." (15)

Damit begannen die Kontakte zwischen der Führung der NSDAP und der Reichswehr enger zu werden. General Schleicher, dessen Hauptziel "das Heranführen der Nazis an den Staat" (16) war, wirkte entscheidend mit beim Sturz der Regierung Brüning und bei der Absetzung der sozialdemokratischen Regierung in Preußen. Er war als Reichskanzler der unmittelbare Vorgänger Hitlers.

Anmerkungen:

- 1 Zit. nach der beeidigten Aussage General Groeners im Dolchstoß-Prozeß, in: Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929, Reprint Berlin (West) 1970, S. 198
- 2 ebenda, S. 233
- 3 Zit. in: Förster, Helmert, Otto, Schnitter, Preußisch deutscher Generalstab 1640-1965, Berlin (Ost) 1966, S. 172
- 4 So waren allein 13 von den 84 Soldatenräten beim 1. Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte aktive Offiziere, in: III. Gesch., S. 250
- 5 vgl. den Aufruf der Reichsregierung: "Der verbrecherische Staatsstreich vom 13. März . . . wird vielfach in unverständiger oder gewissenloser Weise allen Offizieren und Truppen der Reichswehr zur Last gelegt. Das ist falsch! Man weiß in der Öffentlichkeit offenbar nicht, daß die Reichswehrtruppen in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend befehlsgemäß auf ihrem Posten zur Verteidigung der Republik standen, aber wegen der schlechten Erfolgsaussichten des Nachtkampfes vor Ankunft der Aufständischen in ihre Kasernen entlassen wurden," in: III. Gesch., S. 471
- 6 Carsten, Francis L., Reichswehr und Politik 1918-1933, Köln, Berlin 1964, S. 223
- 7 Brandt, Peter, Der Charakter der Novemberrevolution — Die stalinistische Geschichtsschreibung zwischen Dogmatismus und Revisionismus, in: Die vierte Internationale, II, Nr. 1, S. 48
- 8 Trotzki, Leo, Die permanente Revolution, Frankfurt 1969, S. 27
- 9 vgl. die Vorschrift "Führung und Gefecht der verbundenen Waffen", in der es hieß: Die Vorschrift nimmt Stärke, Bewaffnung und Aufrüstung des Heeres einer neuzeitlichen militärischen Großmacht als Grundlage an. Nicht nur das nach dem Friedensvertrag gebildet deutsche 100 000-Mann-Heer." in: Förster, . . . a.a.O., S. 203
- 10 Carsten, a.a.O., S. 159
- 11 ebenda, S. 244
- 12 Förster, . . . a.a.O., S. 211
- 13 Carsten, a.a.O., S. 223
- 14 ebenda, S. 235
- 15 zit. nach Förster, . . . a.a.O., S. 216
- 16 Carsten, a.a.O., S. 420

EXKURS:

Aufkommen und Funktion des Faschismus

Nach dem mißlungenen Putsch in München hatten Hitler und ein Teil seiner Anhänger erkannt, daß der Faschismus in Deutschland nur auf legalem Wege zur Macht gelangen konnte. Dazu brauchten die Nazis die Unterstützung der wahren (versteckten) Machthaber in Deutschland: Der Großindustrie, der Junker und der Reichswehr. Wenn es auch von vornherein klar war, daß sie nicht von allen aktive Unterstützung erwarten konnten, so mußte es doch erreicht werden, daß diese Kreise ihnen nicht entgegenarbeiteten. Um dahin zu gelangen waren zwei Voraussetzungen, die sich gegenseitig bedingen, notwendig: Breite Teile der Bevölkerung mußten die Ziele der NSDAP befürworten, Geldspenden von Industriellen mußten eingehen, um eine gezielte Agitation und Propaganda zur Gewinnung eben dieser Massen entfalten zu können.

Diese Propaganda richtete sich in erster Linie auf den Mittelstand, das Kleinbürgertum und die Bauern. Deutlich wird dies im Programm der 25 Punkte vom 24. Feb. 1920, und zwar in den Punkten 16 u. 17.

- 16 "Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigsten Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.
- 17 Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform. Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzins und Verhinderung jeder Bodenspekulation." (1)

So befürwortete gerade das Kleinbürgertum das Programm der Nazis, da es sich einerseits vom Großkapital bedroht sah (fortschreitende Monopolisierung), andererseits Enteignung nach einer sozialistischen Revolution befürchteten, somit in beiden Fällen ein Abrutschen ins Proletariat vermeiden wollte. (2) Doch gerade diese anti-kapitalistischen Tendenzen erschreckten die potentiellen Geldgeber – mit zwei Ausnahmen, Thyssen und Kirdorf (die die NSDAP seit Mitte der zwanziger Jahre unterstützten). Um diese wichtigen Geldgeber auch in der Zeit der politischen Flaute (1928 sank die Abgeordnetenzahl der NSDAP auf 12 von 491 Sitzen im Reichstag) zu halten, veröffentlichte Hitler am 13. April 1928 folgenden Zusatz zum 25-Punkte-Programm: "Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig: Da die NSDAP auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus 'unentgeltliche Enteignung' nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Art und Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundspekulationsgesellschaften." (3)

Die Massenbasis konnten die Nazis erst mit der Weltwirtschaftskrise erreichen (bei den Wahlen zum Reichstag im Herbst 1930 erhielten sie 6,4 Millionen Stimmen). Erst nach diesen Wahlen unterstützten breite Teile des Kapitals die faschistische Massenbewegung; und zwar waren es gerade die Teile der Wirtschaft, die durch die Weltwirtschaftskrise am stärksten getroffen waren. Diese Konzerne, mit dem amerikanischen Kapital verknüpft, waren durch die ausländischen Kredite in den Jahren 1924-28 noch einmal zu einer Scheinblüte gekommen. Sie hatten die kurzfristigen Kredite langfristig angelegt, und standen so, als die Kredite in der Krise zurückgezogen wurden, vor dem Bankrott: Banken mußten vom Staat saniert werden und gerieten dadurch praktisch unter seine Kontrolle. Damit verbunden übernahm die Brüning-Regierung von Flick die wichtigsten Anteile des "Vereinigte Stahlwerke" Konzerns (Gelsenkirchener Bergwerke AG). Durch diese Verstaatlichungen irritiert, befürchteten die Unternehmer eine New-Deal ähnliche Krisenbekämpfung, wie sie Schleicher anstrebte. Mit dieser Art der Krisenbekämpfung wäre eine Aufrechterhaltung der Rüstungsaufträge kaum möglich gewesen. Deshalb unterstützten die führenden Vertreter der durch die Vereinigten Stahlwerke repräsentierten Gruppe offen die Nazis. (4)

Diese Gruppe hatte ferner gesehen, daß die Sozialdemokratie in der ökonomischen und politischen Krise gezwungen war, die Arbeiterklasse in verstärktem Maße zu disziplinieren, (5) damit aber langfristig ihre Massenbasis verlor. So war die Sozialdemokratie nur so lange für die gesamte Kapitalistenklasse von Interesse, als sie die Massen des Proletariats organisierte und von den Kommunisten fernhielt. Gerade zu dem Zeitpunkt, als sich immer mehr Arbeiter den Kommunisten anschlossen, mußte die gesamte Kapitalistenklasse ihre Herrschaft mit der Massenbasis einer anderen Partei, nämlich der faschistischen, abstützen. Diese konnten die Hauptinteressen der Kapitalistenklasse, nämlich Aufrechterhaltung und Expansion der Produktion auch in Krisenzeiten gegen das Proletariat durchsetzen. Das klassenbewußte Proletariat neigt nämlich in Krisenzeiten durch Arbeitslosigkeit und ungenügende Konsumtionsmöglichkeiten tendentiell zur Radikalität. Die sozialistischen Arbeiterorganisationen wurden direkt durch die faschistischen Stoßtrupps (SA), die sich aus vorwiegend deklassierten Elementen zusammensetzten, bekämpft, während die Regierung den direkten Kampf gegen diese Organisationen vermied, die Stoßtrupps aber indirekt unterstützte, indem sie die nicht legalen Aktionen ungestraft ließ. (6)

Gegenüber der Gruppe, die die Nazis unterstützten, stand die Chemie-Elektro-Gruppierung, die durch die Krise nicht so sehr hart betroffen war. Sie unterstützte die Diktatur von Papen und Brüning, und wollte ihre Stellung im Staat nicht an die Gruppierung Hitler/Vereinigte-Stahlwerke abgeben, zumal die Übergangspräsidialdiktatoren ihre Aufgaben hinreichend lösten: Sie schwächten das Proletariat, lösten wichtige außenpolitische Aufgaben, die leichter unter dem Anschein einer bürgerlichen Republik zu lösen waren (Ende der Reparationen, Gleichberechtigung in der Bewaffnung). Die Chemie-Elektro-Gruppierung spaltete sich jedoch, als sich über Schleicher parteipolitisch eine Koalition gegen Hitler andeutete, die Nazis überdies an Stimmen verloren, finanziell vor dem Bankrott standen, also an Gegengewicht zu den Kommunisten verloren. Der größere Teil der Chemie-Elektro-Gruppierung einigte sich darauf mit der 'Vereinigte Stahlwerke AG' die Folgen der Weltwirtschaftskri-

se "durch staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Rahmen einer forcierten Rüstungspolitik zu überwinden, womit gleichzeitig, die von ihnen seit langem erstrebte militante Revision der Ergebnisse des ersten Weltkriegs vorbereitet werden konnte." (7)

In der Weltwirtschaftskrise war die bürgerliche Herrschaft in Deutschland ökonomisch und politisch bankrott gegangen. Der Faschismus als terroristischer Formwechsel bürgerlicher Herrschaft lag in der Konsequenz dieser Entwicklung. Er bot sich als einfache Lösung an, da die Faschisten die Verwertung des Kapitals durch verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse und imperialistischen Expansion beseitigen wollten. Um dies zu erreichen, war die Disziplinierung der Arbeiterklasse mit terroristischen Mitteln notwendig. Der Faschismus ließ die kapitalistischen Besitz- und Produktionsverhältnisse grundsätzlich unangetastet. So konnte auch "die allgemeine Tendenz des monopolistischen Kapitalismus, die private Akkumulation ohne Rücksicht auf die Möglichkeiten individueller und kollektiver Konsumtion voranzutreiben, damit jedoch stets latente Überproduktion hervorzubringen, (...) nur durch die organisierte **Vergeudung** und **Destruktion** ausgeglichen werden." (8)

In den ersten Jahren nach der "Machtübernahme" bestimmte die Schwerindustrie unter Führung der Vereinigten Stahlwerke über Schacht die Wirtschafts- bzw. die Aufrüstungspolitik. Diese Politik machte starke Rohstoffimporte erforderlich, denen sinkende Exportziffern gegenüberstanden, wodurch es dann zur Außenhandelskrise des Jahres 1936 kam.

Diese Krise führte zu einer Machtverschiebung innerhalb der herrschenden Klasse, da sich die 4-Jahres-Konzeption der Gruppierung um die IG-Farben (Chemie-Elektroindustrie) durchsetzte, deren Repräsentanten schon 1935 Verbindungen zu Göring geknüpft hatten, der dann 1936 zum Rohstoff- und Devisenkommissar ernannt wurde. Dieser Plan sah eine maximale Forcierung der Rüstung vor, um in einer Reihe von Blitzkriegen die auf die Dauer doch wirtschaftlich stärkeren Gegner niederzuschlagen. Zu diesem Zweck sollte Deutschland durch die künstliche Herstellung von kriegswichtigen Rohstoffen weitgehend autark gemacht werden, da klar gesehen wurde, daß der Krieg auch Großbritannien und die USA miteinbeziehen würde. Gleichzeitig sollte durch außenwirtschaftliche "friedliche Expansion" innerhalb Europas die Basis für diese Blitzkriege geschaffen werden. (9)

1938 wurde mit der Eingliederung Österreichs der erste Schritt zu dieser Erweiterung der Produktionsbasis getan. Verschärfte 'Arisierung' im Inneren und die Annexion der CSR mit ihrer hochtechnisierten Rüstungsindustrie bildeten dann die Ausgangsbasis für die Pläne zur "Neuordnung der Welt", das heißt für die militärische Expansion.

Die Ziele dieser Expansion wurden weitgehend von den Industriellen bestimmt. (10) Sicherlich war es ein Ziel der Nazis den Bolschewismus niederzuwerfen, den slawischen und jüdischen Menschen auszurotten, bestimmend für die Kriegführung blieb aber die wirtschaftliche Zielsetzung, d.h. es ging um die Weizenfelder der Ukraine, die Ölfelder Rumäniens. Die in Deutschland erzielten Profite spielten nun bei der Erweiterung der Produktionsbasis keine große Rolle mehr, da der Raub fremder

Wirtschaftskapazitäten ein Hauptmittel zur Akkumulation wurde (1939 kamen 25 % durch Raub an Produktionsmitteln hinzu; 1940 50 %). (11) Auch bei der Beschlagnahmung in den besetzten Gebieten und bei der Verschleppung ausländischer Arbeiter spielten die Kapitalisten eine führende Rolle. Für sie sollte dieser Krieg Umweg sein, um zur Weltherrschaft zu gelangen.

- 1 zit. nach Bloch, Charles, Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934, Frankfurt (M.) 1970, S. 11
- 2 Vergl. zu dieser Problematik: Reich, Wilhelm, Massenpsychologie des Faschismus, o.o. 1933
- 3 zit. nach Bloch, Charles, a.a.O. S. 25
- 4 vergl. hierzu vor allem: Hallgarten, George W.F., Hitler, Reichswehr und Industrie, EVA Frankfurt a.M. 1955; und Czichon, Eberhard, Wer verhalf Hitler zur Macht? Köln 1967
- 5 So beispielsweise am 1. Mai 1929 als die Berliner Arbeiterklasse trotz des bestehenden Demonstrationsverbots, das von dem SPD - Polizeipräsidenten Zörgiebel verhängt worden war, demonstrierten und die Polizei auf Geheiß Zörgiebels mit äußerster Brutalität gegen die Arbeiter vorging.
- 6 vergl. Rosenberg, Arthur, Der Faschismus als Massenbewegung, in Bauer, Marcuse, Rosenberg, Faschismus und Kapitalismus EVA Frankfurt a.M. S. 120 ff.
- 7 Czichon, Eberhard, Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht, in Das Argument Nr. 47, S. 172
- 8 Blanke, Bernhard, Thesen zur Faschismus-Diskussion, in SOPO 3, S. 58
- 9 vergl. Mason, Tim, Der Primat der Politik - Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in Das Argument Nr. 41; und Czichon, Eberhard a.a.O.
- 10 vergl. Czichon, Eberhard, a.a.O. S. 187 ff.
- 11 Zahlen nach Kuczynski, Jürgen, Die Bewegung der deutschen Wirtschaft von 1800 bis 1946, Meisenheim am Glan 1948, S. 165

TRIKONT

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 11

Von einer nach außen gerichteten imperialistischen Armee wird die moderne bürgerliche Armee immer mehr zu einer reinen Bürgerkriegsarmee, die eingesetzt werden kann gegen Volksbewegungen und die in Frankreich wie in Italien bereits konkret als Streikbrecher eingesetzt wird.

Die Arbeit im Militär muß auf der einen Seite verhindern, daß die Armee ein williges Werkzeug der herrschenden Klasse bleibt, auf der anderen Seite gegen die spezifische und doppelte Unterdrückung ankämpfen, der vor allem die wehrpflichtigen jungen Proletarier innerhalb der Armee ausgesetzt sind.

An die theoretischen Analysen schließt sich eine reichhaltige Sammlung von Erfahrungsberichten und Agitationsmaterial aus der konkreten Antimilitarismus-Arbeit an.

Das Buch ist in allen linken Buchläden erhältlich oder im Postversand durch die Buchhandlung POLITLADEN in Erlangen. Bei Gruppenbestellungen ab 5 Exemplaren 10 % Rabatt

TRAGT DEN KLASSENKAMPF IN DIE ARMEE

Beiträge der Gauche Proletarienne und Lotta Continua zum antimilitaristischen Kampf

Oswald Heer aus dem Volk, kein Heer des Volkes, sondern
Heer gegen das Volk.

123 Seiten DM 5,80

3c Armee und Faschismus

“Wir sind Nationalsozialisten auch ohne Parteibuch, die besten, ernstesten, treuesten. Die Wehrmacht ist die einzige, letzte, größte Hoffnung des Führers.”

Generalmajor Walter von Reichenau 1935 (1)

Die Reichswehr stand in ihrer überwiegenden Mehrheit der nationalsozialistischen Machtergreifung positiv gegenüber, hatten doch ihre politischen Repräsentanten nach Kräften dazu beigetragen. So sagt etwa General Schleicher von sich selbst, er sei “konsequent und hartnäckig für die Heranziehung der NSDAP zur Regierung eingetreten.” (2)

Das Offizierskorps, das von seiner soziologischen Struktur her – es rekrutierte sich zum großen Teil aus junkerlichen Kreisen – wie auch personell den Sturz der Monarchie und die Zeit der Weimarer Republik fast unverändert überstanden hatte, hatte schon in den letzten Jahren der Weimarer Republik zunehmende Sympathien für die faschistische Bewegung gezeigt. Bestand doch die Aussicht, die Ziele verwirklicht zu sehen, die in der Weimarer Republik aus Rücksicht auf die – wenn auch noch so degenerierte – bürgerliche Demokratie noch nicht durchgesetzt werden konnten, nämlich Militarismus, Antidemokratismus und Antisozialismus im Innern und aggressive imperialistische Machtpolitik nach außen.

Diese Ziele, hinter denen einerseits natürlich unmittelbare materielle Interessen der Militärs standen, entsprachen andererseits gleichzeitig dem Gesamtinteresse des Kapitals.

Das Militär nahm darum auch die Zerstörung der parlamentarischen Demokratie, die Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterklasse, den Bau von Konzentrationslagern und die antisemitische Hetze – auch gegen jüdische Offiziere – widerspruchslos hin. Die Kritik, die am Nationalsozialismus geübt wurde, entstammte der verächtlichen Abscheu der – zumeist adligen – Offiziere gegenüber dem proletarisierten Kleinbürgertum, das sich in den faschistischen Massenorganisationen gesammelt hatte. Diese Abscheu erlaubte es in den folgenden Jahren auch, die Schuld für Verbrechen, gegen die sich sogar in der Wehrmacht Widerstand regte, “der Überzahl völlig unzulänglicher, zum Teil wahrhaft minderwertiger Ausführungsorgane” anzulasten, die “die edlen nationalen Absichten Hitlers in der Praxis vielfach zu einem Zerrbild, teilweise zum Gegenteil dessen, was der Kanzler will, pervertieren.” (3)

Der Faschismus revanchierte sich mit der Unterdrückung des Teils seiner Anhängerschaft, der die demagogische Propaganda mit ihren anti-großkapitalistischen Parolen ernst genommen hatte und nun für die “alten Kämpfer” aus den faschistischen Kampforganisationen eine gewisse soziale Sicherstellung auf Kosten der Oberschichten anstrebte. Dieser “linke” Flügel des Nationalsozialismus wollte die Positionen des übernommenen Exekutivapparates mit alten Parteigenossen besetzen, was Röhm, Stabschef der SA, so ausdrückte: “Der graue Fels (die Wehrmacht, d.V.) muß in der braunen Flut untergehen.” (4)

Hitler schlug am 30. Juni 34 (sogenannter Röhm-Putsch) nach vorherigen Konsultationen mit der Industrie den rebellierenden Teil der eigenen Bewegung brutal nieder,

wobei ihn die zuvor informierte Reichswehr tatkräftig mit technischer Hilfe unterstützte. Die Führungsschicht der SA sowie andere alte Widersacher Hitlers wurden liquidiert.

Diese eindeutige Parteinahme Hitlers für die Wehrmacht befriedigte die Armeeführer dermaßen, daß sie sogar die Ermordung der Generale Schleicher und Bredow hinnahmen; ja, Generalmajor Reichenau, Ministeramtschef im Reichswehrministerium, entwarf sogar den Text der Meldung, die Schleichers Erschießung als Notwehr rechtfertigte. (5) Das zeigt, zu welchem frühem Zeitpunkt schon das Militär auch den letzten Rest von Standessolidarität aufgegeben und sich bedingungslos dem Faschismus untergeordnet hatte.

Wenige Wochen später, nach dem Tode Hindenburgs, leistete die Reichswehr den von Reichswehrminister Blomberg schon ohne besondere Anweisung Hitlers vorgefertigten Eid auf "den Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler". (6) Hitler vereinigte nun die Ämter des Reichskanzlers und Reichspräsidenten in seiner Hand und war damit oberster Befehlshaber der Reichswehr geworden.

Schon in dieser Phase der Konsolidierung versuchte die faschistische Führung, neben der Armee, die, weil sie praktisch unverändert übernommen werden mußte, einen gewissen Unsicherheitsfaktor darstellte, einen neuen Apparat aufzubauen, der ausschließlich von der faschistischen Partei geprägt und geformt war, nämlich die SS, die in ihrer sozialen Zusammensetzung und in ihrem Elitedenken auffallende Ähnlichkeiten mit dem Offizierskorps aufwies. (7)

Gleichzeitig wurde alles getan, um die Aufrüstung für den geplanten imperialistischen Krieg zu forcieren. Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, der Einmarsch in die entmilitarisierten Rheinlande und die Erprobung der alten und neuen Waffen im spanischen Bürgerkrieg (Legion Condor) bildeten die Stationen bei der Vorbereitung des Annexionskrieges.

1938 wurde zunächst Kriegsminister Blomberg, dann auch der Oberbefehlshaber der Heere, Fritsch, wegen angeblicher sittlicher Verfehlungen ausgeschaltet. (8)

Hitler löste die Institution des Kriegsministers und Oberbefehlshabers der Wehrmacht auf und übernahm nun auch faktisch den Oberbefehl der Wehrmacht, der ihm seit Hindenburgs Tod nominell zustand. Das bisherige Wehrmachtsamt im Kriegsministerium wurde zum Oberkommando der Wehrmacht ausgebaut, dessen Chef General Keitel (allgemein üblicher Spitzname: Lakaitel) bedingungslos, das heißt ohne die elitäre Skrupel seiner Kollegen, alle faschistischen Pläne verfocht.

Die Ausschaltung der Führungsspitze der Wehrmacht erfolgte ohne nennenswerten Widerstand der Generalität. Sie war für Hitler notwendig geworden, weil sich in der Wehrmacht "Widerstandsregungen" gezeigt hatten, das heißt, weil einige Militärs aus militärpolitischen Gründen Bedenken gegen Hitlers Pläne (Annexion der CSR, Zweifrontenkrieg) geäußert hatten. Als sie mit ihren Vorschlägen, die auf einen späteren Kriegsbeginn nach sorgfältigerer Rüstung hinausliefen, kein Gehör fanden, räumten sie ohne Widerstand freiwillig (Rücktritt Becks) oder unfreiwillig (Blomberg, Fritsch) das Feld.

Die außenpolitische Erfolge des faschistischen Staates (Die Eingliederung Österreichs,

das Münchner Abkommen und die Besetzung der Resttschechei), die ermöglicht und bedingt wurden durch nackte militärische Erpressung einerseits und die Appeasementpolitik der westlichen Großmächte andererseits, ließen die partielle Opposition der traditionellen Oberschichten in Heer und Bürokratie jedoch rasch verstummen, ebenso wie auch die Bedenken gegen den Überfall auf Polen, die hauptsächlich militärischem Kalkül, nämlich der Ablehnung des mit Risiko verbundenen Zweifrontenkriegs, entstammten, sich auf Grund der militärischen Siege der faschistischen Armeen schnell verflüchtigten.

Zu der Verachtung für den Nationalsozialismus und der Kritik an fachlich-operativen Entscheidungen Hitlers traten im Laufe des Krieges ethische Bedenken hinzu, die sich vor allem an den wahrhaft verbrecherischen Methoden der Kriegsführung entzündeten (etwa am Kommissarbefehl, der die sofortige Erschießung aller gefangenen Kommissare der Roten Armee vorsah, oder am Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung in Polen usw.) Dabei spielten freilich auch Rivalitäten zwischen der Wehrmacht und der SS eine große Rolle, die den nie abgeklärten Kompetenzen zwischen beiden Organisationen entsprangen. Die Liquidationen in Polen zum Beispiel wurden als Exzesse Himmlers kritisiert, die ohne Wissen Hitlers geschähen, wobei die Annahme wohl nicht trügt, daß, falls Hitler als direkter Urheber dieser Aktionen hervorgetreten und sie "ordnungsgemäß" befohlen hätte, die Armee auch dazu geschwiegen hätte.

Dazu kamen noch Auseinandersetzungen zwischen der Wehrmacht und der SS auf dem Gebiet der Besatzungspolitik. Die Wehrmacht wollte innerhalb des besetzten Gebietes Ruhe, um ungestörte militärische Handlungsfreiheit zu erreichen und die ökonomische Ausbeutung durch die deutschen Konzerne zu ermöglichen, während die SS ohne Rücksicht auf diese Pläne ihre Deportationen und Liquidationen vornahm und so die Bevölkerung, die die Deutschen oft freundlich begrüßt hatte, in den Partisanenkampf trieb.

Es waren jedoch nur Teile des Offizierskorps, die aus preußischer Tradition heraus einen "ordentlichen" Krieg ohne diese "Perversionen des soldatischen Ethos" haben wollten. Andere Militärs rechtfertigten ungeniert alle Verbrechen mit dem "Kampf gegen den Bolschewismus", plädierten für eine "Rückkehr zum alten Kriegsbrauch" (9), das heißt, für einen Krieg ohne die lästigen Bestimmungen des Völkerrechts. In diesem Zusammenhang gehört auch das Abkommen zwischen dem Oberkommando des Heeres (OKH) und der SS, das den Sondereinheiten sogar im Bereich der kämpfenden Truppe Bewegungsfreiheit einräumte (1941) (10). Aktionen der SS wurden dann unterbunden, wenn die militärische Operationsfreiheit gestört werden konnte.

Als sich langsam die Niederlage der faschistischen Armeen abzuzeichnen begann, drängten die reaktionären oppositionellen Kreise des Militärs auf eine Beendigung des Krieges im Westen durch einen Sonderfrieden, um mit verstärkten Kampfanstrengungen den Vormarsch der Roten Armee im Osten aufzuhalten.

Zu diesem Zweck arbeiteten sie im Innern mit Vertretern der bürokratischen Führungsgruppen zusammen, deren Programmvorstellungen antikommunistischer, ständestaatlicher oder gar monarchistischer Art waren. Sozialdemokraten (Leuschner, Leber), Christen (Kreisauer Kreis) und idealistische Offiziersgruppen aus der jünge-

ren Generation, die ein im wesentlichen bürgerlich-demokratisches Programm vertraten, hatten sich dieser Opposition angeschlossen, konnten jedoch den Gesamtcharakter der Verschwörung nicht entscheidend beeinflussen.

Der Staatsstreich vom 20. Juli scheiterte unter anderem am opportunistischen Verhalten hoher Offiziere in Berlin, die sich zunächst abwartend verhielten, auf die Nachricht von Hitlers Überleben sich jedoch gegen die Verschwörer wandten.

Die militärischen Verschwörer waren weit entfernt davon, über den ethischen Protest gegen zu krasse Auswüchse, die verächtliche Abscheu und den Kampf gegen den Verlust ihrer Machtpositionen hinaus zu Einsichten in die ökonomischen Hintergründe des Krieges oder gar die Ursachen des Faschismus zu gelangen. Erst der Vormarsch der Anti-Hitler-Koalition und die sich damit abzeichnende militärische Niederlage beendeten den moralischen Disput innerhalb der "Opposition" über die Rechtmäßigkeit ihres Handelns. Die Verschwörer wurden gezwungen zu handeln, wollten sie noch annehmbare Friedensbedingungen, das heißt die Konservierung der Macht- und Besitzverhältnisse erreichen; befürchteten sie doch von der militärischen Niederlage wegen ihres allzu offenen Bündnisses mit dem Faschismus auch gleichzeitig den Verlust ihrer eigenen Herrschaft. Daß es nach 1945 nicht dazu kam, ist lediglich auf die Restaurationspolitik der westlichen Siegermächte, insbesondere der USA, zurückzuführen.

Der Irrationalismus des faschistischen Systems trieb den verbrecherischen Krieg bis zum totalen Zusammenbruch weiter. Die Generäle, die zuvor noch Skrupel gezeigt hatten, als es galt, gegen Hitler vorzugehen, scheuten sich nicht, noch Hunderttausende Soldaten in – auch militärisch – schon längst sinnlos gewordenen Schlachten zu verheizen.

Durchhaltebefehle bis zum letzten Tag, der "Nerobefehl", der im Sinne der "verbrannten Erde" die Zerstörung aller Versorgungs- und Industrieanlagen vorsah und die standrechtlichen Erschießungen von Zivilisten und Soldaten, die vom Krieg genug hatten, das waren die letzten Stationen des totalen Bündnisses, das der deutsche Militarismus mit dem Faschismus eingegangen war.

EXKURS: Die Rezeption des Widerstandes (20. Juli) in der Bundeswehr

Hier sind nun einige Worte angebracht über die Behandlung des 20. Juli und der damit zusammenhängende Frage des Widerstandsrechts im politischen Unterricht in der Bundeswehr. Widerstand gilt dort als isoliertes Phänomen der deutschen Vergangenheit, das nur unter ganz bestimmten Bedingungen, nämlich denen des sogenannten "Unrechtsstaates" möglich war. Da nun nicht weiter nach den gesellschaftlichen Ursachen und der Funktion dieses "Unrechtsstaates" gefragt wird, sondern man ihn nur als unmoralisch definiert, ist es nur natürlich, daß auch das Verhalten der Männer des 20. Juli lediglich in moralischen Kategorien dargestellt wird, ohne daß man es nach den Programmvorstellungen und Zielen hinterfragt.

Dabei wird vor allem die elitäre Ideologie der Verschwörer reproduziert, womit gleichzeitig verhindert werden soll, daß der einzelne Soldat jemals sich selbst für berechtigt hält, dieses Recht für sich zu beanspruchen.

Die Totalitarismustheorie (das Gleichsetzen von "rotem" und "braunem" Unrechtsstaat) erleichtert das Umlenken potentieller Widerstandsregungen in Antikommunismus.

Über die zahllosen antifaschistischen Widerstandskämpfer aus der Arbeiterklasse, deren Widerstand weitaus prinzipiellerer Natur und auch zahlenmäßig bedeutender war als der der Oberschichten aus Heer und Bürokratie, schweigt sich die Bundeswehr – im Verein mit der bürgerlichen Geschichtsschreibung – entweder aus oder sie diffamiert sie als "Menschen unlauterer Gesinnung und fragwürdiger Zielsetzung, die es selbstverständlich – wie auf der anderen Seite – auch im Widerstandslager gab." (11)

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß das Militär in Deutschland von der Kaiserzeit bis zum Ende des Faschismus immer Instrument der herrschenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft nach innen und zur imperialistischen Expansion nach außen gewesen ist. Eine demokratische Militärtradition in Deutschland gibt es nicht, nicht einmal in dem von der Bundeswehrführung für sich beanspruchten militärischen "Widerstand" im Zweiten Weltkrieg.

Es gab also keine demokratische Tradition, an die die neugeschaffene Bundeswehr hätte anknüpfen können, weder personell noch ideell. Entsprechend war das Ergebnis.

- 1 zit. nach: SPIEGEL, Nr. 31/1969, S. 54
- 2 zit. nach: Vollmacht des Gewissens, Bd. I, hrsg. v. Europäische Publikation e.V. Frankfurt u. Berlin (West), 1965
- 3 so General Halder, zit. nach: Klaus Jürgen Müller, Das Heer und Hitler, Stuttgart 1969, S. 40
- 4 SPIEGEL, a.a.O., S. 55. Vgl. dazu: Reinhard Kühnl, Die nationalsozialistische Linke, Meisenheim am Glan, 1966
- 5 Müller, a.a.O., S. 127
- 6 ebenda, S. 135
- 7 vgl. Reinhard Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus. Reinbeck 1971, S. 142 ff.
- 8 Blomberg hatte – mit Hitler und Göring als Trauzeugen – eine ehemalige Prostituierte geheiratet. Fritsch wurde auf Grund einer gezielten "Namensverwechslung" Homosexualität vorgeworfen. Diese Vorwürfe sind zum einen für das Verhältnis des Faschismus zur Sexualität, besonders der Homosexualität, bezeichnend, zum andern werfen sie auch ein Licht auf die Ehrvorstellungen des Offizierskorps, das die Entlassungen (u.a. die Blombergs) als berechtigt ansah und kaum protestierte.
- 9 So Eugen Müller, General z.b.V. im OKH, zit. nach: Vollmacht des Gewissens, a.a.O., S. 393
- 10 ebenda, S. 298
- 11 Handbuch Innere Führung, S. 83 zit. nach Hans-Helmut Thielen, Der Verfall der Inneren Führung, Frankfurt 1970

4 Remilitarisierung der Bundesrepublik

Entstehung und Entwicklung der BRD — soziökonomische und politische Aspekte als Hintergrund der Wiederaufrüstung

Die SU, der eigentliche Verlierer des Kriegs, war durch die ungeheuren Verluste an Menschen und Material um viele Jahre in der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeworfen und hatte dementsprechend kaum Möglichkeiten, sich gegenüber den USA zu behaupten. Zudem besaßen die Amerikaner als einzige die Atombombe und waren auch bereit, diese einzusetzen, um ihre machtpolitischen Ziele zu erreichen (so beim militärstrategisch überflüssigen Abwurf auf Hiroshima und Nagasaki) und als brutales Mittel ihrer Abschreckungsstrategie (erstmalig bei der Potsdamer Konferenz).

Die weltpolitischen Konflikte zwischen den Großmächten, die zugunsten der Kriegskoalition zurückgestellt waren und jetzt erneut entflammten, wurden somit in der Mehrzahl zugunsten der USA bzw. der Westalliierten entschieden, die ihrerseits in immer stärkere Abhängigkeit von den USA gerieten.

Für das Verständnis der weltpolitischen Situation der letzten Kriegsjahre und der ersten Nachkriegszeit (bis ca 1948) muß die damalige Politik Stalins berücksichtigt werden. Sie orientierte sich an seiner Lehre vom "Aufbau des Sozialismus in einem Land" und war eindeutig nur auf die Absicherung der sozialistischen Entwicklung in der SU ausgerichtet. (1) Stalins Respektierung der Abkommen mit den Westalliierten (2) ging sogar so weit, daß er in Ländern, die gemäß der Absprache — der Einflußsphäre der westlichen Länder zugeschlagen worden waren, nicht die kommunistische Befreiungsbewegung unterstützte (Griechenland, Jugoslawien).

Diese Politik war den Alliierten bekannt und sogar während der Berlin-Blockade berichtete der amerikanische Botschafter General W.B. Smith dem Kriegsrat der USA über seinen Eindruck, daß die Russen keinen Krieg wünschen. Ähnlich äußerte sich auch George F. Kennan, damals Vorsitzender des Politischen Planungsstabes im State Department (3).

Die Expansion der USA nahm dagegen auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet riesige Ausmaße an. 1946 waren amerikanische Truppen noch in 56 Ländern und auf jedem Kontinent stationiert. Bis 1949 soll Amerika Anspruch auf über 400 Flotten- und Luftstützpunkte in aller Welt erhoben haben. (4)

Aus dieser Darstellung wird deutlich, daß in der Nachkriegssituation jegliches Gerede von einer "Bedrohung aus dem Osten" eine Verdrehung der tatsächlichen Situation darstellte und auf Deutschland bezogen, offensichtlich stets als Vorwand für die bereits frühzeitig wieder ins Auge gefaßte Wiederaufrüstung der westalliierten Besatzungszonen dienen sollte.

Die SU legte bei der Besatzungspolitik den größten Wert auf hohe und langfristige Reparationszahlungen während Frankreich, England und zunächst auch die USA an einer Ausschaltung der Wirtschaftskonkurrenz interessiert waren.

An dieser Stelle muß eingeschoben werden, daß sich die Außenpolitik der USA

speziell in der Behandlung Deutschlands nach dem 2. WK keineswegs gradlinig entwickelt hatte, von zahlreichen Widersprüchen gekennzeichnet war. Deshalb wird vielfach in der Geschichtsschreibung von den zwei widersprüchlichen Linien der US-Außenpolitik gesprochen.

1) Koloniale Behandlung Deutschlands

Dieser Vorschlag wurde vorwiegend von solchen Gruppen des amerikanischen Großkapitals vertreten, die auf eine Beseitigung der deutschen Konkurrenz drängten (Morgenthau-Plan als schärfste Version dieses Konzepts: Weitgehende Beseitigung der deutschen Industriekapazitäten, was praktisch die Rückentwicklung Deutschlands zum Agrarstaat bedeutet hätte). Andere Vorstellungen zielten über die Beseitigung des deutschen Kriegspotentials hinaus auf die Verstärkung der Schwerindustrie, die Auflösung wirtschaftlicher Machtkonzentrationen, die Liquidierung deutscher Konzerne und Trusts, mit dem Ziel der endgültigen Zerschlagung des deutschen Monopolkapitalismus als selbständigem ökonomischen und politischen Faktor.

2) Die zweite Linie US-amerikanischer Deutschlandpolitik ging von den eigenen Investitionsinteressen in Deutschland und weitsichtigeren politischen Überlegungen aus, die eine wirtschaftliche und politische Wiedererstarkung des besiegten Landes und seine Einbeziehung in ein antisowjetisches Blocksystem beinhalteten.

Der Unterschied zwischen den beiden Konzeptionen bestand letztlich darin, Deutschland zum einen auszubeuten und völlig zu unterwerfen, zum anderen als zukünftigen Bündnispartner in die eigene Strategie miteinzubeziehen. (5)

Die Politik der Ausschaltung des kapitalistischen Konkurrenten Deutschland (Morgenthauplan; z.T. Potsdamer Abkommen) wurde im Rahmen einer Politik der weitestgehenden Eindämmung des sowjetischen und kommunistischen Einflusses ("Containment"-Politik) ersetzt durch die forcierte Restauration des Kapitalismus in Westdeutschland, das auf Kosten der Einheit der Nation zur "Bastion" gegen den Kommunismus in Mitteleuropa ausgebaut werden sollte, wozu ein Agrarland Deutschland nicht fähig gewesen wäre. Diese Politik wurde von Truman am 12.3.1947 offen verkündet ("Truman"-Doktrin). Truman erklärte als vordringliches Ziel der US-Außenpolitik die Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses überall in der Welt und kündigte jedem Land, das von der kommunistischen 'Gefahr' bedroht sei, umfassende Hilfe an. Das bedeutete, daß sich die USA das Recht zusprechen, in die inneren Klassenkämpfe eines jeden Landes eingreifen zu können, um die reaktionären Klassen vor dem Kommunismus zu 'retten' (vgl. den Fall Griechenland 1947).

"Der entscheidende Versuch von amerikanischer Seite, die Politik der Eindämmung des sowjetischen Einflusses durch eine Stärkung Westeuropas voranzutreiben, war schließlich das im Juni 1947 verkündete Europäische Hilfsprogramm, der sog. Marshallplan". (6)

Bei der Bestimmung der Richtlinien für diese Politik der USA spielte die Rüstungsindustrie eine entscheidende Rolle.

Seit der Zeit des New Deal war die amerikanische Wirtschaft und Konjunktur in hohem Maße abhängig von der Rüstung. Verdeutlichen läßt sich das u.a. an einem Vergleich der Rüstungsausgaben und der Arbeitslosenquote. (vgl. Vilmar)

Mit der außerordentlichen Zunahme der Staatsausgaben im 2. WK wurde die Vollbeschäftigung erreicht. Nach dem 2. WK ist der Anteil der Rüstungsausgaben am Staatshaushalt zu keiner Zeit mehr auf den Vorkriegsstand herabgesunken.

In Deutschland hatte der Anteil der Rüstung an der Volkswirtschaft während der Hitlerzeit ebenfalls zur Konjunktursteuerung gedient. Nach dem Krieg zeigte sich aber, daß die deutsche Wirtschaft zunächst auf Rüstung verzichten konnte, da im Bereich der Investitions- und Konsumgüter ein hinreichend großer Nachholbedarf bestand und sich in diesen Sektoren vor allem auch die schneller realisierbaren und höheren Profite abzeichneten.

Die westdeutsche Wirtschaft verdankte ihren raschen Aufschwung vor allem den Marshallplangeldern (1,5 Mrd. Doll. für Westdt.), der von den USA geförderten Restauration des Kapitals und der Verhinderung von Sozialisierungsbestrebungen, sowie auf der anderen Seite dem durch den Zweiten Weltkrieg bedingten ungeheuren Nachholbedarf, dem Zustrom von qualifizierten Arbeitskräften aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und der SBZ/DDR und vor allem der intensiven Ausbeutung der Arbeiter.

Die erste Phase der Restauration schloß mit der Währungsreform, die mit einer Reihe begleitender gesetzgeberischer Maßnahmen dafür sorgte, daß die Eigentumsstruktur weitgehend erhalten blieb. Gleichzeitig wurde mit diesem einseitig von den Westmächten für die Westzonen vollzogenen Schritt die Teilung Deutschlands verdeutlicht und besiegelt. Formal zeichnete sich das dann in der Gründung der beiden deutschen Staaten – BRD und DDR – ab.

Die Entwicklung der BRD in den folgenden Jahren war gekennzeichnet durch einen raschen wirtschaftlichen Aufschwung. Nach der Initialzündung der Währungsreform sorgte die Koreakrise für einen ersten Boom, da sich der Inflationsprozeß als Folge der überhitzten Rüstungswirtschaft in den übrigen westeuropäischen Staaten und den USA schneller vollzog als in der BRD und somit deren Konkurrenzlage verbesserte (Export steigt um 65 %). Ferner stieg die Konsumgüternachfrage (durch Hamsterkäufe) sprunghaft an und rückwirkend auch die Investitionsgüternachfrage. – Nach etwa 2-jähriger Boomphase brach der Aufwärtstrend ab, die Konjunktur begann zu stagnieren. Mit erheblichen Steuervergünstigungen (1. und 2. Steuerreform) versuchte die Regierung – erfolgreich – der Stagnation und Krise entgegenzuwirken.

Neben der wirtschaftlichen Bedeutung hatte die Koreakrise eine weitere wichtige Funktion: Sie brachte die Aufrüstungsproblematik ins Gespräch der Öffentlichkeit. Die allgemeine Lage im fernen Osten und die Beschützerrolle, die sich die USA anmaßen mit der dahinterstehenden Absicht, ihre imperialistischen Interessen abzusichern, erforderten aus amerikanischer Sicht eine Verteidigung Europas (wenn auch stets unter Kontrolle und Aufsicht der Amerikaner). Daß ein kapitalistisches Westeuropa ohne ein integriertes Deutschland oder zumindest doch Westdeutschland nicht zu verteidigen wäre, war den Westalliierten schon während des Krieges klar. Die Amerikaner versprachen sich von einer westdeutschen Wiederaufrüstung zweierlei: 1. Eine militärische Absicherung ihrer Monopolinteressen in Westeuropa bei gleichzeitiger Entlastung ihrer eigenen Militärmaschine zugunsten eines Einsatzes im Nahen und Fernen Osten. 2. Die Erschließung neuer Absatzmärkte für die besonders

nach dem Koreakrieg aufgeblähte – gleichwohl für die Konjunktursteuerung – Rüstungsindustrie durch Schaffung eines westlichen Verteidigungspaktes mit weitgehend standardisierten Waffensystemen (amerikanischer Bauart natürlich). (Diese Standardisierung hat sich allerdings bis heute innerhalb der NATO wegen der Weltkonkurrenz der Rüstungsfirmen nicht verwirklichen lassen).

Vorarbeiten zum Aufbau einer westdeutschen Armee:

Frühzeitig begannen die USA sich die Erfahrungen der deutschen Wehrmacht nutzbar zu machen: Übernahme der Abteilung OKH/Fremde Heere Ost unter Leitung von Generalleutnant a.D. Gehlen zum amerikanischen Geheimdienst, Übernahme ehemaliger Generäle in die Historical division im Oberkommando des Heeres der USA in Europa, Übernahme von ehemaligen Unteroffizieren und Soldaten als 'Hilfspersonal der westlichen Alliierten'. Bildung von "Dienstgruppen" und "Arbeitseinheiten" aus Kriegsgefangenen bei den Westalliierten.

Zu den wichtigsten Aufgaben der von den USA übernommenen deutschen Generäle gehörte die Auswertung der Erfahrungen des Weltkriegs. Große Aufmerksamkeit wurde auch kriegsideologischen Fragen beigemessen, um so die Voraussetzungen für die Entwicklung eines neuen Wehrmotivs zu schaffen. Kernstück der neuen Ideologie wurde ein klerikal verbrämter Antikommunismus, mit welchem man direkt an die faschistische Propaganda anknüpfen konnte. Eines der Argumente in der Rehabilitierungskampagne wurde das persönliche Versagen Hitlers. So entzog man sich der Frage, welche Klasse am Krieg profitiert hatte.

Remilitarisierung unter dem 'Amt Blank':

Mit der Gründung der BRD begann die Fortsetzung der Remilitarisierung auf staatlicher Grundlage durch das Amt Blank, dessen Aufgabe es wurde, die militärpolitische Planung der neuen Armee zu lenken. Trotz der Schwierigkeiten für die Remilitarisierung durch die antimilitaristische Haltung großer Teile der deutschen Bevölkerung schuf die Adenauerregierung zielstrebig die Voraussetzungen einer Wiederbewaffnung in dem Streben nach politischer und wirtschaftlicher Integration in das westliche Bündnis (Marshallhilfe, OEEC, Europarat).

Die wichtigsten Aufgabengebiete des Amtes Blank waren:

- Gewährleistung einer gleichberechtigten Integration der künftigen deutschen Nation in die NATO
- Schaffung eines Führungsstabs nach OKW-Modell, der die Planung zur Wiederaufrüstung einheitlich und generalstabmäßig lenken sollte,
- organisatorische, personelle, juristische, administrative, finanzielle und 'wehrwirtschaftliche' Vorarbeiten für die Stellenbesetzung, Formierung, Aufstellung und Standortverteilung,
- Entwicklung einer Konzeption für die gesamte politisch ideologische Arbeit innerhalb der zu schaffenden Armee

„Bis zum Herbst 1951 führten Mitarbeiter des Amtes Blank mit den Vertretern der Westmächte zweigleisige Verhandlungen über Einzelfragen der westdeutschen Wiederaufrüstung. So konferierten vom 9. Januar bis Juni Blank, Speidel, Heusinger, Kielmansegg und andere am Sitz der Hohen Kommissare der Westmächte für Deutschland auf dem Petersberg bei Bonn unmittelbar mit den stellvertretenden Hochkommissaren und den Befehlshabern der Besatzungstruppen. Es wurde dabei Übereinstimmung erzielt, daß die BRD eine Armee aufstellt, deren Heer — in Korps und Divisionen gegliedert — zunächst 250 000 Mann stark sein sollte.“ (7)

Parallel dazu tagte in Paris eine Sachverständigenkonferenz (Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg, BRD) zur Schaffung einer Europaarmee. „Hauptanliegen der Bonner Vertreter auf dieser Konferenz war, die volle Gleichberechtigung in bezug auf Bewaffnung und Befehlsgewalt zu fordern und durchzusetzen. Sie wollten vor allem das Einverständnis auch der Pariser Verhandlungspartner dafür gewinnen, daß für das westdeutsche Kontingent zur Europaarmee als sogenannte nationale Grundverbände mindestens Divisionen festgelegt und westdeutsche Militärs gleichberechtigt in alle 'integrierten' militärischen Führungsorgane aufgenommen würden.“ (8)

Bereits im Mai 1952 führten die Verhandlungen zur Unterzeichnung des Generalvertrags in Bonn und des EVG-Vertrags in Paris durch die Bonner Regierung.

Durch die starken Vorbehalte Frankreichs und Italiens in bezug auf eine derartige Wiederbewaffnung der Deutschen konnte jedoch weder im Jahre 1953 noch 1954 eine Ratifizierung des Vertrages erreicht werden. Insbesondere lehnten die Gaullisten die zur Debatte stehende Variante der EVG ab, die vorsah, eine sehr starke westdeutsche Armee von 500 000 Mann aufzustellen und die französischen Streitkräfte in der Europaarmee dem NATO-Kommando zu unterstellen.

Als am 30. August 1954 in der französischen Nationalversammlung die EVG-Debatte von der Tagesordnung abgesetzt wurde, und damit das EVG-Projekt als gescheitert angesehen werden mußte, sann man bereits in den NATO-Konferenzen vom Oktober desselben Jahres auf Abhilfe. Aufgrund des britischen Vorschlages sollte Westdeutschland in den zur Westeuropäischen Union erweiterten „Brüsseler Pakt“ aufgenommen werden.

Unter dem Druck der USA und Großbritanniens und um der Isolierung zu entgehen, stimmte Paris den Vorschlägen zu. Das Ergebnis der Verhandlungen waren die sog. Pariser Verträge vom Herbst 1954. Kernstück der WEU war die gegenseitige militärische „Beistandspflicht“. Ein supra-nationales Organ, das den Oberbefehl erhalten sollte (wie im EVG-Vertrag) gab es nicht, da die Partner der Union Mitglied der NATO waren und die BRD nach Vertragsabschluß ebenfalls in diesen Pakt aufgenommen werden sollte. Da nach dem WEU-Abkommen die militärische Integration alleinige Aufgabe der NATO war, gelang es den USA ihre Führungsposition erheblich zu verstärken. Der in der selben Zeit wie die Pariser Verträge unterzeichnete Deutschlandvertrag regelte die Beziehungen der BRD zu den westlichen Besatzungsmächten, wobei hier vor allem auf die Sonderrechte der USA in bezug auf die Stationierung ihrer Truppen auf westdeutschem Territorium hingewiesen werden muß. Durch diesen Vertrag wurde die Blockbildung auch formal endgültig fixiert, die BRD zum Hauptaufmarschraum der NATO.

Mit der Eingliederung Westdeutschlands in den NATO-Pakt fühlte sich die Bourgeoisie der BRD „fähig, die deutsche Frage mit Hilfe und Unterstützung dieses Bündnisses zu lösen. Adenauer 1954: „Wir sind auf dem Wege, die Sowjetzone zurückzuholen, wenn die westliche Welt eine entsprechende Stärke erreicht haben wird.“ (9) Diese Absicht zeigt sich auch deutlich in dem Bestreben der westdeutschen Militärs im NATO-Kommandobereich Europa, Positionen zu erlangen und zu festigen, die den zweiten Rang hinter den USA sicherstellen sollten.

Um die Rolle der BW in der NATO aufzuwerten und möglichst bald über einsatzfähige Verbände in voller Stärke zu verfügen, wurden im Militärprogramm der Adenauerregierung vorgesehen:

- Beschleunigter Aufbau einsatzfähiger Divisionen und die zur Unterstützung notwendigen Marine- und Luftwaffenverbände. Dabei sollten die Verbände zu diesem Zeitpunkt bereits so ausgebildet werden, daß sie in der Lage waren Kampfhandlungen auch beim Einsatz von taktischen Kernwaffen zu führen.
- Aufbau eines neuen und Übernahme des alten Versorgungssystems der NATO, um so in den Planungsapparat und die Kommandostruktur des Kommandobereichs Europa Mitte eindringen zu können.

Ende der fünfziger Jahre bis Mitte der sechziger forderte vor allem Strauß auch den Besitz und die Verfügungsgewalt über Atomwaffen (Atomwaffenträger — Starfighter, Raketen kürzerer und mittlerer Reichweite — waren schon im Besitz der BW) von den USA, die aber dies immer wieder verweigerten, um den Bündnispartner nicht zu mächtig werden zu lassen.

Der Kampf gegen die Wiederbewaffnung:

Durch die Erfahrungen des totalen Krieges, die Verurteilung deutscher Generale als Kriegsverbrecher, die These von der deutschen Kollektivschuld und die Forderungen der UdSSR und der USA 1945/46 nach dauerhafter „Entmilitarisierung“ Deutschlands herrschte im deutschen Volke eine tiefe antimilitaristische Einstellung. Dies wird deutlich durch die Umfrageergebnisse. Auf die Frage „Würden Sie es für richtig halten, wieder Soldat zu werden, oder daß ihr Sohn oder ihr Mann wieder Soldat werden?“ kam folgendes Ergebnis zustande:

	ja	nein	ja, unter bestimmten Voraussetzungen	keine Meinung
Juni 1949	8,81%	60,18%	18,86%	12,1%
Dez. 1949	6,9 %	74,6 %	11,0 %	7,5%

Diese antimilitaristische Einstellung dürfte in erster Linie emotional bedingt gewesen sein und nicht aus politischer Erkenntnis erlangt worden sein. So änderte sich auch diese Haltung durch den Koreakrieg und die mit ihm verbundene antikommunistische Hetze.

Im Oktober 1950 — also im vierten Monat des Korea-Kriegs — antworteten auf eine ähnliche Frage des Allensbacher Instituts die Männer über 18 Jahren:

ja: 38%	nein: 49%	keine Meinung: 13%
---------	-----------	--------------------

Diese Interessen der Bevölkerung kamen auch auf zahlreichen Kundgebungen zum Ausdruck, wo Tausende ein Verbot der Remilitarisierung mit Berufung auf das Grundgesetz forderten. Die "Ohne-Uns-Bewegung" war entstanden, die jedoch keine Organisation darstellte, und so ein einheitliches Vorgehen nicht ermöglichte. Entsprechend diesen Interessen betrieb in erster Linie die KPD eine konsequente Politik gegen die Militarisierung. (11) Sie versuchte die sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter für den Kampf gegen die Remilitarisierung zu gewinnen; auch im Parlament setzte sie sich entschieden gegen die Wiederaufrüstung ein.

Die KPD initiierte Komitees "der Kämpfer des Friedens", die Unterschriften gegen die Remilitarisierung sammelten. Bis zum Juni 1950 wurden 2 Millionen Unterschriften gesammelt.

Unter Beteiligung der KPD entstand 1951 der "Hauptausschuß für Volksbefragung gegen Remilitarisierung". Allein in Rheinland-Pfalz wurden innerhalb von drei Tagen 32 000 Unterschriften gegen die Remilitarisierung gesammelt. Darauf erließ der Bundesinnenminister am 24. April ein Verbot aller Volksbefragungsvereinigungen. Dennoch wurden die Befragungen fortgeführt. Am 16. März 1952 gab das erweiterte Präsidium des Ausschusses bekannt, daß bis zu diesem Zeitpunkt 6 267 312 Westdeutsche befragt worden seien, von denen 5 917 683 gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages gestimmt hätten. (12)

Doch durch die nicht ausreichende Verankerung in der Arbeiterklasse und die permanente antikommunistische Hetze von Presse und Regierung ging der Einfluß der KPD auf die Massen trotz dieser guten Erfolge in der Anti-Remilitarisierungskampagne immer mehr zurück. Der Kampf gegen die Kommunisten wurde mit allen Mitteln geführt.

Von der ersten Strafrechtsänderungsreform, den sogenannten 'Blitzgesetzen' wurden in erster Linie Kommunisten betroffen. Nach diesem Gesetz konnte jeder verurteilt werden, wenn er Handlungen unternommen hatte, die 'den Bestand der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigten'. Dies konnte u.U. schon ein Briefwechsel mit Personen in der DDR sein. Vom 30. August bis 1954 wurden mehr als 8 000 Verfahren angestrengt.

Am 26. Juni 1951 wurde die FDJ verboten, und am 22. November 1951 reichte die Bundesregierung den Verbotsantrag gegen die KPD beim Bundesverfassungsgericht ein.

"Obgleich gerade in der Sozialdemokratischen Partei . . . die prinzipielle Ablehnung jedweder Aufrüstung auf starke Zustimmung stieß, hatten sich ihre Spitzengremien unter der Führung von Dr. Kurt Schumacher schon vor 1950 für eine nur bedingte Ablehnung einer deutschen Wiederbewaffnung entschieden. Nach Beginn der Kampfhandlungen in Korea präziserte der Parteivorsitzende seine Position: Er verwarf zwar einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag zum gegenwärtigen Zeitpunkt – möglicherweise schien ihm für die BRD keine Kriegsgefahr zu bestehen – machte aber die Voraussetzung deutlich, unter der die Sozialdemokratie zu einem militärischen Beitrag ja sagen könne: die Gleichberechtigung innerhalb einer Allianz, in einem mächtigen Gegenstoß 'die Kriegsentscheidung außerhalb der deutschen Grenzen zu tragen' (Schumacher Rede im Bundestag 8.11.1950)." (12)

Auch war die SPD- und die DGB-Spitze nicht bereit, sich an die Spitze der Massenbewegung gegen die Aufrüstung zu stellen. Der DGB-Bundesvorstand unter Böckler bejahte im Prinzip die Wiederaufrüstung der Politik Adenauers. Diese Haltung war zwar innerhalb des Gewerkschaftsbundes heftig umstritten und stieß bei vielen Gewerkschaftsmitgliedern auf harte Kritik; dennoch war die bedingte Zustimmung zur Wiederbewaffnung die offizielle Politik der DGB-Spitze.

Zur umfassendsten Massenbewegung kam es 1955 gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge (Paulskirchen Bewegung). Diese Bewegung erhielt ihren Namen durch eine Versammlung in der Frankfurter Paulskirche, zu der zahlreiche Persönlichkeiten (SPD-Ollenhauer, der Vorsitzende des DGB Walter Freitag, der evangelische Theologe Helmut Gollwitzer und der Soziologe Alfred Weber) aufgerufen hatten. Auf dieser Versammlung wurde einmütig das "Deutsche Manifest" (14) angenommen, in welchem festgestellt wurde, daß mit Ratifizierung der Pariser Verträge die Chancen einer Wiedervereinigung für unabsehbare Zeit ausgelöscht würden, sich die Spannungen zwischen Ost und West erhöhen würden.

Für dieses Manifest wurden allein in Bayern in 3 Wochen eine Viertelmillion Unterschriften gesammelt. Im ganzen Bundesgebiet gab es zahlreiche Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Pariser Verträge.

Die Ratifizierung der Pariser Verträge konnte durch die Paulskirchenbewegung jedoch auch nicht aufgehalten werden.

Nach der Ratifizierung entstanden gemeinsame Aktionskomitees oppositioneller Jugendverbände, die zu bestimmten Anlässen (1. Mai, Antikriegstag) Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Remilitarisierung veranstalteten, welche ab 1957 mehr und mehr den Charakter von Protestaktionen gegen die Atombewaffnung annahmen.

Der Kampf gegen die Atombewaffnung:

Schon 1950 hatte die kommunistisch geführte 'Weltfriedensbewegung' eine Unterschriftensammlung für einen Apell "Gegen die Vorbereitung des Atomkrieges" in Westdeutschland durchgeführt. Vom 19. Januar bis Juni 1955 konnten allein in Nordrhein-Westfalen mehr als 100 000 Unterschriften gesammelt werden. (15)

Im April 1957 gab Konrad Adenauer bekannt, daß die atomare Bewaffnung der BRD vorbereitet werde. "Die taktischen Atomwaffen, sagte er, seien nichts weiter als eine Weiterentwicklung der Artillerie. 'Selbstverständlich können wir nicht darauf verzichten, daß unsere Truppen auch... die neueste Entwicklung mitmachen.' Die Welt (Hamburg), 6. April 1957" (16) Durch diese Äußerungen veranlaßt, veröffentlichten 18 westdeutsche Professoren ein Manifest ('Göttinger Manifest'). Sie wiesen darauf hin, daß auch eine taktische Atombombe, die Wirkung der Waffe von Hiroshima habe. Schutz großer Teile der Bevölkerung sei technisch kaum möglich. Die Professoren betonten, daß keiner von ihnen bereit sei, sich an der Herstellung, Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen. (17)

Zu dieser Erklärung nahm Adenauer Stellung: "Die Verwirklichung der Forderung

'ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art' zu verzichten bedeute praktisch die Auflösung der NATO und des ganzen westlichen Verteidigungsgürtels, weil eine schlechtere Bewaffnung Deutschlands als aller anderer Staaten den gesamten Sicherheitsgürtel gefährde." (18)

Die Bundesregierung forderte also die atomare Bewaffnung der BRD. Diese Haltung änderte sie auch nicht, als der polnische Außenminister Rapacki am 2. Oktober 1957 vor der 12. UN-Vollversammlung den Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa machte. Diese Zone sollte Polen, die DDR und die BRD umfassen.

Erste Aktionen gegen die Atombewaffnung fanden in Tübingen statt, wo 1000 Personen im Februar 1958 eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa forderten. Anfang 1958 beschloß die SPD eine 'Aufklärungskampagne' über die Gefahren einer atomaren Rüstung zu beginnen. Im März 1958 konstituierte sich der Ausschuß "Kampf dem Atomtod" in Frankfurt am Main.

Die Massenaktionen nahmen ihren Ausgangspunkt in Kassel, wo 500 000 Arbeiter der Henschel-Werke am 25. März in den Ausstand traten und sich zu einem Zug durch die Innenstadt formierten. Der Ortsvorsitzende der IG-Metall distanzierte sich davon. (19)

Unmittelbar nach dem Bundestagsbeschluß, die Bundeswehr mit nuklearen Trägerwaffen auszurüsten, kam es weiter in einigen Städten zu spontanen Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen. (20) Bis Ostern riß die Kette der Resolutionen aus Betrieben und unteren Gewerkschaftsgliederungen nicht ab. "sie mündete immer wieder in die Forderung an die DGB-Spitze, gewerkschaftliche 'Kampfmaßnahmen' einzuleiten, ja – wenn nichts anderes fruchtete – den Generalstreik auszurufen..."

(21) Nach Angaben des Allenbacher Instituts für Demoskopie befürworteten 52 Prozent der gesamten erwachsenen Bevölkerung der Bundesrepublik einschließlich Westberlin einen Streik, um die Atomrüstung der BRD zu verhindern. (22) 31 Prozent lehnten einen Streik in dieser Frage ab.

Die DGB-Spitze konnte sich jedoch nicht entschließen den Streik auszurufen, sie unterstützte allerdings die "Atomtod"-Kampagne. Mit Unterstützung der SPD- und der Gewerkschaftsapparate bildeten sich "Kampf dem Atomtod"-Ausschüsse auf Landes- regionaler und lokaler Ebene, "... zwischen Mitte und Ende April fanden schließlich in mindestens der Hälfte aller Städte über 200 000 Einwohner Kundgebungen statt, die bei niedrigstmöglicher Schätzung insgesamt 160 000 Teilnehmer fanden." (23) Die Maidemonstrationen und -kundgebungen standen im Zeichen der "Atomtod"-Kampagne.

Die Kampagne "Kampf dem Atomtod" versandete, nicht zuletzt deshalb weil sich DGB und SPD schrittweise zurückzogen. Ein Teil der Organisatoren widmete sich der inzwischen entstandenen Ostermarschbewegung, die von der SPD und dem DGB wegen 'kommunistischer Einflüsse' abgelehnt wurde.

Der Hauptgrund für das Ende der Kampagne liegt in dem Zögern von SPD und Gewerkschaften, ihre Machtmittel im entscheidenden Moment voll einzusetzen.

- 1 David Horowitz, Kalter Krieg; Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Berlin 1969
- 2 Stalin war sogar soweit gegangen, daß er 1943 die Komintern aufgelöst hatte.
- 3 vergl. Horowitz, a.a.O. S. 74
- 4 vergl. Horowitz, a.a.O. S. 75
- 5 vergl. Frank Deppe und andere, Kritik der Mitbestimmung, Frankf./M. 1969, S. 82 f.
- 6 Eberhard Schmidt, Die verhinderte Neuordnung, 1945/52 Frankf./M 1970, S. 108
- 7 Autorenkollektiv, Bundeswehr – Armee für den Krieg; Berlin (DDR) 1968, S. 73
- 8 ebenda, S. 74
- 9 dpa vom 16.11.1954
- 10 zit. nach Hans Edgar Jahn, Für und gegen den Wehrbeitrag, Argumente und Dokumente, Greven Verlag Köln 1957, S. 28
- 11 siehe dazu den Maiaufruf der KPD "Gegen Remilitarisierung – für den Friedensvertrag" vom 30.4.1951 abgedruckt in Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Berlin (DDR) 1966 Bd. 7, S. 375
- 12 nach Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Pahl-Rugenstein Verlag Köln 1970, S. 53
- 13 ebenda, S. 47
- 14 abgedruckt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O. S. 469
- 15 Rupp, a.a.O. S. 68
- 16 vergl. Rupp, a.a.O. 74/75 wo die Erklärung zitiert wird
- 17 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung a.a.O. Bd. 8 S. 78
- 18 nach Rupp, a.a.O. S. 78
- 19 vergl. Rupp, a.a.O. S. 157/58
- 20 vergl. Rupp, a.a.O. S. 162/63
- 21 ebenda S. 165
- 22 vergl. Rupp, a.a.O. S. 182
- 23 Rupp, a.a.O. S. 182

ZUR KRITIK DER BÜRGERLICHEN NUTZEN- UND PREISTHEORIE

Herausgegeben von der
Sozialistischen Hochschulgruppe
an der WiSo-Fak. Nürnberg.

120 Seiten

DM 4,00

Rüstung und Ökonomie im Spätkapitalismus

Wir haben gesehen, zu welcher Bedeutung — ökonomisch und politisch — die Bundeswehr in den letzten Jahren gelangt ist. Sie verzehrt jährlich einen gewaltigen Teil des Volkseinkommens, bildet Zehntausende von jungen Männern zu Soldaten aus, rüstet sich beständig zum Kampf gegen den inneren und äußeren Feind.

Es erhebt sich die Frage, warum das so ist. Krieg und Vorbereitung auf den Krieg werden in der "öffentlichen Meinung" als Übel angesehen, moralisch geächtet. Gleichwohl kennt die Weltgeschichte eine nicht abreißende Kette von auswärtigen und Bürgerkriegen, deren besonderer Charakter jeweils von den wirtschaftlichen und politischen Problemen, die ihnen mehr oder minder offen zugrundelagen, bestimmt wurde. Die Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen, deren eines Instrument der Krieg. Wenn wir also die Beziehungen von Rüstung, Krieg und Gesellschaft analysieren, müssen wir von den jeweiligen geschichtlichen Klassenwidersprüchen auf nationaler und internationaler Ebene ausgehen. Der Hauptwiderspruch unserer Epoche ist der zwischen Lohnarbeit und Kapital, der sich auf vielen Ebenen und in mannigfachen Formen ausdrückt.

Demgegenüber verschleiert die angesichts der steigenden Weltrüstungsausgaben erhobene Behauptung, daß jeder nur rüste, um seine Unabhängigkeit gegen einen feindlichen Überfall zu schützen, die wahren Ursachen. "Es gehört allerdings nicht viel dazu, bei realistischer Betrachtung die Notwendigkeit der Rüstung ebenso wie die der Lobby zu sehen — solange der allgemeine Weltfrieden nicht ausbricht. Für das 'Gleichgewicht des Schreckens' investierten die Amerikaner im vergangenen Jahr 263 Milliarden DM in ihre Verteidigung, die Russen kamen auf 146 Milliarden DM. Der deutsche Verteidigungsbeitrag nahm sich vergleichsweise bescheiden aus: 19,8 Milliarden DM (eine frisierte Zahl, d.V.). Für die deutsche Wirtschaft sieht es allerdings anders aus. Von den 84 Milliarden DM, die von 1955 bis 1969 für Rüstungsaufträge ausgegeben wurden, flossen etwa 61 Prozent in die Kassen westdeutscher Unternehmer. In den Worten der Moskauer "Prawda": "Das Kriegsgeschäft blüht wieder an den Ufern des Rheins, die Militäraufträge hageln wie aus einem Füllhorn" (1). Und damit dürfte klar sein, wer in den kapitalistischen Staaten ein lebhaftes Interesse an Rüstung und Krieg hat. Der Ansicht, Krieg gehöre zum Wesen des Menschen, in jeder Gesellschaft, entspricht auf der anderen Seite die ebenso blinde wie irreführende Forderung nach allgemeiner Abrüstung. Das wird aber erst dann klar, wenn wir näher zusehen, welche Rolle Rüstung und Militär jeweils im sozialistischen und kapitalistischen Gesellschaftssystem spielen.

Denn da im Sozialismus tendenziell möglichst rationelle Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums oberste Richtschnur der Wirtschaftspolitik ist, sind Rüstungsausgaben infolge des internationalen Klassenkampfes ebenso unvermeidlich wie schädlich: Sie begünstigen die Bürokratie, verlangsamen das wirtschaftliche Wachstum und verzerren seine Struktur. Die Rüstung im Kapitalismus dagegen wächst notwendig aus den inneren Gesetzen der kapitalistischen Gesellschaft hervor !! Nur wenn wir dies schlüssig aufzeigen, können wir die innere Wurzel der schleichenden Militarisation der Bundesrepublik erkennen.

1. Kapitalismus und Krise (2)

Die Geschichte des Kapitalismus ist von einem ständigen Nacheinander von Aufschwung und Krise gekennzeichnet. Die Krisen treten periodisch auf, entweder offen und in internationalem Maßstab (wie in der Weltwirtschaftskrise 1929 ff.) oder mehr oder minder verdeckt und vorwiegend national (so in der BRD von 1949 bis heute (3)). Der Fluß auf den Geld- und Warenmärkten stockt, Kapital wird entwertet und die Zahl der Arbeitslosen schwillt gewaltig an. Wie kommt es dazu, was ist die Funktion der Krise? Zunächst die, durch Senkung der Löhne und der Warenwerte neue günstige Verwertungsbedingungen für das Kapital zu schaffen, die Konzentration und Zentralisation des Kapitals zu steigern und seine Absatzmöglichkeiten durch Erholung der Märkte zu verbessern.

Das Auseinanderfallen von Kauf und Verkauf aber ist nur die Möglichkeit, nicht die Ursache der Krise (4). Sie ist schon angelegt darin, daß im Kapitalismus Waren produziert werden, Waren, die einen Doppelcharakter haben: Gebrauchswert und Tauschwert. Der Tauschwert verselbständigt sich im Geld, die Ware verdoppelt sich. Dadurch fallen auf den Märkten Kauf und Verkauf nicht mehr zusammen, sind zwei zeitlich und räumlich getrennte Akte.

Ziel und Zweck der kapitalistischen Produktion ist die Produktion von Mehrwert durch den Arbeiter, d.h. von mehr Wert als er zu seiner eigenen Lebenshaltung benötigt. Diesen Mehrwert streicht der Kapitalist ein.

Stachel der ständigen Erweiterung des Kapitals ist die Konkurrenz. Die konkurrierenden Kapitalisten versuchen, sich gegenseitig vom Markt zu drängen, durch besonders kostengünstige Produktion einen Extraprofit zu erzielen. Verbilligung der Produktion ist aber nur (wenn wir hier von Lohndrückerei absehen) möglich durch Steigerung der Produktivkraft der Arbeit vermittels erhöhtem Einsatz von Maschinen. Dadurch sinkt im Verhältnis der Wertanteil der Arbeitskraft am Wert des Gesamtprodukts. Da der Kapitalist aber seinen Mehrwert, d.h. auch Profit, nur aus der lebendigen angewandten Arbeit erlöst, die er ausbeutet, sinkt auch die Rate seines Profits. Dieser tendenzielle Fall der Profitrate ist treibender Teil der ständig sich erweiternden Produktion und Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals durch Erhöhung der Profitmasse. Produktion und Konsumtion fallen auseinander und bilden zugleich eine Einheit.

Damit haben wir aber noch nicht die wirklichen Ursachen der Krise bezeichnet, sondern nur ihre allgemeinste formale Möglichkeit, gewaltsam die Einheit auseinanderlaufender Prozesse herzustellen. Wir haben die Krise noch zu erklären. Das ist nur möglich durch ihre Darstellung in der realen Existenz (Konkurrenz, Distribution).

Allgemein entwickeln sich Krisen durch das Auseinandertreten von Produktion und Verbrauch. Denn Maß des Verbrauchs ist der Gebrauchswert der Ware, Maß der (kapitalistischen) Produktion aber der Tauschwert der Ware. Die kapitalistische Mehrwertproduktion ist durch das Maß der Selbstverwertung des Kapitals, nicht der Konsumtion bestimmt: Produktions- und Austauschprozeß verselbständigen sich gegeneinander. Die allgemeine Krise ist Absatzkrise, von der Produktion her erscheint sie als Überproduktionskrise. Überproduktion stellt sich umgekehrt dar als Unterkon-

sumtion der Massen. Die Überproduktion wurzelt im Widerspruch zwischen der Tendenz nach absoluter Entwicklung der Produktivkräfte und dem Trieb der Erhaltung und Vermehrung des Kapitalwerts, was auch Krisen einschließt. Der Markt ist begrenzt, der Akkumulationstrieb des Kapitals unbegrenzt. "Widerspruch in der kapitalistischen Produktionsweise: Die Arbeiter als Käufer von Ware sind wichtig für den Markt. Aber als Verkäufer ihrer Ware — der Arbeitskraft — hat die kapitalistische Gesellschaft die Tendenz, sie auf das Minimum des Preises zu beschränken... Die Epochen, worin die kapitalistische Produktion alle ihre Potenzen anstrengt, erweisen sich regelmäßig als Epochen der Überproduktion; weil die Produktionspotenzen nie so weit angewandt werden können, daß dadurch mehr Wert nicht nur produziert, sondern realisiert werden kann; der Verkauf der Waren, die Realisation des Warenkapitals, also auch des Mehrwerts, ist aber begrenzt, nicht durch die konsumtiven Bedürfnisse der Gesellschaft überhaupt, sondern durch die konsumtiven Bedürfnisse einer Gesellschaft, wovon die große Mehrzahl stets arm ist und stets arm bleiben muß" (5).

Es wird also nicht zuviel Reichtum produziert, sondern nur zuviel Reichtum in seinen gegensätzlichen, kapitalistischen Formen. Die kapitalistische Produktionsweise setzt der unbeschränkten Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte stets eine eigene Schranke entgegen — die Verwertung des vorhandenen Kapitals. Die Krisen stellen das gestörte Gleichgewicht von Produktion und Konsumtion gewaltsam wieder her. Ein neuer Aufschwung folgt, der schon die Keime einer neuen Krise in sich birgt, usw.

2. Der Versuch des staatlichen Krisenmanagements

Die Krisen der kapitalistischen Wirtschaft treten in Zyklen auf. Struktur und Prozeß der Krise lassen sich an der großen Weltwirtschaftskrise von 1929 ff. studieren. In der BRD fand die letzte krisenähnliche Erscheinung 1966/67 statt (6). So scheint die Entwicklung des Kapitalismus bis zu seinem Ende unweigerlich von krisenhaften Erschütterungen in periodischen Abständen gekennzeichnet. Aber die Erkenntnis, daß die Krise im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise ein unumgängliches Mittel zur Überwindung der Verwertungsschranken des Kapitals ist, darf noch nicht zur Annahme führen, sie sei deswegen vom Kapital bewußt bejaht oder hingenommen. Die Kapitalisten fürchten die Krisen subjektiv ebenso wie sie sie objektiv produzieren (von Versuchen vorzeitiger und damit möglicherweise entschärfender Krisenauslösung abgesehen). Die Krise ist in Dauer und Tiefe unkontrollierbar, ihre nationalen und internationalen gesellschaftspolitischen Folgen sind unabsehbar. Besonders gefährlich aber ist die Krise für das Kapital, weil der Arbeiterklasse, vermittelt durch die Kommunisten, in ihr praktisch (Arbeitslosigkeit) und theoretisch die Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Systems und seiner geschichtlichen Überflüssigkeit klar wird, sie den Kampf verstärkt aufnimmt.

Spätestens seit 1929 versucht daher der kapitalistische Staat, die Agentur des Kapitals, die Krisen zu mildern. Seither ist — in der Bundesrepublik besonders seit 1966/67 — eine ausgedehnte Skala von wirtschaftspolitischen Instrumenten in diesem Sin-

ne entwickelt worden, die die jetzige Phase der kapitalistischen Entwicklung kennzeichnet. Die großen Monopole bzw. einzelne Gruppen arbeiten hierbei eng mit dem Staat zusammen. Dabei ist das Ziel die Regulierung nicht nur von Krisen, sondern des Produktions- und Reproduktionsprozesses des Kapitals überhaupt.

Zunächst versucht der kapitalistische Staat, die willkürlichen Entscheidungen der Einzelkapitalisten planerisch zu ordnen, womit sich natürlich am Motiv der Produktion — Profitsteigerung — nicht das mindeste ändert. Zum zweiten tritt der Staat in vielfältiger Weise direkt in den ökonomischen Prozeß ein: als Unternehmer (Staatsbetriebe), als Gesamtkapitalist (der für den Verwertungsprozeß der Einzelkapitale unentbehrliche Vorfinanzierungen, besonders auf dem Gebiet der Ausbildung und Forschung leistet), als "Schiedsrichter" im Kampf zwischen Kapital und Arbeit, als Nachfrager (über Staatsausgaben, z.B. für Rüstung) und schließlich als antizyklischer Stabilisator über zahlreiche Hebel der Finanz- und Steuerpolitik. In allen spätkapitalistischen Staaten hat sich ein mehr oder minder umfassendes System der Formierung und Disziplinierung des ökonomischen und politischen Prozesses zum Zwecke rationaler Kapitalverwertung herausgebildet. In der BRD drückt es sich in Stabilitäts- und Notstandsgesetz, in konzertierter Aktion, im reaktionären Betriebsverfassungsgesetz, Schul- und Hochschul"reform" usw. aus. Aber wir müssen festhalten: prinzipiell hat sich dadurch am grundlegenden Charakter des Kapitalismus nichts geändert. Die Staatseingriffe in den ökonomischen und gesellschaftlichen Prozeß erfolgen nur so weit, wie es den Interessen des Gesamtkapitals bzw. seiner einzelnen Fraktionen entspricht. Sie sind daher ebenso notwendig wie begrenzt. Vor allem sind sie ihrer Natur nach überhaupt nicht in der Lage, eine Umverteilung der Einkommen, höhere soziale Gerechtigkeit oder gar eine gesellschaftliche Umwälzung in Gang zu setzen. Das gilt auch dann und vor allem dann, wenn eine ehemalige Arbeiterpartei wie die SPD die Regierung innehat: Sie erfüllt (noch) die gegenwärtig vom Verwertungsprozeß her gestellten Bedingungen staatlicher Aktivität weit besser als die CDU/CSU. Den Staat also für den großen Retter aus der kapitalistischen Misere zu halten, ist objektiv falsch und subjektiv gefährlich, weil illusionär (7).

Am Grundwiderspruch des Kapitalismus, dem von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, hat sich nichts geändert. Neu ist lediglich die Form, in der sich dieser Widerspruch bewegt. Vor allem aber: auch die umfassendste Regulierung der kapitalistischen Gesellschaft konnte und kann ihre innere Krisenanfälligkeit nicht aufheben. Ob der Staat als Käufer auftritt oder als Vermittler in Lohnkämpfen, immer kann er nur zeitweilig Absatz- und Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals mildern (8). Zugleich aber hat er sich für den Fall des offenen Ausbruchs der Widersprüche, beispielsweise Massenstreiks, in den Notstandsgesetzen ein terroristisches Instrument geschaffen, um die kämpfende Arbeiterklasse niederzuschlagen. "Jede Maßnahme, die die Realisierungs- oder Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals lösen soll, erhöht sie zugleich und erfordert darüber hinaus einen immer stärkeren Einsatz und eine Weiterentwicklung der Instrumente, die das Kapital und sein Staatsapparat zur Exploitation (Ausbeutung), Manipulation (Steuerung) und Disziplinierung, kurz zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft benötigen" (9). Neben dem Reservemittel, der offenen militärischen Gewalt, praktiziert der Kapitalismus mannigfache Formen der Verschleierung des Klassengegensatzes, in Familie, Schule, Par-

lament, Gesetzgebung und auch im Betrieb. Die Rolle des kapitalistischen Staates als Krisenmanager ist also nicht nur begrenzt, sie ist auch nur möglich um den Preis stärkerer Unterdrückung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten – was die scheinbare Neutralität des Staates als Gemeinwohlwahrer vollends entlarvt.

3. Die Rolle der Rüstung im Spätkapitalismus

ist ökonomisch (vor allem: Krisenmilderung und Profitinteressen individueller Kapitale) und politisch (Interesse an der Aufrechterhaltung der Herrschaft des Kapitals) bestimmt. "Der moderne Militarismus resultiert aus der Gesamtheit der ökonomischen und politischen Veränderungen im Imperialismus" (10). Soviel ist klar: die Ableitung der Rüstung aus den Verwertungs- und Realisierungsschwierigkeiten des Kapitals genügt nicht, wir müssen auch die geschichtliche Entwicklung des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital im Weltmaßstab einbeziehen. Die aggressive Militärpolitik gegen die Sowjetunion bzw. China und die mit ihnen verbündeten Staaten, die bewaffnete Intervention in den Ländern der Dritten Welt und die Unterdrückung der proletarischen Opposition in den kapitalistischen Kernländern – sind alles Versuche der politischen Herrschaftsorganisation des Kapitals, seinen geschichtlichen Niedergang aufzuhalten. Daraus können wir aber nun nicht folgern, daß Rüstung im Kapitalismus vorwiegend politisch bestimmt sei (11), vielmehr ist sie Ausdruck seiner inneren ökonomischen Widersprüche. Davon gleich mehr. Festhalten wollen wir hier noch, daß die These, Rüstung im Kapitalismus sei vorwiegend politisch bestimmt (wie die DKP sagt), gewisse strategische Konsequenzen hat: der verengte Blick auf den internationalen Klassenkampf vernachlässigt den nationalen; Rüstung erscheint im Rahmen des Kapitalismus als politisch abschaffbar. Das ist illusionär.

DER STAAT ZIEHT REVENUETEILE (LOHN, PROFIT, MEHRPRODUKT DER EINFACHEN WARENPRODUZENTEN) AN SICH UND VERWENDET SIE IM POLITISCHEN KLASSENINTERESSE DES GESAMTKAPITALS IN EINER BESONDEREN FORM STAATLICHER AUSGABEN. IN GESTALT DER RÜSTUNG. ZUGLEICH BESTEHT FÜR TEILE DES MONOPOLKAPITALS EIN UNMITTELBAR ÖKONOMISCHES INTERESSE AN DER BEIBEHALTUNG UND AUSDEHNUNG DER RÜSTUNG.

Wachstum und Stabilität der spätkapitalistischen Wirtschaft sind unauflösbar mit den staatlichen Ausgaben für Rüstung verknüpft. Dem Staat kommt eine gesteigerte Bedeutung zu: er ist der gemeinschaftliche Ausschuß der gesamten Bourgeoisie, ideeller Gesamtkapitalist (der die Interessen des gesellschaftlichen Gesamtkapitals auch gegen individuelle Kapitale vertritt) und zugleich Kampfbühne der Monopolgruppen. Keinesfalls ist er neutral.

Unter spätkapitalistischen Produktionsverhältnissen wird beständig ein Überschuß an verwertungssuchendem Kapital erzeugt. Soll diese Tendenz nicht in Krisen umschlagen, müssen **Ersatzmärkte** geschaffen werden. Der Staat schafft neue Kaufkraft für den Kauf von schwerindustriellen Produkten durch Umverteilung des Volkseinkommens (über Steuern, Staatsanleihen, Gelldrucken usw.). Das geschieht

insbesondere in Perioden nach Krisen. "In Deutschland wurden von 1933 bis September 1939 rund 63-64 Milliarden RM für die Wiederaufrüstung ausgegeben; die Produktion von Investitionsgütern (Maschinen und Werkzeuge) hat sich dadurch im Vergleich zu 1932 vervierfacht, während die Konsumgüterproduktion noch nicht einmal um 50 % angestiegen ist" (12). Unmittelbare Folge der staatlichen Rüstungsausgaben ist vor allem eine ungeheuere Bereicherung der großen Monopole. Der Staat wird zum Hauptkunden der Rüstungswirtschaft: er garantiert stabile und dauerhafte Absatzmärkte. Ausdruck dieser Tatsache ist die ständig wachsende Rolle der öffentlichen Ausgaben (sprich: vorwiegend Militärausgaben) in den Haushalten der kapitalistischen Länder.

Der kapitalistische Zwang zur Rüstungsproduktion ist eine Ursache für imperialistische Kriege und für andauernde KRIEGSGEFAHR. Die angesammelten Waffen müssen verbraucht werden, damit neue produziert werden können. Der technische Fortschritt läßt Waffen rasch veralten. Kriegsvorbereitung und Aufrüstung treiben einander voran. Geschichtlich haben sich während des zweiten Weltkrieges besondere Formen des Kriegskapitalismus – Beutezüge des japanischen, deutschen, amerikanischen usw. Kapitals in den eroberten Gebieten – herausgebildet.

Kapitalistische Rüstungsproduktion erklärt u.a. auch ein weiteres typisches Merkmal des späten Kapitalismus: die Tendenz ständiger **Geldentwertung**. "Die Rüstungsproduktion hat, monetär betrachtet, ein besonderes Merkmal; sie vermehrt die zirkulierende Kaufkraft, ohne einen zusätzlichen Zustrom an Waren als Gegenwert hervorzubringen. Selbst wenn diese gestiegene Kaufkraft zur Anschaffung von Maschinen und zur Einstellung von Leuten führt, die vorher arbeitslos waren, entsteht eine zeitweilige Inflation. Die Einkommen der Arbeiter und die Gewinne der Gesellschaften erscheinen auf dem Markt als Nachfrage nach Konsumgütern und Produktionsgütern, ohne daß die Produktion dieser Güter gesteigert worden ist" (13).

Ein anderer Aspekt der gleichen Sache ist, daß Rüstungswirtschaft in ihrer gesteigerten Form der Kriegswirtschaft an einem bestimmten Punkt in **rückläufige Reproduktion** (d.h. Ersatz) des gesellschaftlichen Gesamtkapitals umschlagen kann. Dann nämlich, wenn ein so großer Teil der produktiven Hilfsmittel des Kapitals (Maschinen, Rohstoffe, Arbeiter) auf die Produktion von Vernichtungsmitteln konzentriert wird, daß der stoffliche Ersatz für weitere Produktion nicht mehr gewährleistet ist (fehlende Maschinen usw., sinkender Lebensstandard der Arbeiter), die Arbeitsproduktivität sinkt. So geschehen in mehr oder minder großem Ausmaß in allen kriegsführenden imperialistischen Staaten im **zweiten Weltkrieg** (14).

Staatliche Rüstungsaufträge garantieren den betreffenden Kapitalen hohe, meist unkontrollierte Profite (zu denen noch systematische und vereinzelte Prellereien hinzukommen, vgl. Rüstungsskandale), risikofreie Investition und damit ungestörte Akkumulation. Weiter erhöhen sich mit der gesellschaftlichen Freifinanzierung aber privaten Verwertung der im Spätkapitalismus immer bedeutenderen **technologischen Forschung und Entwicklung** die Verwertungsbedingungen der Monopole beträchtlich. Der Staat übernimmt die Kosten für Forschung und Entwicklung, die die Monopole nicht mehr tragen können (und wollen), wohl aber für ihre Zwecke ausnutzen. Innerhalb dieses Prozesses spielt die Rüstungsforschung eine besondere Rolle

(vgl. das Kapitel hierüber). Militärstrategie, Profitgier und Wissenschaft gehen hier eine besonders enge Verbindung ein. Die Zwecklüge allerdings, soviel sei hier schon bemerkt, daß Forschung für militärische Zwecke den technischen Fortschritt antreibt, entbehrt jeder Grundlage (15).

Wir müssen noch auf die Frage eingehen, warum denn der Kapitalismus seine Krisenanfälligkeit nicht über zivile statt militärische Staatsausgaben zu beheben versuchen kann. Handelt es sich um Sozialausgaben (Schulen, Gesundheit, Verkehr usw.), bedeutet das nicht nur zugleich erhöhte Steuern auch für das Kapital, sondern auch eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, was dem Kapital aus vielen Gründen gegen den Strich geht. Handelt es sich um Infrastrukturausgaben (z. B. staatliche Energieversorgung, Wohnungswesen) des Staates, entsteht für das Kapital die Gefahr billiger Konkurrenz in profitablen Verwertungsbereichen. Die "meisten Betätigungen des Staates zur Befriedigung kollektiver Bedürfnisse (führen) entweder zur Konkurrenz mit Privatinteressen oder aber (verletzen) die Klassenposition und Privilegien der Oligarchie, weshalb sie bald auf Opposition stoßen, die sich rasch verstärkt, sobald diese Betätigungen ausgedehnt werden, mit dem Resultat, daß sie blockiert werden, lange bevor noch sozial vernünftige und wünschenswerte Ziele erreicht worden sind" (16). Und während massive Staatsausgaben für Erziehung und Wohlfahrt dazu angetan sind, ihre (der Bourgeoisie; d.V.) privilegierte Position zu untergraben, ist bei den Rüstungsausgaben das Gegenteil der Fall. Die Militarisierung begünstigt alle reaktionären und irrationalen Kräfte in der Gesellschaft und hemmt oder tötet alles Progressive und Humane. Blinder Gehorsam gegenüber der Autorität wird erzeugt; Fügsamkeit und Konformität werden anerzogen und erzeugt" (17). Überdies stellt das Militär ein entscheidendes Machtinstrument der Bourgeoisie im nationalen und internationalen Klassenkampf dar.

Damit dürfte klar sein: RÜSTUNG UND MILITÄR SIND EIN UREIGENES PRODUKT DES KAPITALISMUS, werden aus seinen inneren Widersprüchen hervorgezogen. Und sowenig wahrscheinlich eine Ersetzung von Rüstungsausgaben durch zivile Staatsausgaben ist, so wenig kann – wie gelegentlich behauptet wird (18) – von dem tendenziellen Rückgang der Rüstungsausgaben die Rede sein, am allerwenigsten in der BRD. Der **militärisch-industrielle Komplex**, dessen Ursachen wir aufzudecken versucht haben, wuchert weiter. Er ist durch ein direktes Zusammenwirken von Staat, Rüstungsindustrie und Militär gekennzeichnet, drückt sich in der Rüstungslobby, der fast vollkommenen Abhängigkeit einzelner Branchen von Rüstungsaufträgen, der Konzentration und Zentralisation des Rüstungskapitals, der Orientierung wissenschaftlicher Forschung und Entwicklung auf militärische Ziele usw. aus. Liberale fordern immer wieder: "Wenn wir eine Friedenspolitik wollen, dann sollten wir einen weiten Bogen um das Waffengeschäft machen" (19). Dem können wir nur zustimmen – nur: auf dem Boden des Kapitalismus einen Bogen um das Rüstungsgeschäft machen wollen, heißt fromme Wünsche pflegen: das Rüstungsgeschäft ist ein normales kapitalistisches Geschäft und wird nur mit der Abschaffung des Kapitalismus beseitigt werden können.

Ehe wir uns im Folgenden der genauen empirischen Darstellung dieses militärisch-industriellen Komplexes in der BRD zuwenden, müssen wir noch klarmachen, daß es sich in der Rüstungspolitik und -wirtschaft nicht um eine unterschiedslose Ver-

schmelzung von Staat, Rüstungskapitalen und Militär handelt, daß von einer verselbständigten "politischen Machtstruktur" des militärisch-industriellen Komplexes nicht die Rede sein kann. Staatliche Aktivität auf dem Gebiet der Rüstung ist prinzipiell gebunden an die Verwertungsinteressen der individuellen Kapitale und des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, verfügt andererseits über jenen Spielraum eigener Entscheidung, der den Staat als "ideellen Gesamtkapitalisten" gegenüber den Einzelkapitalen kennzeichnet. Erst wenn wir diesen Zusammenhang etwas näher entfalten, bekommen wir das Erscheinungsbild des militärisch-industriellen Komplexes in der BRD näher in den Griff und vermeiden falsche molochartige Vorstellungen von ihm.

Die zentrale Aufgabe des Staates (20) ist seit Beginn der kapitalistischen Produktionsweise die Besorgung der allgemeinen Geschäfte des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Ist der Staat somit einerseits objektiv gesetzt und notwendig, so sind seiner Tätigkeit zugleich durch die in der Konkurrenz sich durchsetzenden Verwertungsinteressen der vielen Kapitale enge Grenzen gesetzt. Der Staatstätigkeit liegt – sie produzierend und zugleich begrenzend – der Produktions- und Reproduktionsprozeß des Kapitals zugrunde. Man kann von Einheit und Widerspruch von Kapitalverwertungsprozeß und Staatstätigkeit sprechen.

Die allgemeinen Geschäfte des Gesamtkapitals, wie sie der Staat besorgt, sind: a) politisch-militärische Sicherung der kapitalistischen Produktionsweise nach innen und außen; b) Gewährleistung ihrer allgemeinen Reproduktionsbedingungen (Gesundheit, Soziales, Verkehr, Bildung etc.); c) normierende Rahmenbedingungen des Kapitalverwertungsprozesses (Steuergesetze, Regulierung von Tarifkonflikten usw.); d) staatlicher Einfluß auf den Kapitalverwertungsprozeß (z.B. Konjunkturpolitik). In der Tatsache, daß diese Staatstätigkeiten für die Einzelkapitale nicht nur politische Sicherung und langfristige Infrastrukturinvestitionen, sondern zugleich Möglichkeiten der Mehrwertproduktion und -realisierung darstellen, liegt der allgemeine Verknüpfungspunkt der Interessen von Kapitalen und Staat. Die genaue Erfassung dieser widersprüchlichen Verknüpfung kann nur geschehen durch Analyse des Prozesses der realen ökonomischen und politischen Bewegung in der BRD (21). Da wir diese grundsätzliche Arbeit hier nicht geleistet haben, muß unsere Darstellung des militärisch-industriellen Komplexes in der BRD als Stück nur minimal begrifflich bestimmter und mit dem Gesamtprozeß der Entwicklung der BRD vermittelter Empirie bezeichnet werden.

- 1 vgl. Wirtschaftswoche 3/71, S. 15.
- 2 Dieser Teil ist eine gedrängte Zusammenfassung der marxischen Krisentheorie; daher ist er relativ abstrakt und für nicht mit der marxistischen Ökonomie Vertraute beim ersten Mal vielleicht nicht ganz verständlich. Zur weiteren Einführung vgl. die angegebene Literatur.
- 3 vgl. Elmar Altvater, Konjunkturlage Westdeutschlands Anfang 1970 in: Sozialistische Politik 5/1970.
- 4 Das Folgende auf Grundlage der Werke von Karl Marx. Die Krisenproblematik findet sich zusammengefaßt in: Kritische Politik 3/1970.
- 5 vgl. Das Kapital, Bd. II, S. 318.
- 6 Ernest Mandel, Die deutsche Wirtschaftskrise, Frankfurt 1969.
- 7 vgl. Müller/Neusüss, Sozialstaatsillusion, in: Sozialistische Politik, 6/7, 1970.

- 8 vgl. Huffschnid u.a., Die Widersprüche des westdeutschen Kapitalismus... in Kursbuch 21/70.
 9 ebenda, S. 65.
 10 vgl. Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin/Ost, 1965, S. 95.
 11 wie in eben genannter Arbeit.
 12 vgl. Ernest Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt 1968, S. 549.
 13 ebenda, S. 555.
 14 ebenda, S. 350 ff.
 15 vgl. Fritz Vilmar, Rüstung und Technologie, Frankfurter Hefte Mai 70.
 16 Baran/Sweezy, Monopolkapital, Frankfurt 1967, S. 201.
 17 ebenda, S. 202/203 für diesen Zusammenhang wichtig vor allem Kap. VI.
 18 vgl. Michael Kidron, Western Capitalism Since The War, London 1968, S. 54 ff.
 19 Die Zeit 4/71.
 20 vgl. Kommunist (KB/ML Westberlin) 4/5, 1971, S. 102 ff. und Sozialistische Politik 6/7, 1970.
 21 Kommunist, a.a.O., S. 39 ff. und Neues Rotes Forum 3, 1971.

6 Zur konkreten Entwicklung des Verhältnisses von Militär und Industrie in der BRD: Der Militärisch-Industrielle Komplex

Am 2. August 1945 hatten die alliierten Siegermächte im Potsdamer Abkommen unter anderem erklärt: "Die Ziele der Besetzung Deutschlands ... sind: 1. Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann..." (1).

25 Jahre danach verfügt der eine Teil dieses ehemaligen Deutschen Reiches, die Bundesrepublik, über die stärkste konventionell ausgerüstete Militärmacht Westeuropas und einen stetig steigenden "Verteidigungs"-Etat von gegenwärtig über 20 Milliarden DM jährlich – und jeder Zweig der westdeutschen Industrie ist heute, wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße, an der Rüstungsproduktion beteiligt.

Die westdeutsche Bundeswehr zählt heute 476 000 Soldaten; 315 000 von ihnen dienen im Heer, 100 300 bei der Luftwaffe und 33 000 bei der Marine; zur Verwaltung dieses Apparates beschäftigt das Bundesverteidigungsministerium 169 400 zivile Beamte, Angestellte und Arbeiter (2).

Die westdeutsche Rüstungsindustrie zählte 1968 ca. 220 000 Beschäftigte (3), in Bundeswehr und Rüstungsindustrie (ohne Bundesgrenzschutz, Polizei, Bundesnachrichtendienst, Zivilschutzkorps u.a.m.) sind damit heute gut 3,5 Prozent aller Erwerbstätigen in der BRD beschäftigt.

Für die Bundeswehr wurden bis heute über 200 Milliarden DM aufgebracht, davon 102 Mrd DM für Rüstungsaufträge (4); gleichzeitig erfuhr die Position der westdeutschen Rüstungsindustrie im Herrschaftssystem der BRD in den letzten Jahren eine derartige Stärkung, daß inzwischen analog zur Entwicklung in den USA auch in der BRD von einem "Militärisch-Industriellen-Komplex" gesprochen wird, d.h. von einem interessenbedingten Bündnis zwischen Militärs, Rüstungsindustrie, politischen Repräsentanten und zum Teil auch Gewerkschaftsvertretern (5).

Zur Entstehung des Militärisch-Industriellen Komplexes in der BRD

Die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen

"Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist die amerikanische Politik gegenüber Westeuropa wesentlich von der Absicht geleitet, in diesem Teil der Welt eine politisch stabile Situation zu gewährleisten" (6). Für die USA war die westeuropäische Aufrüstung nach Beginn des Kalten Krieges zu einer Notwendigkeit geworden, um die ökonomischen und politischen Voraussetzungen zur Führung dieses Kalten Krieges gegen das sozialistische Lager zu schaffen. Hohe Rüstungsetats der europäischen kapitalistischen Länder garantieren wiederum eine gewisse "innere" politische Stabilität – als Bedingung für ein günstiges Investitionsklima für US-Konzerne – und außerdem konnte die Aufrüstung in Westeuropa einen aufnahmefähigen Markt für US-Rüstungsgüter schaffen.

Revolutionäre Lieder



Vertrieb an Buchläden: TRIKONT-Verlag, München
 Versand an Einzelbesteller: POLITIADEN, Erlangen

1 Lotta Continua

L'ora del fucile
 Compagno Saltarelli, noi ti vendicheremo

2 Ballata della Fiat

Ballata di Pinelli
 La violenza

3 Prendiamoci la Città

Via Tibaldi Tarantè

4 Internazionale Proletaria

Se c'è la crisi per il padrone vuol dire che avanza la rivoluzione

Sarete voi padroni ad emigrare

5 No al Fanfascismo

Scade la ferma

6 Berlinguer

Liberare tutti
 Trenta Luglio alla Ignis

7 Le canzoni della Lotta Armata in Irlanda

Libera Belfast (Free Belfast)
 No! Nessuno mai ci Fermerà! (We shall not be moved)
 I Volontari di Bogside (Bogside volunteers)

Pro Platte DM 5,00

Ein Teil des Erlöses wird unmittelbar für die politische Arbeit von Lotta Continua unter den Emigrati in Westdeutschland verwendet.

Das militärische Potential sowohl des gerade "entmilitarisierten" und "entnazifizierten" Deutschlands als auch Japans soll denn auch von der militärischen Führung der US-Streitkräfte bereits 1947 in die US-Strategie eingeplant worden sein (7). Die Rücksichtnahme auf die westeuropäischen Nachbarstaaten Deutschlands bzw. deren Widerstand gegen eine Wiederaufrüstung Westdeutschlands, der sich z.B. in der Ablehnung des EVG-Vertrages durch die französische Nationalversammlung 1954 manifestierte, sind jedoch als die Ursachen dafür anzusehen, daß der schon in Ansätzen seit 1945 einsetzende Kurswechsel der US-Deutschlandpolitik erst relativ spät offizielle alliierte Nachkriegs-Deutschlandpolitik wurde.

Der "Mutual Defense Assistance Act" vom Oktober 1949 hatte den formellen Rahmen für den Beginn der US-Militärhilfe für Westeuropa geschaffen; zur gleichen Zeit arbeitete der Generalstab der US-Army bereits an einem Plan zur Aufstellung deutscher Divisionen, der im April 1950 auch die Billigung des Führungsstabes der US-Streitkräfte fand (8).

Der Ausbruch des Korea-Krieges im Juni 1950 trug entscheidend zur Beschleunigung der westdeutschen Wiederaufrüstung bei und erleichterte den reaktionären Kräften in der BRD eine kompromißlose Politik der "Westintegration", die schließlich ihren Höhepunkt in der Ratifizierung der Pariser Verträge und dem Beitritt der Bundesrepublik zur WEU und zur NATO im Mai 1955 fand.

Adenauer hatte schon wenige Wochen nach Ausbruch des Korea-Krieges in einem Memorandum an die Alliierte Hohe Kommission vom 29. August 1950 erklärt, daß die Bundesrepublik bereit sei, einen militärischen Beitrag zur Errichtung einer europäischen Streitmacht zu leisten (Adenauer unterbreitete dieses Angebot den Alliierten, ohne vorher sein Kabinett zu informieren, was den Rücktritt des damaligen Innenministers Heinemann zur Folge hatte) (9) – und prompt sprach sich schon im September 1950 der Ministerrat der NATO dafür aus, "daß Deutschland in die Lage versetzt werden sollte, einen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas zu leisten" (10).

An der Spaltung Deutschlands durch die Eingliederung der BRD in das von den USA beherrschte kapitalistische Lager konnten weder die sowjetische Note vom 10. März 1952, in der die Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen des Potsdamer Abkommens als neutraler Staat mit "eigenen nationalen Streitkräften" vorgeschlagen wurde (11), noch die Vorschläge Molotows auf den Berliner Viererkonferenzen 1954 (12) etwas ändern.

Der Korea-Krieg war vor allem für die USA, aber auch für die europäischen NATO-Staaten, Anlaß zu einer forcierten Aufrüstung.

Anstieg der Rüstungsausgaben 1950 - 1954 in Mio US-Dollar (13)

Land / Jahr	1950	1951	1952	1953	1954
USA	14 559	33 398	47 852	49 621	42 900
Großbritannien	2 377	3 217	4 371	4 707	4 399
Frankreich	1 597	2 517	3 580	3 961	3 346

Als die BRD 1955/56 mit der Aufstellung der Bundeswehr endlich begann, zur "Ver-

teidigung Westeuropas" beizutragen, schwiegen am 38. Breitengrad in Korea schon längst die Waffen und war die Genfer Gipfelkonferenz von 1955 beendet, die eine Reduzierung der US-Truppenstärke um 800 000 Mann und der Truppenstärke der Sowjetunion sogar um 1,75 Millionen Mann bis 1957 zur Folge hatte (14).

Spezifische Bedingungen für die westdeutsche Rüstungsindustrie

Bei der Wiederaufrüstung Westdeutschlands bzw. beim Aufbau einer eigenen westdeutschen Rüstungsproduktion galt es allerdings, spezifische Bedingungen zu berücksichtigen; um die wichtigsten zu nennen:

- + Grundsätzlich wurde jede deutsche rüstungswirtschaftliche Aktivität, auch vom kapitalistischen Ausland, mit Mißtrauen betrachtet;
- + für bestimmte Rüstungsgüter bestanden formelle Produktionsverbote; so enthält der WEU-Vertrag die freiwillige Verpflichtung der BRD, auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen (ABC-) sowie gewissen schweren Waffen zu verzichten;
- + auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung mußte ein mehr als 10jähriger Rückstand aufgeholt werden;
- + materielle und finanzielle Aufwendungen für militärische Forschung und Entwicklung (FE) waren in der Zwischenzeit erheblich gestiegen;
- + Tempo und Umfang der Aufrüstung sollten weder die zivile Produktion noch das Wirtschaftswachstum (z.B. über den Entzug von Arbeitskräften), noch die inzwischen gewonnene Weltmarktposition beeinträchtigen.

Die Jahre 1955/56 waren "Boom"-Jahre im 2. Nachkriegs-Konjunkturzyklus der westdeutschen Wirtschaft (15). Die durch den Korea-Krieg bedingte Rüstungskonjunktur in den kapitalistischen Nachbarstaaten der BRD und in den USA (vgl. Tabelle S.56) hatte zu einer steigenden Nachfrage nach westdeutschen Ausrüstungsgütern geführt; gleichzeitig war die Konkurrenzposition westdeutscher Waren auf dem Weltmarkt verbessert worden, da infolge der erhöhten Rüstungsproduktion das kapitalistische Ausland einer stärkeren inflationären Entwicklung unterlag als die Bundesrepublik. Die Ausfuhr der BRD erhöhte sich 1955/56 um über 20 und 1956/57 um nochmals annähernd 20 Prozent (16). So wird auch durchaus verständlich, daß die Mehrzahl der Unternehmer, gerade in den Genuß von Investitionshilfegesetz (1952), der Senkung der Einkommen- und Körperschaftsteuersätze und der Einführung der degressiven Abschreibung ("Große Steuerreform" 1954/55) gekommen, genügend Gewinnchancen im Bereich ziviler Produktion, besonders für die Exportmärkte sahen und wenig Neigung zeigten, auf Rüstungsproduktion umzustellen.

Vor dem Hintergrund dieser speziellen ökonomischen Bedingungen, gekennzeichnet von der Auslastung der Kapazitäten, auch rüstungswirtschaftlich relevanter Kapazitäten wie Fahrzeug- oder Maschinenbau, einsetzendem Arbeitskräftemangel sowie der Notwendigkeit umfassender Rationalisierungsmaßnahmen, ist die Opposition der herrschenden Kapitalgruppen in der BRD 1955/56 gegen eine Rüstungsproduktion auf technologisch niedrigem Niveau bzw. die von der Adenauer/Blank-Regierung geplante Aufstellung einer Massenarmee von 500 000 Mann in einem Zeitraum von drei Jahren zu verstehen (17).

Grundsätzlich wurde der Aufbau einer eigenen westdeutschen Rüstungsproduktion von der Industrie allerdings befürwortet und auch gefördert. Der Tätigkeitsbericht des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) verzeichnete schon 1951 "zahlreiche Anfragen der Industrie- und Handelskammern" nach Aufträgen, die mit der Schaffung oder Aufrüstung einer Bundespolizei zu vergeben seien. 1953 nahmen 200 Firmen an einer Vorführung militärischen Geräts teil, die vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium und dem Amt Blank veranstaltet wurde (18). Schon früh wies man auf die Möglichkeit hin, Strukturkrisen in bestimmten Industriezweigen mit Hilfe von Rüstungsaufträgen zu beheben: "Freie Kapazitäten könnten besonders im Waggon- und Lokomotivbau, in der Zweiradindustrie (Ersatzteilbeschaffung), der Fahrzeug-, Anhänger- und Landmaschinenindustrie ausgenutzt werden", vermerkte der Jahresbericht des BDI 1956/57 (19).

Nicht zuletzt erhoffte man sich von der Wiederaufrüstung, besonders die Industrien mit fortgeschrittener Technologie wie die Elektronikindustrie, später auch die sich wieder formierende Luft- und Raumfahrtindustrie, die Finanzierung und Organisation des technischen Fortschritts. Die militärische Integration der BRD in das kapitalistische Lager durfte somit den Aufbau eigener militärischer FE-Kapazitäten nicht verhindern, die ja "mittelfristig eine gleichberechtigte und langfristig eine superiore Position im Rüstungsgeschäft garantieren sollten" (20).

Auch der organisatorische Rahmen der sich formierenden Rüstungsbetriebe begann sich sehr früh herauszubilden: Unter Leitung des letzten Vorsitzenden des Reichsverbandes der Deutschen Luftfahrtindustrie kam es schon Ende 1951 zur Gründung des Verbandes der Deutschen Luftfahrt, der 1952 in "Verband zur Förderung der Luftfahrt" umbenannt wurde und heute "Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie" (BDLI) heißt.

Das Präsidium des BDI beschloß bereits im Juni 1952, einen Arbeitskreis für Rüstungsfragen zu gründen, der 1955 in den "Ausschuß für verteidigungswirtschaftliche Angelegenheiten" umgewandelt wurde und 27 Arbeitsgruppen unterhält (deren Zahl 1961 auf 100 angestiegen war) (21).

In diesen Jahren wurden auch die Grundlagen für eine umfangreiche Kriegsforschung an den westdeutschen wissenschaftlichen Einrichtungen geschaffen, besonders durch Vergabe von Forschungsaufträgen der US-Air-Force an Universitäten und Max-Planck-Institute der BRD (22).

Phasen der Wiederaufrüstung

Der eigentliche Aufbau der westdeutschen Rüstungsindustrie begann jedoch erst nach 1955 und kann in drei Phasen unterteilt werden (23): Zunächst in die "Phase der gegenseitigen Information" (nach F.J. Strauß), die von 1955 bis ca. 1959 anzusetzen ist. Diese Phase ist gekennzeichnet durch die Revision des Verteidigungsprogramms der Adenauer/Blank-Regierung entsprechend den Vorstellungen der westdeutschen Industrie, die im Bündnis mit der sog. "Wehrkoalition" (Strauß, Jaeger und CSU sowie die Militärexperten aller Parteien) durchgesetzt wurden:

Im September 1956 verkündete die Bundesregierung entgegen ursprünglichen Planungen die Einführung einer zwölfmonatigen Wehrpflicht und an Stelle der 500 000 Mann, die in drei Jahren aufgestellt werden sollten, wurde die Aufstellung von 350 000 Mann in fünf Jahren projektiert (24). F.J. Strauß löste am 16. Oktober 1956 Blank als Verteidigungsminister ab.

Der "Wehrkoalition" um Strauß, die die Revision des Verteidigungsprogramms durchgesetzt hatte, war zugute gekommen, daß, bedingt durch die Periode internationaler Entspannung nach Beendigung des Korea-Krieges und nach dem Tode Stalins, von den USA (Radford-Plan) und damit auch von der NATO eine Revision der strategischen Planung vorgenommen worden war, die auf die Betonung der Abschreckung und damit der nuklearen Komponente hinauslief und den konventionell ausgerüsteten Bodentruppen nur eine untergeordnete Rolle zuwies ("Schild"- und "Schwert"-Theorie) (25).

Die Konzeption der "qualitativen Rüstung" kam so nicht nur der Absicht der westdeutschen Industrie entgegen, die über die waffentechnische FE den Anschluß an das internationale Niveau der militärischen u.a. Technologie zu gewinnen erhoffte, sondern sie schuf auch die Voraussetzung für die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Trägerwaffen und die Ausarbeitung der sog. "Vorwärtsstrategie".

Gekennzeichnet ist diese erste Phase der Wiederaufrüstung weiterhin durch den Import nahezu der gesamten Erstausrüstung der Bundeswehr, in erster Linie aus den USA. Der Anteil der Inlandskäufe bei der Erstausrüstung der Bundeswehr belief sich auf nur 18 Prozent bzw. 606 Mio DM von insgesamt 3,37 Mrd DM (26). Waffenkäufe aber sind nicht immer Ausdruck von Abhängigkeitsverhältnissen. "Zunächst einmal hat der Waffenkauf den Vorteil, daß man aussuchen kann ... Das Risiko, das mit der Einführung neuentwickelten und noch nicht erprobten Geräts verbunden ist, entfällt ... Durch flexible Rüstungspolitik läßt sich dabei auch eine kontinuierliche, ihrer Kapazität angemessene Auslastung der eigenen Industrie erzielen. Denn es müssen ja nicht nur vollständige Waffensysteme gekauft werden. Man kann mit den Verkäufernationen zu Vereinbarungen über eine Ko-Produktion kommen oder auch nur die Lizenzen für den Nachbau von ihnen erwerben" (27), so Generalleutnant Herbert Büchs, der ehemalige Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr, zur Problematik von Waffenkäufen im Ausland; allerdings meint er einschränken zu müssen: "Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung bedeutet Waffenkauf jedoch in großem Umfang Stagnation, unter Umständen auch Rückgang" (28).

Mit dem Import der Erstausrüstung der Bundeswehr waren deshalb mehrere bedeutende Vorteile verbunden:

- + Die Aufstellung der Bundeswehr und ihre Ausrüstung auch mit modernem militärischem Großgerät konnte in relativ kurzer Zeit durchgeführt werden;
- + die Übernahme der importierten modernen Waffensysteme, sowie deren Wartung und Instandhaltung ermöglichten der westdeutschen Industrie, rasch den Anschluß an den militärtechnologischen Entwicklungsstand der Bündnispartner zu finden;
- + gleichzeitig brauchte die westdeutsche Industrie aufgrund des Massenimports mi-

ilitärischer Güter angesichts der Kapazitätsauslastungen durch zivile Produktion keine Umstellungen auf militärische Produktion vorzunehmen; erst die Erweiterung der Produktionskapazitäten brachte in den folgenden Jahren ein wachsendes Engagement der Industrie in der Rüstungsproduktion.

Ein erheblicher Teil der Rüstungsbeschaffungen im Ausland dient allerdings auch der Abgeltung der Forderungen der USA und Großbritanniens nach einem Devisenausgleich für die in der Bundesrepublik stationierten Truppen. So erhielten z.B. allein die USA vom 5.5.1955 bis zum 30.6.1971 36,2 Mrd DM an Devisenausgleichszahlungen (29). Das im Dezember 1971 abgeschlossene Devisenausgleichsabkommen zwischen der BRD und den USA sieht für den Zeitraum vom 1.7.71 bis zum 30.6.73 westdeutsche Zahlungen in einer bisher noch nie erreichten Höhe von 6,65 Mrd DM vor; von dieser Summe will die BRD für 3,95 Mrd DM Rüstungsmaterial aus den USA importieren (u.a. "Phantom F 4 F" von McDonnell Douglas), für 2 Mrd DM mittelfristige US-Schuldverschreibungen kaufen und 700 Mio DM als direkte Finanzhilfe an das in der BRD und Westberlin stationierte US-Militär geben (29a).

Auslandsbeschaffungen und Devisenausgleichszahlungen dienen andererseits aber auch dazu, die USA u.a. Bündnispartner ökonomisch und politisch unter Druck zu setzen, z.B. bei der Durchsetzung des Alleinvertretungsanspruches gegenüber der DDR oder in Fragen des Mitspracherechts und der personellen Besetzung der NATO-Gremien bis hin zum Ausbau des Stützpunktsystems der Bundeswehr; so üben Bundeswehr-Einheiten regelmäßig in Großbritannien, den Niederlanden, Frankreich, der Türkei und Griechenland, werden in Portugal und Italien Luftwaffenstützpunkte unterhalten und in den USA an 40 verschiedenen Orten ständig ca. 3 000 Bundeswehrsoldaten ausgebildet (30).

Die Umgehung der Produktionsverbote

Ein weiteres Merkmal der ersten Phase der Wiederaufrüstung war die Propagierung – und schließliche Durchsetzung – "multinationaler Zusammenarbeit": Damit konnte das Mißtrauen gegen eine eigene deutsche Rüstungsproduktion am elegantesten ausgeräumt, in Verbindung mit dem Lizenzbau der Anschluß an den technologischen Entwicklungsstand der Bündnispartner gefunden und gleichzeitig auch das Verbot der Produktion bestimmter Rüstungsgüter (vgl. S.57) umgangen werden. So sind die im WEU-Vertrag von 1954 enthaltenen Bestimmungen über Rüstungsbeschränkungen inzwischen kräftig durchlöchert worden; bis Ende 1963 wurden der BRD vom Ministerrat der WEU folgende Ausnahmen genehmigt (31):

1. Am 9.5.1958 der Bau von ferngelenkten Panzer-Abwehr-Raketen, die so konstruiert werden müssen, daß sie keine ABC-Kampfsätze tragen können;
2. Am 16.10.1958 der Bau eines Marineschulschiffes mit einer Wasserverdrängung zwischen 4 800 und 5 000 Tonnen;
3. Am 21.10.1959 der Bau von Annäherungszündern, ferngelenkten Boden-Luft- und Luft-Luft-Flugzeugabwehr-Raketen (vom Typ Hawk und Sidewinder, die in Gemeinschaftsproduktion mit Dänemark, Griechenland, den Niederlanden, der Türkei und unter Assistenz der USA hergestellt wurden);
4. Am 24.5.1961 der Bau von Influenzminen (ohne Kernsprengsätze); der Bau von

- 8 Zerstörern mit taktischen Raketen für den Seekampf und einer Wasserverdrängung bis zu 6 000 Tonnen; der Bau von "Ständigen Hilfsschiffen" mit einer Wasserverdrängung bis zu 6 000 Tonnen;
5. Am 19.10.1962 der Bau von U-Booten mit einer Wasserverdrängung bis zu 450 Tonnen (bisher bis zu 350 Tonnen);
6. Am 9. Oktober 1963 der Bau von 6 U-Booten mit einer Wasserverdrängung von 1 000 Tonnen.

EXKURS

Der "Skandal" um den Schützenpanzer HS 30

Ein bezeichnendes Licht auf die personelle Verfilzung von Rüstungslobbyisten, revanchistischen Militärs und politischen Repräsentanten in der BRD sowie deren Beschaffungspraktiken bereits – oder gerade – in jenen ersten Jahren westdeutscher Wiederaufrüstung wirft die sog. Affaire um den Schützenpanzer HS 30 (32).

Die Heeresdivisionen der neuen Bundeswehr sollten nach den Plänen des Bundesverteidigungsministeriums 1955/56 mit 10 680 Schützenpanzern ausgerüstet werden. Schützenpanzer (SPz) erhöhen Feuerkraft und vor allem Beweglichkeit der Infanterie-Verbände, die als "Panzergrenadiere" (SPz) in der Lage sind, mit Kampfpanzern zusammenzuwirken. Panzergrenadiereinheiten wurden von der NS-Wehrmacht erst gegen Ende des Weltkrieges aufgestellt und haben nach den Worten ehemaliger NS-Wehrmachtsoffiziere "ihre Bewährungsprobe in Rußland bestanden".

Die geplante massive Ausrüstung des Heeres mit Panzerfahrzeugen ist als eindeutiges Indiz für die aggressiv-offensiven Absichten der führenden westdeutschen Politiker und Militärs in jenen Jahren zu bewerten; im Sinne der Strategie der "Vorwärtsverteidigung" eignen sich denn auch mechanisierte Verbände sehr viel mehr für den offensiven Einsatz in den Ebenen Polens oder der westlichen Sowjetunion als zur Verteidigung der an Wald, Mittelgebirgen und industriellen Ballungsräumen reichen Bundesrepublik...

Mit Entwicklung und Produktion dieser Schützenpanzer wurde der Schweizer "Hispano-Suiza"(HS)-Konzern beauftragt, obwohl Hispano-Suiza über keinerlei Erfahrung im Schützenpanzer-Bau verfügte und obwohl es bis zur Entscheidung des Haushalts- und Verteidigungsausschusses für den Hispano-Suiza-Schützenpanzer im Juli 1956 weder Erprobungsergebnisse, noch einen Prototyp, noch eine sog. "Null-Serie" gab. Das dem Verteidigungsausschuß im März 1956 präsentierte SPz-Holzmodell war von einem Bonner Schreinermeister angefertigt worden!

Zu erklären sind solche in "sicherheitspolitischer" Hinsicht haarsträubenden Beschaffungspraktiken erst unter Berücksichtigung der personellen Komponente: Eine der Schlüsselfiguren bei der Beschaffung des Schützenpanzers HS 30 war der Rechtsanwalt Dr. Otto Lenz, von 1951 bis 1953 Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Vorgänger des Adenauer-Intimus Globke, CDU-MdB und Mitglied des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU, der über gute Kontakte zum Hispano-Suiza-Konzern verfügte. Die juristische Betreuung der Bonner Hispano-Suiza-Interessen wurde denn

auch von den Rechtsanwälten Fritz Aretz, Dr. Schneider und Dr. Otto Lenz übernommen: Dr. Lenz war inzwischen zum Wahlkampfleiter und Chefpropagandisten der CDU avanciert und auch Mitglied des Verteidigungsausschusses geworden!

Am 6.2.1957 wurde der 2,5-Milliarden-Vertrag über die Lieferung von 10 680 Schützenpanzern HS 30 für die Bundeswehr durch den Hispano-Suiza-Konzern unterschrieben: Geschäftspartner waren einerseits für die BRD der Verteidigungsminister F.J. Strauß, sein Staatssekretär Dr. Josef Rust sowie die Ministerialdirektoren Hopf und Holtz, auf der anderen Seite für Hispano-Suiza und die britische HS-Tochter British Marc, deren Generalbevollmächtigter und die Rechtsanwälte Fritz Aretz und Dr. Otto Lenz (!). Hispano Suiza erhielt vom Bundesverteidigungsministerium vorweg 193 Mio DM als Anzahlung auf die zu lieferenden HS 30 sowie weitere 12 Mio DM zur Abgeltung der Lizenzgebühren für bundesdeutsche Nachbauten. Obwohl eine nur einjährige Frist bis zur Serienreife zugesagt worden war, ließ die Auslieferung der Schützenpanzer auf sich warten; die ersten HS 30 wurden Ende 1959 (!) an die Truppe ausgeliefert. Aufgrund des Fiaskos bei Entwicklung, Produktion und Auslieferung des HS 30 wurden die ursprünglich vorgesehenen Beschaffungszahlen drastisch reduziert; im November 1958 erklärte Strauß auf Anfrage der SPD im Bundestag: "Infolge der Änderung der Aufstellungsplanung beträgt der Bedarf zur Zeit insgesamt rund 6 000 (Schützenpanzer-)Fahrzeuge..." (33). Insgesamt sind schließlich gerade 2 176 Schützenpanzer produziert worden, davon 1 057 aus westdeutscher (Hanomag, Henschel) und 1 119 aus britischer Fertigung (British Marc/Leyland); die Auslieferung an die Bundeswehr wurde 1962 abgeschlossen.

Um die Aufdeckung des HS 30-Skandals hat sich besonders die (inzwischen eingestellte) Zeitschrift "Deutsches Panorama" verdient gemacht. In einem "Offenen Brief" (34) an den damaligen Bundeskanzler Ludwig Erhard zitierte die Zeitschrift einen Brief des Industriekaufmanns Dr. Werner Plappert (35), den dieser "streng vertraulich" am 13.7.1965 an Ludwig Erhard gerichtet hatte und in dem es wörtlich hieß: "... das sog. Schützenpanzergeschäft hat die Bundesrepublik über 200 Millionen DM als Verlust gekostet und der CDU etwa 50 Millionen DM für Wahlkosten eingebracht..." (36).

In einem Interview mit der Zeitschrift "Deutsches Panorama", das am 10. November 1966 veröffentlicht wurde, äußerte derselbe Werner Plappert: "... Meiner Überzeugung nach wurde das HS-30-Geschäft von deutscher Seite überhaupt nur zum Zwecke der illegalen Parteifinanzierung abgeschlossen. Was dann geliefert wurde, war Nebensache..." (37).

Der CDU/CSU war es bei den Bundestagswahlen 1957 auch gelungen, zum ersten (und bis heute einzigen) Mal die absolute Mehrheit zu erreichen. Neben den Zuwendungen an die CDU/CSU sollen darüberhinaus an weitere 10 bis 20 Personen Bestechungsgelder gezahlt worden sein, nach Aussagen des Reichsministers a.D. Treviranus insgesamt ca. 18 Mio DM, davon allein 3 Mio DM an den Staatssekretär a.D. Dr. Otto Lenz (38). (Dr. Lenz war im Mai 1957, drei Monate nach Abschluß der Verträge zwischen Verteidigungsministerium und Hispano Suiza, in Neapel unter mysteriösen Umständen ums Leben gekommen...).

Abschließend noch einige Bemerkungen zum Überprüfungsverfahren der HS 30-Be-

schaffung durch den Bundesrechnungshof (BRH), die für alle Ausgaben des Bundes zuständige oberste "Kontroll"-Behörde: Der BRH in Frankfurt am Main begann Ende 1958 mit der Überprüfung der Schützenpanzer-Aufträge; der erste BRH-Prüfer verfaßte einen mehr als 300 Seiten starken Bericht, erlitt dann aber einen Schlaganfall und wurde nach seiner Genesung zum Bundesverteidigungsministerium versetzt! Der zweite Prüfer reduzierte den Bericht seines Vorgängers auf rund ein Viertel des bisherigen Umfangs und schickte ihn im Juni 1962 an das Verteidigungsministerium mit der Aufforderung, zu den Beanstandungen Stellung zu nehmen. Das Verteidigungsministerium aber ließ sich Zeit und erklärte den gesamten HS 30-Komplex zur VS-(Verschluß-)Sache. Bis Ende 1966 war dem Parlament noch immer kein HS 30-Prüfungsbericht vorgelegt worden; inzwischen hatten sich aber einige Veränderungen ergeben:

Volkmar Hopf, selbst Mitunterzeichner der HS 30-Verträge und enger Vertrauter des Lenz-Nachfolgers Globke sowie des Ex-Verteidigungsministers Strauß, war Präsident des Bundesrechnungshofes geworden! Zweitens hieß der Finanzminister, an den die Ermittlungsergebnisse des BRH weiterzuleiten waren, inzwischen Franz Josef Strauß! Und der Dritte, der die HS 30-Verschlußsache zu überprüfen hatte, der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, hieß und heißt noch heute Fritz Zimmermann, CSU-MdB und Intimus des früheren Verteidigungs- und späteren Finanzministers Strauß!

Schließlich erstattete die Zeitschrift "Deutsches Panorama" im Herbst 1966 Anzeige "gegen Unbekannt", wegen Verdachts der schweren passiven Bestechung, der Untreue und der Begünstigung im Amt.

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und des 1967 eingesetzten parlamentarischen Untersuchungsausschusses demonstrierten die Funktionsfähigkeit des bundesrepublikanischen Rechtsstaats: Die Staatsanwaltschaft konnte nicht herausfinden, ob "im Rahmen der Beschaffung des HS 30-Schützenpanzers für die Bundeswehr vom Hispano-Konzern an deutsche Angehörige eines öffentlichen Dienstes Bestechungsgelder bezahlt worden sind" (39).

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß unter Vorsitz des CDU-MdB Merkatz und besetzt mit drei SPD-, zwei CDU- und je einem Abgeordneten von CSU und FDP, lieferte im Juni 1969 den Schlußbericht mit zwei voneinander abweichenden Resultaten ab; während die SPD/FDP-Ausschußmitglieder konstatierten, daß der Bundesrepublik wegen "ungenügender technischer, wirtschaftlicher und vertragsmäßiger Vorbereitung" des Projekts ein "im einzelnen nicht meßbarer Schaden entstanden" sei (40), konnten die CDU/CSU-Mitglieder, die über sich selbst zu Gericht saßen, verständlicherweise keinerlei Regelwidrigkeiten entdecken; das wäre auch gar nicht so leicht gefallen, denn, so der "Spiegel" vom 30.6.1969: "Dokumente verschwanden noch in jüngster Zeit, unbekannte Mitwisser tauchten auf und wieder unter, Widersprüche blieben ungeklärt..." (41).

Die Phase der Lizenzproduktion

Die zweite Phase der westdeutschen Wiederaufrüstung kann als Phase der Lizenzproduktion zwischen 1959, dem Beginn des Starfighter-Programms und 1964, wo

durch das "Memorandum of Understanding" zwischen Hassel und Mc Namara eine neue Ära westdeutsch-amerikanischer Rüstungszusammenarbeit eingeleitet wurde, bezeichnet werden. Die Entscheidung für die Ausrüstung der Bundesluftwaffe mit dem Starfighter F-104 G unter Verteidigungsminister F.J. Strauß war primär ökonomisch motiviert und diente dem umfassenden Aufbau einer westdeutschen Flugzeugindustrie. Die Geschichte des Waffensystems Starfighter ist darüberhinaus charakteristisch für die Widersprüche zwischen der Rüstungspolitik der BRD in dieser Phase einerseits und den militärstrategischen Erfordernissen andererseits (42).

Das Starfighter-Programm

Die von der Luftwaffenführung für die Luftwaffe der Bundeswehr entwickelte Konzeption hatte sowohl die Schaffung einer taktischen Luftwaffe zur Unterstützung des Erdkampfes als auch einer sog. "Verteidigungsluftwaffe", ausgerüstet mit "Abfangjägern", vorgesehen. Hinsichtlich des taktischen Jagdflugzeuges fiel die Entscheidung zugunsten der Fiat G-91. Das bedeutend wichtigere Waffensystem des Abfangjägers war zunächst als Mehrzweckwaffensystem gedacht; in die engere Wahl kamen die Mirage III A der Firma Dassault (Frankreich), die Super-Tiger der Firma Grumman (USA) sowie der Starfighter F-104 der Firma Lockheed (USA). Die französische Regierung und die Firma Dassault unterbreiteten der Bundesregierung bzw. dem Verteidigungsministerium großzügige Angebote: Bei einer Entscheidung für die Mirage wollte Frankreich auf die Zahlung weiterer Stationierungsgelder verzichten, und Entwicklung und Produktion der Flugzeuge sollten als deutsch-französische Gemeinschaftsproduktion durchgeführt werden. Obwohl sich hingegen das Lockheed-Angebot auf den bloßen Nachbau des Starfighters beschränkte, bekam die US-Firma den Zuschlag; das Starfighter-Programm vertrat den neuesten Stand der Technik, besonders auf den Gebieten Zellen- und Triebwerksbau, auf dem Ausrüstungssektor und in den Fertigungstechniken. Bis allerdings die Entwicklung der G-Version (G = Germany), die allein von Lockheed vorgenommen wurde, abgeschlossen war, verstrichen weitere 18 Monate, so daß die ersten Starfighter erst Anfang 1961 zur Auslieferung an die Bundeswehr kamen.

Kaum jedoch war der zum Mehrzweckkampfflugzeug entwickelte Starfighter an die Luftwaffe ausgeliefert, erforderte die "Nuklearisierung" der NATO-Strategie, die ihren Ausdruck fand im Planungsdokument MC 70 und den Plänen, die NATO über die "Multilaterale Atomstreitmacht" (MLF) zur vierten Atommacht werden zu lassen, den Umbau des Starfighters zum reinen Atomwaffenträger. Nachdem die Teilnahme westdeutscher Starfighter-Verbände am atomaren "Strike" (= Gegenschlag) offiziell eingeplant war, setzte Strauß Ende 1959 gegen die Warnung des Luftwaffengenerals Steinhoff, der erklärt hatte, 250 Starfighter F-104 G seien personell und technisch gerade noch tragbar für die Luftwaffe, eine Aufstockung des Programms um zusätzlich 364 F-104 G für 2,5 Mrd DM durch.

Die Folgen dieser Entscheidung sind bekannt: Die hohe Zahl getöteter Piloten und der Totalverluste an Maschinen beschäftigten, besonders 1966, Verteidigungsausschuß und Bundestag, führten im September 1966 zur "Generalkrise" und zur Ablösung des Luftwaffeninspektors Panitzki durch Steinhoff.

Steinhoff schien es 1967 gelungen, das Waffensystem "in den Griff bekommen" zu

haben. Im Dezember 1967 jedoch wurde die NATO-Doktrin der "massive retaliation" durch die Doktrin der "flexible response" offiziell abgelöst, nachdem die inoffizielle Ablösung der "massive retaliation"-Doktrin bereits 1962 unter Kennedy und Mc Namara erfolgt war, zu einer Zeit, als die westdeutschen Luftwaffengenerale Kammhuber und Panitzki noch die Konzeption vom atomaren Gegenschlag per Starfighter-Verbände propagierten. Nun mußte die F-104 G also erneut vom ausschließlich atomaren Waffenträger (die A-Waffen waren dennoch immer schön unter US-Verschluß geblieben) zum Mehrzweckkampfflugzeug umgerüstet werden; die "Starfighter-Krise" setzte aufs Neue ein: Bis zum Abschluß dieser Arbeit wurden bei 142 Starfighter-Abstürzen 68 Piloten getötet (43); allein im März 1971 stürzten in knapp vier Wochen 8 Starfighter ab und kamen fünf Piloten ums Leben, worauf die Ausbildungsflüge vorübergehend eingestellt werden mußten (43a).

Kritik an der Beschaffung des Starfighters übte auch der Bundesrechnungshof (BRH), allerdings erst in dem am 28.10.71 veröffentlichten Bericht zu den Haushaltsrechnungen 1968/69. Der BRH (jetziger Präsident: Hans Schäfer) beanstandete vor allem, daß das Waffensystem F-104 G "abweichend von dem ordnungsgemäßen Geräteentstehungsgang – Entwicklung, Erprobung, Fertigung – gleichzeitig entwickelt und ohne Erprobung in Serie gefertigt worden ist", und daß zum zweiten das Verteidigungsministerium (unter F.J. Strauß) den Haushalts- und Verteidigungsausschuß des Bundestages "nicht ausreichend und teilweise sogar unzutreffend" unterrichtet habe (43b).

So hatte z.B. der US-Konzern Lockheed für die in den USA nachgebauten 96 Starfighter 77 Mio DM mehr als vorgesehen kassiert und "entsprechende Mehrkosten müssen auch für die (in Westeuropa produzierten) 604 Nachbauflugzeuge angenommen werden"; so waren für "militärisch nur beschränkt brauchbare Navigationsanlagen" 700 Mio DM ausgegeben worden; und in den Lagern der Firmen, die die F-104 G und die Fiat G-91 warten, häufen sich Ersatzteile im Werte von mehreren hundert Mio DM, von denen 75 Prozent frühestens in 10 Jahren oder überhaupt nicht mehr gebraucht werden.

Bewußt irreführend wurden die Ausschüsse durch das Strauß-Ministerium, das schon bei der ersten Vorlage Ende 1958 nichts über den notwendigen Umbau des Starfighters zum "Allwetter-Mehrzweckflugzeug" mitgeteilt und z.B. noch im März/Juni 1962 erklärt hatte, die Entwicklung sei abgeschlossen, obwohl die F-104 G auch im Dezember 1962 als "operational airplane" noch nicht verwendungsfähig und dem Ministerium bekannt war, daß die Entwicklung noch mindestens bis Mitte 1964 dauern mußte.

Zusammenfassend kam der BRH zu der scharfsinnigen Erkenntnis, die Beschaffung des nicht beschaffungsreifen Waffensystems habe "keine Vorteile, auch nicht den erhofften Zeitgewinn gebracht", die militärische Einsatzfähigkeit und "psychologische Verteidigungskraft" jedoch über Jahre hinweg beeinträchtigt.

Für den Aufbau einer eigenen westdeutschen Rüstungsproduktion war das Starfighter-Programm dennoch von nicht zu unterschätzender Bedeutung: Die Lizenzproduktion des Starfighters durch die BRD beschleunigte die Kapitalverflechtung zwischen westdeutschen und US-Konzernen, war ein bedeutender Faktor für die Zusammenarbeit der westeuropäischen Unternehmen und förderte den Konzentrations-

prozeß in der westdeutschen Flugzeugindustrie.

Mit der Unterzeichnung der Verträge über die Lizenzproduktion des Starfighters durch Strauß am 18.3.1959 war auch die Generallizenz für den Nachbau des Starfighters in Europa an die BRD gefallen. Am 5.3.1960 unterschrieben die Verteidigungsminister der Niederlande, Belgiens und der BRD ein Abkommen über die gemeinsame Beschaffung und Produktion der F-104 G, dem Italien im Dezember 1960 beiträt. (Nach der Entscheidung der BRD für den Starfighter hatte Frankreich mit allen Mitteln versucht, Belgien und die Niederlande für die Mirage III A der Firma Dassault zu gewinnen; erst auf Druck der USA, die mit dem Abbruch des Militärhilfe-Programms drohten, entschieden sich auch die Niederlande und Belgien für den Starfighter.)

Zur Koordination des Starfighter-Nachbauprogramms wurde in Koblenz ein Büro "Organisme de Direction et de Controle" (O.D.C.) eingerichtet; durch die Beteiligung der USA am europäischen Nachbauprogramm F-104 G wurde dieses im Verlauf des Jahres 1961 offizielles NATO-Programm und die O.D.C. in die NATO-Behörde NASMO (North Atlantic Starfighter Management Office) umgewandelt; Leiter des NASMO-Büros wurde der westdeutsche General-Ing. a.D. H. Sellschop, der sich schon zuvor als Beamter des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) um die Ausrüstung der Bundesluftwaffe mit dem Starfighter bemüht hatte (44).

Zur Durchführung der Produktion bildeten die beteiligten westdeutschen, niederländischen, belgischen und US-Konzerne drei Arbeitsgemeinschaften (45):

Die Arbeitsgemeinschaft Süd (Arge Süd), zu der die Firmen Messerschmidt, Heinkel, Siebel und Dornier gehörten und die 210 Starfighter ausschließlich für die westdeutsche Luftwaffe produzieren sollten;

die Arbeitsgemeinschaft Nord (Arge Nord), mit den Firmen Hamburger Flugzeugbau, Weser-Flugzeugbau, Aviolanda (Niederlande) und den Fokkerwerken (Niederlande); diese Gruppe sollte 364 Maschinen für die BRD, Belgien und die Niederlande bauen; die Arbeitsgemeinschaft West (Arge West), mit den Firmen SABCA (Belgien), Fairey (Belgien) und italienischen Firmen.

Die Bayerischen Motorenwerke, die Fabrique National und Fiat übernahmen die Herstellung des bisher streng geheimgehaltenen General-Electric-Triebwerkes J 79.

Die Bedeutung des Starfighter-Programms für die westdeutsche Flugzeugindustrie veranschaulicht die folgende Tabelle (46):

Umsatz und Beschäftigte der westdeutschen Flugzeug-, Raumfahrt- und Raketendindustrie

Jahr	Umsatz in 1 000 DM	Beschäftigte
1955	1 348	147
1956	2 841	439
1957	11 819	2 420

1958	54 484	8 997
1959	147 838	12 155
1960	283 509	15 020
1961	451 022	20 606
1962	520 829	25 967
1963	1 099 231	27 914
1964	1 072 987	28 257
1965	759 877	28 787

Der 1959 einsetzende Starfighter-Nachbau ließ Umsatz- und Beschäftigtenzahlen der westdeutschen Luft- und Raumfahrtindustrie bis 1964, dem Höhepunkt des F-104-Programms, in die Höhe schnellen. Inzwischen zählt die Luft- und Raumfahrtindustrie einschließlich Triebwerks-, Ausrüstungs- und Zubehörindustrie rund 55 000 Beschäftigte, mit einem Umsatz, der für 1969 auf etwa 3 Mrd DM geschätzt wird (47).

Westdeutsch-französische Rüstungszusammenarbeit

Dennoch war dieser Zeitraum der Lizenzenproduktion des Starfighters von einer Abkühlung des offiziellen Verhältnisses der BRD zu den USA geprägt, bedingt durch die politische Frustration in der BRD über den Bau der Mauer in Berlin im August 1961, die "Denuklearisierung" der NATO-Strategie, die die Ablösung der Doktrin der "massiven Vergeltung" und das Scheitern der "Multilateralen Atomstreitkraft" (MLF) und damit auch der westdeutschen Bestrebungen nach Mitverfügung über Atomwaffen zur Folge hatte.

Der Ära der kalten Krieger Adenauer-Dulles folgte die "Ära Kennedy" und eine stärkere Hinwendung der BRD zu ihren EWG-Nachbarn, die sich auch in einer engeren Zusammenarbeit der westeuropäischen Rüstungskonzerne niederschlug. Höhepunkte dieser Entwicklung waren das Abkommen über das Rüstungsdreieck BRD-Frankreich-Italien und der deutsch-französische Vertrag vom Januar 1963 (48).

Der Lizenzbau von 294 Erdkampfflugzeugen vom Typ Fiat G-91 brachte der westdeutschen Rüstungsindustrie Aufträge für ca. 650 Mio DM ein und lief parallel zum Starfighter-Programm (49). Zahlreiche Gemeinschaftsprojekte wurden in diesem Zeitraum vor allem mit der französischen Rüstungsindustrie durchgeführt bzw. begonnen, so u.a. (50):

- + Die Produktion des Hochseeaufklärers Breguet 1150 "Atlantic", an der sich die Firmen Breguet (Frankreich), Sud-Aviation (Frankreich), Dornier (BRD), Fokker (Niederlande), sowie belgische (SABCA, Fairey) und US-Firmen beteiligten;
- + die gemeinsame Entwicklung und Produktion des Transportflugzeuges "Transall" durch die Firmen Hamburger Flugzeugbau GmbH und Weser-Flugzeugbau GmbH (inzwischen MBB) (BRD) sowie Nord-Aviation (Frankreich);
- + die Entwicklung der Panzerabwehrrakete BO 810 "Cobra" durch die Bölkow AG in Zusammenarbeit mit Nord-Aviation;
- + die Gemeinschaftsproduktion der Panzerabwehrraketen "Milan" und "Hot" sowie der Boden-Luft-Rakete "Roland" durch Messerschmidt-Bölkow und Nord-Avia-

tion;

- + Entwicklung und Produktion des Luft-Schiff-Flugkörpersystems "Kormoran" und des Schiff-Schiff-Systems "Exocet" durch Messerschmidt-Bölkow-Blöhm (MBB) und Nord-Aviation.

Die westdeutsch-französische Rüstungszusammenarbeit kann darüberhinaus auf eine lange Tradition zurück- und einer gesicherten Zukunft entgegentblicken:

Bereits vor Beginn des Starfighter-Programms hatte die westdeutsche Flugzeugindustrie Erfahrungen in der Entwicklung und Produktion von Strahlflugzeugen durch den Nachbau von 192 französischen zweistrahligen Schulflugzeugen vom Typ "Fouga Magister" gesammelt. Mit dem Kauf von 300 französischen leichten Hubschraubern vom Typ "Alouette" wurde die Basis für die Ausrüstung der Heeresfliegerverbände der Bundeswehr geschaffen (51).

Neben der Entwicklung der Lenkwaffensysteme Milan, Hot, Roland, Kormoran und Exocet, deren Serienfertigung 1971/72 aufgenommen werden soll, ist gegenwärtig die Entwicklung eines neuen zweistrahligen Schulflugzeuges "Alpha-Jet", das den "Fouga-Magister" ablösen soll, das wohl bedeutendste Projekt westdeutsch-französischer Rüstungskoooperation: beteiligt sind auf französischer Seite Dassault-Breguet, für die BRD die Dornier AG. Für den Triebwerkbau kooperieren die französische SNECMA und Turbomeca mit den westdeutschen Firmen MTU (Motoren- und Turbinen-Union München GmbH) und KHD (Klöckner-Humboldt-Deutz). Vorgesehen ist der Bau von 400 "Alpha-Jets" (je 200 für die BRD und Frankreich) zu einem Gesamtvolumen von ca. 1,7 Mrd DM (52).

Weitere Projekte westdeutsch-französischer Rüstungszusammenarbeit sind die Entwicklung des Kurierwagens VLC 0,5 to (VLC = Vehicule de Liaison et de Commandement) durch die Firmengruppen MAM/BMW-Saviem-Fiat und Büssing-Hotchkiss-Lancia, sowie auf dem Marinesektor der Bau von Schnellbooten vom Typ "Com battante II" für die Bundesmarine durch französische Rüstungsfirmen; das Waffensystem Exocet soll für die Schnellboote der Bundesmarine übernommen werden (53).

Die dritte Phase der Wiederaufrüstung – Eigenproduktion und gleichwertige Beteiligung

Überwogen in den ersten Jahren der Wiederaufrüstung Waffenimporte bzw. Auslandsbeschaffungen und waren die folgenden Jahre von der Lizenzproduktion, besonders des Starfighters F-104 G geprägt, so kann man seit 1963/64 eine dritte Phase der westdeutschen Aufrüstung als Phase der Eigenproduktion bezeichnen, gekennzeichnet durch das Bestreben westdeutscher Konzerne nach gleichwertiger Beteiligung an bi- oder multilateralen Rüstungsprojekten.

Auf den deutsch-französischen Vertrag von 1963 reagierten die USA nach Henry A. Kissinger (heute "Sicherheitsbeauftragter" des US-Präsidenten Nixon) mit dem "entschlossenen Versuch, die BRD mit allen politischen Lockmitteln von ihrer französischen Bindung loszueisen. Das Schwergewicht der amerikanischen Europapolitik verschob sich mehr und mehr in Richtung auf Deutschland. Es wurden energische Anstrengungen gemacht, auf militärischem wie auf diplomatischem und wirtschaftlichem Gebiet neue amerikanisch-deutsche Verbindungen herzustellen" (54).

Die "neue Ära" westdeutsch-amerikanischer Rüstungswirtschaftlicher Zusammenarbeit begann mit dem Abkommen der Verteidigungsminister von Hassel und Mc Namara vom November 1964. Dieses "Memorandum of Understanding", "das den Deutschen erlaubt, sich über alle nichtatomaren Waffenentwicklungen des amerikanischen Verteidigungsministeriums zu unterrichten" (55), enthielt Vereinbarungen über einen umfangreichen Austausch von Wissenschaftlern und die gemeinsame Entwicklung eines senkrecht startenden und landenden (Vertical Take Off and Landing: VTOL) Jagd- und Kampfflugzeuges (56).

"...Es war den westdeutschen Rüstungskonzernen in den Jahren seit 1960 gelungen, über Lizenzproduktion, Gemeinschaftsentwicklungen und schließlich Eigenentwicklungen eine immer stärkere Position zu gewinnen, die es ihnen erlaubte, wieder eine engere Zusammenarbeit mit US-Konzernen einzugehen, ohne in die gleiche Abhängigkeit wie 10 Jahre zuvor zu verfallen. Mit dem Abkommen vom November 1964 wurde diese neue Stellung der westdeutschen Rüstungsindustrie erstmals demonstriert" (57).

Charakteristisch für die neue qualitative Ebene, die im Aufbau einer eigenen westdeutschen Rüstungsproduktion in dieser Phase erreicht war, sind die Projekte "Kampfpanzer 70" (auch "MBT 70"; MBT = Main Battle Tank) und das VTOL Jagd- und Kampfflugzeug.

Nach dem Scheitern eines zunächst geplanten westdeutsch-französischen Panzerprojekts hatten die BRD und die USA die gemeinsame Entwicklung und Produktion des MBT 70 beschlossen. Auf westdeutscher Seite schlossen sich dazu die Rheinischen Stahlwerke, die Rheinstahl-Henschel-Werke, Keller & Knappich (Quandt-Gruppe), Krauss-Maffei (Flick), die Lokomotivfabrik A. Jung GmbH, die Atlas MaK (Krupp), die Luther Werke und das Ingenieurbüro Hopp zur Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG) zusammen, in der schließlich 70 Unternehmen zusammenarbeiteten. "Eine solche Zusammenballung militärischer FE- und Produktionskapazitäten hatte es bislang auf dem Gebiet der konventionellen Waffentechnik in der BRD noch nicht gegeben" (58).

Beteiligung an der DEG in v.H. (59)

Rheinische Stahlwerke, Essen	50
Rheinstahl-Henschel-Werke, Kassel	8
Keller & Knappich GmbH, Augsburg	10
A. Jung, Lokomotivfabrik GmbH, Jungenthal	8
Krauss-Maffei AG, München-Allach	6
Atlas-MaK Maschinenbau GmbH, Kiel	6

Ing. Büro G. Hopp 6
Augsburg

Luther Werke GmbH & Co., 6
Braunschweig

General-Unternehmer auf amerikanischer Seite wurde der General Motors Konzern (GMC); neben General Motors waren noch folgende US-Firmen beteiligt (60):

Continental Aviation and Engineering Corp.,
Philco Corp. (Aeronutronic Division),
National Water Lift Co.,
Lockheed Missiles & Space Co.,
Chrysler Corp.

Es gelang der DEG, eine streng paritätische Besetzung der Programmleitung des Projekts und sämtlicher miteinander kooperierender FE- und Verwaltungsgruppen durchzusetzen. Die BRD investierte 310 Mio DM an Entwicklungskosten, doch ist das Projekt "MBT 70" inzwischen eingestellt (61). Das zweite, im November 1964 zwischen von Hassel und Mc Namara vereinbarte Rüstungsprojekt, war die Entwicklung eines senkrecht startenden und landenden Jagd- und Kampfflugzeuges. Beteiligt waren auf westdeutscher Seite die Konzerne Dornier, Vereinigte Flugtechnische Werke (VFW), Hamburger Flugzeugbau GmbH, der Entwicklungsring Süd (EWR, besonders Messerschmidt-Bölkow-Blohm), sowie insgesamt 60 US-, 35 britische und 20 französische Rüstungsfirmen (62). Ebenso wie beim MBT-70 konnte auch beim V/STOL-Projekt eine paritätische Besetzung bei Entwicklung und Produktion zwischen westdeutschen und US-Konzernen durchgesetzt werden; aber ebenso wie beim "Kampfpanzer 70" ist bis heute auch noch kein Senkrechtstarter in Serie gegangen. Die "Frankfurter Rundschau" vom 6. 1. 1969 bezifferte die Gesamtausgaben der BRD für die V/STOL-Technik auf 2,5 Mrd DM.

Gegenwärtig ist die gemeinsame Entwicklung des Mehrzweckkampfflugzeuges (Multi Role Combat Aircraft: MRCA) "Panavia 200" die bei weitem bedeutendste Gemeinschaftsentwicklung der europäischen NATO-Staaten, nach BRD-Verteidigungsminister Helmut Schmidt sogar "das größte technologische Programm in Europa seit Christi Geburt". Durchgeführt wird dieses Projekt von der "Panavia Aircraft Corporation", München, an deren Kapital MBB (Messerschmidt-Bölkow-Blohm) und die BAC (British Aircraft Corporation) mit je 42,5 Prozent, Fiat (Italien) mit 15 Prozent beteiligt sind. MBB gelang es, sich 48,4 Prozent der auf 3 Mrd DM geschätzten Entwicklungskosten zu sichern, obwohl die BAC mit dem gleichen Prozentsatz am Gesellschaftskapital beteiligt ist und obwohl die britische Flugzeugindustrie ca. achtmal größer als die westdeutsche Flugzeugindustrie ist (63).

Es ist dabei nicht ausgeschlossen, daß dem MRCA-Projekt das gleiche Schicksal wie dem MBT 70 oder dem V/STOL-Programm widerfährt: Daß nämlich kein einziges MRCA-Flugzeug in die Produktion geht. Laut "Weißbuch 1970" "(hat) schon die bisherige Überprüfung des MRCA-Programms zu einer drastischen Reduzierung der Stückzahl 800 geführt, die dem Bundestag ursprünglich vorgetragen worden war.

Die Bundeswehr wird angesichts des hohen Preises dieses modernen Kampfflugzeuges höchstens bis zu 420 Stück dieses neuen Typs anschaffen, davon einen Teil für die Marine" (64).

An bedeutenden Eigenproduktionen der westdeutschen Rüstungsindustrie während dieser Phase der Wiederaufrüstung sind vor allem im Bereich des Panzer- und Schützenpanzerbaus die Jagdpanzer Kanone und Rakete (Rheinstahl-Henschel-Hanomag), der Kampfpanzer Leopard I (Krauss-Maffei AG) und der Schützenpanzer Marder (Rheinstahl-Henschel-Hanomag) zu nennen. Mehr als 1000 Leopard-Panzer sind inzwischen schon an europäische NATO-Partner der BRD exportiert worden. Baugruppen aus dem eingestellten Projekt MBT-70 sollen für die Entwicklung des Leopard II übernommen werden, der ab 1975 in die Bundeswehr eingeführt werden soll. "Zur gleichen Waffenfamilie" gehören auch der Panzer-mörser 120 mm, Artilleriebeobachtungspanzer, Flugabwehr-Führungs- und Fla-Luft-Überwachungspanzer, "deren Einführung zu einem späteren Zeitpunkt geplant ist" (65).

An der Ausrüstung der Bundeswehr mit ungepanzerten Radfahrzeugen war die westdeutsche Kraftfahrzeugindustrie schon seit Beginn der Wiederaufrüstung entscheidend beteiligt; bedeutende Aufträge hatten hier die Firmen Auto Union (Jeep 0,25 to), Daimler-Benz (Lkw 1,5 to und 5 to), MAN (Lkw 5 to, Spezialfahrzeuge), Klöckner-Humboldt-Deutz (Lkw 7 to), Büssing, Faun und Rheinstahl-Henschel-Hanomag (Schlepper, Spezialfahrzeuge) erhalten (66).

Tabelle zur internationalen Rüstungscooperation 1955 - 1967

Project	Years	Countries	Main contractors	Joint project type	Production (*planned)
AIRCRAFT					
F-104 G Starfighter	1960-1965	Germany, Italy, Belgium, Holland, US (financing only)	VFW, HFB, Dornier, Messerschmitt, Heinkel, Siebelwerke, Fokker, Aviolanda, Fiat, SABCA, Avions Faircy, Aeronautica Macchi	Licensed development and integrated production	977
G-91 tactical fighter	1957-1966	Italy, Germany	Fiat, Dornier, Messerschmitt, Heinkel	Licensed production	642
VAK-191 VTOL strike and reconnaissance	1965-	Italy, Germany	Fiat, VFW, Entwicklungsring	Development	4 prototypes*
Transall transport	1959-	Germany, France	VFW, HFB, Nord	Development and production	3 prototypes 6 pre-series* 169*
Atlantique maritime patrol	1959-	France, Germany, Belgium, Holland, US (financing only)	Breguet, Fokker, Dornier, Faircy, SABCA, Sud-Aviation	Development and production	2 prototypes 2 pre-series 60 initial series*
Jaguar strike/trainer	1965-	France, Britain	Breguet, BAC (SEPECAT)	Development and production	
P-1127 Kestrel V/STOL tactical fighter	1962-	Britain, US, Germany	Hawker Siddeley	Evaluation	9 evaluation aircraft

AFVG tactical combat	1965	Britain, France	BAC, Dassault	Development and evaluation	
Advanced V/STOL design studies	1964	US, Germany		Design studies	
Afirage III-V	1964	US, France		Flight test	
Sud SA-330 tactical helicopter	1967-	UK, France	Sud-Aviation, Westland Aircraft	Development and production	
Sud SA-340 light observation helicopter (LOH)	1967-	UK, France	Sud-Aviation, Westland Aircraft	Joint evaluation	
Westland WG-13 utility helicopter	1967-	UK, France	Sud-Aviation, Westland Aircraft	Development	
SA-321 Super Frelon heavy-duty helicopter	1967-	US, France, Germany	Sikorsky, Sud-Aviation, VFW	Development of improved Frelon	
AERO-ENGINES					
J-79 turbojet for F-104G	1960-	Germany, Belgium, Italy	BMW, Fiat, FN, Alfa Romeo	Licensed production	over 1000
Tyne turboprop for Atlantique and Transall	1961-	France, Germany, Belgium	Hispano-Suiza, Rolls Royce, MAN, FN	Licensed production	over 400*
RB-193 turbofan for VAK-191 V/STOL	1964-	Britain, Germany	MAN-Turbo, Rolls Royce, Bristol Siddeley	Experimental manufacture and production	
RB-172-T-260 turbofan for Jaguar SS LST	1965-	Britain, France	Rolls Royce, Turbomeca	Development and production	
Advanced V/STOL lift engine	1965-	Britain, US	Rolls Royce, Allison	Development	
M-45 turbojet for Anglo-French VG fighter	1965-	Britain, France	Bristol Siddeley, SNECMA	Design and production	
RB-145 light-weight turbojet for VJ-101C VTOL research aircraft	1964-	Britain, Germany	Rolls Royce, MAN-Turbo	Development	
RB-162 lift jet for Mirage III-V, VAK-191, VJ-101, 0031 and G222	1965-	Britain, France, Germany	Rolls Royce, French Government, German Government	Development, licensed production	
MISSILES					
Hawk surface-to-air missile	1959-1967	Belgium, France, Germany, Italy, Holland, US (financing only)	Telefunken, Ateliers de Constructions Electriques de Charleroi, Compagnie Francaise Thomson-Houston, Finmeccanica, Philips (SETEL)	Licensed production	4000
Martel tele-guided air-to-surface missile	1964-	France, Britain	Engins Matra, Hawker Siddeley Dynamics, Marconi, Electronique Marcel Dassault, Nord	Development	
Milon wire-guided anti-tank missile	1965-	France, Germany	Nord, Bölkow	Development	
Hot wire-guided anti-tank missile	1965-	France, Germany	Nord, Bölkow	Development	
Roland surface-to-air missile	1966-	France, Germany	Nord, Bölkow	Development	

Project	Years	Countries	Main contractors	Joint project type	Production (*planned)
Bullpup air-to-surface missile	1962-1967	Norway, Britain, Denmark, Turkey, US (financing only)	Kongsberg Vaapenfabrikk	Licensed production	4000
Sidewinder air-to-air missile	1962-1965	US (financing only), Germany, Belgium, Denmark, Norway, Greece, Portugal, Turkey, Holland	Bodenseewerk Perkin-Eimer	Licensed production	9000
See Dart ship-defense missile system	1962-	Britain, Holland			
SS-10 and 11 anti-tank missile	1965-	US, France	Nord	Development (funding for)	
AS-37 air-to-surface missile	1965-	Britain, France	Nord	Joint evaluation	
ELECTRONICS					
NADGE infrastructure	1966-	Britain, France, Holland, Italy, Germany	Hughes Aircraft, Marconi Thomson-Houston, N.V. Hollandse Signaalapparaten, Selenia, Telefunken	Development and production	An integrated radar defence system*
TANKS					
Leopard/AMX	1961-	France, Germany	Governments	Independent development, joint evaluation	
Main battle tank '70'	1963-	US, Germany		Development	

Quelle: G.J.E. Harlow: The European Armaments Base: A Survey, zit. nach: Horst Regling. Militärausgaben und wirtschaftliche Entwicklung. Hamburg 1970, S. 224 f.

PROBLEME DES KLASSEN- KAMPFS ★

Bisher sind folgende Hefte erschienen:

Heft 1 - November 71 - 176 Seiten - 4.— DM

Neusüss/Blanke/Altwater: Kapitalistischer Weltmarkt und Weltwährungskrise
Redaktionskollektiv: Revolutionäre Taktik? - Zu den Thesen des DKP-Parteivorstandes
Petrowsky: Zur Entwicklung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus nach 1945

Heft 2 - Februar 72 - 96 Seiten - 4.— DM

W. Semmler: Kapitalakkumulation, Staatseingriffe und Lohnbewegung
Redaktionskollektiv: Thesen zur Gewerkschaftsanalyse

Heft 3 - Mai 72 - 180 Seiten - 4.— DM

M. Baumgartner: Die Entwicklungstendenzen in der deutschen Landwirtschaft
Nachwort; Zur historisch-politischen Bewegung der Bauern in Deutschland
Chile zwischen bürgerlicher Legalität und sozialistischer Revolution
P. Böhmer/Jon Clark: Der Streik der Bergarbeiter in England
J. Hoffmann/C. Neusüss/W. Semmler: Zu einigen Aspekten der Klassenkämpfe in Westeuropa in den 60er Jahren
E. Altwater: Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Die Einzelhefte sind im linken Buchhandel immer erhältlich und können auch beim Verlag bestellt werden. Abonnements nur über den Verlag. Ein Abonnement für vier aufeinanderfolgende Hefte kostet inklusive Versandkosten DM 15.—. Bezieher außerhalb Mitteleuropas erhalten bei Bezahlung von DM 17.50 die Hefte per Luftpost zugestellt. Des Abonnements ist im voraus zahlbar.

Unregelmäßig erscheinen Sonderhefte der „PROKLA“, die nach Umfang und Preis schwanken. Sie können ebenfalls zum Fortsetzungsbezug bestellt werden und werden dann jeweils auf Rechnung portofrei zugesandt.

Bisher sind folgende Sonderhefte erschienen:

Sonderheft 1 - 96 Seiten - 4.— DM

W. Müller/C. Neusüss: Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital
H. Faßbinder: Kapitalistische Stadtplanung und die Illusion demokratischer Bürgerinitiative
Redaktion: Erklärung der ehemaligen Mehrheitsfraktion der „SOPO“

Sonderheft 3 - 60 Seiten - 3.— DM

Revolution in Indien? / Zur Einschätzung der Klassenkämpfe durch die indischen Kommunisten
Zur Rolle des westdeutschen Kapitals in Indien

Redaktionelle Zuschriften an:

**Probleme des
Klassenkampfes/Redaktion**
1 Westberlin 10
Postfach 100529

Sämtlicher anderer Schriftwechsel,
Zahlungen usw. nur an den Verlag:

POLITLADEN GmbH
852 Erlangen
Hindenburgstraße 17

Der Militärisch-Industrielle Komplex in der BRD heute: Erscheinungsbild und Entwicklungstrends

Die Militärausgaben der BRD

Gesamtkosten der Bundeswehr 1967 bis 1968 in Mrd DM (67)

1957/58	5,326	Mrd DM
1958/59	7,900	
1959/60	8,403	
1960 *)	7,488	
1961	11,738	
1962	15,644	
1963	18,220	
1964	17,785	
1965	18,030	
1966	18,266	
1967	19,249	
1968	17,053	

*) Das Haushaltsjahr umfaßt wegen der am 1.1.61 durchgeführten Umstellung des Haushaltsjahres auf das Kalenderjahr nur 9 Monate

Die Tabelle demonstriert allerdings nicht die tatsächliche Höhe der Ausgaben, die in der BRD bisher für "Verteidigungszwecke" aufgebracht worden sind; diese Ausgaben erhöhen sich beträchtlich, wenn sie nach den sogenannten "NATO-Kriterien" berechnet werden:

Nach NATO-Kriterien berechnete Verteidigungsausgaben der BRD 1969 und 1970 (68):

Einzelplan (Epl.)	in Milliarden DM		
	1969	1970	
Epl. 14	Verteidigungshaushalt	18, 200 0	19, 768 0
Epl. 33	Militärruhegehälter	1, 429 8	1, 516 3
Epl. 35	Stationierungsstreitkräfte	0, 629 0	0, 636 7
Epl. 05	Verteidigungshilfe für andere Länder	0, 082 0	0, 082 0
	NATO-Zivilhaushalt	0, 009 8	0, 011 7
Epl. 02	Wehrbeauftragter	0, 001 3	0, 001 4
Epl. 06	Bundesgrenzschutz	0, 314 4	0, 349 5
Gesamt:		20, 666 3	22, 365 6
zugüglich Westberlin-Hilfe:		3, 074 8	3, 219 6
		23, 741 1	25, 585 2

Die BRD gehört zu den fünf Staaten der Welt, die ein Militärbudget von mehr als 3 Milliarden Dollar im Jahr haben (69). Der Anteil der Militärausgaben am Gesamtbudget der BRD belief sich von 1955 bis 1968 auf durchschnittlich 23,4 Prozent, das sind durchschnittlich 3,6 Prozent des Bruttonationalprodukts (70).

Ausgaben der wichtigsten NATO-Staaten und Japans nach Hauptgruppen in Prozent (71)

Land	Jahr	Militärausgaben	Soziales Gesundheit	Bildung Kultur
USA	1968/69	56,3	6,9	8,2
Portugal	1969	38,4	7,6	13,3
Großbritannien und Nordirland	1968/69	24,1	25,8	3,6
BRD	1969	23,2	29,5	3,1
Türkei	1967	20,9	4,1	14,1
Norwegen	1968	18,1	12,5	14,8
Frankreich	1967	18,0	9,7	16,4
Kanada	1968/69	16,0	19,0	5,1
Griechenland	1967	13,5	6,4	10,0
Italien	1969	11,1	13,7	19,5
Japan	1968	9,0	17,2	14,9

Der prozentuale Anteil der Militärausgaben am Gesamtetat liegt nur noch bei der imperialistischen Führungsmacht USA, Portugal, das einen Kolonialkrieg in Afrika führt und knapp bei Großbritannien höher als bei der BRD. Typisch für diese kapitalistischen Länder ist die Disproportionalität von Militärausgaben einerseits und Sozial- bzw. Bildungsausgaben andererseits.

Insgesamt hat die BRD von 1945 bis 1955 über 70 Milliarden DM an Besatzungskosten aufbringen müssen (72) und sind seit 1955 über 200 Milliarden DM für die Bundeswehr ausgegeben worden (vgl. S. 1).

Umfang und konjunkturelle Funktion der inländischen Rüstungsausgaben

Der Anteil der Auslandskäufe an den gesamten Rüstungsbeschaffungen des Bundesverteidigungsministeriums hat sich kontinuierlich von ca. 60 Prozent 1957 auf 22,7 Prozent 1969 zugunsten der inländischen Rüstungsindustrie verringert – und das bei einem Anstieg des jährlichen Auftragsvolumens für Rüstungsbeschaffungen von 3,3 Mrd DM auf 9,2 Mrd DM (73). "Von den 84 Milliarden DM, die von 1955 bis 1969 für Rüstungsaufträge ausgegeben wurden, flossen etwa 61 Prozent in die Kassen westdeutscher Unternehmer" (74). Als sichere Profitquelle für die Unternehmer haben die im Inland vergebenen Rüstungsaufträge auch für die konjunkturelle Entwicklung der BRD zunehmende Bedeutung erlangt. So sind die inländischen Rüstungsausgaben von 14 Mio DM 1955 auf 5,58 Mrd DM 1969 gestiegen (75), und die größten Zuwachsraten sind in den Jahren konjunktureller Abschwächung, 1957/58, 1960 bis 1963 und dann wieder 1966/67 zu verzeichnen.

Wachstumszyklen der westdeutschen Wirtschaft und inländische Rüstungsausgaben

	Sozialprodukt (76)	Investitionen (76)	Inländ. Rüstungsausgaben (77)	
	Jährl. Zuwachsraten in v. H.		in Mrd DM	in Prozent der Industrieproduktion
1955	+ 12,1	+ 24,1	0,014	0,01
1956	+ 6,9	+ 10,3	1,424	1,3
1957	+ 5,7	+ 3,6	1,113	0,9
1958	+ 3,2	+ 8,5	2,225	1,8
1959	+ 7,0	+ 14,9	1,794	1,3
1960	+ 8,7	+ 15,6	2,118	1,3
1961	+ 5,6	+ 14,3	3,634	2,1
1962	+ 4,2	+ 11,5	5,000	2,6
1963	+ 3,2	+ 4,8	5,113	2,6
1964	+ 7,0	+ 16,5	4,793	2,2
1965	+ 4,2	+ 8,3	4,390	1,8
1966	+ 6,0	+ 2,5	4,647	1,9
1967	+ 0,6	- 9,4	5,905	2,4
1968	+ 8,9	+ 9,7	4,608	1,7

Seit 1950 lassen sich fünf Wachstumszyklen der westdeutschen Wirtschaft unterscheiden; der erste von 1950 bis 1954, die weiteren von 1955 bis 1958, von 1959 bis 1963, von 1964 bis zur Rezession 1966/67 und der fünfte Zyklus, der mit dem Exportboom von 1968 einsetzte und in dessen Auslauf sich die Wirtschaft der BRD heute befindet (78).

Der Anteil der Rüstungsproduktion an der Industrieproduktion, der mit durchschnittlich 2 Prozent in der BRD bisher noch relativ gering ist, erreichte seinen höchsten Stand allerdings in den jeweils schwächsten Wachstumsjahren der einzelnen Konjunkturzyklen. Rüstungsausgaben als Teil der öffentlichen Ausgaben werden daher im kapitalistischen Staat auch Mittel zur Konjunktur-"Steuerung" (78a).

Verteilung der inländischen Rüstungsausgaben

Der Anteil der Rüstungsproduktion ist bei den verschiedenen Industriezweigen naturgemäß sehr unterschiedlich, doch sind gerade die in Entwicklung und Anwendung fortgeschrittener Technologie entscheidenden Industriezweige stark im Rüstungsgeschäft engagiert, oder, wie die Luftfahrtindustrie der BRD, völlig von Rüstungsaufträgen abhängig.

Durchschnittlicher Umsatzanteil der Rüstungsaufträge 1956 - 1967 (79)

Industriezweig	Umsatzanteil in Prozent
Bekleidungsindustrien	0,99
Bauwirtschaft	3,50
Fahrzeugbau	4,64
Schiffbau	10,88
Luftfahrzeugbau	80,00

Die zunehmende Kompliziertheit moderner Waffensysteme kommt besonders der Elektronikindustrie zugute und zwar in allen Bereichen der Kriegstechnik. Die Zahl der elektronischen Teile in Kampfflugzeugen des Zweiten Weltkrieges betrug ca. 2 000; 1960 waren es 100 000, 1968 200 000 Teile; vor 1939 betrug der Anteil der Elektronik, Feinmechanik und Optik bei Kampfpanzern etwa 5 Prozent, beim Kampfpanzer 70 liegt er bereits bei 40 Prozent, bei modernen Kampfflugzeugen bei über 40 Prozent und bei gelenkten Flugkörpern etwa bei 70 Prozent (80); und laut "Weißbuch 1970" sind "Schwierigkeiten im Schiffbau dadurch entstanden, daß der Anteil der eigentlichen Werftleistungen im modernen Kriegsschiffbau von früher 60 Prozent auf etwa 30 Prozent zurückgegangen ist und der Anteil von Waffen und Elektronik im weitesten Sinne etwa 70 Prozent ausmacht" (81). So verwundert es nicht, daß die Elektronikkonzerne der BRD "ein starkes Bein" im Rüstungsgeschäft haben und die Elektronik-, Fernmelde-, Feinmechanik- und Optik-Industrie den Löwenanteil der inländischen Rüstungsausgaben auf sich konzentriert.

Verteilung der inländischen Rüstungsausgaben auf Industriezweige (82)

Industriezweige	Ausgaben 1969 in Mio DM
Elektronik-, Fernmelde-, Feinmechanik-, Optikindustrie	1 270
Flugzeug-Zellenbau, Flugkörper, Flug-Triebwerkbau	1 100
Metallverarbeitende Industrie	700
Kraftfahrzeug- und Zubehörindustrie	560
Werften (Schiffbau)	290
Mineralöl	240
Munitionsindustrie	210
Waffen-Industrie	190
Pulver- und Zünderindustrie	190
Nahrungsmittel	150
Bekleidung	120
Kohlenbergbau	60
Pharmazeutik und Sanitätsgerät	50
Sonstige Industriezweige	450

Wachsende Konzentration auf verschiedenen Ebenen

Konzentration der Rüstungsausgaben auf bestimmte Branchen

Die Konzentration der inländischen Rüstungsausgaben auf wenige Industriezweige (s. Tabellen S. 77 und 78) lassen in diesen Branchen "promilitärische Interessen entstehen" (83) bzw. führt zur Abhängigkeit ganzer Industriezweige, wie der Luft- und Raumfahrtindustrie, von Rüstungsaufträgen; mit der Pulver-, Zünder-, Waffen- und Munitionsindustrie ist bereits eine spezifische Rüstungsindustrie entstanden.

Bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen werden dabei vom Verteidigungsministerium

zunehmend General- oder Hauptauftragnehmer eingesetzt, die für die Durchführung der Aufträge allein verantwortlich sind und damit auch über die Vergabe von Unteraufträgen bzw. die Auswahl der Unterauftragnehmer nach Belieben entscheiden.

"Das Prinzip, Generalunternehmer oder Hauptauftragnehmer einzusetzen und ihnen eine entsprechende Systemverantwortung zu übertragen, hat sich weitgehend durchgesetzt und wird vermehrt angewandt. Für die Steuerung der Entwicklung komplexer Waffensysteme, bei denen die Leistungen verschiedener Industriezweige zu einem funktionierenden Ganzen zusammengeführt werden müssen, wurden sogenannte System-Gesellschaften gegründet" (84).

Diese und andere Maßnahmen, wie die Bildung von "Arbeitskreisen", die die Auftragsvergabe des Verteidigungsministeriums mit der Geschäftspolitik der Rüstungsunternehmen koordinieren sollen (z.B. der 1968 gebildete "Arbeitskreis für Fragen der Luft- und Raumfahrtindustrie") oder der bei "Hauptauftragnehmern" zentralisierten Planung und Durchführung bestimmter Rüstungsprojekte dienen (z.B. der 1967 gegründete "Arbeitskreis Management"), machen offensichtlich, daß "alles Gerede von der Fusionskontrolle nicht darüber hinwegtäuschen kann, daß die vehementen Konzentrationstendenzen in der westdeutschen Rüstungsindustrie von der Bundesregierung begünstigt und nach besten Kräften beschleunigt worden sind" (85).

Kooperation der Elektronik-Konzerne

Die konzentrationsfördernden Bemühungen der zuständigen staatlichen Behörden blieben nicht ohne Wirkung. Neben der Kapitalverflechtung untereinander ist die Kooperation der führenden Konzerne in gemeinsamen Tochtergesellschaften oder Planungszentren zur Durchführung bestimmter Projekte zu einem Charakteristikum der westdeutschen Rüstungsindustrie geworden. Die Zusammenarbeit der westdeutschen Elektronik-Konzerne in allen Bereichen der Rüstungsproduktion sowie deren Verflechtung vornehmlich mit US-Konzernen, ist dafür beispielhaft (86):

Konzern (in Klammern der US-Anteil in Prozent am Stammkapital)	Tochtergesellschaft	Rüstungsprojekt
AEG-Telefunken (10), General Electric (100), Hughes Aircraft (100)	Elekluft Elektronik und Luftfahrgeräte GmbH, Bonn	Flugzeug- und Raketen-elektronik
AEG-Telefunken (10), Siemens (-), SEL (99), Tel-dix (55), Litton (100), Eltro GmbH (40), Honeywell (100)	Flug-Elektronik GmbH, FEG, München	Elektronik-Betreuung des Starfighter F-104 G
AEG-Telefunken (10), und Schwarz (-), Siemens (-), ESG, München SEL (99)	RhodeElektronik-System GmbH	Flugzeug- und Raketen-elektronik (Systemführung)
s.o.	"Projektgruppe Land"	Panzer-Elektronik

	der ESG	
AEG-Telefunken (10), Siemens (-), SEL (99), VEW (26,4), Hollandse Signaalapparaten, Fr. Krupp GmbH Atlas Elektronik (-), Werften	Marinetechnik Planungsgesellschaft mbH	Schiffselektronik (S-Boote, Fregatte 12)
AEG-Telefunken (10), Hollandse Signaalapp., Fr. Krupp GmbH Atlas Elektronik, Fr. Krupp Atlas MaK Maschinenbau GmbH (-)	Marine-Unterwasserregelanlagen-Planungsgesellschaft mbH, MUG	Torpedo-Entwicklung
Dynamit Nobel (-), AEG-Telefunken (10), Honeywell GmbH (100)	Gesellschaft für ungelenkte Flugkörpersysteme, GUF	Artillerie-Rakete
Siemens (-), Zuse (-), AEG-Telefunken (10)	Gesellschaft für Führungssysteme mbH, GFS-MIDAS	militärische Rechenanlagen

1969 übernahm die Elektronik-System GmbH (München) 50 Prozent des Kapitals der Flug-Elektronik GmbH (FEG), womit sich ESG und FEG faktisch zu einem Unternehmen zusammengeschlossen haben.

Konzentration in der Luftfahrt- und Triebwerksindustrie

Die Luft- und Raumfahrtindustrie zählt heute einschließlich Triebwerksfirmen, Ausrüstungs- und Zubehörindustrie rund 55 000 Beschäftigte und dürfte 1969 etwa 3 Milliarden DM umgesetzt haben (vgl. S. 97), sie spielt damit "innerhalb der westdeutschen Rüstungsindustrie weitaus die wichtigste Rolle" (87).

Laut "Weißbuch 1970" ist die Luft- und Raumfahrtindustrie "immer noch zu 70 bis 80 Prozent auf Rüstungsaufträge angewiesen" (88), während Bölkow "für sein Haus (Messerschmitt-Bölkow-Blohm, d. Verf.) ... den Anteil der Verteidigungsaufträge zur Zeit mit mehr als 80 Prozent" angibt (89).

Aus acht Unternehmen Ende der fünfziger Jahre (im Norden der BRD: Weser Flugzeugbau GmbH, Bremen; Focke-Wulf GmbH, Bremen; Hamburger Flugzeugbau GmbH, Hamburg; im Süden: Bölkow-Entwicklungen KG, Ottobrunn bei München; Dornier-Werke GmbH, Friedrichshafen; Ernst Heinkel Flugzeugbau GmbH, Speyer; Messerschmitt AG, Augsburg; Siebelwerke-ATG GmbH, Donauwörth) (90) haben sich drei große Konzerne formiert, die "am Gesamtkapital der westdeutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (nur Flugzeugbau) Anfang 1969 ... zu über 95 Prozent beteiligt waren" (91), und "deren Anteil am (west)deutschen Zellenbau und der Raumfahrttechnik 97,3 Prozent beträgt" (92).

Diese drei "Größen" sind die Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB), München-Ottobrunn, die Zentralgesellschaft VFW-Fokker GmbH, Düsseldorf, und die Dornier-Gruppe, Friedrichshafen. Der Umsatz von MBB belief sich 1969 auf 857 Millionen DM, bei einer Beschäftigtenzahl von 20 600 und einem Stammkapital von 57,59 Mio DM; am Gesellschaftskapital beteiligt sind der US-Konzern Boeing und

der französische Konzern SNIAS (= Societe Nationale Industrielle Aerospatiale; 1970 durch Zusammenschluß von Nord- und Sud-Aviation entstanden) mit je 9,7 Prozent und Siemens mit 9,1 Prozent. Der MBB-Konzern ist an der "Deutschen Airbus GmbH" (neben VFW-Fokker) mit 60 Prozent und an der "Panavia Aircraft GmbH" mit 42,5 Prozent beteiligt (93).

Schwerpunkte militärischer Entwicklung und Produktion von MBB sind im Bereich Flugzeugbau die Projekte "Panavia 200" (MRCA), Nachbau und Wartung des Starfighters F-104 G, Teilefertigung und Wartung der Phantom (84 Prozent der westdeutschen F-4-Baugruppenfertigung im Rahmen des Kompensationsabkommens BRD/USA) (94) und die Produktion der "Transall", im Bereich "Wehrtechnik" die Projekte Hot, Milan, Kormoran und Roland (vgl. S. 97), die Entwicklung von Raketentriebwerken, im Bereich Raumfahrt der Bau der dritten Stufe der ELDO-Rakete (ELDO = Europäische Organisation für die Entwicklung von Raumfahrzeug-Trägern) "Europa I", sowie Entwicklung und Bau der Satelliten Azur, Dial HEOS 2, Symphonie und der Sonnensonde Helios (95).

Die VFW-Fokker GmbH setzte 1969 bei 24 000 Beschäftigten 900 Mio DM um; das Stammkapital von 150 Mio DM brachten die westdeutschen "Vereinigten Flugtechnischen Werke" (VFW) und die niederländischen Fokker-Werke je zur Hälfte ein; vor der Fusion waren am Kapital der VFW die Friedrich Krupp GmbH mit 35,1 Prozent und der US-Konzern United Aircraft Corporation mit 26,4 Prozent beteiligt (96).

Im militärischen Bereich engagiert ist VFW-Fokker mit der Produktion der Transall, der Lizenzproduktion des Hubschraubers Sikorsky H-53, der Entwicklung des Senkrechtstarters VAK 191 und der "Panavia 200" (MRCA), im Bereich Raumfahrt mit dem Bau der dritten Stufe der "Europa I"-Rakete, des Satelliten Azur und der Jupitersonde, VFW-Fokker, neben MBB an der "Deutschen Airbus GmbH" beteiligt, entwickelte mit der "VFW 614" das erste westdeutsche Düsenverkehrsflugzeug, das im Juli 1971 seinen Erstflug absolviert hat und dessen Serienauslieferung 1973 beginnen soll (97).

Die Dornier-Gruppe wies 1969 bei 7 150 Beschäftigten einen Umsatz von 350 Mio DM auf. Dornier entwickelt den Senkrechtstarter Do 31 und den Hubschrauber 132, zusammen mit Dassault-Breguet den Strahltrainer Alpha-Jet, produziert das Kurzstartflugzeug Do 27, die einzige erfolgreiche Eigenentwicklung, von der bisher über 700 Stück verkauft werden konnten und ist beteiligt am Bau der Fiat G-91, des Starfighters, des Seeaufklärers Breguet Atlantic sowie an der Lizenzproduktion der Hubschrauber Bell UH-1 D und CH-53. Im Bereich Raumfahrt ist die Beteiligung an der Entwicklung des Aeros- und am Bau des Azur-Satelliten zu nennen (98).

Der "größte Hersteller schnelllaufender Hochleistungs-Dieselmotoren in der Welt" und "das führende Unternehmen der deutschen Triebwerkindustrie" (99) ist mit über 10 000 Beschäftigten die Motoren- und Turbinen-Union GmbH (MTU), die durch den Zusammenschluß der MAN Turbo GmbH, München, mit der Maybach Mercedes-Benz Motorenbau GmbH, Friedrichshafen, entstanden ist. Am Kapital der MTU von 63,5 Mio DM sind die MAN AG und die Daimler-Benz AG paritätisch beteiligt (100).

Besitzkonzentration in der westdeutschen Rüstungsindustrie

Neben der Luftfahrt- und Elektronikindustrie konzentriert sich die westdeutsche Rüstungsproduktion besonders auf Entwicklung und Produktion von Kampf- und Schützenpanzern, militärischen Radfahrzeugen, Artillerie- und Flugabwehrwaffen sowie auf die Munitionsherstellung. Charakteristisch für die gesamte westdeutsche Rüstungsindustrie ist dabei "die Besitzkonzentration der entscheidenden Rüstungsfirmen auf wenige Familienclassen oder auf Einzelpersonen" (101).

In der Luft- und Raumfahrtindustrie sind dies vor allem die Familie Dornier (Dornier-Gruppe), die Familie Blohm, Prof. W. Messerschmitt und Ludwig Bölkow (MBB), in anderen Bereichen der Rüstungsproduktion berühmt-berühmte Namen wie Flick, Krupp, Quandt, Röchling und Diehl.

Konzern/Finanzgruppe (102)

Tochtergesellschaft bzw. maßgebli. Beteiligung	Rüstungsprodukt
<u>Diehl-Konzern, Nürnberg</u>	
Diehl-KG, Nürnberg	Panzerketten, Panzerteile
Diehl-Luftfahrtgeräte, Gauting	Flugzeuginstrumente
Firma Diehl, Nürnberg	Zünder, Flugzeuginstrumente
Gebr. Junghans GmbH, Schramberg	Flugzeuginstrumente
Manusar GmbH, Bübingen	Bordgeräte, Flugzeuginstrumente
<u>Friedrich Flick KG, Düsseldorf</u>	
Daimler-Benz AG, Stuttgart	Lkw, Motoren, Triebwerke
Hanomag-Henschel Fahrzeugwerke GmbH, Kassel	Lkw, Motoren
Dynamit Nobel AG, Troisdorf	Munition, Raketen
Krauss-Maffei AG, München	Panzer (Leopard I, II), Lkw
Motoren- und Turbinen-Union, München und Friedrichshafen	Triebwerke, Dieselmotoren
Buderus'sche Eisenwerke, Wetzlar	Panzerteile
Sauer & Sohn GmbH, Düsseldorf	Handfeuerwaffen
<u>Friedrich Krupp GmbH, Essen</u>	
Atlas-MaK Maschinenbau GmbH, Kiel-Friedrichsort	Bergepanzer, Schiffsmotoren
Atlas-Werke AG, Bremen	Schiffe, U-Boote
C. Platz KG, Hamburg	Nautisches Gerät
VFW-Fokker, Düsseldorf (15 Prozent)	Flugzeuge
<u>B. und H. von Bohlen und Halbach</u>	
WASAG Chemie AG, Essen	Munition
Nitrochemie GmbH, München-Aschau	Munition
<u>Quandt-Gruppe</u>	

Bayerische Motorenwerke, München	Panzermotoren
Industrie-Werke, Karlsruhe	Munition
Mauser-Werke, Oberndorf	Handfeuerwaffen, Munition
Daimler-Benz AG, Stuttgart	Lkw, Motoren, Triebwerke
Niederländische Wapen- en Munitiefabriek	Munition
<u>Rheinische Stahlwerke AG, Essen</u>	
Rheinstahl-Henschel AG, Kassel	Jagdpanzer, Kanone und Rakete, Schützenpanzer Marder
Hanomag-Henschel Fahrzeugwerke GmbH, Kassel	Lkw, Motoren
<u>Rheinstahl-Nordseewerke GmbH, Emden</u>	
<u>Röchling-Gruppe</u>	
Rheinmetall GmbH, Düsseldorf	Maschinenkanonen, Panzertürme, MG's, Gewehre, Munition

Konzentration im Fahrzeug- und Panzerbau

Auch in der Kraftfahrzeug- und metallverarbeitenden Industrie der BRD wurde der Konzentrationsprozeß wesentlich beschleunigt durch die Zusammenarbeit der größten Unternehmen dieser Branchen bei Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern für die Bundeswehr.

So wird die Entwicklung des Kurierwagens VLC 0,5 to, die im September 1966 zwischen der BRD, Frankreich und Italien beschlossen wurde, von den Firmengruppen MAN/BMW-Saviem-Fiat und Büssing-Hotchkiss-Lancia vorgenommen.

Die Entwicklung der zweiten Fahrzeuggeneration für die Bundeswehr seit 1965 führte zum Zusammenschluß der in der Lkw-Produktion führenden westdeutschen Firmen Büssing, Rheinstahl-Henschel, Krupp, MAN und Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD) zu einem Gemeinschaftsbüro (GB), das im Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums die "militärische Zukunft auf Rädern" konstruieren sollte (103). Ohne Auftrag des Bundes wurde gleichzeitig von der Daimler-Benz AG eine Konkurrenzentwicklung durchgeführt.

Die Beschaffung der "Fahrzeug-Folgegeneration der Mittelklasse" für die Bundeswehr ab 1973 brachte der Lkw-Industrie der BRD im Februar 1971 Rüstungsaufträge von über 4 Milliarden DM ein und schuf durch die Kooperation der im Gemeinschaftsbüro zusammengeschlossenen Firmen mit der Daimler-Benz AG die Voraussetzung für die Entstehung eines einzigen nationalen Lkw-Produzenten (104). Der Rüstungsplan sieht die Einführung von 400 Spähpanzern und 1 500 gepanzerten Gefechtsfahrzeugen ab 1973, die der Lkw mit 4,7 und 10 to Nutzlast für später vor; für die Ausstattung der Fahrzeuge rechnet die Lkw-Industrie mit Aufträgen über die Lieferung von ca. 2 400 wassergekühlten (Daimler-Benz) und mindestens 40 000 bis 50 000 luftgekühlten Motoren (Gemeinschaftsbüro) (105).

Ähnlich verlief der Konzentrationsprozeß im Bereich der Panzerproduktion. Als Nachfolgemuster für die erste Panzergeneration, vornehmlich US-Kampfpanzer vom

Typ M 47 und M 48, war eine westdeutsch-französische Gemeinschaftsentwicklung vorgesehen, die jedoch scheiterte. Daraufhin bildete sich unter Systemführung der Krauss-Maffei AG, München, eine Arbeitsgemeinschaft der Firmen Porsche, MaK Maschinenbau Kiel GmbH (Krupp), Lokomotivfabrik Jung GmbH und Luther Werke, die mit dem "Leopard" (106) die erste westdeutsche Eigenentwicklung eines Kampfpanzers durchführte; das Projekt MBT 70 war daraufhin der Anlaß für den Zusammenschluß aller westdeutschen Panzerproduzenten in der "Deutschen Entwicklungs-GmbH" (DEG) (s.o.). "Damit haben die Beschaffungsdienststellen für die gesamte Entwicklung und Produktion aller Panzertypen nur noch einen Verhandlungspartner der Industrie" (107).

Für die Flak-Panzerentwicklung konstituierte sich 1965 die "Arbeitsgemeinschaft Matador 30 ZL", in der die Firmen AEG-Telefunken, Siemens, Krauss-Maffei und Rheinmetall zusammenarbeiteten. Der "notwendige Ersatz des Fla-Panzers M 42 durch ein modernes Waffensystem" bedarf allerdings "noch sorgfältiger Erwägung" (108).

Lukratives Panzergeschäft

Als regelrechter "Verkaufsschlager" hingegen hat sich der bei Krauss-Maffei produzierte Kampfpanzer "Leopard" erwiesen. An die Bundeswehr wurden bisher 1 845 "Leopard" zum Stückpreis von 1,1 Mio DM (Planungsstückpreis ohne Ersatzteilausstattung) ausgeliefert, weitere 342 sollen als "Kreislaufreserve" beschafft werden (109). 1 080 "Leopard"-Panzer wurden bereits von den Niederlanden (468), Belgien (334), Norwegen (78) und Italien (200) gekauft oder bestellt, und Italien will weitere 600 "Leopard" in Lizenz nachbauen (110).

Neben der zum Flick-Konzern gehörenden Krauss-Maffei AG sind noch weitere 2 700 Lieferanten und Unterlieferanten am Leopard-Geschäft beteiligt (111), von denen die Daimler-Benz AG (Motor), die Blohm und Voss AG (Panzerwanne) und einige britische Firmen (Kanone) die wichtigsten sind.

Der Umsatz der Krauss-Maffei AG stieg durch das Panzergeschäft von 142 Mio DM 1963 auf 473 Mio DM 1969 und 663 Mio DM 1970, wobei die Umsatzsteigerung 1970 "überwiegend den Export von Sonderfahrzeugen betrifft, während die Umsätze für 1969 noch einen größeren Anteil von Inlandslieferungen enthielten" (112). Der Umsatz der Krauss-Maffei AG wird zu über 50 Prozent von der Rüstungsproduktion getragen, und die Produktionskapazitäten dürften bis Ende 1972 durch die Leopard-Produktion ausgelastet sein. Da die inzwischen entstandenen Entwicklungs- und Produktionskapazitäten auch nach dem Auslaufen des Leopard-Programms irgendwie genutzt werden müssen, ist die Entscheidung für den Produzenten des Leopard-Nachfolgemusters bereits präjudiziert: Anstelle der gescheiterten westdeutsch-amerikanischen MBT 70-Entwicklung wird die Krauss-Maffei AG auch den "Leopard II" als "Kampfpanzer der siebziger Jahre" bauen, der "Komponenten aus der Entwicklung des Kampfpanzers 70 und bewährte Bauteile des Leopard (I) enthalten" soll (113) und pro Stück mindestens 1,8 Mio DM kosten wird (114).

Ebenso wie der Kampfpanzer "Leopard" hat der von der Rheinmetall-Henschel AG

(Kassel) entwickelte Schützenpanzer "Marder" gute Aussichten, ein weiterer "Schlager" des westdeutschen Rüstungsexports zu werden; denn der "Marder" ist "in Leistung und Schutz auf Kampfpanzer angestimmt und ergänzt sie waffenmäßig im Nahbereich und gegen Tieffliegerangriffe" (115).

Die Beschaffung von 1 926 Schützenpanzern "Marder" für die Bundeswehr bis 1974 zum Stückpreis von 750 000 DM (ohne Ersatzteilausstattung) ist bereits eingeleitet (116).

Es ist anzunehmen, daß die gleichen Länder, die ihre Panzerverbände bereits mit dem "Leoparden" ausgerüstet haben, sich auch für den "Marder" entscheiden. Die westdeutsche Rüstungsindustrie ist damit auf dem besten Wege, im wichtigen Bereich der Panzerproduktion eine "Standardisierung" in ihrem Sinne durchzusetzen.

Die weiteren Beschaffungsvorhaben

Weitere Beschaffungsvorhaben für die westdeutsche Bundeswehr neben den Panzern "Leopard" und "Marder" sind (117)

für das Heer:

Projekt	Stückzahl	Stückpreis in Mio DM
Panzerhaubitze M 109	244	0,5
Leichte Mehrfachraketenwerfer	209	0,4
Panzermörser 120 mm	245	?
Hubschrauber CH-53	135	11,3
Maschinenkanone 20 mm	984	0,08

für die Luftwaffe:

Phantom RF-4 E	88	23,0
Phantom F-4 F	175	ca. 23,0
MRCA "Panavia 200"	420 (ab 1977/78)	ca. 22,0 (System-
Maschinenkanonen 20 mm	1670	0,25 preis)
Starfighter F-104 G	14	9,0
Schulflugzeuge G-91 T3	22	4,3
Schulflugzeug "Alpha-Jet"	200	ca. 4,25

für die Marine:

Starfighter F-104 G	36	9,0
Fregatte 121	4	"weit über 200 Mio"
Flugkörper-Schnellboote	10	?
U-Boote	18	50,0
Hubschrauber "Sea King SAR"	22	10,0
Maschinenkanonen 20 mm	580	0,08

Eskalation der Kosten

"Auch für die Bundeswehr gilt der internationale Erfahrungssatz, daß sich die Be-

schaffungskosten moderner Waffensysteme im Durchschnitt alle zehn Jahre verdoppeln", heißt es lapidar im "Weißbuch 1970" (118). Gleichzeitig mit dieser Eskalation der Kosten für Rüstungsmaterial steigt aber auch die Verschleißgeschwindigkeit: "Immer teureres Rüstungsmaterial wird schneller Schrott" (119).

Preisentwicklung bei Waffensystemen (120):

	1. Generation		2. Generation		3. Generation	
<u>Kampfflugzeuge</u>		DM		DM		DM
F 84:	4	Mio	F-104 G:	9	Mio Phantom:	23
<u>Transportflugzeuge</u>						
Noratlant:	4,5	Mio	Transall:	24,1		
<u>Kampfpanzer</u>						
M 48:	0,55	Mio	Leopard I:	1,1	Mio Leopard II:	1,8
M 47:	0,50	Mio				
<u>Schützenpanzer:</u>						
HS 30:	0,45	Mio	Marder:	0,75		
<u>Zerstörer:</u>						
Hamburg-Klasse:	105	Mio	Lütjens-Klasse:	207		

Die Preissteigerungsraten von der ersten zur zweiten Generation der Rüstungsgüter liegen zwischen 70 (Schützenpanzer) und 500 Prozent (Transall). Während einerseits diese "Kostenexplosion" immer mehr Mittel für die Beschaffung der technologisch modernsten Waffensysteme erfordert, sind auch die sog. "fortdauernden Ausgaben", wie Personal- und Betriebsausgaben, kontinuierlich gestiegen. Diese Entwicklung ließ Fritz Vilmar 1965 hoffen, "daß in den kommenden Jahren eine gewisse Verlangsamung oder gar eine Stagnation in der Entwicklung der Rüstungsausgaben möglich wird, nachdem die Grundausstattung der Bundeswehr bereits in den letzten Jahren keine wesentlich steigenden Kosten mehr verursacht hat" (121). Das genaue Gegenteil ist eingetreten: Die "fortdauernden Ausgaben" stagnieren auf einer zwar beträchtlichen Höhe – die Ausnahme der Personalausgaben gilt nur für 1969/70 – doch die Bereiche "Militärische Beschaffungen", "Wehrforschung, Entwicklung und Erprobung" erfreuen sich überproportionaler Zuwachsraten:

Zuwachsraten in v.H. (122)	1969	1970	1970/73 (Finanzplanung)
Militärische Beschaffungen	+ 14,3	+ 11,8	+ 15
Wehrforschung, Entwicklung	+ 9,1	+ 7,6	+ 14
Personalausgaben	+ 6,1	+ 14,2	+ 6
z. Vgl.: Verteidigungshaushalt insgesamt	+ 4,1	+ 6,9	+ 9

Kriegsforschung

Der Funktion der für das Funktionieren des Kapitalismus notwendigen Kapitalvernichtung und Absorption gesellschaftlichen Reichtums entspricht die Rüstungsproduktion im gegenwärtigen Kapitalismus umso mehr, als der Anteil militärischer Forschung und Entwicklung an den Rüstungsaufträgen permanent steigt, und damit "durch ein beschleunigtes Tempo der Rüstungsinnovation das einmal produzierte Rüstungsmaterial fortlaufend und schnell veraltet" (123).

Da die staatliche Forschungsfinanzierung wiederum in besonderem Maße über die Vergabe von Rüstungsaufträgen vorgenommen wird, "vergrößert sich der technologische Abstand zwischen den von Rüstungsaufträgen profitierenden Firmen und dem 'zivilen' Sektor der Wirtschaft innerhalb und außerhalb des Landes" (123 a); die Schließung dieser "technologischen Lücken" erfordert erneut die staatliche Subventionierung der nicht von Rüstungsaufträgen profitierenden Wirtschaftssektoren (z. B. Landwirtschaft, Textil- und Bau-Industrie).

Für "Wehrforschung, Entwicklung und Erprobung" wurden in der BRD im Jahre 1969 988,9 Mio DM ausgegeben (123b), bis 1973 soll dieser Betrag auf 1,218 Mrd DM gesteigert werden (124).

Auf den Bereich "wehrtechnische Forschung" entfielen 1969 knapp 140 Mio DM, die sich wie folgt aufteilen (125):

Vertragspartner des BMinVtdgg	Ausgaben 1969 in Mio DM
Industrie-Institute	43,0
Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR)	36,0
Hochschulen und Einzelforscher	23,0
Fraunhofer-Gesellschaft (FhG)	12,5
Institut St. Louis (ISL), Frankreich, 50 Prozent der Kosten	7,6
Astrophysikalische Gesellschaft	6,6
Ozeanographische Forschungsanstalt der Bundeswehr	5,5

Die Fraunhofer-Gesellschaft e.V. (FhG), München, beschäftigt in vier Instituten über 500 Personen, die Astrophysikalische Gesellschaft, Bonn, in zwei Instituten ca. 185 und die DFVLR in 43 Instituten bzw. Einrichtungen 2 316 Personen (126).

Für 1971 sieht das "Förderungsprogramm" der Bundesregierung für den Bereich "Weltraumforschung und -technik" inklusive der Zuwendungen an die DFVLR Ausgaben in Höhe von 504,1 Mio DM vor (127). "Auf die ausgebaute FhG, die DFVLR und die Industrie konzentriert sich gegenwärtig die Kriegsforschung in der BRD; die Hochschulen spielen offensichtlich eine untergeordnete Rolle" (128).

Die stärkste Förderung im Bereich "Wehrforschung" erfuhren 1969 die Sachgebiete Informatik (10 Mio), Festkörperphysik (9,8 Mio), Sprengphysik (7,6 Mio), Geophysik (6,8 Mio) und Flugmechanik (6,1 Mio) (129).

Mit den weitaus bedeutenderen Mitteln für "wehrtechnische Entwicklung und Er-

probung" (1970 über 1 Mrd DM) werden die militärtechnischen Entwicklungen in allen Bereichen finanziert, wobei auf die Luft- und Raumfahrt mit 45 Prozent der Löwenanteil entfällt. Den mit wehrtechnischen Entwicklungen beauftragten Unternehmen steht dabei die vom Verteidigungsministerium finanzierte "Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH" (IABG) mit 1 100 Beschäftigten zur Verfügung (130).

Die Konzentration der Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung auf forschungsintensive Industrien wie Luft- und Raumfahrt sowie Elektronik aber führt zur Massierung hochqualifizierter Wissenschaftler bei der Rüstungsindustrie und läßt einseitig militärtechnologisch ausgebildete "Spezialistenheere" entstehen.

Die ca. 9 300 FE-Spezialisten der BRD für Luft- und Raumfahrt z.B. sind zu 97 Prozent bei MBB (59%), VFW-Fokker (25%) und Dornier (13%) konzentriert (131), und "Messerschmitt-Bölkow-Blohm rühmt sich, die größte Kapazität an Systemanalytikern in der Bundesrepublik zu besitzen" (132).

Nach Rainer Rilling bedeutet die Kapitalbeteiligung von Siemens an MBB (vgl. S. 30) "zweifelloos die Etablierung des mächtigsten Rüstungsverbundes der Nachkriegsgeschichte, dessen wissenschaftliche und technologische Kapazität der eines knappen Dutzend mittlerer Hochschulen in der BRD gleichkommen dürfte" (133). Auch die Bestrebungen zur Trennung von Forschung und Lehre und zur Auslagerung der Forschung aus den öffentlichen Hochschulen werden eine wachsende Fremdbestimmung der Forschung in der BRD, nicht zuletzt durch den Militäretat, zur Folge haben.

Das staatliche Planungs- und Leitungssystem

Waren die Rüstungskonzerne in der BRD schon zu Beginn der Remilitarisierung auf die finanzielle und organisatorische Unterstützung des Staates angewiesen, so erfordert heute der Prozeß der Vergesellschaftung von Forschung und Entwicklung, der seinen Ausdruck findet in den sprunghaft gestiegenen Ausgaben für FE, in der wachsenden Mindestgröße in der Forschungsorganisation und der zunehmenden Internationalisierung der FE, immer mehr auch die Einverleibung der "gesamten Planung, Leitung und Organisation in den Tätigkeitsbereich des Staates ... , dessen Stellung auf dem Rüstungsmarkt als weitaus wichtigster Kapitalgeber und nahezu alleiniger Abnehmer der produzierten Waren von Beginn an von unmittelbar ökonomischer Bedeutung ist" (134).

Die an diesen Erfordernissen orientierten organisatorischen "Reformen", die besonders unter der SPD/FDP-Koalition und Verteidigungsminister Helmut Schmidt seit 1969 vorgenommen wurden, führten zum Ausbau der Machtstellung der militärischen Bundeswehr-Führung und schufen insbesondere günstigere Bedingungen für die Industrie zur Beeinflussung der Willens- und Entscheidungsbildung der Administration, u.a. über eine Intensivierung der personellen Verflechtung zwischen staatlichen Rüstungsagenturen, Militärs und dem Rüstungskapital.

Ausbau der Machtposition der Bundeswehr-Führung (135).

Seit März 1970 ist der Generalinspekteur der Bundeswehr verantwortlich für die Entwicklung und Realisierung einer "militärischen Gesamtkonzeption"; er erhielt den offiziellen Status des obersten militärischen Beraters der Bundesregierung und des Verteidigungsministers. Generalinspekteur, sein Stellvertreter sowie die Inspektoren der Teilstreitkräfte erhielten für ihre Bereiche die volle Disziplinargewalt. Der Generalinspekteur nimmt teil an den Beratungen des "Kollegiums", das von Helmut Schmidt und seinen drei Staatssekretären gebildet wird, er ist Mitglied des "Militärischen Führungsrates" und der "Abteilungsleiterkonferenz" im Verteidigungsministerium. Darüberhinaus führte die Reorganisation des Rüstungsbereichs zu einer erheblichen Erweiterung der Mitsprache-Kompetenzen der Inspektoren bei der Rüstungsplanung.

Die politische Aufwertung der Bundeswehr-Generalität in der BRD verläuft parallel zum Ausbau der militärischen Position der BRD in den verschiedenen NATO-Gremien: Befehlshaber der NATO-Streitkräfte-Mitte ist der Bundeswehr-General Bennecke. Im Oktober 1970 erfolgte die Wahl des bisherigen Inspektors der BRD-Luftwaffe, General J. Steinhoff, zum Vorsitzenden des Militärausschusses der NATO, des für die militärstrategische Planung und die Entwicklung des militärischen Potentials maßgeblichen NATO-Gremiums, und im Mai 1971 wurde der bisherige stellvertretende Generalinspekteur der Bundeswehr, Generalleutnant Büchs, Generaldirektor der integrierten NATO-Fernmeldesystems (NICS) (136).

Reorganisation des Rüstungsbereichs

Neben der die Konzentration des Rüstungskapitals fördernden Praxis des Verteidi-

gungaministeriums, bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen General- oder Hauptauftragnehmer einzusetzen, sowie "Arbeitskreise" zu bilden, die als "Aussprachegremien" zwischen Administration und Industrie dienen (vgl. S. 28), sollte vor allem die im Juni 1970 vom Verteidigungsministerium eingesetzte Kommission überprüfen, inwieweit Organisation und Verfahren im technischen Bereich der Bundeswehr verbessert werden können, bzw. "die für Wirtschaftsbetriebe geltenden Forderungen und Maximen soweit wie möglich auch für den 'Wirtschaftsbetrieb Bundeswehr' anzuwenden" seien (137).

Der aufgrund der Arbeit dieser Kommission am 5.2.1971 bekanntgegebene "Rahmengericht zur Neuordnung des Rüstungsbereichs" beinhaltet (138)

- + die Zusammenfassung der Abteilungen Verteidigungswirtschaft und Wehrtechnik zur "Rüstungshauptabteilung" des Ministeriums mit drei Projekt- sowie sieben weiteren rüstungstechnisch differenzierten Unterabteilungen;
- + die Umgliederung des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) in Koblenz (mit 18 000 Beschäftigten und einem Einkaufsvolumen von derzeit 7,5 Mrd DM jährlich) (139) durch die Delegation von Kompetenzen des Verteidigungsministeriums (u.a. Erprobung) an das BWB und die Bildung von Projektbereichen ("Land", "Luft" und "See").

Rüstungshauptabteilung und das BWB werden von einem "Dreierkollegium" geleitet, dem Leiter, sowie den beiden Stellvertretern für Technik und Wirtschaft. "Systembeauftragte" der Teilstreitkräfte, "Projektreferenten" der Rüstungshauptabteilung und "Projektbeauftragte" des BWB sollen das für Planung, Entwicklung und Beschaffung von Waffensystemen erforderliche Management optimal garantieren.

Ergänzt werden diese administrativ-organisatorischen Regelungen durch einen zunehmenden personellen Austausch zwischen Mitgliedern der staatlichen Rüstungsagenturen und der Industrie: So schied am 31.7.68 der Referent in T I 4 (Materialerhaltungs- und Energieversorgungstechnik), K. Kaufmann, aus dem BMVtdg. aus und arbeitet seitdem für die Berlin-Karlsruher Industrierwerke (Quandt-Gruppe); Ministerialrat K. Deunert, der bis zu seinem Ausscheiden Leiter des Referats T IV 2 (Starrflügelflugzeuge) war, wurde Industrierberater (Consultant) des EWR im V/STOL-Bereich; der ehemalige Referent in W (Wehrwirtschaft) III 3, F. Beyer, wurde 1967 kaufmännischer Geschäftsführer der "Krauss-Maffei Fahrzeug GmbH"; der ehemalige Hauptabteilungsleiter II für Rüstungsangelegenheiten im BMVtdg., W. Knieper, wurde nach einem kurzen Zwischenspiel als Staatssekretär im Bundeskanzleramt (1966/67) geschäftsführender Vorsitzender des zweitgrößten westdeutschen Flugzeugkonzerns VFW (140); Geschäftsführer für den Bereich Finanzen der VFW-Fokker ist seit Anfang 1971 Regierungsdirektor a.D. W. Lexis, und Ludger Westrick, Minister a.D. im Bundeskanzleramt, fungiert als Aufsichtsratsvorsitzender der Honeywell GmbH in Frankfurt a.M.

Institutionalisierte Kooperation mit der Rüstungsindustrie

Am 27.4.1970 berief SPD-Verteidigungsminister Helmut Schmidt den Vorstandsvorsitzenden der Thyssen Röhrenwerke AG, Ernst Wolf Mommsen, als Staatssekretär für Technik und Beschaffung in das Verteidigungsministerium. Mommsen, von 1940 bis Kriegsende Hauptabteilungsleiter im NS-Reichsministerium für Rüstung

und Kriegsproduktion, ist kein Beamter, sondern wird weiterhin von der Thyssen AG bezahlt. Auf Betreiben Mommsens wurde im Juni 1970 ein "Arbeitskreis Rüstungswirtschaft" institutionalisiert, dem die enge Kooperation zwischen Rüstungsindustrie (BDI) und Verteidigungsministerium obliegt. Neben Vertretern der militärischen Bundeswehrführung und der Administration dominieren in diesem "Arbeitskreis" die Repräsentanten der rüstungsintensiven Industriezweige wie Elektronik-, Luftfahrt- und Kraftfahrzeugindustrie, u.a. Ludwig Bölkow (MBB), Otto-P. Caesar (Rheinmetall), Karl Diehl (Diehl-Gruppe), Claudius Dornier (Dornier Werke), Norbert Henke (Howaldtwerke-Deutsche Werft AG), Werner Knieper (VFW-Fokker), Erhard Löwe (AEG-Telefunken), Kurt Lotz (Volkswagenwerk), K.O. Pfeiffer (BDI), Alfred Rennert (Dynamit Nobel), Toni Schmücker (Rheinstahl), Josef Schniedermann (Siemens), Karl Schott (MAN), Waldemar Siber (Krupp), Karl H. Sonne (KHD), Gerhard Vieweg (Quandt-Gruppe) und Helmut Wolf (Krauss-Maffei) (141).

Vorsitzender des "Arbeitskreises Rüstungswirtschaft" war bis zu seinem Tode im August 1971 MdB Wolfgang Pohle, persönlich haftender geschäftsführender Gesellschafter der Friedrich Flick KG, Mitglied und Schatzmeister der CSU (wenn auch in Düsseldorf ansässig), stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuß und Mitglied im Finanzausschuß des Bundestages. Pohle, der auf der Kriegsverbrecherliste des amerikanischen Kilgore-Ausschusses stand und Fr. Flick im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß verteidigte, war Duz-Freund von SPD-Minister Helmut Schmidt und "trat bedingungslos für die Interessen des privaten Unternehmertums ein" (142).

Ebenso wie auf nationaler Ebene wird auch auf NATO-Ebene das Rüstungskapital in die Rüstungsplanung eingeschaltet. Im Januar 1969 wurde als industrielles Vertretungsorgan im NATO-Bereich die "NATO Industrial Advisory Group" (NIAG) gegründet, deren Arbeit sich zunächst auf die Bereiche Elektronik, Luft- und Raumfahrt konzentrierte (143).

Vertreter des BRD-Rüstungskapitals in der NIAG sind Karl Diehl (Diehl), W. Knieper (VFW), Pabst (MBB) und J. Zenzinger (Geschäftsführer des "Ausschusses für verteidigungswirtschaftliche Angelegenheiten" im BDI) (144). Laut BDI-Jahresbericht 1970/71 "ist die deutsche Industrie mit ihren Experten in allen Gremien – z.T. federführend – tätig" (145).

Expandierender Rüstungslobbyismus

Im heute 25 Mitglieder zählenden Verteidigungsausschuß des Bundestages, der als "parlamentarisches Kontrollorgan" bestimmte Mitwirkungskompetenzen hinsichtlich der Festsetzung und Verwendung des Militäretats wahrnimmt, wird die Rüstungsindustrie durch CDU-MdB Herbert Schneider, Hauptmann a.D. und Geschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) (146) sowie (den im August 71 verstorbenen) Wolfgang Pohle, CSU-MdB und persönlich haftender Gesellschafter der Fr. Flick KG, vertreten. Zahlreiche MdBs sind aktive Soldaten oder Reservisten der Bundeswehr (147) oder ehemalige Angehörige der NS-Wehrmacht.

Neben dem institutionalisierten Rüstungslobbyismus in Administration und parlamentarischen Gremien ist die zunehmende personelle Verflechtung zwischen Militär (Bundeswehr) und Industrie ein untrügliches Indiz für die Existenz eines militärisch-industriellen Komplexes in der BRD. Immer mehr Bundeswehr-Offiziere gehen nach ihrer Pensionierung als "Berater" o.ä. zur Rüstungsindustrie. Seit 1967 erfolgten 146 durch das Verteidigungsministerium ausgesprochene Pensionierungen von hohen Bundeswehr-Offizieren, bei einem insgesamt etwa 200 Generäle umfassenden militärischen Führungskorps (148). Innerhalb von viereinhalb Jahren sind somit etwa dreiviertel der Generalität ausgewechselt worden; viele dieser Offiziere – Generäle werden in der Regel zwischen 58 und 60 Jahren, Staboffiziere zwischen 54 und 58 Jahren entlassen – versuchen als Industrie-"Berater" ihr Ruhegehalt aufzubessern. Das "Antikorruptionsreferat" des Verteidigungsministeriums ("Ermittlung in Sonderfällen") registrierte bisher 300 "Funktionswechsler", bei denen nach dem Erlaß des Ministeriums über das "Verhalten mit der Wirtschaft im Zusammenhang mit dem Ausscheiden aus der Bundeswehr" vom März 1965 eine "Interessenkollision" nicht auszuschließen sei (149).

Die folgende Aufstellung versucht einen Überblick über die in der Industrie in leitenden Stellungen beschäftigten Offiziere der NS-Wehrmacht bzw. der Bundeswehr zu geben. Diese Übersicht muß jedoch unvollständig bleiben, da es keine Transparenz in diesem Bereich gibt (150).

Wehrmachtsoffiziere in der westdeutschen Wirtschaft

Name	Dienstgrad	Funktion in der Wirtschaft
Winrich Behr	Major i. G.	Geschäftsführer Gesellschafter der Telefonbau und Normalzeit Lehner & Co.
Fritz Berendsen	Oberst i. G.	Prokurist bei Klöckner, 1953-59 und 1965-69 MdB (CDU), 1959-64 Bundeswehr, zuletzt Generalmajor; Sonderbeauftragter bei BBC Mannheim
Peter Busch	Major i. G.	Hauptgeschäftsführer des Stahlkontors Ruhr-West
Wilhelm Christians	Rittmeister	Vorstandsmitglied der Deutschen Bank
Gerhard Engel	Generalleutnant	Vertreter von Rüstungsfirmen in Bonn
Walther Fellgiebel	Major i. G.	Vorstandsmitglied der deutschen Zündwarenmonopolgesellschaft
Raymund Feser	Major i. G.	Direktor Pfanniwerke
Adolf Galland	General	Industrieberater bei Messerschmitt-Bölkow-Blohm

Erich Hampe	General der Techn. Truppe	Präsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz
Rolf-Günther Hermichen	Major i. G.	Personalchef der Karstadt AG
Clemens Graf Kageneck	Major i. G.	Bankier Hardy & Co.
Werner Kreipe	General der Flieger	Abteilungsleiter Luftverkehr im Bundesverkehrsministerium
Kurt Lotz	Major i. G.	Generaldirektor des Volkswagenwerks, zuvor Generaldirektor von BBC, Mannheim
D. W. v. Menges	Hauptmann i. G.	Generaldirektor der GHH
Egon Overbeck	Major i. G.	Generaldirektor von Mannesmann
Friedrich W. Pollmann	Oberstleutnant	Vorstandsmitglied Audi NSU
Ludwig Poulain	Oberstleutnant	Generaldirektor Westdeutsche Landesbank
Hans Salb	Major i. G.	Alleininhaber des Bankhauses Mertz & Co., Hamburg
Peter Sauerbruch	Oberstleutnant	Vorstandsmitglied der Mobil Oil AG; 1952-54 für das Amt Blank in Paris
Toni Schmücker	Oberstleutnant	Generaldirektor Rheinstahl AG, Essen
Herbert Schneider	Hauptmann (i. G.)	Seit 1953 MdB (DP, CDU), Geschäftsführer des Bundesverbandes der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI)
Wolfgang Thomale	Generalleutnant	Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (CDA)
Walter Wenck	General der Panzertruppe	Generaldirektor bei Diehl, Nürnberg; rüstungswirtschaftlicher Berater des Bundesverbandes der deutschen Industrie
Siegfried Westphal	General der Kavallerie	Direktor und Leiter der Verbindungsstelle der Rheinischen Stahlwerke in Bonn und Präsident des Ringes deutscher Soldatenverbände
W.v.Wietersheim	Generalleutnant	Leiter der Bonner Vertretung der DEMAG
Günter Winkelmann	Oberleutnant	Direktor bei Rheinstahl AG, Vorstandsmitglied der Veba
Helmut Witte	Korvettenkapitän	Personalchef der DEMAG

Quelle: Alfred Mechtersheimer. Der militärisch-industrielle Komplex in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", 8 28/1971 vom 10.7.1971, S. 27.

Bundeswehroffiziere in der westdeutschen Wirtschaft (151)

Name	Dienstgrad und Funktion in der Bundeswehr	Funktion in der Rüstungsfirma
Willy Antrup	Brigadegeneral (Lw), Kommandeur der Techn. Akademie der Luftwaffe	Technische Werke der Fa. Hellige & Co. (Litton)
Herbert Becker	Brigadegeneral (Lw), Überwachung westdt. Munitionsaufträge in Portugal	Rheinmetall
Hellmut Bertram	Brigadegeneral (Lw) Engins	Engins Matra S.A. (Frankreich)
F. Dierich	Oberst	Leiter der Abteilung "Internationale Zusammenarbeit" des BDLI
Ulrich Dorn	Brigadegeneral	Faun-Werke
W. Eberhard	Oberst	MBB
Wolfgang Falck	Oberst (Lw)	Bonner Vertreter der McDonell Douglas Corp.
Kurt Fischer	Brigadegeneral (Lw)	Hispano-Suiza
Joachim Freyer	Generalmajor (Heer), Versorgungschef im Truppenamt	Industrie-Werke Saar GmbH
Kurt Gieser	Brigadegeneral	BASF automation, Heidelberg
W. Gördes	Kapitän zur See, Kdr der Techn. Marineschule Kiel	"Berater einer Dieselmotorenfabrik"
L. v. Heinemann	Generalmajor	Bonner Vertreter der Deutschen Philips
August Hentz	Generalmajor (Lw), Kdr der 2. Lw-Division	Bonner Vertreter der Boeing Corp.
Dietrich Hrabak	Generalmajor	MTU, München
L. Karn	Brigadegeneral, Unterabteilungsleiter im BMVtdg.	SEL AG
K. Kauffmann	Brigadegeneral	MBB
R. Kurpiers	Oberstleutnant	Emerson Electric Comp.

Hans Meckel	Kapitän zur See, Führungsstab der Marine, Leiter der Unterabt. für Schiffe und Flugzeuge	Techn. Berater der Marinetechnik Planungsgesellschaft (MTG)
Heinrich Moog	Oberst (Lw), im Beschaffungswesen des BMinVtdg.	VFW-Fokker
Werner Panitzki	Generalleutnant, Inspekteur der Luftwaffe	Vorsitzender des Beirates der Europavia-Deutschland GmbH (Vertretung der Sud-Aviation)
Otto Pilger	Generalmajor	Fa. Eichweber (Elektronik)
Günter Proll	Generalmajor	MBB (MRCA)
Friedr. Schlichting	Generalmajor, Stellv. Inspekteur der Lw	MBB
G. Schwartz	Oberstleutnant	Conti-Flug
R. Schweinhagen	Oberstleutnant, Luftwaffenamt für Such- und Rettungsdienst	Powell & Co. (Westland Aircraft Ltd.)
W. Späte	Oberstleutnant, Erprobungsstelle 61 für Luftfahrtgerät	Ingenieurbüro Dr. Lippisch GmbH
H. Specht	Oberstleutnant (Heer), Leiter der Gruppe Luftfahrtgerät im Truppenamt	Dornier
H. Trautloft	Generalleutnant, Kommandierender General der Lw-Gruppe Süd	Ling-Temco-Vought (LTV)
Erich Topp	Konteradmiral, Stellv. Inspekteur der Marine	Howaldtswerke-Deutsche Werft AG
O. Wien	Oberst	bis 30.7.67 bei Dornier, dann BDLI
Henning Wiicke	Generalmajor (Lw), Befehlshaber im Wehrbereich II, Hannover	Dornier
F.H.H. Wüstenhöfer	Oberstleutnant, Materialamt der Luftwaffe	Leiter des NADGECO Ltd. Verbindungsbüros in Bonn

Die Kombination dieser teilweise bereits institutionalisierten, teilweise durch umfassende organisatorische und personelle Verflechtungen gegebenen Interessen, stellt sich analog zur Entwicklung in den USA auch in der BRD bereits als eine politische Machtstruktur dar, die in der Lage ist, durch Mobilisierung umfangreicher politischer,

finanzieller und wissenschaftlicher Mittel, der Gesellschaft einen verhängnisvollen, auf innere und äußere Militarisierung und die Verschärfung internationaler Konflikte gerichteten Kurs aufzuzwingen.

Anmerkungen

- 1 Heinrich von Siegler, Wiedervereinigung und Sicherheit Deutschlands, Band I, Bonn-Wien-Zürich 1967, S. 6.
- 2 Wehrkunde 1/1971, S. 43.
- 3 Hans D. Klingemann, Wirtschaftliche und soziale Probleme der Auf- und Abrüstung, Volkswirtschaftliche Konsequenzen der Rüstung in der Bundesrepublik, in: René König (Hrsg.), Beiträge zur Militärsoziologie, Sonderheft 13/1968 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, S. 244.
- 4 Bundeswehrverwaltung, Heft 4/1971, S. 94.
- 5 So u.a. Claus Grossner, Ein militärisch-industrieller Komplex in der Bundesrepublik? in: Richard J. Barnet, Der amerikanische Rüstungswahn oder die Ökonomie des Todes, Reinbeck bei Hamburg 1971, S. 128-149. Ekkehart Krippendorff, Abrüstung, in: Sozialdemokratie und Sozialismus heute, Köln 1968, Alfred Mechttersheimer, Der militärisch-industrielle Komplex in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland, Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 28/1971 vom 10.7.1971, Rainer Rilling, Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970, Fritz Vilmar, Technischer Fortschritt als Abfallprodukt der Rüstungsforschung? in: Frankfurter Hefte Nr. 4/1970.
- 6 Elke Thiel, Devisenausgleich und Lastenverteilung im Atlantischen Bündnis, in: Europa-Archiv (EA), Nr. 10/1971, S. 353.
- 7 Gerhard Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, in: Georg Picht (Hrsg.), Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr, Dritte Folge, Witten und Berlin 1966, S. 16.
- 8 James L. Richardson, Deutschland und die NATO, Köln und Opladen 1967, S. 23.
- 9 James L. Richardson a.a.O., S. 25f.
- 10 F.W. Engel (Hrsg.), Taschenbuch der NATO, Frankfurt a. Main 1962, S. 580.
- 11 Heinrich von Siegler, a.a.O., S. 41 ff.
- 12 Heinrich von Siegler, a.a.O., S. 61 f.
- 13 Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, 4. Aufl., Frankfurt a. Main 1969, S. 38.
- 14 Emil Bandholz, Zwischen Godesberg und Großindustrie oder Wo steht die SPD, Reinbeck bei Hamburg, 1971, S. 48f.
H.W. Kahn, Die Russen kommen nicht, München, Bern, Wien 1969, S. 93.
- 15 Vgl. Gerd Elvers, Die westdeutsche Konjunkturentwicklung, in: Neue Kritik, Nr. 40/1967, S. 28.
- 16 Gerd Elvers, a.a.O., S. 28.
- 17 Vgl. Gerhard Brandt, a.a.O., S. 92, Rainer Rilling, a.a.O. S. 13.
- 18 Gerhard Brandt, a.a.O., S. 93.
- 19 Jahresbericht des BDI 1956/57, S. 185-197, Zit. nach Gerhard Brandt, a.a.O., S. 94.
- 20 Rainer Rilling, a.a.O., S. 25

- 21 Rainer Rilling, a.a.O., S. 7f.
- 22 Rainer Rilling, a.a.O., S. 80ff.
- 23 Zur Phaseinteilung vgl. Horst Hemberger, Rüstungswirtschaft in Westdeutschland, Berlin (DDR) 1963, S. 175ff. Hans D. Klingemann, a.a.O., S. 255f. Rainer Rilling, a.a.O., S. 33ff.
- 24 Gerhard Brandt, a.a.O., S. 186ff. Rainer Rilling, a.a.O., S. 14ff.
- 25 Vgl. James L. Richardson, a.a.O., S. 41ff.
- 26 Klaus Engelhardt, Probleme der rüstungswirtschaftlichen Verflechtung zwischen Westdeutschland und den USA, Wiso Diss, Berlin (DDR) 1968, S. 72.
- 27 Herbert Büchs, Rüstungszusammenarbeit in der NATO als Mittel zur Einengung der technologischen Lücke, in: EA, Nr. 19/1967, S. 705.
- 28 Herbert Büchs, a.a.O., S. 706.
- 29 Die Zeit, Nr. 28/1971, S. 29.
- 29a Tagesspiegel (Westberlin) vom 11.12.1971.
- 30 Der Spiegel, Nr. 7/1967, S. 18.
- 31 Heinrich von Siegler, a.a.O., S. 356.
- 32 Darstellung stützt sich überwiegend auf: Bernt Engelmann, Schützenpanzer HS 30, Starfighter F-104 G oder Wie man unseren Staat zugrunde richtet, München 1967.
- 33 Bundestagsdrucksache III/613, zit. nach Bernt Engelmann, a.a.O., S. 112.
- 34 Deutsches Panorama, Nr. 10/1966.
- 35 Werner Plappert war Mitbegründer des BDI und langjähriges Vorstandmitglied der DIHT und des BDA, laut "Der Spiegel", Nr. 27/1969, "Gelegenheits-Waffenmakler" und "nach dem Kriege eine Zeitlang dem Schweizer Hispano-Konkurrenten Oerlikon verbunden".
- 36 Bernt Engelmann, a.a.O., S. 98.
- 37 Bernt Engelmann, a.a.O., S. 104.
- 38 Der Spiegel, Nr. 47/1967, S. 74
- 39 Der Spiegel, Nr. 27/1969, S. 73
- 40 Der Spiegel, Nr. 27/1969, S. 73f.
- 41 Der Spiegel, Nr. 27/1969, S. 3.
- 42 Die folgenden Ausführungen stützen sich vor allem auf: Kurt Johannson, Vom Starfighter zum Phantom, Frankfurt a. Main 1969.
- 43 Tagesspiegel (Westberlin) vom 19.11.1971.
- 43a Frankfurter Rundschau vom 26.3.1971.
- 43b Die folgenden Zitate und Angaben aus: FR vom 21.10.1971, S. 16. Vgl. auch: FR vom 13.10.1971; FAZ vom 16.10.1971; Tagesspiegel vom 29.10.1971.
- 44 Kurt Johannson, a.a.O., S. 25ff.
- 45 Vgl. Horst Hemberger, a.a.O., S. 181ff. Kurt Johannson, a.a.O., S. 27ff.
- 46 Angaben aus: Klaus Engelhardt, Probleme, a.a.O., S. 73. Ders. Das Rüstungswirtschaftliche Komplott Bonn-Washington, in: DWI-Berichte, Nr. 7/1969, S. 13.
- 47 Der Volkswirt/Wirtschaftswoche, Nr. 32/1970, S. 22.
- 48 Vgl. Rainer Rilling, a.a.O., S. 87f.
- 49 Klaus Engelhardt, Probleme, a.a.O., S. 74.
- 50 Vgl. Horst Hemberger, a.a.O., S. 185. Rainer Rilling, a.a.O., S. 130f. Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.), Weißbuch 1970, Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr, S. 156f.
- 51 Oliver C. Marc, Waffen vom Nachbarn, Deutsch-französische Rüstungszusammenarbeit, in: Loyal, Nr. 7/1971, S. 11.

- 52 Oliver C. Marc, a.a.O., S. 12
- 53 Oliver C. Marc, a.a.O., S. 13. Rainer Rilling, a.a.O., S. 125.
- 54 Henry A. Kissinger. Was wird aus der westlichen Allianz? Wien-Düsseldorf 1965, S. 94.
- 55 Die Zeit vom 19.2.1965.
- 56 Rainer Rilling, a.a.O., S. 85f., S. 90.
- 57 Rainer Rilling, a.a.O., S. 88f.
- 58 Rainer Rilling, a.a.O., S. 89.
- 59 Wehr und Wirtschaft, München, Nr. 11/1967, S. 574.
- 60 Klaus Engelhardt, Probleme...a.a.O., S. 140.
- 61 Rainer Rilling, a.a.O., S. 90.
- 62 Rainer Rilling, a.a.O., S. 90f.
- 63 Wirtschaftswoche/Der Volkswirt, Nr. 3/1971, S. 12ff.
- 64 Weißbuch 1970, S. 143.
- 65 Weißbuch 1970, S. 142.
- 66 Vgl. Hans D. Klingemann, a.a.O., S. 259.
- 67 Zahlen sind nach NATO-Gliederungsschema berechnet und stimmen nicht mit der Bundeshaushaltsrechnung überein. Weißbuch 1970, S. 197.
- 68 Weißbuch 1970, S. 203.
- 69 Hans D. Klingemann, a.a.O., S. 241.
- 70 Ebenda, S. 241.
- 71 Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, 1970, Internationale Übersichten, S. 95.
- 72 Hans D. Klingemann, a.a.O., S. 241.
- 73 Wehrpolitische Informationen vom 12.2.1970, zit. nach: A. Mechtersheimer, a.a.O., S. 14.
- 74 Wirtschaftswoche/Der Volkswirt, Nr. 3/1971, S. 15.
- 75 Weißbuch 1970, S. 148f.
- 76 Von 1955 bis 1965 aus: Gerd Elvers, Die westdeutsche Konjunkturentwicklung, a.a.O., S. 28. Von 1966 bis 1968 aus: Jahreswirtschaftsbericht 1969 der Bundesregierung, S. 19f. und Jahresgutachten (JG) 1969 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, S. 142.
- 77 Weißbuch 1970, S. 148.
- 78 Vgl. Gerd Elvers, a.a.O., S. 28.
- 78a Schon in den Jahren 1956 bis 1959 waren als Folge der Revision des Rüstungsprogramms (vgl. S. 4 u. 6) die Militärausgaben der BRD um ca. 20 Mrd DM (!) hinter den Haushaltsansätzen zurückgeblieben, was zur Bildung des sog. Juliussturmes führte und sich "zweifelloso konjunkturdämpfend" auswirkte. Vgl. Horst Regling, Militärausgaben und wirtschaftliche Entwicklung, Hamburg 1970, S. 59f.
- 79 Nach Hans D. Klingemann, a.a.O., S. 254f.
- 80 Rainer Rilling, a.a.O., S. 131.
- 81 Weißbuch 1970, S. 149.
- 82 Weißbuch 1970, S. 149.
- 83 Claus Grossner, a.a.O., S. 136.
- 84 Wehrtechnische Monatshefte Nr. 3/1970, S. 78, zit. nach: Rainer Rilling, a.a.O., S. 180f.
- 85 Rainer Rilling, a.a.O., S. 179f.
- 86 Zusammengestellt nach: Klaus Engelhardt, Das Rüstungswirtschaftliche Komplott Bonn-Washington, a.a.O., S. 13ff. Rainer Rilling, a.a.O., S. 133-137.
- 87 Rainer Rilling, a.a.O., S. 137.
- 88 Weißbuch 1970, S. 147.
- 89 Volkswirt/Wirtschaftswoche, Nr. 32/1970, S. 22.
- 90 Vgl. Fritz Vilmar, a.a.O., S. 120.
- 91 Rainer Rilling, a.a.O., S. 140.
- 92 Alfred Mechtersheimer, a.a.O., S. 15.
- 93 Volkswirt/Wirtschaftswoche, Nr. 32/1970, S. 21.
- 94 Anzeige in: Flug Revue, Heft 8/1971, S. 9.
- 95 Volkswirt/Wirtschaftswoche, Nr. 32/1970, S. 21.
- 96 Alfred Mechtersheimer, a.a.O., S. 16.
- 97 Vgl. FR, Tagesspiegel vom 15.7.1971.
- 98 Volkswirt/Wirtschaftswoche, Nr. 32/1970, S. 21.
- 99 So in Stellenanzeigen, in: Die Welt vom 7.2.1970, zit. nach A. Mechtersheimer, a.a.O., S. 21.
- 100 Vgl. Rainer Rilling, a.a.O., S. 140.
- 101 Claus Grossner, a.a.O., S. 137.
- 102 Zusammengestellt nach: Hans D. Klingemann, a.a.O., S. 266. A. Mechtersheimer, a.a.O., S. 17-23. Rainer Rilling, a.a.O., 125-131.
- 103 Wehr und Wirtschaft, Nr. 4/1969, S. 204.
- 104 Vgl. Handelsblatt vom 9.2.1971. Süddeutsche Zeitung vom 12.2.1971.
- 105 Wehr und Wirtschaft, Nr. 2/1971, S. 58. Süddeutsche Zeitung vom 12.2.1971.
- 106 Der Name "Leopard" weist bezeichnenderweise auf die Tradition im Panzerbau hin: "Tiger" und "Panther" waren bekannte deutsche Weltkrieg-II-Panzer.
- 107 Alfred Mechtersheimer, a.a.O., S. 21.
- 108 Weißbuch 1970, S. 143.
- 109 Weißbuch 1970, S. 142.
- 110 Wirtschaftswoche/Der Volkswirt, Nr. 3/1971, S. 16. A. Mechtersheimer, a.a.O., S. 19.
- 111 Rainer Rilling, a.a.O., S. 128.
- 112 FR vom 29.6.1971.
- 113 Weißbuch 1970, S. 142.
- 114 Alfred Mechtersheimer, a.a.O., S. 18.
- 115 So in der Firmenmitteilung der Rheinstahl-Henschel AG anlässlich der offiziellen Übergabe des "Marder"-Schützenpanzers an die Bundeswehr am 7.5.1971.
- 116 Weißbuch 1970, S. 142.
- 117 Aus Weißbuch 1970, S. 142-144.
- 118 Weißbuch 1970, S. 165.
- 119 Claus Grossner, a.a.O., S. 141.
- 120 Weißbuch 1970, S. 166.
- 121 Fritz Vilmar, a.a.O., S. 102f.
- 122 Weißbuch 1970, S. 181-185, S. 204.
- 123 Joachim Hirsch, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System. Frankfurt a. M. 1970, S. 98.
- 123a Ebenda, S. 118.
- 123b Weißbuch 1970, S. 200.
- 124 Weißbuch 1970, S. 204.
- 125 Weißbuch 1970, S. 152.
- 126 Alfred Mechtersheimer, a.a.O., S. 23f.
- 127 Informationen, Bildung, Wissenschaft, Hrsg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Nr. 1/1971, S. 5.

- 128 Rainer Rilling, a.a.O., S. 160.
 129 Weißbuch 1970, S. 152.
 130 Alfres Mechtersheimer, a.a.O., S. 24.
 131 Claus Grossner, a.a.O., S. 136.
 132 Ebenda, S. 136.
 133 Rainer Rilling, a.a.O., S. 132f.
 134 Rainer Rilling, a.a.O. S. 173f.
 135 Vgl. Weißbuch 1970, S. 171f.
 Autorenkollektiv (Leiter: Klaus Engelhardt). Militär-Industrie-Komplex in der BRD. DWI-Forschungshefte, 6. Jahrgang, Heft 3/1971. S. 31ff.
 136 Tagesspiegel vom 1./2.5.1971.
 137 Weißbuch 1970, S. 155.
 138 Zum folgenden vgl. Wehr und Wirtschaft (München). Heft 4/1971. S. 160f. Mitteilungen an die Presse. Bundesministerium der Verteidigung. Informations- und Pressestab. VIII/9 vom 7.2.1971.
 139 So in der ARD-Sendung "Waffen für die Welt" von Walter Menningen am 14.7.1971.
 140 Nach R. Rilling, a.a.O., S. 186f.
 141 Vgl. Wehrdienst, Nr. 317/1971 vom 1.6.1971.
 142 FR vom 30.8.1971.
 143 BDI-Jahresbericht 1968/69, S. 125.
 144 Wehrdienst Nr. 247/1970, S. 3.
 145 BDI-Jahresbericht 1970/71, S. 128.
 146 Der "Durchhalte-Hauptmann" Schneider, der sich schon als Vorsitzender der "Deutschen Partei" durch rechtsextrems Vokabular im Bundestag auszeichnete, wird von Generalleutnant Hauser, dem Chef des Luftwaffenunterstützungskommandos Köln-Wahn, der "Kameraden-Denunziation" bezichtigt. Schneider hatte im Frühjahr 1945 im Führungsstab der NS-Luftwaffe Anzeige gegen Hauser wegen "Defätismus" und "Wehrkraftzersetzung" erstattet, da Hauser damals die Situation als "militärisch ausweglos" bezeichnete. Vgl. FR vom 23.7.1971.
 147 Detaillierte Angaben über die Zahl der Soldaten, die Mandatsträger sind, im Jahresbericht 1970 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Ziff. 2,6.
 148 Wehr und Wirtschaft, Heft 3/1971, S. 104.
 149 FR vom 30.7.1971.
 150 Vgl. Rainer Rilling, a.a.O., S. 186.
 151 Zusammengestellt aus: Rainer Rilling, a.a.O., S. 283f. Alfred Mechtersheimer, a.a.O., S. 28. "Stern" magazin, Hamburg, Heft Nr. 36/1971 vom 29.8.1971, S. 36ff.

6a Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD (1)

Unter Militärhilfe ist die Lieferung von Waffen und militärischen Ausrüstungen sowie die Gewährung darauf bezogener Ausbildungshilfe im Rahmen von Regierungsverträgen an andere Staaten zu verstehen (2). Als Rüstungsexporte werden die kommerziellen Lieferungen von Rüstungsmaterial (Kriegswaffen gemäß Definition des Kriegswaffenkontrollgesetzes vom 30.4.61) aus westdeutscher Produktion bzw. von ausgemustertem Bundeswehrmaterial durch die BRD-Rüstungskonzerne und private oder staatliche Waffenhandelsfirmen bezeichnet (3).

Staatliche Militärhilfe und kommerzielle Rüstungsexporte setzten zu Beginn der sechziger Jahre verstärkt ein, und bis heute wurde an über 30 Staaten für 1,054 Milliarden DM BRD-Militärhilfe gegeben (4) und sind in über 50 Staaten für über 2,2 Mrd. DM Rüstungsgüter aus der BRD exportiert worden (5).

Die Militärhilfe der BRD kann aufgliedert werden in

- + NATO-Verteidigungshilfe
- + Ausrüstungs- und darauf bezogenen Ausbildungshilfe, sowie in
- + militärische Ausbildungshilfe (6).

NATO – "Verteidigungshilfe" für die Türkei und Griechenland

Ziel der "NATO-Verteidigungshilfe" (gem. Art. 3 des NATO-Vertrages) ist die "Stärkung des Bündnisses durch wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Verbündeten, insbesondere der wirtschaftlich weniger entwickelten wie Griechenland und der Türkei" (7), im Rahmen des "burden sharing", d.h. eines stärkeren militärischen Engagements der europäischen NATO-Staaten zur Entlastung der imperialistischen Hauptmacht USA. Die Türkei, mit der zwischen 1964 und 1970 sechs Abkommen mit einem Gesamtvolumen von 400 Millionen DM abgeschlossen wurden, erhielt den bisher größten Anteil der NATO-Verteidigungshilfe der BRD. Die Lieferungen, die bis Ende 1970 in fünf Raten im Wert von 300 Mio DM abgewickelt worden sind, bestanden aus Überschußmaterial der Bundeswehr (u.a. 84 Flugzeuge F-84 F, 79 Kampfpfanzter M-48 A1, 69 Bergepanzer M-74, 574 Kraftfahrzeuge), aus neuen, in der BRD produzierten Waffen (u.a. Schnellboote, "Cobra"-Panzerabwehraketen), sowie aus Lizenzen zur Herstellung von Handfeuerwaffen (Gewehr G-3, MG) und Munition. Für die nächsten Jahre möchte die Türkei Rüstungsmaterial in Höhe von 200 Mio DM beziehen, besonders "Transall"-Transportflugzeuge und Kampfpfanzter M-48 (8).

Vorgesehen ist die Lieferung von 20 "Transall" bis Ende 1972, davon 4 innerhalb der NATO-Verteidigungshilfe und 16 im Rahmen des europäischen "Verstärkungsprogrammes" EDIP (9).

Fast überflüssig, zu erwähnen, daß die Zerschlagung der parlamentarischen Demokratie durch das türkische Militär und die verschärfte innenpolitische Repression in jüngster Zeit bisher ohne Auswirkungen auf die von der BRD geleistete Militär-"Hilfe" blieb.

Mit Griechenland wurden drei Abkommen über insgesamt 101,3 Mio DM abgeschlossen. Griechenland erhielt ebenfalls u.a. 86 ausgemusterte Bundeswehr-Flugzeuge vom Typ F-84 F, 2 Schnellboote, Handfeuerwaffen, Munition und "Cobra"-Raketen (10). Die laufenden Vereinbarungen wurden auch nach dem Obristen-Putsch im April 1967 erfüllt. Für die teilweise Sperrung der Verteidigungshilfe auf Beschluß des Bundestages im April 1968 wird Athen durch umfangreiche kommerzielle Rüstungsexporte entschädigt: Bei den Howaldtswerken – Deutsche Werft AG (HDW) in Kiel wurden vier 900-Tonnen-U-Boote gebaut, die zur Zeit ausgeliefert werden (11), laut Regierungssprecher Ahlers "eine rein kommerzielle Angelegenheit". Die U-Boote sollten ursprünglich von HDW nur in Teilen geliefert werden, da die BRD laut WEU-Vertrag lediglich U-Boote bis zu 450 Tonnen produzieren darf; schließlich wurde doch die Genehmigung für die Gesamtmontage der U-Boote in Kiel erteilt (12).

Die Möglichkeit, sonstiges Rüstungsmaterial und ausgesondertes Bundeswehrgerät in der BRD einzukaufen, war dem Obristen-Regime nie bestritten worden. Inzwischen scheint die Bundesregierung dem Druck der USA, die ihre Waffenlieferungen an Griechenland seit September 1970 in vollem Umfange wieder aufgenommen haben, der NATO sowie der CDU/CSU-Opposition nachzugeben und die NATO-Verteidigungshilfe an die Athener Junta wieder uneingeschränkt aufnehmen zu wollen (13).

Massive Unterstützung des portugiesischen Kolonialismus

Eines der schwärzesten Kapitel bundesdeutscher Rüstungshilfe ist die militärische und finanzielle Unterstützung des faschistoiden Regimes in Portugal, besonders seit Ausbruch der Befreiungskriege in den portugiesischen "Überseeprovinzen" in Afrika (Guinea-Bissau, Angola, Mozambique) Anfang der sechziger Jahre. Portugal erhielt zwar keine offizielle "NATO-Verteidigungshilfe", konnte sich aber über die umfangreichen Lieferungen der BRD-Rüstungsindustrie und aus Überschußbeständen der Bundeswehr wahrscheinlich nicht beklagen. An Waffenlieferungen aus der BRD erhielt Portugal (14):

1961/62: 8 Patrouillen-Barkassen (5 davon gingen nach Angola);
 1966 : 40 Kampfflugzeuge Fiat G-91;
 111 Düsentrainer "Fouga Magister" (diese Lieferung soll über Brasilien gelaufen sein; sie wird sowohl von Brasilien als auch von der Bundesregierung bestritten);

bis 1969: 110 leichte, mit 37 mm-Raketen bestückte DO-27-Flugzeuge;

darüberhinaus wurden 60 Düsenjäger F-86 K Sabre, Noratlas-Transportflugzeuge, Hubschrauber, Panzer vom Typ M-41 und M-47, Unimogs, Maschinenpistolen und Handfeuerwaffen (einschließlich der G-3 Lizenz) an Portugal geliefert. Von der Hamburger Werft "Blohm und Voss" erhielt Portugal vier Korvetten, mit je 1365 Tonnen die größten Kriegsschiffe, die seit 1945 überhaupt auf einer westdeutschen Werft gebaut worden sind.

Die von der BRD gelieferten Bundeswehr-Flugzeuge kommen in den "Überseeprovinzen" meist sofort zum Einsatz und tragen dort noch häufig das Hoheitsabzeichen

und die Farben Schwarz-Rot-Gold (15).

In Mozambique fanden israelische Journalisten Maschinenpistolen vom Typ "UZI" mit dem Bundesadler als Prägestempel (16).

Die Rüstungsexporte der westdeutschen Industrie an Portugal beliefen sich bisher auf ca. 350 Mio DM, und für nochmals 350 Mio DM wurden von der BRD Rüstungsaufträge an die portugiesische Industrie vergeben (17). Auch der seit 1969 von der Bundesregierung über Portugal verhängte "Waffenlieferungsstopp" ist mehr propagandistische Verschleierung denn Realität: Ausgenommen von diesem "Stopp" waren z.B. Granatzünder und MG-Rohre (18); als Gegenleistung für den Ausbau des BRD-Luftwaffenstützpunktes Beja in Portugal (u.a. durch Bereitstellung einer "vollwertigen Anlage zum Übungsschießen für Jagdmaschinen") ist das Bundesverteidigungsministerium "zur Lieferung von militärischen Ausrüstungsgegenständen bereit" (19). Inzwischen sind die "kommerziellen" Lieferungen im Zusammenhang mit dem Ausbau des Stützpunktes Beja wiederaufgenommen worden (20).

Die "Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe"

Militärische Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe der BRD ging bisher an 19 Staaten, davon in erster Linie an Israel und afrikanische Staaten, aber auch an den Iran, Jordanien und Indien.

Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe der BRD (21)

Empfänger	Laufzeit der Abkommen	Ist-Ausgaben in Mio DM
1. Äthiopien	1965-71	46,0
2. Ghana	1969-71	6,0
3. Guinea	1962-71	47,0
4. Indien	1962	3,5
5. Iran	1966-72	40,0
6. Jordanien	1964-65	1,7
7. Kenia	1966-70	16,0
8. Madagaskar	1962-64	6,0
9. Mali	1969-70	2,0
10. Marokko	1968-72	16,0
11. Niger	1966-71	8,0
12. Nigeria	1963-67	15,0
13. Somalia	1962-71	18,0
14. Sudan	1961-65	106,0
15. Tansania	1963-65	6,2
16. Togo	1969-71	4,0
17. Tschad	1969-71	6,0
18. Tunesien	1968-72	8,0

Sonderprogramm Israel

Ausrüstungshilfe	1962-65	149,0 (min-)
Ausgleichszahlung	1965	140,0 destens)
		<hr/>
		289,0

Dieser "Hilfe" kam vor allem die Funktion zu, "Einfluß zu nehmen auf die Gesellschaftsordnung und die außenpolitische Orientierung dieser Staaten" (22). Die Empfängerländer sollten generell zum "Wohlverhalten" gegenüber der BRD verpflichtet werden, und "dieses Wohlverhalten bestand in erster Linie in der Nichtanerkennung der DDR" (23). Darüberhinaus kommen "zwei Drittel der Militärhilfe in Form von Aufträgen der deutschen Industrie zugute", und "Hilfeeempfänger (geben) in der Folge verstärkt Rüstungsaufträge an deutsche Firmen" (24). So soll der Iran z.B. mehr als das Zehnfache der erhaltenen Militärhilfe an kommerziellen Anschlußaufträgen in die BRD gegeben haben (25).

Zur Durchsetzung politischer Ziele erwies sich das Instrument Militärhilfe allerdings als höchst ungeeignet (26):

- + Tansania stimmte 1965 der Errichtung eines DDR-Generalkonsulats zu, worauf die Lieferungen von seiten der BRD eingestellt wurden;
- + auch das Abkommen mit dem Sudan, mit einem Gesamtvolumen von ca. 120 Mio DM das umfangreichste seiner Art, hielt Khartum 1965 nicht davon ab, in Solidarität mit den anderen arabischen Staaten die diplomatischen Beziehungen zu Bonn abzubrechen;
- + die Waffenlieferungen an Israel trugen zur Verschärfung der Spannungen zwischen Bonn und den arabischen Staaten bei (doch erst die Reaktion Bonns auf den angekündigten Besuch Ulbrichts in Kairo führte zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der BRD);
- + in Nigeria erzwang der Ausbruch des Biafra-Krieges (1967) den Abzug der Bonner Beratergruppe;
- + im Grenzgebiet zwischen Äthiopien und Somalia wurde auch die mit westdeutscher Unterstützung auf beiden Seiten ausgebildete Polizeitruppe eingesetzt;
- + die Militärhilfeempfänger Sudan, Tschad und Äthiopien (Eritrea) sind darüberhinaus in Bürgerkriege verwickelt;
- + jüngstes und eklatantestes Beispiel für das politische Scheitern der BRD-Militärhilfe ist die Republik Guinea, bis Ende 1970 Bonns bevorzugter Militärhilfeempfänger in Afrika: Mit der Beschuldigung, sich an der portugiesischen Invasion im November 1970 beteiligt zu haben, wurden die westdeutschen Berater des Landes verwiesen oder abgeurteilt und das Abkommen mußte storniert werden.

Die militärische "Ausbildungshilfe"

Stärker ideologisch ausgerichtet ist die von der Bundeswehr durchgeführte militärische Ausbildungshilfe, deren Ziel ist, "bei relativ geringem Kostenaufwand eine langfristige Wirkung (!) zu erreichen. Es werden auf diese Weise Freunde gewonnen,

die die deutschen Verhältnisse kennenlernen und verstehen" (27). Diese militärische Ausbildungshilfe umfaßt die Ausbildung von Truppen- und Stabsoffizieren sowie Offiziersanwärtern des Heeres, der Luftwaffe und der Marine, an der bisher 325 Soldaten aus 22 westeuropäischen, südamerikanischen, afrikanischen und asiatischen Staaten teilgenommen haben, eine Kurz-Generalstabausbildung des Heeres mit bisher 107 Teilnehmern aus 19 Ländern und eine Spezialausbildung (Meteorologie, Logistik, Operations-Research), an der bis 1970 105 Personen teilnahmen (28). Ende 1970 befanden sich 160 Soldaten vom Kadetten bis zum Oberstleutnant aus 31 Ländern und vier Erdteilen bei verschiedenen Ausbildungseinrichtungen und Truppenteilen der Bundeswehr (29). Es versteht sich von selbst, daß diese Ausbildungsprogramme der Bundeswehr strengster Geheimhaltung unterliegen.

Die Maßnahmen zur "Beschränkung" der Rüstungsexporte

Um die durch die massive diplomatische Reaktion der arabischen Staaten erzwungene Einstellung der Waffenlieferungen an Israel nicht als Diskriminierung erscheinen zu lassen, beschloß die damalige Bundesregierung Erhard, keine Waffen mehr in "Spannungsgebiete" zu liefern (30). Die Erkenntnis, daß die Militärhilfepolitik der BRD die in sie gesetzten politischen Erwartungen bei weitem nicht erfüllen konnte, erzwang eine engere Koordination der für die Vergabe von Rüstungs- und Ausbildungshilfe zuständigen Organe. Seit 1966 müssen jedem Militärhilfeabkommen sowohl der Auswärtige Ausschuß als auch der Haushaltsausschuß des Bundestages zustimmen. Gleichzeitig verstärkte sich die Tendenz, besonders in der SPD-Fraktion, staatliche und kommerzielle Rüstungsexporte auf den NATO-Bereich zu beschränken; diese Tendenz dürfte ihren vorläufigen Ausdruck gefunden haben in den "Grundsätzen für den Export von Kriegsgütern und Waffen", die am 16.6.1971 vom Bundeskabinett verabschiedet worden sind; aus "Gründen der Geheimhaltung" wurden allerdings keine weiteren Einzelheiten mitgeteilt; bestehende Verträge sollen von den neuen Richtlinien nicht berührt werden (31). Zwar opponiert die BRD-Rüstungsindustrie permanent gegen jede, wenn auch noch so geringfügige restriktive Handhabung der Exportbestimmungen für Rüstungsgüter (32), daß dennoch kein Anlaß zu größeren Bedenken besteht, artikuliert die Zeitschrift "Wehr und Wirtschaft" in einem bezeichnenden Kommentar: "Es handelt sich bei diesen Grundsätzen, wie gesagt, lediglich um politische Leitlinien, und nicht um verbindliche Vorschriften. Oberstes Prinzip ist dabei das deutsche Sicherheitsbedürfnis einerseits und die außenpolitischen Interessen andererseits. Das bedeutet also, die verstärkte Restriktion ist eine Maxime, die Ausnahmen aus Gründen der Opportunität zuläßt" (33). Ausnahmen "aus Gründen der Opportunität" waren wohl die Genehmigung für die Lieferung von Flugzeugteilen für den U-Boot-Jäger "Breguet Atlantic" durch MBB und Dornier über Frankreich nach Brasilien (34), oder das Abkommen mit Malta August 1971, das die Lieferung von Zollbooten, Hubschraubern und LKW "zur Schmutzgelbekämpfung" sowie eine Überprüfung der Werft- und Dockanlagen im Hinblick auf eine Nutzung z.B. durch Einheiten der Bundesmarine vorsieht (35). Folgerichtig wurde Ende des Monats auch ein pensionierter Arsenaldirektor der Bundeswehr von der Regierung Mintoff zum vorläufigen Aufsichtsratsvorsitzenden

der "Malta Drydocks Corporation" berufen (36).

Die "Beschränkung" der Rüstungsexporte auf den NATO-Bereich (und -markt) ist zum einen erheblich lukrativer als das politisch schwierige und doch recht begrenzte Geschäft mit den Ländern der Dritten Welt, zum anderen sind die Großabnehmer für Rüstungsmaterial aller Art, die diktatorischen Regimes in Griechenland und der Türkei sowie die Kolonialmacht Portugal, ja ebenfalls NATO-Partner.

Exportschlager "Leopard"-Panzer und U-Boote

Mit dem Kampfpanzer "Leopard", von dem bisher 1 068 Stück an Belgien, die Niederlande, Norwegen und Italien verkauft worden sind, ist der BRD-Rüstungsindustrie (Krauss-Maffei AG, München) zum erstenmal gelungen, umfassend in den NATO-Rüstungsmarkt einzubrechen. Italien will weitere 600 "Leopard" in Lizenz herstellen (37). Ebenso wie der Kampfpanzer "Leopard" hat der von der Rhein-stahl-Henschel AG (Kassel) entwickelte und waffenmäßig auf den "Leopard" abgestimmte Schützenpanzer "Marder" gute Aussichten, ein weiterer "Schlager" des westdeutschen Rüstungsexports zu werden. Die BRD-Rüstungsindustrie ist damit auf dem besten Wege, im Bereich der Panzerproduktion eine NATO-Standardisierung in ihrem Sinne durchzusetzen.

Über einen Auftragsbestand von 28 U-Booten im Werte von über 900 Mio DM verfügt die bundeseigene Howaldtswerke – Deutsche Werft AG (HDW) in Kiel, deren Vorstandsvorsitzender Norbert Henke die Hoffnung äußerte, noch 1971 die "Eine-Milliarden-Grenze" zu überschreiten (38). Die U-Boote werden an Norwegen (15), an Griechenland (4), 2 sogar an Argentinien exportiert (!). Die FR befürchtet, "daß die Kieler Howaldtswerke auf dem besten Wege sind, sich zu einer U-Boot-Waffenschmiede für die Welt zu entwickeln" (39).

Eine so geartete "Beschränkung" auf den NATO-Bereich jedenfalls wird weder den Interessen der expandierenden westdeutschen Rüstungsindustrie schaden, noch den Rüstungsexport der BRD zum Erliegen bringen.

- 1 Die folgenden Angaben stützen sich wesentlich auf die sehr materialreiche, aber jeglichen gesellschaftskritischen Bezugs entbehrende Studie von Helga Haftendorn: "Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD", Düsseldorf 1971.
- 2 Helga Haftendorn, Militärhilfe als Problem deutscher Außenpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", B 28/71, vom 10.7.1971, S. 37.
- 3 Helga Haftendorn, Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD, Düsseldorf 1971, S. 35.
- 4 Ebenda, S. 130.
- 5 Ebenda, S. 122ff.
- 6 Helga Haftendorn, Militärhilfe als Problem... a.a.O., S. 37.
- 7 Helga Haftendorn, Militärhilfe als Problem... a.a.O., S. 37.
- 8 Helga Haftendorn, Militärhilfe und Rüstungsexporte... a.a.O., S. 14f.
- 9 Tagesspiegel (Westberlin) vom 13.5.1971. EDIP = European Defence Improvement Programme
- 10 Helga Haftendorn, Militärhilfe und Rüstungsexporte... a.a.O., S. 15f. u. S. 106.
- 11 Das erste der vier U-Boote traf am 6.12.71 in Athen ein, vgl. Frankfurter Rundschau (FR) vom 8.12.71.

- 12 FR vom 12. und 13.1.1971.
- 13 FR vom 10.12.1971.
- 14 Die folgenden Angaben sind entnommen aus: Barbara Schilling und Karl Unger. Die Bundesrepublik und das südliche Afrika. Ökonomische und militärische Aspekte des westdeutschen Neokolonialismus, in: Kursbuch (Westberlin), Nr. 21/1970, S. 149.
- 15 Gerard Chaliand, Bewaffneter Kampf in Afrika, München 1969, S. 9.
- 16 Barbara Schilling und Karl Unger. Die Bundesrepublik und das südliche Afrika... a.a.O., S. 150.
- 17 Helga Haftendorn, Militärhilfe als Problem... a.a.O., S. 38.
- 18 FR vom 13.11.1971.
- 19 FR vom 28.10.1971.
- 20 FR vom 10.12.1971.
- 21 Zusammengestellt nach: Helga Haftendorn, Militärhilfe und Rüstungsexporte... a.a.O., S. 130. Vgl. auch FR vom 8.1.1971.
- 22 Helga Haftendorn, Militärhilfe als Problem... a.a.O., S. 38.
- 23 Helga Haftendorn, Militärhilfe und Rüstungsexporte... a.a.O., S. 21. Ulrich Albrecht, Militärische Entwicklungshilfe – kritisch durchleuchtet, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, Bonn, Heft 5/1970, S. 9.
- 24 Helga Haftendorn, Militärhilfe als Problem... a.a.O., S. 39.
- 25 Wehrdienst, 5. Jg., Ausgabe 222/1969 vom 7.7.1969.
- 26 Vgl. zum folgenden: Helga Haftendorn, Militärhilfe und Rüstungsexporte... a.a.O., S. 22ff.
- 27 Mitteilung des Bundesverteidigungsministeriums, zit. nach: Helga Haftendorn, Militärhilfe und Rüstungsexporte... a.a.O., S. 30.
- 28 Ebenda, S. 30 und S. 118 ff.
- 29 Ebenda, S. 30.
- 30 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 8.3.1965.
- 31 Tagesspiegel vom 17.6.1971.
- 32 Vgl. die Äußerungen von führenden Vertretern der BRD-Rüstungsindustrie in der ARD-Sendung "Waffen für die Welt" von Walter Menningen am 14.7.1971.
- 33 Wehr und Wirtschaft, München, Nr. 4/1971, S. 153.
- 34 Wehrdienst vom 21.6.1971.
- 35 Tagesspiegel vom 19.8.1971.
- 36 FR vom 3.9.1971.
- 37 Wirtschaftswoche, Frankfurt, Nr. 3/1971, S. 16.
- 38 FR vom 29.9.1971.
- 39 Ulrich Mackenson in: FR vom 5.10.1971.

ANLAGE: Rüstungszentren der BRD

Quelle: Autorenkollektiv (Leiter: Klaus Engelhardt).

Militär- Industrie-Komplex in der BRD. DWI-Forschungshefte, 6. Jahrgang, Heft 3/1971, S. 21-25.

Name und Hauptsitz des Unternehmens	Kapital in Mill.DM	Beherrschungsgrad v.H.	Hauptprodukte bzw. Produktionsbeteiligung im Rüstungsbereich
1. Siemens AG, München (1)	1007,2	100,0	Flugzeugelektronik, Raketen, Fernmeldegeräte, Radaranlagen, Flugplatzausrüstungen
Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, München	63,0	9,1	Flugzeuge, Raketen, Satelliten, Kriegsschiffbetreuung, Meerestechnik, Sprengstofftechnik
Blohm & Voß AG, Hamburg	61,4	12,5	Ausrüstungen für Kriegsschiffe, Geleitboote, Küstenminensuchboote
Metallgesellschaft AG, Frankf.M.	200,0	30,0	Atomare Brennelemente, Gaszentrifugen zur Urananreicherung
Uranengesellschaft mbH & Co., Frankf.M.	10,0	33,3	Prospektion und Gewinnung von Kernbrennstoffen
NUKEM, Nuklear-Chemie- und Metallurgie GmbH, Wolfgang bei Hanau	5,0	12,0	Atomare Brennelemente
Uranit Uran-Isotopentrennungs-Gesellschaft mbH, Jülich	—	40,0	Kernbrennstoffanreicherung
Interatom Internationale Atomreaktorbau GmbH, Bensberg	17,5	60,0	Kernreaktoren, kerntechnische Anlagen
Gesellschaft für nukleare Verfahrenstechnik mbH, Bensberg	—	—	Gaszentrifugen zur Urananreicherung
RBG Reaktor-Brennelemente, GmbH, Wolfgang bei Hanau	6,0	60,0	Atomare Brennelemente
ALKEM, Alpha-Chemie und Metallurgie GmbH, Leopoldshafen/Karlsruhe	3,0	30,0	Kernbrennstoffe
Bergmann Kabelwerke AG, Wipperfürth (1)	20,0	100,0	Kabel (vor allem für Flugzeug- und Raketenindustrie)
Deutsche Telefonwerke und Kabelindustrie AG (2)	18,0	100,0	Fernmeldegeräte, Kabel
Norddeutsche Seekabelwerke AG, Nordenham	8,0	50,0	Seekabel
Vacuumschmelze GmbH, Hanau	8,0	100,0	Legierungen für Flugzeug- u. Raketen- sowie Atomindustrie
P.Gossen GmbH, Erlangen	10,0	100,0	Meß- und Regelgeräte
Marinetechnik-Planungsgesellschaft mbH, Hamburg	0,3	—	Projektierung, Entwicklung von Kriegsschiffen
Elektronik-System-Gesellschaft mbH (ESG), München	—	—	Planung, Projektierung, Betreuung elektronischer Flugsysteme
Avionica Systems Engineering GmbH, München	—	—	Projektierung u. Koordinierung der nationalen Avonikindustrie für das westeuropäische MRCA/Panavia-Mehrzweck-Kampfflugzeug

Name und Hauptsitz des Unternehmens	Kapital in Mill.DM	Beherrschungsgrad v.H.	Hauptprodukte bzw. Produktionsbeteiligung im Rüstungsbereich
Arbeitsgemeinschaft Matador 30 ZL, Düsseldorf	—	—	Entwicklung von Flakpanzern auf dem "Leopard"-Standard-Fahrgestell
2. Flick-Quandt-Gruppe			
Daimler-Benz AG, Stuttgart	761,0 ca.	54,0	Kraftfahrzeuge, Schiffs- u. Panzermotoren
MTU Motoren- u. Turbinen-Union GmbH, München	63,26	50,0	Flugzeug- u. Raketentriebwerke, Schiffsmotoren
MTU Motoren- u. Turbinen-Union Friedrichshafen GmbH, Friedrichshafen	20,0	84,0	Flugzeugtriebwerke, Dieselmotoren
Turbo Union Ltd., Derby/Großbrit.	—	40,0	Flugzeugtriebwerke f. das MRCA/Panavia-Mehrzweckkampfflugzeug
Hanomag-Henschel-Fahrzeugwerke GmbH, Hannover	40,0	100,0	Kraftfahrzeuge
Ernst Heinkel AG, Stuttgart-Zuffenhausen	4,0	90,0	Flugzeuge und -reparatur, Flugzeugtriebwerke
Dynamit Nobel AG, Troisdorf	110,0	82,0	Raketenantriebe, Sprengstoffe u. -körper, Munition
Gesellschaft f. ungelenkte Flugkörpersysteme mbH (GuF), Bonn	0,25	—	Planung u. Koordinierung aller Arbeiten an ungelenkten Flugkörpern
Buderus'sche Eisenwerke, Wetzlar	66,75	50,0	Gußstahl, Zulieferungen für Panzerbau
Edelstahlwerke Buderus AG, Wetzlar	20,0	100,0	Edelstähle (vor allem für Panzer)
Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte, Sulzbach-Rosenberg	80,0	100,0	Stähle, Bleche
Krauss-Maffei AG, München-Allach	16,25	94,0	Panzer, Schützenpanzerwagen
Steigerwald-Krauss-Maffei GmbH (SKM), München	1,2	40,0	Raketentechnik
Krauss-Maffei Fahrzeug S.A., Brüssel	0,25	100,0	Wartung von Panzern (Leopard)
Industrie-Werke Karlsruhe-Augsburg (IWKA), Karlsruhe (3)	84,0	60,0	Amphibienfahrzeuge, Panzerzubehör bzw. -reparatur, Munition
Mausers-Werke AG, Oberndorf (4)	5,4	100,0	Waffenmaschinen, Handfeuerwaffen
Varta AG, Frankf.M.	101,2 üb.	50,0	Batterien für alle Militärfahrzeuge
CEAG Dominit AG, Dortmund (5)	—	79,0	Elektronische Geräte für die Flugzeug- und Raumfahrtindustrie
International Batteries Corp., Rosslyn/Südafrika	—	52,0	Batterien für die Militärfahrzeuge des Rassistenregimes
Drägerwerk AG, Lübeck	45,0	100,0	ABC-Schutz- u. Spür-ausrüstungen, Taucherausrüstungen, Schutzmasken
Niederländische Wapen- en Munitiefabrik De Kruithorn, N.V., s'Hertogenbosch/Niederlande	—	—	Waffenmaschinen, Munition
3. Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, München	63,0	(6)	Flugzeuge, Raketen, Satelliten, Kriegsschiffsbetreuung, Meerestechnik, Sprengstofftechnik
Bayern-Chemie Gesellschaft für flugtechnische Antriebe, Aschau	5,0	50,0	Raketentreibstoffe, Treibstoffe, flugtechnisches Gerät

Name und Hauptsitz des Unternehmens	Kapital in Mill.DM	Beherrschungsgrad v.H.	Hauptprodukte bzw. Produktionsbeteiligung im Rüstungsbereich
Deutsche Airbus GmbH, München	5,0	66,0	Planung, Entwicklung und Bau von Großraumflugzeugen
Gesellschaft für ungelenkte Flugkörpersysteme mbH (GuF), Bonn	0,25	—	Planung und Steuerung aller Arbeiten an zentralgelenkten Flugkörpern
Leichtflugtechnik Union (LFU), Bonn	4,0	35,0	Flugzeugteile bzw. -ausrüstungen
Marinetechnik Planungsgesellschaft mbH, Hamburg	0,3	—	Projektierung, Entwicklung von Kriegsschiffen aller Art
Materialinformationszentrum der Marine GmbH (MIZ), Hamburg	—	—	Wartung und Betreuung aller Arten von Schiffen der Bundesmarine
Panavia Aircraft GmbH, München	0,12	50,0	Entwicklung des MRCA/Panavia-Mehrzweckkampfflugzeuges
Wirtschaftliche Interessengemeinschaft (WIG), Paris	—	50,0	Entwicklung von kryogenen Antriebssystemen für Trägerraketen
Hispano Aviacion, Sevilla und Madrid	—	13,5	Bau von Flugzeugen u.Hubschraubern
Construcciones Aeronauticas S.A., Madrid	—	13,5	Bau von Flugzeugen u.Hubschraubern
4. VFW-Fokker-Konzern			
Zentralgesellschaft VFW-Fokker, Düsseldorf (7)	150,0	100,0	Flugzeuge, Hubschrauber, Raketen, Satelliten, Meerestechnik
ERNO Raumfahrttechnik GmbH, Bremen	10,0	100,0	Flugzeuggeräte, Raketen, Satelliten, Meerestechnik
Gesellschaft für nukleare Verfahrenstechnik (GnV), Bensberg	—	—	Planung, Entwicklung, Errichtung u. Vertrieb von Isotopentrennanlagen für Kernbrennstoffgewinnung
Deutsche Airbus GmbH, München	5,0	34,0	Planung, Entwicklung und Bau von Großraumflugzeugen
Henschel Flugzeugwerke AG, Kassel	2,0	50,0	Flugzeugteile, Hubschrauberwartung und -betreuung
Rhein-Flugzeugbau GmbH, Mönchengladbach	5,0	65,0	Wartung u.Überholung von Flugzeugen, militärische Zielvorstellungsaufgaben
Sportavia Pützer, Schmidtheim/Eifel	—	50,0	Flugzeuge sowie Flugzeugwartung
Leichtflugzeugtechnik Union (LFU), Bonn	4,0	65,0	Flugzeugteile bzw. -ausrüstungen
Marinetechnik Planungsgesellschaft mbH, Hamburg	0,3	—	Projektierung, Entwicklung von Kriegsschiffen aller Art
Materialinformationszentrum der Marine GmbH (7) (MIZ), Hamburg	—	—	Wartung und Betreuung aller Arten von Schiffen der Bundesmarine
Gesellschaft für ungelenkte Flugkörpersysteme mbH (GuF), Bonn	0,25	—	Planung und Koordinierung aller Arten von ungelenkten Flugkörpern
S.A. Belge de Constructions Aeronautiques (SABCA), Brüssel/Belgien	120 bfrs (1964)	43,0	Flugzeuge
5. Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft AEG-Telefunken, Frankf.M.	610,1	100,0	Flugzeug- und Raketenelektronik, Radarsysteme, Satelliten sowie sonstiges elektrisches u.elektronisches Kriegsgerät

Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, Hamburg und Kiel	60,0 ca.	20,0	Zerstörer, U-Boote, Atomsschiff "Otto Hahn", Schiffsdieselmotoren
Kabelwerke Rheydt AG, Rheydt	26,4	94,2	Kabel, Leitungen
Telefonbau und Normalzeit GmbH, Frankf.M.	30,0	15,01 (8)	Fernmeldegeräte, elektronische Meßgeräte
Hartmann & Braun AG, Frankf.M.	21,0	40,0	Meß- und Regelgeräte
Vereinigte Draht- und Kabelwerke AG, Duisburg (1)	24,0	100,0	Kabel, Leitungen
Hochtief AG für Hoch- u.Tiefbauten vorm.Gebr. Hoffmann, Essen	27,9	26,5	Bauten f.militärische Zwecke aller Art
TELDIX-Luftfahrt-Ausrüstungen GmbH, Heidelberg	6,0	50,0	Flugzeugelektronik
ELEKLUFTElektronische Luftgeräte GmbH, Bonn	2,0	25,0	Flugzeug- und Raketenelektronik
DEBEG Deutsche Betriebsgesellschaft f.drahtlose Telegraphie GmbH, Hamburg (1)	4,0	50,0	Radars- und Navigationsgeräte f.Kriegsschiffe
AEG-KANIS Turbinenfabrik GmbH, Nürnberg	15,0	100,0	Turbinen u.Generatoren f.Kriegsschiffe, Ausrüstungen f.Hafen-u.Flugplatzanlagen
Eltro GmbH & Co. Gesellschaft für Strahlungstechnik, Heidelberg	1,54	66,0	Navigationsysteme (Laser) für die Flugzeug- und Raketenindustrie
KRT Kernreakortteile GmbH, Großwelzheim	8,0	55,0	Kerntechnische Geräte
ALKEM, Alpha-Chemie und -Metallurgie GmbH, Leopoldshafen	3,0	30,0	Atomare Brennelemente
Gesellschaft für ungelenkte Flugkörpersysteme mbH (GuF), Bonn	0,25	—	Planung und Steuerung aller Arbeiten an ungelenkten Flugkörpern
ESG-Elektronik-System Gesellschaft mbH (ESG), München	—	—	Planung, Projektierung und Betreuung von elektronischen Flugzeugsystemen
Avionica Systems Engineering GmbH, München	—	—	Projektplanung u.Koordinierung d.nationalen Avionikindustrien f.das westeurop. MRCA/Panavia-Mehrzweckkampfflugzeug
Marinetechnik, Planungsgesellschaft mbH, Hamburg	0,3	—	Projektierung, Entwicklung von Kriegsschiffen
Eurosystem S.A., Brüssel	4,5	—	Flugsicherungsanlagen
NADGECO Ltd., Feldham/Großbritannien	—	14,0	Bau und Installation des NATO-Radarsystems NADGE
Arbeitsgemeinschaft Matador 30 ZL, Düsseldorf	—	—	Entwicklung von Flakpanzern auf dem "Leopard"-Standard-Fahrgestell
Die Übernahme von 25 v.H. am Stammkapital von 10 Mill.DM der ERNO Raumfahrttechnik GmbH, Bremen (VFW-Fokker) steht bevor.			
6. Rhein Stahl AG, Essen (9)	470,0	100,0	Panzer, Schützenpanzerwagen, Fahrzeuge, Motoren f.Militärfahrzeuge u.Flugzeuge
Edelstahlwerk Witten AG, Witten	41,4	63,0	Edelstähle für alle Arten v.Militärfahrzeugen
Rhein Stahl-Nordseewerke GmbH, Emden	18,0	100,0	Kriegsschiffe, U-Boote, Schiffsausrüstungen
Henschel Flugzeugwerke AG, Kassel	2,0	50,0	Hubschrauberreparatur u.-wartung
7. I.G. Farben-Nachfolgekonzerne Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG (BASF), Ludwigshafen	1499,9	100,0	Spezial- u.Raketentreibstoffe, Spreng-, chemische Kampfstoffe

Name und Hauptsitz des Unternehmens	Kapital in Mill. DM	Beherrschungsgrad v.H.	Hauptprodukte bzw. Produktionsbeteiligung im Rüstungsbereich
Dow Badische Co., Williamsburg/Virginia/USA	155,7	50,0	Chemische Kampfstoffe
BASF Wyandotte Corporation, Wyandotte/Michigan/USA	97,9	—	Chemische Kampfstoffe
Herbol-Werke-Herbig-Haarhaus AG, Köln	10,0	99,2	Spezialanstriche für alle Flugzeuge und Flugkörper
Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen	1835,0	100,0	Chemische u. biologische Kampfstoffe, Kunststoffe f.d. Flugzeugindustrie
Chemagro Corp., Kansas City/USA	—	99,9	Chemische u. biol. Kampfstoffe
Bayer Foreign Investment Ltd., Toronto/Kanada	—	100,0	Chemische u. biol. Kampfstoffe
Verona Corp., Union/USA	—	99,9	Chemische u. biol. Kampfstoffe
Nihon Tokushu Noyaku, Seizo K.K. (Nitokuno), Tokio/Japan	—	50,0	Chemische u. biol. Kampfstoffe
Farbwerke Hoechst AG, vorm. Meister, Lucius & Brüning, Frankf.M.	1482,0	100,0	Chemische Kampfstoffe
Uranit Uran-Isotopentrennungs-GmbH, Jülich	—	20,0	Kernbrennstoffanreicherung
Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH (GWK), Leopoldshafen (10)	—	—	Wiederaufbereitung bestrahlter Kernbrennstoffe
8. Gutehoffnungshütte — Haniel-Konzern			
Gutehoffnungshütte	175,0	100,0	Schiffsausrüstungen, Motoren, Kerntechnik
Aktienverein Oberhausen			
Deilmann-Haniel GmbH, Dortmund	16,0	26,0	Prospektion u. Gewinnung v. Kernbrennstoffen
Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG (MAN), Augsburg	197,5	82,8	Kraftfahrzeuge, Schiffs-, Flugzeug- u. Fahrzeugmotoren, Schiffe, Kernreaktoren
MTU Motoren- und Turbinen-Union GmbH, München	63,26	50,0	Flugzeugtriebwerke, Raketenantriebe, Schiffsmotoren
MTU Motoren u. Turbinen-Union, Friedrichshafen GmbH, Friedrichshafen	20,0	84,0	Flugzeugtriebwerke, Dieselmotoren
Turbo Union Ltd., Derby/Großbritannien	—	40,0	Flugzeugtriebwerke für das MRCA/Panavia-Mehrzweckkampfflugzeug
Gutehoffnungshütte Sterkrade AG, Oberhausen-Sterkrade	225,0	100,0	Schiffsausrüstungen, Schwimmdocke, Kerntechnik
Büssing Automobilwerke AG, Braunschweig	42,0	100,0	Kraftfahrzeuge
Howaldtswerke — Deutsche Werft AG, Hamburg und Kiel	60,0 ca.	22,0	Zerstörer, U-Boote, Schiffsdieselmotoren
Kabel- und Metallwerke Gutehoffnungshütte AG, Hannover	70,0	83,9	Kabel für Land- und Luftfahrzeuge
Zahnradfabrik Renk AG, Augsburg	6,0	85,7	Zahnräder, Kuppelungen u. Getriebe für alle Arten von Militärfahrzeugen

internuclear S.A., Brüssel	10,0	bfrs 30,0	Entwicklung und Bau gasgekühlter Hochdruck-Temperatur-Reaktoren
Fahrzeugwerke Nord, Flensburger Schiffbau-Gesellschaft & Co, Flensburg	0,9	66,7	Reparaturen für die Lkw der Bundeswehr
Gesellschaft für nukleare Verfahrenstechnik mbH (GnV), Bensberg	—	—	Planung, Entwicklung u. Vertrieb von Isotopentrennanlagen zur Kernbrennstoffgewinnung

(1) Sitz außerdem in Westberlin. (2) Sitz in Westberlin. (3) Fusion aus Industrie-Werke Karlsruhe AG (IWK), Karlsruhe, und Keller & Knappich GmbH, Augsburg. (4) In der Mauser-Werke AG wird die gesamte Handwaffen- sowie Waffenmaschinenproduktion der IWKA konzentriert. (5) Fusion aus CEAG Concordia Elektrizitäts AG, Dortmund und Dominit AG, Dortmund. (6) Nach der Übernahme von 8,35 v.H. des auf 63 Mio DM erhöhten Grundkapitals durch den Thyssen-Konzern sind die genauen Beteiligungsverhältnisse noch nicht bekannt (Hauptaktionäre sind Heinkel, Messerschmitt, Bölkow, Blohm, The Boeing Co., USA, Societe Aerospatiale, Frankreich, Siemens AG, Thyssen-Konzern), wobei die drei letztgenannten Konzerne ihre Beteiligungen in einer "Zwischenholdinggesellschaft" poolen. (7) Konzernzentrale der fusionierten Konzerne Vereinigte Flugtechnische Werke, Bremen (aus "Weser" Flugzeugbau GmbH, Bremen, Focke Wulf GmbH, Bremen, Ernst Heinkel Flugzeugbau GmbH, Speyer), und N.V. Koninklijke Nederlandse Vliegtuigen Fabrik Fokker, Amsterdam/Niederlande. (8) AEG-Telefunken besitzt die Option auf die Aktienmehrheit. (9) Durch die neue Gliederung des Konzerns sind alle Rüstungsgüter produzierenden Unternehmensteile im Bereich "Sonderfertigungen", Hauptsitz Kasse, konzentriert. (10) An dieser Gesellschaft ist die Farbenfabriken Bayer AG ebenfalls beteiligt.

Zusammenstellung: Wilfried Klank

7 Kriegsforschung und -entwicklung im Kapitalismus

Im Rüstungsgeschäft spielt die militärische Forschung und Entwicklung (FE) eine immer bedeutendere Rolle. Machen sie bei militärischer Hardware nur einen sehr geringen Teil der Gesamtkosten aus, so steigen sie bei technisch hochkomplizierten Waffen (z.B. Raketensystemen) auf über die Hälfte der Gesamtkosten.

FE erstreckt sich besonders auf die Gebiete der Luft- und Raumfahrttechnik, der ABC-Waffen, das Gebiet der Elektronik; bei einzelnen Ländern (USA) aber auch schon auf Soziologie und Psychologie (z.B. um den Reifegrad von revolutionären Situationen festzustellen).

Die Funktionen der FE im ganzen Komplex der modernen Rüstung und der Kriegsproduktion im Kapitalismus ergänzen sich und treiben sich gegenseitig voran. Sie (die FE) dient dazu, "das Töten und Vernichten effektiver zu machen, um wenn ökonomisch oder politisch der Herrschaftsanspruch nationaler oder internationaler Kapitalinteressen nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, ihn mit möglichst überlegenen Mitteln mit offener Gewalt durchzusetzen, wie es z.B. in Vietnam und Kambodscha geschieht und z.B. in der Dominikanischen Republik, im Kongo, in Lateinamerika geschehen ist." (1)

Die Ideologie der Abschreckung des angenommenen Gegners (sozialistische Staaten) ist nichts als der Ausdruck des politischen Systemsicherungsinteresses des Gesamtkapitals und Rechtfertigung des Profitstrebens individueller (Rüstungs-)Kapitale. Andererseits wirkt diese Ideologie selbst als antreibendes Moment in einer "self-fulfilling-prophecy" (sich selbst erfüllende Voraussage) auf Rüstungs-FE und Produktion zurück. Die in der Abschreckungsstrategie angenommene totale Aggressivität des äußeren und inneren Gegners ('Weltrevolution') bedingt die beständig neue Entwicklung von Rüstungspotentialen, die Entfaltung eines vielfältigen, lückenlosen Systems von Droh- und Vergeltungsmitteln. Die daraus folgende Ideologie des "Veraltens" der militärischen Ausrüstung liefert die Rechtfertigung für beständige immense Investitionen in militärischer FE und in der Rüstungsproduktion selbst.

FE liefert also notwendige Voraussetzungen für Neuinvestitionen auf militärischem Gebiet, und erfüllt somit die Funktion, systematisch Produktionspotentiale für gesellschaftlich nützliche Güter zu vernichten. Durch diese Ausgaben wird entsprechend dem Konjunkturzyklus ein erheblicher Stabilisierungseffekt der kapitalistischen Wirtschaft erreicht, da Rüstungsausgaben unabhängig von der Konsumkraft der Massen sind. (2)

Außer diesen allgemeinen Vorteilen, bzw. Notwendigkeiten für alle Kapitalisten, ergeben sich für einzelne noch besondere Vergünstigungen: Die staatlichen Ausgaben für FE lösen für die einzelnen Konzerne das Problem "der existenznotwendigen, aber mit hohen Risiken belasteten teuren Forschungs- und Entwicklungsarbeiten. (...) Das 'unternehmerische Risiko' wird auf diese Weise auf den Steuerzahler abgewälzt, während die Unternehmen einmal die meist überdurchschnittlichen Profite aus den staatlich finanzierten Rüstungsaufträgen privat einstreichen und zum anderen als 'Abfallprodukt' noch einen großen Teil ihrer zivilen FE finanziert bekommen." (3) Wie groß dieser Teil relativ auch immer sein mag, auf jeden Fall ist es ih-

nen möglich, Extraprofite zu machen.

Wie auf kaum einem anderen Wissenschaftsgebiet wird der Anspruch von der 'Freiheit der Wissenschaft' oder gar der Ideologie von der 'Wissenschaft um der Wissenschaft willen' bei der militärischen Forschung und Entwicklung ad absurdum geführt, und zwar umso deutlicher, als sichtbar wird, daß die FE nur für eine Minderheit von Kapitalisten von Vorteil ist, obwohl die FE zum größten Teil gesellschaftlich finanziert wird; gleichwohl orientiert sich der wissenschaftlich-technische Fortschritt nicht an den Bedürfnissen der lohnabhängigen Massen, allein die Profitinteressen der Privateigentümer an Produktionsmitteln bestimmen den Charakter der Forschung. Begünstigt wird dieser Umstand durch die militärisch legitimierte Geheimhaltung, die die Kontrolle der Profite fast unmöglich macht.

Kriegsforschung in der BRD (4)

Schon zu Beginn der 50er Jahre wurde von breiten Kreisen der Industrie nicht nur die allgemeine politische Zielsetzung der Wiederaufrüstung begrüßt, vielmehr erhofften sich besonders die Elektro- und später auch die Luft- und Raumfahrtindustrie die Finanzierung und Organisation des technischen Fortschritts, auf den sie bereits in dieser Zeit außerordentlich stark angewiesen waren. Zu diesem Zeitpunkt waren auch schon in verschiedenen Industriebereichen und Hochschulinstituten die "Größen" aus der faschistischen Kriegsforschung und -produktion zusammengekommen. Diese fielen jedoch im nationalen Rahmen nicht ins Gewicht, da der Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie vorerst nicht geplant war; — vielmehr Rüstungskäufe im Ausland vorgesehen waren.

Spielten also Fragen der 'Verteidigungsforschung' bis etwa 1956 noch keine konkrete Rolle, so änderte sich dies mit dem neuen Konzept einer technologisch hochstehenden Armee. Dies entsprach in großen Zügen den Interessen der Industrie, die in dieser Zeit vornehmlich an qualitativer Rüstung interessiert war. (5) Wie die Kriegsforschung durch staatliche Gelder angekurbelt wurde, zeigt sich am deutlichsten in den Ausgaben des BMVtg:

1955	1,0	0,1	1963	547,9	32,1
1956	9,0	5,2	1964	649,2	31,8
1957	31,9	9,5	1965	704,2	31,6
1958	111,2	20,5	1966	760,6	28,1
1959	155,8	24,1	1967	968,9	28,3
1960	182,9	29,7	1968	985,3	27,8
1961	381,0	35,8	1969	1070,9	26,2
1962	410,3	28,7			

Wissenschaftsausgaben des BMVtg 1955-1969 an die Wirtschaft in Mio DM und in % der Gesamtaufwendungen des Bundes für Wissenschaft.

Die Gelder verteilen sich wie folgt:	
Hochschulinstitute:	26 %
'freie' Forschungsinstitute (z.B. Deutsche Forschungsges., Max Plank Institute):	30 %
Industrie	43 %

Diese Ausgaben des BMVtg umfassen jedoch nicht alle Gelder, die in der BRD Kriegsforschung ermöglichen. So kommen noch NATO und die US-Militärs als Auftrags- und Geldgeber hinzu.

Die staatliche Organisation der militärischen FE ist sehr straff gegliedert. Wichtigst (und auch größte) Abteilung des BMVtg ist die Abteilung T (Wehrtechnik), die alle "Militärischen Forderungen an das Material" ausarbeitet und die ausgearbeiteten Aufgabenstellungen dem "Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung" (BWB) übergibt. Beide (BWB und Abtg. T) unterhalten formelle und informelle Beziehungen zu einzelnen Ministerien, Wissenschaftsorganisationen, Rüstungsindustrie, NATO. Die Kooperation des BMVtg mit der Industrie geschieht über die Arbeitsgruppen des verteidigungswirtschaftlichen Ausschusses im BDI und die Ausschüsse und Beiräte seiner Mitgliedsverbände.

Zur Zeit wird eine Neugliederung dieser Ämter durchgeführt. Dabei werden die Abteilungen Wehrtechnik und Verteidigungswirtschaft jetzt zu einer Hauptabteilung "Rüstung" verschmolzen. Das BWB erhält den Namen "Rüstungsamt", die Zahl der dort beschäftigten Angestellten wird von 12 000 auf 20 000 erhöht; außerdem erhält diese Behörde Entscheidungsbefugnisse. Wichtigste Neuerung aber ist die Einführung der Mitbestimmung der Führungskräfte von Heer, Marine und Luftwaffe bei den Beschlüssen der "Hauptabteilung Rüstung". Die Entscheidungen fällen sog. "Dreierräte", denen jeweils ein Offizier, ein ziviler Rüstungsexperte und ein Vertreter des Rüstungsamtes in Koblenz angehören. Durch diese Neugliederung sollen Fehlplanungen u.ä. in Zukunft vermieden werden. Ob dies der Fall sein wird scheint fraglich, sicher ist heute erst, daß die Zusammenarbeit mit der Industrie weiter gefestigt wird. (6)

Schließlich wären noch die Arbeitsgemeinschaft für Wehrforschung und die Arbeitsgemeinschaft für Wehrtechnik (seit 1967 "Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik" -DGW-) zu nennen. In der 1956 gegründeten DGW bildete sich eine Organisation "aus Angehörigen der ehemaligen Waffenämter, aus aktiven Soldaten und Ingenieuren der Bundeswehr, aus maßgeblichen Angehörigen der Industrie, wissenschaftlicher Institutionen sowie freier Berufe" (7), die sich "als uneigennütziger Mittler zwischen Bundeswehr, Wirtschaft und Wissenschaft" (8) verstand. Die in ihr zusammengeschlossenen Vertreter der Rüstungskonzerne, des BDI, des BMVtg der 'freien' und universitären Vernichtungswissenschaft organisierten Erfahrungsaustausche auf militärtechnologischem und rüstungspolitischem Gebiet und betreiben eine Konzeption "qualifizierter" technisch hochentwickelter Rüstung.

Die Arbeitsgemeinschaft für Wehrforschung konzentriert ihre Tätigkeit auf die Koordination vor allem geisteswissenschaftlicher Militärforschung.

Das wichtigste Zentrum der organisierten Entfaltung und Verwertung vor allem militärtechnologischer Vernichtungswissenschaft ist die Industrie. "Knapp 1 Mrd DM, also 27 bis 28 % der gesamten Wissenschaftsausgaben des Bundes flossen 1967 als auch 1968 der Wirtschaft zu. Dabei handelt es sich vor allem um wehrtechnische Entwicklungsarbeiten. (über 70%)." (9) Durch die Gelder des BMVtg wurden ganze FE-Abteilungen aufgebaut (z.B. Luft- und Raumfahrtindustrie). Waren die Entwicklungsausgaben des BMVtg in den Jahren 1959-62 noch fast zu 80% in diese Industrie

(Luft- und Raumfahrtindustrie und die mit ihr kooperierenden Industrien) geflossen, so waren 1964 schon Industriefirmen selbst mit Vernichtungswissenschaft beschäftigt.

Das Ausmaß der Kriegsforschung an den Hochschulen ist schwer einzuschätzen. Nach den Angaben des BMVtg und des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung (BMWF) arbeiten zwischen 100 und 120 Hochschulinstitute für das BMVtg. Die Schwerpunkte der FE an den Hochschulen liegen in den technischen und naturwissenschaftlichen Fakultäten, und zwar im besonderen bei Ballistik, Kernphysik, Ozeanographie, Geophysik, Energiestoffe, Werkstoffe, Elektronik einschließlich Festkörperphysik und Datenverarbeitung, Informationsforschung, Optik und Kybernetik, mathematische Planungsforschung, Luft- und Raumfahrtforschung, Chemie einschließlich ABC-Forschung. Doch auch in geisteswissenschaftlichen Fakultäten wird unter anderem für das BMVtg gearbeitet (Wehrpsychologie, Wehrsoziologie, Wehrpsychiatrie, Wehrpädagogik u.a.m.). Eine koordinierende Rolle zwischen Hochschule und Industrie nehmen die "freien" Forschungsstätten ein (ca. 75). Unter ihnen hat die Fraunhofer Gesellschaft eine zentrale Rolle, über die ein Großteil der Kriegsforschungsaufträge des BMVtg abgewickelt und mit den Wünschen der in ihren leitenden Organen sitzenden Kriegsindustrie noch einmal abgestimmt wird.

Halten wir nun schließlich noch die allgemeinen Tendenzen fest. Der Anteil der Privatwirtschaft an der Finanzierung der gesamten Forschungsausgaben der BRD fällt allmählich, wohingegen ihr Anteil am Verbrauch der aufgewendeten Mittel stetig steigt (1962 54,6%; 1967 58,9%). Die Gelder des Staates werden also in immer größerem Maße einem kleinen Kreis von Privatunternehmern zugeführt, und hier vor allem den Monopolkonzernen. Diese Konzerne (ca. 50) beanspruchen bei der Definition und Durchführung der staatlichen Forschungspolitik ein nahezu exklusives Gestaltungsrecht. Da in ihren Forschungsstätten fast ausschließlich angewandte Forschung betrieben wird, die auf direkte ökonomische Verwertbarkeit abzielt, sind sie daran interessiert, die Grundlagenforschung – bei der die Möglichkeiten gewinnträchtiger Verwertung noch nicht genau abzusehen sind – durch den Staat finanzieren zu lassen, ohne dabei aber auf Einfluß über die entsprechenden Forschungsstätten zu verzichten, da sie die Voraussetzungen für die eigene Tätigkeit liefern. Sie wollen also, wie überall, bei geringstmöglichem Risiko maximalen Profit machen.

Die Konzernforschung hatte die "sporadische Nutzung von Erfindungen durch die kapitalistisch organisierte kollektive Forschung" (10) ersetzt und das selbst finanzierte, produzierte technische Wissen sofort in den Kapitalprozeß eingeführt und damit die Richtung des FE-Prozesses direkt bestimmt. Doch nun sprengten die mit der 'Großforschung' anvisierten Projekte und ihre Durchführung die personellen, organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten privater Monopole. In dieser 'Großforschung' werden Grundlagenforschung, angewandte Forschung und technische Entwicklung in einer "höheren Stufe der Arbeitsteilung, Spezialisierung und Kooperation" (11) innerhalb des Gesamtprozesses einer langfristig arbeitenden Projekteinheit unter einem planenden Forschungsmanagement zusammengefaßt. Die Planung der weitgehend staatlich finanzierten Projekte erfolgt durch ein kombiniertes FE-Management aus Vertretern der Staats- und Industriebürokratie, das langfristige Fi-

finanzierungsprogramme durchsetzt und die Ergebnisse schließlich der von Beginn an eingeschalteten Industrie zur privaten ökonomischen Nutzung überläßt. Innerhalb weniger Jahre ist die Großforschung in der BRD zum herrschenden Produktionsverhältnis in der FE geworden. Es ist eine bekannte Weisheit, daß das Wachstum der Weltraum- und Kriegsforschung auf Kosten derjenigen Forschung und Entwicklung geht, die auf ökonomisches Wachstum abzielt; doch wird von den Befürwortern der hohen militärischen FE-Kosten oft betont, daß von der militärischen FE für die Zivilwirtschaft bedeutende Erkenntnisse, Techniken usw. verwertbar seien und genutzt würden: "Wir brauchen diese Industrie (die Rüstungswirtschaft, Der Verf.) ... deshalb, weil ihre Erkenntnisse den zivilen technologischen Standard unmittelbar befruchten." (12) Wie groß dieser Anteil der 'Abfallprodukte' relativ zur gesamten Forschung und Produktion in der BRD ist, darüber bestehen keine Angaben. Doch erscheint die allgemein hohe Bewertung des volkswirtschaftlichen Nutzens militärischer FE und der Raumforschung falsch, bedenkt man, wie viele FE-Ergebnisse schon der Geheimhaltung unterliegen. Ein weiteres Argument, das zu denken gibt, sind die Patentanmeldungen der Firmen, die militärische FE und derjenigen, die zivile FE betrieben haben. Beispiel USA: Von 1949-1959 meldeten 15 der größten FE-Auftragnehmer des Pentagon "bei einem Einsatz von 7,6 Mrd Dollar für verteidigungsbezogene FE nur 2190 Patente an.... Diese Gesellschaften gaben in der gleichen Zeit 5,8 Mrd Dollar aus eigenen Mitteln für industrielle FE aus mit den Ertrag von 23 880 Patenten." (13) Vermögen diese Zahlen über die Patentanmeldungen aus den USA auch nur quantitativ etwas auszusagen, so ist anzunehmen, daß es in der BRD ähnlich und der volkswirtschaftliche Nutzen militärischer FE sehr gering ist.

Ein Beispiel für Kriegsforschung an der Hochschule

Um die Verhältnisse, unter denen Kriegsforschung an den Hochschulen betrieben wird, klarer zu machen, soll nun an einem konkreten Beispiel die militärische Forschungstätigkeit eines Professors, seiner Assistenten und Studenten beschrieben werden. Die Darstellung beruht auf dem Bericht der Studenten (14) der TH Darmstadt und den im selben Buch veröffentlichten Akten die erst von Studenten entwendet werden mußten, um Klarheit über die Tätigkeit des betreffenden Professors zu erhalten.

Dieser Professor, Heinz Fischer, betrieb schon vor 1945 Kriegsforschung; er führte Untersuchungen auf dem Gebiete des optischen Radars für das NS-Kriegsministerium durch. Nach 1945 setzte er seine Forschung im Dienste der amerikanischen Luftwaffe (USAF) fort. 1964 verließ Fischer die USA, um an der TH Darmstadt den Lehrstuhl für Angewandte Physik zu erhalten, blieb aber immer noch Angestellter der USAF (bis 1968). Auch über diesen Zeitpunkt hinaus blieb er Air-Force Mitarbeiter über seinen Forschungskontrakt. Aus diesem Grund bekam er auch eine komplette Institutsausrüstung im Werte von etwa 500 000 DM von der Air-Force geliehen, die ausschließlich für Aufträge der Air-Force verwendet werden durfte. Die Verlegung der Geräte aus Fischers ehemaligem Institut in den USA nach Darmstadt geschah in einem längerem Zeitraum (1964-67); so daß die Arbeiten in den USA in Ruhe beendet werden konnten und es möglich war, in Darmstadt langsam einen neuen Mitarbeiterstab aufzubauen. So blieb die Kontinuität der Forschung gewahrt, wobei Fischer sich wechselweise in den USA und in der BRD aufhielt.

1968 erhielt er 22 500 Dollar Unterstützung (1969 25 000) für seinen Auftrag: Erzeugung kurzer energiereicher Lichtblitze im Nanosekundenbereich; Anwendung: optisches Radar. Auch wenn Fischer später auf die "reine Grundlagenforschung" seiner Tätigkeit verwies, die, wie auch andere, keinen militärischen Bezug erkennen ließ, so wird nicht zuletzt aus den Verlautbarungen des Department of Defense (DOD) bzw. der Einzelstreitkräfte deutlich, daß nur militärisch relevante Projekte – seien sie kurz- oder langfristiger Art – unterstützt werden. (15)

Für das DOD ergeben sich entscheidende Vorteile bei einer Auftragsvergabe ins Ausland. Ein wesentlicher ist die Kosteneinsparnis, die daraus resultiert, daß große Teile der Forschungskosten von den Universitäten oder anderen Institutionen gezahlt werden. Fischer faßt die Vorteile, die sich bei Verlängerung seines Forschungsvertrages bieten, in einem Brief an die Air Force sehr präzise zusammen:

- 1) Der Lehrstuhl arbeitet ohnehin auf dem (beschriebenen) Gebiet, wo Dr. Fischer selbst ein anerkanntermaßen führender Wissenschaftler ist.
- 2) Die Universität zahlt die Unterhaltung des Laboratoriums, sowie die Gehälter des Institutsdirektors und seiner Assistenten.
Die Universität stellt allein die Bedingung, daß die am Lehrstuhl durchgeführte Arbeit wissenschaftlichen Charakter hat und nicht durch Geheimhaltungsbestimmungen eingeschränkt wird.
- 3) Die Studenten arbeiten um ihre Examen zu bekommen ohne Gehalt, nehmen aber gern ein kleines Taschengeld entgegen.
- 4) Der Forschungsleiter, Dr. Fischer, erhält aus dem Kontrakt mit der Air-Force kein Gehalt.
- 5) Die von der Lehrstuhlsekretärin zusätzlich zu leistenden Verwaltungsaufgaben, z.B. das Schreiben von Berichten verursachen nur geringe Kosten.
- 6) Technische Nebenarbeiten können in Darmstadt wesentlich preiswerter ausgeführt werden als in den USA. (16)

Auf diese Weise konnte die Air-Force fast 50% der Kosten einsparen.

Der gesamte Ablauf der Forschung verläuft unter Kontrolle des "European Office of Aerospace Research". So muß der Forscher die USAF in genau festgelegten Abständen über den Fortgang der Arbeit unterrichten ("progress reports"). Werden diese nicht abgeliefert und akzeptiert, erhält der Forscher kein Geld. (17)

Noch mehr als der Forscher (Fischer) sind die Assistenten und Studenten der betreffenden Institute verraten und verkauft. Einmal werden sie unterbezahlt (und das auch nur, wenn die Air-Force zahlt) und zum anderen laufen ihre Verträge nur 9 bzw. 12 Monate. Selbstverständlich hat jeder Privatbedienstete "über alle Vorgänge und Einrichtungen, die ihm durch seine Tätigkeit bekannt werden, Verschwiegenheit zu bewahren," eine Verpflichtung, "die auch bei einer Lösung des Vertragsverhältnisses bestehenbleibt" (18).

Der Vertrag mit der Air-Force schließt zwar kein ausdrückliches Publikationsverbot über die Forschungstätigkeit ein, doch muß der Forscher bei einer beabsichtigten Veröffentlichung um Freigabe der Artikel nachsuchen, was Fischer in mehreren Fällen tat. (19)

Wie oben erwähnt wurde, bestand Fischers Tätigkeit hauptsächlich in der Grundlagenforschung. Doch zahlreiche Briefe Fischers legen beredtes Zeugnis für die militärische Verwertbarkeit seiner Wissenschaft ab. Er stellt selber fest, daß er einen "Höhenmesser für kurze Entfernungen" oder "Landehilfen für Hubschrauber in unwegsamem Gelände zum Beispiel" entwickeln könnte. (20) Später weist er darauf hin, daß er die Zeitmessung für ein optisches Radar einfacher und möglicherweise auch billiger lösen kann. (21)

Die Forschung am Institut für Angewandte Physik in Darmstadt diente also nicht nur den langfristigen waffentechnologischen Planungen der amerikanischen Luftwaffe, sondern war sehr wohl für die aktuelle Verwendung im militärischen Bereich zu gebrauchen.

Der Fall "Fischer" ist kein besonders hervorstechendes Beispiel für die militärische Forschung, es gibt sicherlich noch entlarvendere. Sie werden leider nur zu selten bekannt.

B+C-Waffen als Teil der militärischen FE

Zum Schluß soll noch eine kurze Übersicht über die B+C-Waffen (biologische und chemische Waffen) Forschung und Rüstung gegeben werden, da gerade hier die Perversion der Forschung in eklatanter Weise sichtbar wird. Gegenüber atomaren Waffen haben B+C-Waffen als Massenvernichtungsmittel wesentliche 'Vorteile':

- " sie sind wesentlich billiger herzustellen
- die Ausgangsprodukte sind in jedem Land vorhanden, brauchen also nicht wie etwa angereichertes Uran, eingeführt zu werden
- Forschungs- und Produktionsanlagen sind praktisch nicht zu kontrollieren
- beim Einsatz bleiben Straßen, Gebäude, Flugplätze, Hafen- und Fabrikanlagen erhalten
- außerdem ist der Wirkungsgrad der biologischen mit dem der nuklearen durchaus vergleichbar. 'Mit einer Kampfstoffmenge von 200 kg, die von einem Bomber abgeworfen werden könnte, würde unter günstigen meteorologischen Bedingungen ein Gebiet von mindestens 87 000 qkm — größer als die Fläche Bayerns — verseucht. (Der Wirkungsbereich einer 20 Megatonen A-Bombe ist 200 bis 250 qkm groß). Je nach Art der verwendeten Erreger würden 25-75% der betroffenen Bevölkerung sterben (A-Bombe: 98%). Der Angreifer kann mit entsprechendem Impfschutz oder Schutzkleidung versehen, relativ schnell in das verseuchte Gebiet einrücken, die kranken feindlichen Streitkräfte entwaffnen und das Land besetzen' (zit. nach Zeit v. 28.4.67)

Der nicht letzte, wohl aber wichtigste Grund für die B+C-Waffenforschung und Produktion besonders in den USA ist in ihrer imperialistischen Rolle als 'Welt-polizist' zur Niederschlagung von Befreiungsbewegungen zu sehen. Betrug 1951 das B+C-Waffenbudget der USA noch 57 Mio Dollar, so stieg es unter der Kennedy Regierung bis 1964 auf 157 Mio allein an Forschungskosten. Seit 1964 werden keine Angaben über die Ausgaben der B+C-Waffen mehr veröffentlicht. (nach Science 13.1.67)" (22)

Die einzelnen Kampfstoffe sollen hier nicht aufgezählt werden, die biologischen re-

krutieren sich aus etwa 160 bekannten Infektionskrankheiten. Doch die bekannten Krankheitserreger sind oft nur Ausgangsmaterial für Neuzüchtungen virulenterer und resistenterer Stämme. So ist es möglich, daß bei einer bestimmten Seuche kein Gegenmittel wirksam wird, der Gegner vollkommen vernichtet werden kann. Bei besonders hochwirksamen Kampfstoffen genügen kleinste Mengen um ganze Kontinente zu verseuchen (Zwei Fingerhüte des Botu-Linus-Toxin genügen, um die Bevölkerung halb Europas zu töten.).

"Die wirksamste Methode biologische und chemische Kampfstoffe auf die Bevölkerung eines Landes loszulassen, besteht darin, sie als Aerosole zu versprühen. Aerosole sind kleine Tröpfchen deren Größe zwischen einem und fünf Mikron (1 Mikron = ein tausendstel Millimeter). Aerosolpartikel von dieser Größenordnung brauchen ca. einen Tag bis sie aus der Luft den Boden erreichen. Z.B. benötigt ein Partikel von 0,5 Mikron Durchmesser mehr als 4 Tage um 3,5 m zu fallen. Bei einer Windgeschwindigkeit von 5km/h legt solch ein Partikel während dieser Zeit, sofern es auf kein Hindernis stößt, nahezu 480km zurück." (23)

Ein Institut für Aerobiologie wurde in der BRD durch die Flucht seines Mitarbeiters Dr. Ehrenfried Petras in die DDR bekannt. Petras (24) hatte von umfangreichen Vorbereitungen von Mikroorganismen und Toxinen (s.o.) berichtet. Nach dem Bericht wurde die Geheimhaltung aufgehoben, das Institut, soweit möglich, auf nicht-militärische Forschung umgestellt, alle Angaben dementiert, bzw. vorgegeben, die Experimente seien nur für B+C-Waffenabwehr vorgenommen worden. Bezahlt wurde und wird das Institut auch heute noch vom BMVtg. Daß der Fall des Instituts für Aerobiologie in der BRD kein Einzelfall ist, wurde auch durch die Anrufe bei einigen Professoren in Westberlin und der BRD eines "konkret" Reporters, der sich als Leiter des Referats T II 2 der Abteilung T ausgab, bestätigt: viele Professoren waren bereit, Forschungsaufträge über B+C-Waffen zu übernehmen. Weitere eklatante Fälle konnten nicht beweiskräftig genug nachgewiesen werden, da die Sicherheitsvorkehrungen sehr bald verstärkt wurden.

In der Bundeswehr wird auch an B+C-Waffen ausgebildet, und zwar nicht nur zur Vorbereitung auf mögliche B+C-Waffenangriffe, sondern auch selbst zum Angriff, wie Beschreibungen von Giftgas-Handgranaten stichhaltig beweisen. (25)

Anmerkungen

- 1 Autorenkollektiv, Research — the Key to Aerospace Superiority oder gut geforscht ist halb gebombt, reihe Wissenschaft und Kapital, Darmstadt 1970; S. 68/69
- 2 vergl. oben Teil Ökonomie und Rüstung
- 3 Autorenkollektiv, Research — the Key to Aerospace Superiority ... a.a.O. S. 70/72
- 4 Die folgende Darstellung der Kriegsforschung basiert auf den Aufsätzen von Rainer Rilling: "Kriegsforschung und Wissenschaftspolitik in der BRD (I)", in Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/1969, S. 1 272ff; "Kriegs.... (II)", in Blätter.... 1/1970 S. 52ff; "Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Pahl-Rugenstein Verlag 1970 Köln; Auf Kennzeichnung der Zitate wurde verzichtet, soweit nicht bei Rilling als Zitat.
- 5 siehe: Zur konkreten Entwicklung des Verhältnisses von Militär und Industrie in der BRD

6 vergl. Deutsche Volkszeitung Nr. 8/18 Febr. 1971
7 Wehrtechnische Monatshefte 5-6/1967, S. 199. zit. nach Rilling (I) S. 1 284
8 So das Grußwort Gerhard Schröders zur 10-Jahres-Tagung ebenda, ebenda,
9 BF III S. 155/56 zit. nach Rilling (I) S. 1 285.
10 Autorenkollektiv, Wissenschaft und Klassenkampf, Berlin 1968 S. 46, zit. nach Rilling
11 (I) S. 1 275
12 ebenda, S. 50
13 So der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Zimmermann, WuW 1/1969, S. 20 zit.
14 nach Rilling, Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, S. 195
15 H. Schumann, Der zivile Nutzen wehrtechnischer Forschung und Entwicklung, in Wk
16 11/1967, S. 568, zit. nach Rilling, a.a.O. S. 204
17 Autorenkollektiv, Research — the Key to Aerospace Superiority.... a.a.O.; Zitate werden
18 nur als solche wiedergegeben, als sie im oben genannten Buch selbst solche sind. Die Do-
19 kumenten- und Seitenangaben beziehen sich dann auf genanntes Buch.
20 vergl. Dok. 10 S. 55, Dok. 12 S. 59 und Dok. 55/2 S. 252
21 vergl. Dok. 56/10 S. 270, Dok. 17 S. 81, Dok. 16 S. 79
22 vergl. Dok. 54 clause 19/ und 3; S. 234
23 vergl. Dok. 24 S. 103 und Dok. 26 S. 111
24 vergl. Dok. 31 S. 129; Dok. 32 S. 133; Dok. 61 S. 103
25 vergl. Dok. 36/2 S. 156
26 Dok. 63/3 S. 315
27 Chemische und biologische Waffen, Projektgruppe 'Verwertung' Basisgruppe Naturwis-
28 senschaften, Tübingen 4. Auflage, S. 4/5
29 a.a.O. S. 9
30 vergl. zu diesem Fall auch: Bonn bereitet Giftkrieg vor, Staatsverlag der Deutschen De-
31 mokratischen Republik, Berlin 1969 Herausgegeben vom Ministerium für Auswärtige
32 Angelegenheiten der DDR
33 vergl. vds projektbereich Kriegsforschung info 2

POLITISCHE FUNKTION

8 Außenpolitische Funktion der BW

Seit Bestehen der BW wurde mehrmals die Strategie von BW und NATO geändert. Diese Strategieänderungen wurden in erster Linie mit militärischen (militärpolitischen) Argumenten begründet. Tatsächlich werden sie jedoch bestimmt durch eine Vielzahl von Faktoren, welche die militärischen Planungen und Entscheidungen beeinflussen.

Wichtigstes Moment für die gesamte Kapitalistenklasse ist die Erhaltung und Erweiterung der Produktion und des Absatzmarktes. Nach diesem langfristig gültigen Grundsatz muß die jeweilige Politik eines einzelnen kapitalistischen Staates unter Berücksichtigung der nationalen Interessen ausgerichtet werden. Ebenso muß sich langfristig die Militärpolitik an diesem Leitsatz orientieren, die speziellen Interessen einzelner Kapitalfraktionen (z.B. Flug- und Raumfahrtindustrie) dürfen nur bedingt wirksam werden. Bei diesen komplizierten Mechanismen (hier sehr vereinfacht dargestellt) kommt es zwangsläufig zu Widersprüchen

- zwischen nationalen und internationalen Interessen (z.B.: Rüstungskäufe Ausland-Inland, Konkurrenz bei Ausweitung des Marktes in Länder der Dritten Welt)
- zwischen einzelnen Kapitalfraktionen eines Landes
- zwischen der Politik des Kapitals und den lohnabhängigen Massen.

Entscheidend mitbestimmt wird die jeweilige Strategie und vor allem die Strategieänderung von der nationalen und internationalen Rüstungslobby. Fernerhin muß eine gewisse Eigengewichtigkeit der Militärs (Soldaten brauchen nicht zuletzt aus psychologischen Gründen immer neue Waffen) berücksichtigt werden. Schließlich orientiert sich die Militärstrategie am Verhalten des Gegners, d.h. für die BW und die NATO ganz konkret, sie orientiert sich an der Verteidigungsbereitschaft aber auch an Formen (vor allem wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern. Bestimmend für die Militärpolitik bleibt der Widerspruch zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern, oder wie Adenauer es einmal formulierte, die Sowjetunion ist der Todfeind der westlichen Welt. (1) Deshalb muß auch eine Analyse der außenpolitischen Funktion der BW und im weiteren Rahmen der NATO von diesem Widerspruch ausgehen. Dabei können einzelne Faktoren, wie sie oben allgemein aufgezeigt wurden, nicht bei der Beschreibung dieser Strategie genauer dargelegt werden, an dieser Stelle muß der Hinweis auf ihr Vorhandensein genügen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sahen sich die USA der Tatsache gegenüber, daß sich das sozialistische Lager entscheidend vergrößert hatte, und immer mehr Völker in Osteuropa und der Dritten Welt vom Joch des Kapitalismus befreit wurden. Daher wurden von den USA gewaltige Anstrengungen unternommen, gerade dies zu verhindern. So bestand nach dem Zweiten Weltkrieg das Programm der amerikanischen

Monopolbourgeoisie in der Sicherung und dem Ausbau der imperialistischen Machtpositionen der USA in mehreren Erdteilen mit dem Ziel, zur entscheidenden Hegemonialmacht aufzusteigen und mittels einer 'pax americana' die Geschichte der Welt zu dirigieren.

Erste Maßnahmen dieser globalen 'Befriedigungsstrategie' sind die Truman Doktrin 1947, die 400mill.-Dollar Lieferung an Griechenland und die Türkei und die Marshall-Hilfe, deren Zweck es war, die Erhaltung und den Wiederaufbau des westdeutschen Kapitals zu ermöglichen. Ziel des Marshall-Planes war: erstens den USA einen neuen vielversprechenden Absatzmarkt zu sichern und zweitens einen neuen Militärblock zu bilden, dessen Aufgabe es eben sein sollte, die sozialistischen Länder systematisch einzukreisen und den Vormarsch des Kommunismus durch die Politik der Stärke einzudämmen und "zurückzurollen" (roll-back).

Hauptschlachtfeld des Kalten Krieges und potentieller Hauptstoßkeil der aggressiven Oststrategie wurde Westdeutschland, dessen herrschende Kreise sich zu einem Gutteil mit der imperialistischen Politik der USA identifizierten.

Demgemäß wurden die Arbeiten für den Aufbau einer westdeutschen Armee frühzeitig vorangetrieben (vergl. Remilitarisierung...), deren außenpolitische Funktion einmal darin bestand, gegenüber dem eigenen Bündnispartner auch zu politischer Macht zu gelangen und so die Politik auf dem europäischen Kontinent entscheidend mitzubestimmen, andererseits wurde schon in der Anfangsphase die Stoßrichtung der westdeutschen Streitkräfte deutlich: Die sozialistischen Länder.

Für die Rückeroberung der "verlorengegangenen Ostgebiete" waren strategisch abgestufte Pläne vorgesehen. Einmal war vorgesehen, den sozialistischen Block durch wirtschaftliche und militärische Drohung zur Rückgabe dieser Gebiete zu zwingen (Etwa wie Hitler "Sudetendeutschland heim ins Reich holte"). Diese Strategie wird aus dem Teil einer Adenauer-Rede – auf einer CDU-Kundgebung in Heidelberg am 1. März 1952) deutlich: "Ich denke mir die Entwicklung folgendermaßen: Wenn der Westen stärker ist als Sowjetrußland, dann ist der Tag der Verhandlungen mit Sowjetrußland gekommen. Dann wird man Sowjetrußland klarmachen müssen, daß es so nicht geht, daß es unmöglich halb Europa in Sklaverei halten kann und daß im Wege einer Auseinandersetzung, nicht einer kriegerischen Auseinandersetzung, sondern im Wege einer friedlichen Auseinandersetzung die Verhältnisse in Osteuropa neu geklärt werden müssen..." (2)

Ein anderes Modell zur Rückeroberung (vor allem der DDR) ging davon aus, daß größere Teile der Bevölkerung dieser Länder dem sozialistischen Staat und der Volksregierung feindlich gegenüberstanden und daß diese bei wirtschaftlichen Engpässen u.ä. die Rekapitalisierung anstrebten. Damit dies auch tatsächlich geschehe, wurden Agenten in die SBZ/DDR eingeschleust und unterhielt die SPD ihre sog. Ostbüros (3). Die Agenten sollten dann die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu Putschen hochsteigern. Hätten diese Putsche erst einmal eine gewisse Stärke erreicht, dann sollte die westdeutsche Armee als Befreier einmarschieren (wie die deutsche Wehrmacht in der CSR, Österreich usw.).

Es braucht nicht erwähnt zu werden, daß beide Modelle miteinander verzahnt sind, und keineswegs alternativ zu sehen sind. So wird zwischen beiden auf dem Gebiet

der Propaganda kein großer Unterschied gemacht. Spezifikum der Propaganda der fünfziger Jahre war ein klerikal verbrämter Antikommunismus: So wurden in systematischer Hetze UdSSR und DDR für die Teilung Deutschlands verantwortlich gemacht, wurde versucht,

- die UdSSR als aggressiv und terroristisch darzustellen (17. Juni, 'Ungarnaufstand')
- mit der Totalitarismustheorie die sozialistischen Länder als quasi faschistisch zu kennzeichnen (rot = braun)
- das Scheitern der Planwirtschaft nachzuweisen.

Demgegenüber zeichnete man ein Bild vom Märchenland BRD, das aufgrund der "Freien Marktwirtschaft vor allem durch die individuelle Unternehmerinitiative zu "einem freien Staat in der freien Welt" (gemeint ist die Stellung der BRD im System des US-Imperialismus) ohne Meinungsterror avancierte.

Um eben diese Zustände auch in der DDR herstellen zu können, wurde u.a. die BW konzipiert und aufgestellt. Die Annexionsabsichten der BRD-Regierung werden durch die Vorbereitungen für den Tag X der "Wiedervereinigung in Freiheit" deutlich. Diese Vorbereitungen zur "Rückgewinnung" der DDR wurden vom "Forschungsbeirat" (gegründet am 24. März 1952) koordiniert. (4) Eine Unterabteilung des Forschungsbeirats, der Forscherkreis, arbeitete schon konkrete Pläne für die Wiedereinführung der kapitalistischen Wirtschaft nach der Machtübernahme aus. Diese Aktivitäten jener (Fehl) planer änderten sich auch nicht wesentlich, obwohl spätestens 1955/56 die letzten relevanten Voraussetzungen für die Annexionsstrategie entzogen wurden.

So wurde die Planung der BW mit konventionellen Waffen noch unter dem Aspekt durchgeführt, daß man die DDR relativ "friedlich" besetzen könne, d.h. man rechne nicht mit dem Widerstand der UdSSR. Dies um so mehr, da durch die atomare Überlegenheit der USA, die UdSSR quasi zum Stillhalten gezwungen war; zu dieser Zeit (bis 1956) galt für die NATO die "Strategie der massiven Vergeltung", die schon bei Kampfhandlungen mit konventionellen Waffen gegen einen NATO-Mitgliedstaat den sofortigen Einsatz von Atomwaffen vorsah, was die Vernichtung zumindestens der Bevölkerung in den großen Städten und den Industriegebieten des Feindes bedeutet hätte.

Zum allgemeinen Zusammenhang muß an dieser Stelle erwähnt werden, daß zu dieser Zeit (Mitte der fünfziger Jahre) immer offensichtlicher wurde, daß die sozialistischen Staaten kurzfristig nicht zurückerobert werden waren.

Die UdSSR hatte den Vorsprung der USA in der Atomrüstung aufgeholt und das atomare Gleichgewicht erreicht. Es zeigte sich, daß das Arrangement, das die beiden Großmächte der Anti-Hitler-Koalition getroffen hatten und das die Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären in Europa und deren Respektierung vorsah, auch von den USA eingehalten wurde (Nichteingreifen beim Aufstand in Ungarn 1956). Hinzu kam die offizielle Verkündung der These des "friedlichen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus auf parlamentarischem Wege" durch Chruschtschow auf dem 20. Parteitag 1956, für die die historisch-gesellschaftlichen Bedingungen der Entwicklung der SU die Grundlage geschaffen hatten.

Somit waren die Grundlagen für ein gegenseitiges Stillhalteabkommen geschaffen. Erste Anzeichen auf militärpolitischer Ebene war die Entwicklung der "Strategie der abgestuften Abschreckung". Nach dieser Strategie sollten die europäischen Streikräfte nur konventionelle Kampfhandlungen führen, (einen Schild gegen den "Aggressor" bilden), während die USA sich vorbehalten mit Atomwaffen (dem "Schwert") entscheidend in die Kämpfe einzugreifen. Gerade diese Vormachtstellung versuchte die BRD Ende der fünfziger Jahre abzubauen, indem sie Verfügungsrecht bzw. Mitspracherecht über den Einsatz von Atomwaffen anstrebte. Die USA behielten sich jedoch die Verfügungsgewalt über die Atomsprengeköpfe vor (die BW wurde nur mit den entsprechenden Trägerwaffen ausgerüstet), da die USA einmal die BRD nicht zur politischen Führungsmacht Europas aufsteigen lassen wollten, andererseits sie an einer Verschärfung des Kalten Krieges wegen ihres Engagements in der Dritten Welt nicht interessiert waren.

Durch die wirtschaftliche Konkurrenz der beiden Systeme auf deutschem Boden, die gezielte Abwerbung von Arbeitskräften aus der DDR, verschärfte sich entgegen den Interessen der USA der Kalte Krieg zwischen der BRD und der DDR in weite-rem Maße (1961 Mauerbau). In diesem Zusammenhang muß auch die Einführung der Strategie der Vorwärtsverteidigung (später in Vorne-Verteidigung umbenannt) für die BW ab 1964 gesehen werden. In der Vorwärtsverteidigung wird davon ausgegangen, daß vor allem die Selbstzerstörung der Bundesrepublik durch einen frühzeitigen taktischen Einsatz von Kernwaffen (5) – im Gegensatz zum amerikanischen Konzept der "beweglichen Erwidern" – zu verhindern sei, dem Gegner keine Zeit für konventionelle Operationen zu lassen sei, und deshalb BW- und NATO-Einheiten unmittelbar an die Staatsgrenzen der DDR und der CSSR verlegt wurden.

Erst im Jahre 1967 konnten die USA ihr Konzept der "flexible response" (bewegliche Erwidern) auch formal für die NATO durchsetzen (schon 1962 war das strategische Konzept der umgekehrten "Schwert-Schild-Strategie" eingeführt worden.) (6) Erstmals ging die NATO davon aus, daß ein massierter Überraschungsangriff aus dem Osten auszuschließen sei, auf jeden Fall aber mit einer längeren Vorwarnzeit zu rechnen sei. Die Kampfhandlungen gegen den Gegner legt die "Flexible Response" in drei Phasen fest. In der ersten Phase soll dem Gegner nur mit konventionellen Waffen entgegengetreten werden, in der zweiten ist der "demonstrative Einsatz selektiver Atomwaffen" (7) vorgesehen. Die dritte Phase wäre die der "atomaren Kriegführung". (8) Mit dieser Abstufung hat sich die Variationsmöglichkeit der Arten, Formen und Methoden der Kriegshandlungen verbreitert. Die Rolle der BW wurde mit der Flexible Response entschieden aufgewertet, sie bildet die Hauptstreitmacht gegenüber den sozialistischen Ländern. Gemäß dieser Strategie wurden Beweglichkeit, Feuerkraft und Stoßkraft der BW wesentlich erhöht. Im Weißbuch 70 heißt es dazu:

"Damit allerdings überlegene örtliche Kräftekonzentrationen des Gegners erfolgreich bekämpft werden können, sind hohe Mobilität der eigenen Streitkräfte und rasche Mobilisierbarkeit territorialer Reserven vonnöten, desgleichen die Fortentwicklung flächendeckender Waffen modernen konventionellen Typs." (9)

Gemäß der Globalstrategie wurde seit Bestehen der Großen Koalition eine "Entspannungspolitik" zu den Warschauerpaktstaaten betrieben, deren Ziel u.a. die Auf-

weichung des sozialistischen Bündnisses und die Isolierung der DDR war. Damit nimmt die BRD immer mehr eine Stellvertreterposition für die USA auf dem europäischen Kontinent ein und orientiert sich auf die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus auf lange Sicht.

Daran änderte sich durch den Regierungswechsel (neue SPD/FDP-Regierung) grundsätzlich nichts, Hauptziel bleibt die Beseitigung des Sozialismus. Die Regierungskoalition vertritt die Kapitalfraktion, die hauptsächlich exportwirtschaftlich orientiert ihren Absatzmarkt auch auf die sozialistischen Länder ausdehnen möchte, wozu aber eine Sanktionierung des Status quo (Anerkennung der bestehenden Grenzen) notwendig ist, dies aber nur als Durchgangsstufe begriffen wird. In einem Interview (10) sprach Brandt von der "Notwendigkeit des Durchgangs durch den Status quo".

Demgegenüber vertritt die CDU/CSU die mehr inländisch und rüstungsmäßig orientierte Kapitalfraktion. Sie verfiert eine Politik des "harten Realismus", die darauf beruht, daß man die Machtmittel zur Erhaltung und Ausweitung der imperialistischen Herrschaft nicht aus der Hand geben dürfe.

Anmerkungen

- 1 siehe: Dokumentation zur Geschichte der Wiederaufrüstung der BRD Köln 1962, S. 64
- 2 Bulletin...vom 4.III.1952 zit. nach Dokumente..., a.a.O. S. 61f.
- 3 Von den Mitarbeitern dieser Ostbüros wurden Widerstandshandlungen vorgenommen und wurde Spionage betrieben. Die Zahl der verurteilten Mitarbeiter schätzt die SPD auf 10-12 000; vergl. FR vom 18.5.1971
- 4 vgl. Karl Heinz Roth, Invasionsziel DDR, Hamburg 1971, S. 17ff.
- 5 Im Weißbuch 1970 Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr, im Auftrage der Bundesregierung herausgegeben vom Bundesminister der Verteidigung, Bonn 1970 heißt es dazu rückblickend (S. 27): "In Mitteleuropa wäre jedoch eine ausgedehnte taktisch-nukleare Kriegführung gleichermaßen vernichtend wie ein strategisch nuklearer Konflikt."
- 6 Nach dieser Strategie stellten die Landstreitkräfte (mit taktischen Kernwaffen ausgerüstet) das "Schwert" dar. Diese Kräfte sollten in der Lage sein, unter dem Schutz des amerikanischen Kernwaffen"schildes", Kampfhandlungen gegen die sozialistischen Länder führen zu können.
- 7 Ludwig Nau, Auftrags- und Strukturwandel der BW, in Frankfurter Hefte 25 Jg. Heft 5, Mai 1970
- 8 siehe auch "Statt eines Vorwortes"
- 9 Weißbuch 70 a.a.O. S. 29
- 10 In einem Interview mit dem "Corriere della Sera" am 21.11.1970 zit. nach Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 24.11.1970, Nr. 162, S. 1717

9 Die Bundeswehr als direkte Repressionsgewalt des kapitalistischen Staates (NS-Armee).

„Die Herstellung einer inneren Front ist genau so wichtig wie die Herstellung der äußeren Front“. Konrad Adenauer 1951 (1)

In dem historischen Überblick haben wir den Prozeß der Remilitarisierung der Bundesrepublik verfolgt, haben gesehen, wie das Gesetz zur Wiedereinführung der Wehrpflicht vom 19.3.1956 gegen den Widerstand der demokratischen Öffentlichkeit, der Gewerkschaften und der oppositionellen SPD durch den Bundestag gejagt wurde.

Die Herstellung der inneren Front zeigt nun im äußeren Ablauf, nämlich im Ableugnen bereits existierender Vorbereitungen und im Durchpeitschen von Gesetzesvorlagen, die der Öffentlichkeit in ihrer Tragweite größtenteils unbekannt waren, erstaunliche Parallelen zur Wiederbewaffnung.

Der Ort, an dem die obige Äußerung Konrad Adenauers fiel – auf einer Kundgebung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie – zeigt eindeutig, für wessen Interessen „äußere“ wie „innere Front“ errichtet werden sollten. Galt die äußere Front der Absicherung des kapitalistischen Systems gegen das als aggressiv ausgegebene sozialistische Lager, so richtete sich die „innere Front“ gegen all jene, die bestehende, von ihren Apologeten als schon demokratisch begriffene Gesellschaftsordnung ändern wollten, vor allem also gegen die organisierte Arbeiterschaft. Frühe Äußerungen führender Politiker weisen deutlich darauf hin, daß das Problem des sogenannten „inneren Notstandes“ vor allem das Streikrecht der Gewerkschaften betrifft. So sagte der damalige Bundesinnenminister Schröder 1960 in einer Sitzung des Innenausschusses auf die Frage, was er unter innerem Notstand verstünde, folgendes: „Dann lesen Sie doch einmal die Rede, die der Vorsitzende der IG Metall vor einigen Tagen gehalten hat, dann wissen Sie, was wir darunter verstehen.“ Brenner hatte gesagt: „Wir werden nicht vor der Anwendung des politischen Streiks zurückschrecken, wenn es gilt, die Demokratie zu verteidigen“. (2)

Schröders Nachfolger Höcherl erklärte 1962, daß Streiks, durch die Versorgungsschwierigkeiten auftreten (bei welchen Streiks entstehen keine Versorgungsschwierigkeiten irgend welcher Art? d.V.), von dem sonst zugesicherten Streikschutz ausgenommen seien. (3)

Schröders erster Entwurf, mit dessen Ausarbeitung bereits 1957 begonnen worden war, fiel zwar 1960 im Bundestag durch, doch bekannten sich damals alle im Parlament vertretenen Parteien, also auch die SPD, zu der „Notwendigkeit“, das Grundgesetz durch zusätzliche Notstandsregelungen zu ändern. Schröder hatte seinen Entwurf folgendermaßen gekennzeichnet: „Mein Notstandsgesetz hat zwei Artikel. Artikel 1: Der Notstand ist die Stunde der Exekutive. Artikel 2: Das Gesetz tritt mit seiner Verabschiedung in Kraft.“ (4)

Auch der nachfolgende Innenminister Höcherl hielt an der Idee eines pauschalen Ermächtigungsartikels für die Regierung fest. Da auch dieser Entwurf auf den Wider-

stand der SPD stieß, hatte sich doch kurz zuvor die Spiegelaffäre abgespielt, wurde er dem Rechtsausschuß zur Überarbeitung überwiesen. Die Parteiführung der SPD verweigerte jedoch unter dem Druck der Öffentlichkeit, nachdem sie zuerst geschwankt hatte, auch diesem Entwurf ihre Zustimmung (1965). Bei dieser Gelegenheit wurden jedoch mit einfacher Mehrheit die sieben sogenannten „einfachen“ Notstandsgesetze verabschiedet, deren Attribut „einfach“ nicht „über das wahre Ausmaß an Freiheitsbeschränkung und autoritärer Staatsgewalt hinwegtäuschen“ (5) darf, das sie mit sich bringen.

Die vier Sicherstellungsgesetze aus diesem Gesetzespaket regeln mit peinlicher Akribie alle Wirtschaftsvorgänge von der Gewinnung der Rohstoffe bis zur Verteilung der Fertigprodukte an den Verbraucher, während die drei Schutzgesetze sich, wie der „Spiegel“ schreibt, „zur Karikatur eines Luftschutzbürgers (zusammenfügen), der Feuerpatsche, Schutzhelm und Asbestanzug, aber auch Eichhörnchenvorrat, Sandeimer und Handspritze allzeit in seinem Spind bewahrt und sich in regelmäßigen Abständen zu Luftschutzübungen einzufinden hat“. (6)

Lediglich Geldmangel verhinderte die Verwirklichung dieser „Schutz“gesetze.

Mit dem Eintritt der SPD in die große Koalition trat die Debatte um die NS-Gesetze in eine entscheidende Phase. Nachdem mehrere inhaltlich voneinander abweichende Entwürfe vorgelegt worden waren, verabschiedete der Bundestag am 9. Mai unter heftigem Protest der außerparlamentarischen Opposition die endgültige Fassung der Notstandsgesetze, die in ihrem vollen Wortlaut erst nach ihrer Verabschiedung vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung veröffentlicht wurde.

Außer sonstigen Grundgesetzänderungen, die einzelne wesentliche Grundrechte im „Spannungsfall“ außer Kraft setzen (z.B. das Recht auf Freizügigkeit, das Recht auf Kündigung und Wechsel des Arbeitsplatzes, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis), wurde dem Artikel 87 folgende neue Fassung gegeben:

(3) Die Streitkräfte haben im Verteidigungsfalle und im Spannungsfalle die Befugnis, zivile Objekte zu schützen und Aufgaben der Verkehrsregelung wahrzunehmen, soweit dies zur Erfüllung ihres Verteidigungsauftrages erforderlich ist. Außerdem kann den Streitkräften im Verteidigungsfalle und im Spannungsfalle der Schutz ziviler Objekte auch zur Unterstützung polizeilicher Maßnahmen übertragen werden; die Streitkräfte wirken dabei mit den zuständigen Behörden zusammen.

(4) Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung kann die Bundesregierung, wenn die Voraussetzungen des Artikels 91 Abs. 2 vorliegen und die Polizeikräfte sowie der Bundesgrenzschutz nicht ausreichen, Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes beim Schutz von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer einsetzen. Der Einsatz von Streitkräften ist einzustellen, wenn der Bundestag oder der Bundesrat es verlangen.

Was steht nun konkret hinter diesen juristisch neutral klingenden Ausdrücken wie „Schutz von zivilen Objekten“ und was hat man sich unter „organisierten und militärisch bewaffneten Aufständischen“ vorzustellen? Die NATO-Stabsrahmenübung Failex 66 (7) machte es deutlich. Der damalige Innenminister Lücke (als Übungs-

Bundeskanzler) und 44 Parlamentarier als Notparlament (gemeinsamer Ausschuß) übten 4 Tage lang im Regierungsbunker in der Eifel den Notstand.

Die Manöverlage ging davon aus, daß der Feind mit "einer groß angelegten Sabotage-Weile" die Bundesrepublik "sturmfähig machen" wolle. "Ein Regierungssprecher (Ob) beklagt planmäßig, daß offenbar viele Objekte ungenügend gesichert seien." "Wehrkraftersetzend wirken derweil — in der Phantasie der Übungsplaner — Friedensdemonstrationen in westdeutschen Großstädten, bei denen zum Generalstreik aufgefordert wird. Ein fiktiver Zeitungskommentar (am ersten Übungstag) stimmt die versammelten Bundes-Parlamentarier ein: "Gestern protestierten sie noch sitzend vor den Kasernen unserer Streitkräfte, morgen werden sie bereits durch Sabotage unsere Soldaten hindern, ihre Heimat zu verteidigen. Es ist an der Zeit, daß diesem Treiben ein Ende gemacht wird."

"Bei Arbeiterunruhen in Wolfsburg behielt die Polizei gerade noch die Oberhand. Aber am vierten Übungstag verlangen immer häufigere wilde Streiks (beobachtet vom Verfassungsschutz, der aber nicht zum Einschreiten befugt ist) nach gesetzlicher Maßregel." (8)

Der Spiegel schreibt weiter: "Wohl kaum je war eine Manöverlage so sehr den Wünschen der Initiatoren angepaßt wie die Notstandsübung im Eifelbunker. Die Notstandsplaner des Lücke-Ministeriums nannten sie ein 'Geschenk des Himmels' ". (9)

Diente dieses Manöver durch die Wahl der Manöverlage hauptsächlich der Beeinflussung der Abgeordneten im Sinne der NS-Gesetze, so praktizierte die Bundeswehr bereits Monate vorher in Planspielen namens "Fuchsjagd" den inneren Notstand. "Lehrer der Bundeswehr-Schule für Psychologische Kampfführung im rheinischen Euskirchen reisen seit drei Monaten von Garnison zu Garnison und unterweisen die Offiziere in der Kunst, mit militärischen Mitteln gegen zivile Demonstranten einzuschreiten." (10)

"Im Verlauf der "Fuchsjagd" üben die Soldaten: den Einsatz einer Bundeswehreinheit zusammen mit Polizei und Bundesgrenzschutz gegen "Banden"; den taktisch richtigen Einsatz eines Panzergrenadierzugs mit Schützenpanzerwagen gegen Demonstranten, die ein Kreiswehrrersatzamt gestürmt haben; Maßnahmen gegen Demonstranten, die vor einer Kaserne durch Sitzstreik die Ausfahrt blockieren; erste Maßnahme: dreimalige Lautsprecheraufforderung zum Räumen, letzte Maßnahme: Einsatz von Tränengas." (11)

Über die fehlende rechtliche Grundlage brauchen sich die Soldaten keine Gedanken zu machen, sie wird ganz einfach mit den Worten hergestellt: "Bei diesem Planspiel wird vorausgesetzt, daß die Notstandsgesetzgebung vom Bundestag bereits erlassen worden ist." (12)

Berichte verschiedener Wehrpflichtiger schildern außerdem, wie in ihren Einheiten der Einsatz gegen demonstrierende Studenten oder streikende Arbeiter geübt wurde, teils schon vor, teils nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze (siehe die entsprechenden Berichte in PARDON-Soldatenzeitung und in KONKRET).

Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer, deren spezielle Motivation der

Einsatz der Bundeswehr im Inneren war, wurden abgelehnt. Eine Ausnahme bildete der Fall des Oberleutnants Hans-Werner Roth, des bisher ranghöchsten Kriegsdienstverweigerers, der, nachdem er wegen der Notstandsgesetze seine Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer beantragt hatte, ohne Vorfragen anerkannt und aus der Bundeswehr entlassen wurde, um Aufsehen zu vermeiden. (13)

Als Zugeständnis an die Gewerkschaften und deren Abgeordnetenflügel in der SPD wurde der Artikel 9 Absatz 3 durch folgenden Satz ergänzt: "Maßnahmen nach den Artikeln ... 87a Abs. 4 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden." Abgesehen davon, daß diese Formulierungen wegen ihrer Unbestimmtheit wohl jeder Interpretation Raum lassen, liegt der Umkehrschluß nahe, daß gegen alle Arbeitskämpfe, die nicht "der Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen" dienen (also Streiks, die politisch begründet sind), selbstverständlich "Maßnahmen" nach den obigen Notstandsartikeln unternommen werden können, wobei die Skala dieser "Maßnahmen" von Arbeitsverpflichtung über den Einsatz von Polizeikräften anderer Bundesländer bis zum Einsatz des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr reicht.

Mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze haben sich das Kapital und seine parlamentarischen Handlanger das Instrumentarium geschaffen, offen in Klassenauseinandersetzungen einzugreifen, oppositionelle Bewegungen zu unterdrücken und so auch in Phasen ökonomischer Krisen den Kapitalverwertungsprozeß zu sichern. Die Funktion dieser formal-legalistischen Absicherung der Rolle des Staates als Instrument zur Herrschaftssicherung des Kapitals beim jetzigen Stand der Klassenkämpfe, wo natürlich ein direktes Eingreifen der staatlichen Repressionsgewalt nicht zu erwarten ist, muß in der prophylaktischen Einschüchterung und latenten Bedrohung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen gesehen werden. Deutlich wird dies durch den konkreten historischen Hintergrund, den man berücksichtigen muß, will man sich die Eile erklären, mit der die Notstandsgesetze durch die Gesetzgebungsinstanzen gejagt wurden, nachdem man sie ein Jahrzehnt lang vor sich hergeschoben hatte, nämlich die stärkste Krise des westdeutschen Kapitalismus nach dem Krieg und das daraus entstandene Wiederaufbrechen schärferer Klassenauseinandersetzungen.

Anmerkungen:

- 1 zit. nach Karsten Kullmann, zum heutigen Stand und zur Entwicklung des betrieblichen Objektschutzes als Teil der "Inneren Verteidigung" in der BRD, Blätter...Jg. 14, Nr. 10, S. 1 073
- 2 Jürgen Seifert, Gefahr im Verzuge, Frankfurt 1963, S. 32
- 3 ebda., S. 32
- 4 SPIEGEL, Jahrgang 22, Nr. 23, 3.Juni68, S. 26
- 5 SPIEGEL, Jahrgang 21, Nr. 46, 6.Nov.67, S. 41
- 6 ebda., S. 42
- 7 siehe "statt eines Vorwortes"
- 8 alle Zitate ebda. S. 34
- 9 ebda., S. 36.

RUSSISCHE KORRESPONDENZ

POLITLADEN-REPRINT NR.9

ERSCHIENEN 1920 - 1922.
3.850 SEITEN IN 6 BÄN-
DEN.

KARTONIERT, KLEBEBINDUNG

PREIS NACH UMFANG, AUF-
LAGE UND FARBREPRODUK-
TIONEN ZWISCHEN 15,00
UND CA. 25,00 DM (fPfr)
PRO BAND.

ISBN 3-920531-16-7
(GESAMTWERK)

IN ALLEN
LINKEN
BUCHHAND-
LUNGEN
ODER PER
POST DURCH:

Buchhandlung und Verlag
POLITLADEN GMBH
D-8520 Erlangen
Hindenburgstr. 17 - Tel. (09131) 25743



9a Werksebstschutz

“Die hätte doch ruhig schießen sollen, einen totschießen, dann herrschte wenigstens wieder Ordnung.”

Äußerung Fritz Bergs, des damaligen Präsidenten des BDI und Vorsitzender des verteidigungswirtschaftlichen Ausschusses des BDI über eine Unternehmersfrau, die während der Septemberstreiks 1969 mit einer Pistole bewaffnet vor ihrem Privathaus streikenden Arbeitern entgegnetrat. (1)

Der Journalist Günter Wallraff erhielt 1967 von einem Gewerkschaftsfunktionär die Information, daß in einigen Großbetrieben paramilitärische Verbände als Werksebstschutzeinheiten aufgestellt würden. Als er diesen Hinweisen nachging und beim Innenminister und den ihm genannten Betrieben telefonisch Erkundigungen einzog, wurde ihm beteuert, daß man überhaupt nicht daran denke, derartige Einheiten aufzustellen. Außerdem gebe es dafür keine gesetzlichen Grundlagen. Wallraff, mißtrauisch geworden, rief wenig später mit verstellter Stimme bei denselben Werken an und stellte sich als Ministerialrat Kröver aus einem (nicht existierenden) “Zivilschutzausschuß beim Bundesinnenministerium” vor.

Auf dieselben Fragen wurde ihm nun geantwortet, daß “alle Vorbereitungen getroffen” seien, daß hauptsächlich Angehörige des Werkschutzes und der Werksfeuerwehr ausgebildet und bewaffnet seien, daß die Waffen auch bei Streiks ausgegeben würden. Ihm wurde ferner mitgeteilt, daß die Selbstschutzübungen noch unter “Werkschutz” und “Feuerwehrhilfsdienst” getarnt laufen müßten, daß aber regelmäßige Übungen stattfinden würden und daß enge Kontakte mit der Kriminalpolizei, dem Verfassungsschutz und dem Militärischen Abschirmdienst bestünden.

Als Ergebnis dieser aufsehen erregenden Reportage, die zum ersten Mal Einzelheiten über die streng geheimen und bis dahin immer bestrittenen Selbstschutzvorbereitungen an die Öffentlichkeit dringen ließ, leitete die Staatsanwaltschaft ein Verfahren ein. Jedoch nicht gegen die Notstandsplaner in den Betrieben, sondern gegen Günter Wallraff – wegen Amtsanmaßung. Mit diesem juristischen Trick wurde vermieden, auf den Inhalt von Wallraffs Ermittlungen einzugehen, da nur die Form dieser Recherchen Gegenstand der Anklage war. Das Verfahren wurde dann wegen “Tatbestandsirrtum, der den Vorsatz und eine Bestrafung wegen Fahrlässigkeit” ausgeschlossen. (2)

Wallraffs Reportage deckte Praktiken auf, die wohl nur die Spitze eines Eisberges sein dürfte. Die enge Komplizenschaft von Staat und Industrie, die schon daraus hervorgeht, daß alle betreffenden Werkschutzleiter es als selbstverständlich empfanden, vom “Zivilschutzausschuß” angerufen zu werden und mit “Ministerialrat Kröver” über ihre illegalen Notstandsvorbereitungen zu plauschen, hat es bisher vermocht, alle Maßnahmen zur Vorbereitung für “was Größeres” (so Werkschutzleiter Rose von Henschel) (3) zu verheimlichen, so daß nur spärlich Informationen nach außen dringen.

Bereits um 1900 wurden “industrielle Schutzvereinigungen” gegründet, die in späteren Jahren, vor allem aber während des Ersten Weltkrieges, hilfspotizeiliche Funk-

tionen übertragen bekamen. In der Bundesrepublik besteht seit 1951 die "Gemeinschaft zum Schutze der deutschen Wirtschaft" (GSW), die vom BDI, der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeber (BDA) und vom Deutschen Industrie- und Handelstag gegründet worden war. "Die GSW vermittelte unter anderem Kontakte für die waffentechnische Ausbildung der Werkschutzmänner sowie zu staatlichen Nachrichtendiensten, zur Polizei, zum Bundesgrenzschutz und zur Bundeswehr, und sie besorgte die ideologisch-politische Schulung zumindest der Werkschutzkader." (4) Die GSW wurde 1968, nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze, aufgelöst, um neuen Landesorganisationen Platz zu machen, die auf Grund ihrer stärkeren Betriebsbezogenheit und daher breiteren Basis den "gesteigerten Anforderungen" (5) besser gerecht werden sollen. So soll z.B. in Bayern bis zum Ende dieses Jahres eine "Organisation zur Sicherheit in der Wirtschaft" aufgebaut werden, deren Aufgabe es sein wird, "in Lehrgängen und Seminaren über die Erscheinungsformen der Werkspionage und subversiven Tätigkeit sowie über die Möglichkeiten ihrer Bekämpfung aufzuklären." (6) Das Land Bayern will für diese Werkschutz-Dachorganisation jährlich eine Million Mark als staatlichen Zuschuß ausgeben. Alle "lebensnotwendigen und verteidigungswichtigen" Betriebe sollen darin aufgenommen werden.

Der Werkschutz, der in einen "Ordnungsdienst" (entspricht der Schutzpolizei) und in einen Ermittlungsdienst (entspricht der Kriminalpolizei) gegliedert ist, hat durchschnittlich eine Stärke von etwa einem Prozent der Belegschaft. Außerdem versieht er noch die Funktion des Katastrophen- bzw. des Luftschutzes. In diesem Punkt überschneiden sich seine Aufgaben mit denen der Feuerwehr, die in manchen Betrieben auch den Werkschutz besorgt.

Selbstschutz bedeutet nun, daß der Werkschutz ausgesuchte Teile der Belegschaft für den Einsatz bei "akuter Gefahr" ausbildet, worunter sowohl Kriegs- und Spannungsfall als auch Katastrophen im Frieden verstanden werden. Der Werkschutz ist dabei dem Betriebs- oder Werkseilbstschutz übergeordnet und fungiert als befehlsgebende Einheit.

Werkschutz, Werkseilbstschutz, Betriebseilbstschutz und Katastrophenschutz, die oftmals auch personell ineinander verflochten sind, werden für den Ernstfall "zu einem unauflösbaren Geflecht verknötet" (7) und zu einem Instrument der Zivil- und Gesamtverteidigung. So steht zum Beispiel in der Broschüre des BDI "Erste Empfehlungen für planerisch-organisatorische Vorbereitungen in den Betrieben zur Herstellung der zivilen Verteidigungsbereitschaft", daß die Ausbildung des Selbstschutzes nötig sei "zur Verstärkung der Bundeswehr, Polizei und Luftschutzhilfsdienstes." (8)

All diesen Organisationen ist als oberste Funktion gemeinsam die Sicherung der innerbetrieblichen Herrschaftsverhältnisse. Durch permanente politische Bespitzelung (9) und durch die quasi kriminalpolizeiliche Funktion (im Rahmen der Betriebsjustiz) des Werkschutzes werden den Arbeitern ständig die wahren Machtverhältnisse und damit die Grenzen ihres Freiheitsspielraumes gezeigt.

Anmerkungen:

- 1 zit. nach Spiegel, Nr. 39/1969, S. 67
- 2 Die Reportage ist abgedruckt in: Pardon, VI, Nr. 6 (Juni 67) S. 11ff.
- 3 Pardon, a.a.O., S. 49
- 4 Karsten Kullmann, Zum heutigen Stand und zur Entwicklung des betrieblichen Objektschutzes als Teil der "Inneren Verteidigung in der BRD, in: Blätter, XIV (1969), Nr. 10, S. 1 071
- 5 Bericht des DIHT 1968, zit. nach Kullmann, a.a.O., S. 1 072
- 6 Frankfurter Rundschau, 5.April 1971. Siehe auch Metall, Nr. 8/71
- 7 Kullmann, a.a.O., S. 1 072
- 8 zit. nach Pardon, VI (1967), Nr. 7
- 9 Beispiele dafür in Wallraff, a.a.O. und in Zeit, XXV (1970), Nr. 44, S. 18

Unter dem Banner des MARXISMUS

1925 — 1936

5.200 Seiten in 7 Bänden

KOMPLETTE REPRINTAUSGABE

Offsetdruck, Klebebindung, kartoniert

1. Jahrgang, Nr. 1, März 1925 bis
10. Jahrgang, Nr. 1, Februar 1936

Erschienen in Wien/Berlin, später
Moskau, später Moskau/Leningrad

188,00 DM

Buchhandlung und Verlag
Politladen GmbH
852 Erlangen, Hindenburgstraße 17



Nachdem es der westdeutschen Kapitalistenklasse gelungen war, mit Hilfe der Westmächte und der bürgerlichen Parteien ihre Herrschaft über die Katastrophe des Faschismus und Kriegsendes hinweg zu behaupten, wurden schon bald nach dem Kriege die ersten Stimmen laut, sich nun auch wieder – im Bündnis mit den westlichen Alliierten – eine Armee zuzulegen. Dies entsprach sowohl den Interessen der kapitalistischen Großmächte, die das Potential an Menschen und ökonomischen Kapazitäten Westdeutschlands dem Kampf gegen den sich ausbreitenden sozialistischen Block eingliedern wollten, als auch dem Interesse des westdeutschen Kapitals, das seine Herrschaft im antikommunistischen Kampf und im militärischen Bündnis mit den anderen kapitalistischen Mächten abzusichern trachtete. Dieses Interesse war eindeutig stärker als gewisse ökonomische Hemmnisse gegen eine schnelle und erhebliche Aufrüstung, die von einzelnen Sprechern des Kapitals hervorgehoben wurden.

Die in Form der CDU/CSU und ihrer bürgerlichen Anhängsel wieder zur Macht gelangte herrschende Klasse in Westdeutschland schuf sich also mit der Bundeswehr ein Machtinstrument, um das kapitalistische System der Bundesrepublik vor der vermeintlichen Bedrohung aus dem Osten und vor der sozialistischen Bewegung im Innern zu schützen.

Das Verhältnis der Bundeswehr zu den politischen Parteien richtete sich also bei ihrer Gründung danach, inwieweit diese dem antikommunistischen und antisozialistischen Weltbild entsprachen, unter dem die Soldaten angetreten waren, inwieweit sie bereit waren, sich aktiv am Kalten Krieg zu beteiligen. Die Bundeswehr fand so in den antikommunistischen, antisozialistischen bürgerlichen Parteien, die die Regierung stellten und denen sie ihre Existenz zu verdanken hatte, über Jahre hinaus ihre natürlichen Verbündeten. Sie verstand sich als der militärische Garant des kapitalistischen Wirtschaftssystems, was allerdings bei vielen Soldaten eingehüllt war in die allgemeine Ideologie der Freiheitsideale der westlichen Demokratien. Einer der im Verhältnis zu den anderen führenden Soldaten Fortschrittlichsten, Wolf Graf Baudissin, schrieb im Februar 1955: "Der deutsche Soldat muß sich dessen bewußt sein, daß er nicht nur das eine oder andere politische System verteidigt, sondern eine Lebensform" – womit er dem deutschen Soldaten gleich zu Anfang wieder so etwas wie eine höhere Mission mitgab. (1)

1. Die CDU-Armee

Zu Beginn des Aufbaus der Bundeswehr war die Schulung der Soldaten unter dem Druck einer aufrüstungsfeindlichen Öffentlichkeit weitgehend an dem von einigen liberalen Offizieren entworfenen Idealbild des "Staatsbürgers in Uniform" orientiert. Das änderte sich etwa 1957, also mit der Übernahme des Verteidigungsministeriums durch Franz Josef Strauß. Von nun an trat an die Stelle eines langfristigen, am Ideal der liberalen Demokratie orientierten Erziehungsdenkens (das natürlich auch streng antikommunistisch ausgerichtet war, aber immerhin den aufgeklärten, mündigen und toleranten Staatsbürger zum Ziel hatte), eine Strategie der psychologischen Rüstung, die einzig und allein aus antikommunistischer Indoktrination bestand.

Der Antikommunismus wurde zur entscheidenden Triebkraft, mit deren Hilfe die politische und militärische Führungsspitze die Wiedererweckung der alten, obrigkeitstaatlichen Traditionen des deutschen Soldatentums betrieb. Alle die Gruppen oder Parteien, die diese Entwicklung nicht befürworteten oder gar die Aufrüstung gänzlich ablehnten, wurden von dieser politisch-militärischen Führungselite als Helfershelfer des Kommunismus diffamiert – so auch die damalige Oppositionspartei SPD und ganz zu schweigen von sozialistischen Parteien und Gruppen, die damit für die Bundeswehr zum eigentlichen inneren Gegner wurden.

Die obrigkeitsorientierte, zum Teil sogar geradezu vorindustrielle Ideologie und Mentalität der Berufssoldaten führte nicht unbedingt zu sozialer Desintegration der Militärs, weil es ein erhebliches Maß an Übereinstimmung im ähnlichen Denkkategorien in der Zivilgesellschaft gab und gibt – politisch vorwiegend gebündelt in den konservativen Parteien, insbesondere der regierenden CDU/CSU. Im allgemeinen erleichtert ihr Selbstverständnis als gesellschaftsbewahrende, über den Parteien stehende Kraft den Militärs die Aufrechterhaltung einer offiziellen Parteineutralität, aber nur solange, wie sich die Parteien dem konservativen Weltbild der Militärs nicht entgegenstellen und sich ihm unterordnen. Dies war in den Anfangsjahren der Bundeswehr bei der SPD nicht der Fall, und selbst in der Zeit nach der Verabschiedung des Godesberger Programms blieb die ideologische Distanz und politische Feindschaft der Militärs zur SPD unvermindert groß und die Verbindung mit der CDU unvermindert eng.

Für die ersten Jahre kann man zu Recht von einer Identifikation der Militärs mit der CDU/CSU und einigen ihrer Vertreter sprechen. Diese haben das auch nach Kräften gefördert durch ein propagandistisches Eingehen auf die soldatische Ideologie und eine massiv parteiorientierte Personalpolitik. Einer der wichtigsten Förderer des Reideologisierungprozesses der Bundeswehr war der frühere Leiter der Personalabteilung und spätere Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Karl Gumbel. Er beförderte die konservativen Offiziere in die entscheidenden Stellen und schob die Reformen, soweit sie nicht resignierten, auf NATO-Posten im Ausland ab. Die entscheidend wichtige Stelle des stellvertretenden Personalchefs im Ministerium, die nach der damaligen Regelung einem Soldaten zustand, besetzte Gumbel mit dem früheren CDU-Landrat Brigadegeneral Karl-Theodor Molinari, der nach dem Krieg unter der Beschuldigung, an Partisanenerschießungen in Frankreich beteiligt gewesen zu sein, in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden ist. Der Nachfolger des Generals Heusinger als Generalinspekteur, der extrem konservative General Foertsch, wurde ernannt, obwohl die Sowjetunion in einer Note darauf hinwies, daß Foertsch von einem sowjetischen Militärgericht zu 26 Jahren Arbeitslager wegen Kriegsverbrechen verurteilt worden war und der Bundesregierung 1955 ausdrücklich als "Nichtamnestierter" übergeben wurde. (2) Auch der Nachfolger Foertschs, General Trettner, gehörte der konservativen Richtung an.

Die Parteifizierung der Bundeswehr am Ende der 50er und zu Beginn der 60er Jahre drückte sich deutlich in den Schulungsheften für die Soldaten aus. Die Einseitigkeit in den Heften der "Information für die Truppe" wurde zum Teil gegenüber widerstrebenden Offizieren mit massivem Druck durchgesetzt. Die "Information für die Truppe", die als wichtigstes Schulungsmaterial für die Soldaten angesehen werden

kann, hatte, besonders auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik, "den Charakter eines überparteilichen Informationsdienstes verloren und war zum bewußt eingesetzten Werkzeug der Führung" geworden, um die Truppe mit den Auffassungen des Ministers und der Generalität vertraut zu machen. (3)

Eine Untersuchung von Eric Waldmann (4) über die Parteipräferenzen der Bundeswehrsoldaten in den Jahren 1961/62 bestätigt die fast totale Fixierung auf die regierende CDU/CSU bei den Längerdienenden. Auf die Frage, welches Parteiprogramm ihren Ansichten am nächsten komme, gaben 74,6 Prozent der Offiziere die CDU/CSU an. 11,5 Prozent waren für den damals ebenfalls noch eindeutig konservativen Koalitionspartner FDP und nur eine verschwindende Minderheit von 4,8 Prozent befürwortete das Programm der SPD. Man muß dabei berücksichtigen, daß diese Befragung schon rund zwei Jahre nach Verabschiedung des Godesberger Programms stattgefunden hat. Bei den Offiziersanwärtern und den Unteroffizieren lag der CDU/CSU-Anteil ähnlich hoch wie bei den Offizieren, lediglich die Verteilung zwischen FDP und SPD verschob sich hier geringfügig zugunsten der SPD.

Strauß versuchte erst gar nicht, die CDU/CSU-Fixierung der Militärs in Abrede zu stellen, die er schließlich während seiner Zeit als Minister zielbewußt herbeigeführt hatte. Er brachte immer wieder das scheinheilige Argument vor, man könne es der Bundeswehr ja nicht verwehren, sich mit dem Verteidigungskonzept der Bundesregierung zu identifizieren. (5) Die "Bundeswehr-Korrespondenz", ein Sprachrohr der militärischen Führungsspitze, pflichtete dem – scheinbar naiv – bei: "Es gibt sachliche Einsichten des Soldaten wie z.B. die Notwendigkeit der Wehrpflicht oder die Notwendigkeit einer bestimmten Bewaffnung. Wenn sich diese Einsichten zufällig mit der Position der Regierungsparteien decken, soll der Soldat dann verpflichtet sein, 'keine Meinung zu haben', um zu verhindern, daß er als CDU-Anhänger abgestempelt wird?" (6)

Strauß sah denn auch den einzigen Ausweg aus diesem Dilemma in der Aufhebung der Parteigegensätze in der Wehrpolitik, was im Klartext eine Aufforderung an die SPD zur Anpassung an die Wehrpolitik der CDU/CSU war. (7) Solange die SPD diese Anpassung nicht vollzogen hatte, konnten die CDU/CSU und Strauß sich der Loyalität der Bundeswehr völlig sicher sein, und zwar weit über die Achtung des verfassungsmäßig gebotenen Primats der Politik hinaus. So antwortete z.B. der Generalinspekteur Foertsch auf dem Höhepunkt der Fibag-Bestechungsaffäre auf die Frage von Strauß, ob die Bundeswehr ihrem Oberbefehlshaber noch vertraue, mit einer Ergebnisadresse: "Die Bundeswehr stellt sich in voller Loyalität hinter Sie." (8) Selbst als Strauß im Verlauf der Spiegel-Affäre zum Rücktritt gezwungen wurde, verabschiedeten die Militärs den scheidenden Minister demonstrativ mit einer Abschiedsparade am 12.12.1962 auf dem Flughafen Köln-Wahn. (9)

2. Die Bemühungen der SPD um Anpassung

Eine Armee, die unter solchem ideologischen Vorzeichen entstanden ist, wie die Bundeswehr, konnte gegenüber sozialistischen Gruppen und Parteien keine neutrale Haltung einnehmen. Deshalb braucht hier auch nicht das Verhältnis der Bundeswehr zu kommunistischen und sozialistischen Gruppen außerhalb der SPD behandelt zu werden: es war von Beginn an und ist bis heute ein feindliches.

Das gleiche gilt für das Verhältnis der Bundeswehr, d.h. ihrer Führung und der Masse der Berufs- und Zeitsoldaten, zur SPD vor Verabschiedung des Godesberger Programms und danach. Die Politik der SPD, welche in der Öffentlichkeit jedenfalls noch unter dem Anspruch einer sozialistischen Zielsetzung proklamiert wurde, lief den Vorstellungen der Militärs über eine wünschenswerte innere Ordnung direkt zuwider. Es hätte wohl gar nicht der Politik des Widerstands gegen die Aufrüstung bedurft, um die SPD für die meisten längerdienenden Soldaten als potentiell und im Ziel umstürzlerische Partei erscheinen zu lassen. Erst die Verabschiedung des Godesberger Programms eröffnete die Möglichkeit für eine Revision des Verhältnisses zwischen Armee und Sozialdemokratie – auf der Basis der von der CDU und den Militärs geschaffenen Tatsachen.

Zwar sind viele der Beschlüsse von Godesberg sowohl in der praktischen Politik als auch in den Beschlüssen früherer Parteitage vorweggenommen worden, trotzdem bleibt der Godesberger Parteitag sowohl für die Partei selbst wie auch für die Öffentlichkeit – und damit auch für die Bundeswehr – der Wendepunkt in der Parteigeschichte der Nachkriegs-SPD, von welchem die entscheidende Signalwirkung für die Neuorientierung ausging. Mit der Wandlung der SPD von der (dem Anspruch nach) sozialistischen zur (offen) reformkapitalistischen Partei und der sich daraus zwangsläufig ergebenden Befürwortung des Wehrbeitrages der Bundesrepublik im Rahmen des imperialistischen Bündnisses hatte sie nicht nur ihren Frieden mit dem gesellschaftlichen System des westdeutschen Staates geschlossen, sondern auch mit dessen berufsmäßigen Verteidigern in der Bundeswehr.

Die Beschlüsse von Godesberg sind also als Wendepunkt auch für die Beziehungen zwischen der Bundeswehr und der SPD anzusehen, weil sie erst die Voraussetzungen schufen, daß Militärs und SPD zueinander in ein nichtfeindliches Verhältnis kommen konnten. Das heißt nicht, daß die Berufssoldaten und führenden Militärs ihre parteipolitische Präferenz für die CDU/CSU schon bald danach abzubauen begannen, wie sich in den Umfrageergebnissen von 1961/62 nachweisen läßt.

Noch im August 1960 schaltete sich die Führungsspitze der Bundeswehr auf Geheiß ihres Ministers aktiv in die propagandistische Bekämpfung der SPD ein, als sie die Generalsdenkschrift "Voraussetzungen einer wirksamen Verteidigung" veröffentlichte. In dieser Denkschrift wurden gerade jene beiden Punkte, die damals durch die SPD noch abgelehnt wurden, nämlich die allgemeine Wehrpflicht und die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, aufgegriffen und ihre eherne Notwendigkeit dargestellt: "Das Ja zur Landesverteidigung erzwingt das uneingeschränkte Ja zur allgemeinen Wehrpflicht." Und: "Wer eine wirksame Verteidigung will, kann sich der Notwendigkeit einer Aufrüstung der Schildstreitkräfte mit atomaren Waffen nicht verschließen." (10)

Nach Godesberg wurde allgemeinpolitisch und wehrpolitisch der Anpassungskurs der SPD konsequent fortgesetzt. Ab etwa 1960 begann die Partei sich intensiv in ihren Gliederungen mit der Bundeswehr und der Wehrpolitik allgemein zu befassen. Die ersten wehrpolitischen Tagungen wurden abgehalten, in denen man um die Sympathie der Soldaten warb, die frühere Gegnerschaft der Partei zur Aufrüstung erklärte und entschuldigte, die Schwenkung glaubwürdig zu machen versuchte. Besonders die einseitige CDU/CSU-Orientierung der Bundeswehrführung wurde immer wieder

angegriffen (11) bei gleichzeitiger Beteuerung des eigenen Wehrwillens (12). Auf Kritik gegenüber der Bundeswehr selbst wurde weitgehend verzichtet. Selbst bei der Veröffentlichung der Generalsdenkschrift griff man in einem Präsidiumsbeschluss nicht das Verhalten der Generale an, sondern "den gesetzwidrigen politischen Mißbrauch der Soldaten durch Verteidigungsminister Strauß ..." (13). Und es dauerte nicht lange, da revidierte die Partei dann auch jene von den Generalen aufgegriffenen Punkte: sie gab der Wehrpflicht ihren Segen, indem sie im Sommer 1962 einer Verlängerung des Wehrdienstes von 12 auf 18 Monate zustimmte (14) und bis 1964 machten sich die Wehrexperthen Erler und Schmidt auch die Forderung nach einer deutschen Mitverfügungsgewalt über das amerikanische Atompotential zu eigen. (15) Gleichzeitig ließ das Engagement der SPD und ihrer Wehrexperthen für die Innere Führung nach. Man versuchte sogar, der Ideologisierung der Bundeswehr dadurch Rechnung zu tragen, daß man sich ihr in öffentlichen Äußerungen anschloß. (16) So stimmte Helmut Schmidt in seinem Buch "Strategie des Gleichgewichts" dem autoritären Staatsideal der Militärs zu: "Für die breiten Massen der Bürger bleibt auch in der industriellen Massengesellschaft die Notwendigkeit zur Identifikation mit der Gemeinschaft in Staat und Nation." (17)

Bis zum Karsruher Parteitag im November 1964 hat es eine stetige Entwicklung zu immer größerer Übereinstimmung zwischen den Wehrexperthen der SPD und der Bundeswehrführungsspitze gegeben. In den Beschlüssen dieses Parteitages wurde dann die Anpassung der SPD-Wehrpolitik an die Vorstellungen der CDU/CSU und darüberhinaus an die der führenden Militärs sanktioniert und die Grundlage für die Politik der darauffolgenden Jahre gelegt. Neben den Beschlüssen zur Inneren Führung und zur atomaren Mitbestimmung (18), die keine wesentlichen Abweichungen gegenüber den Äußerungen Schmidts und Erlers aus der Zeit vor dem Parteitag enthalten, wurden in Karlsruhe Beschlüsse zur Spitzengliederung der Streitkräfte gefaßt, die den Militärs sogar noch weiter entgegenkamen als es die CDU/CSU zur damaligen Zeit tat: Das Ministerium sollte in vier Abteilungen gegliedert werden, von denen eine einen Bundeswehrführungsstab bilden sollte – eine Neuauflage des alten Generalstabs, wie ihn die Militärs schon immer gefordert hatten, nur nicht außerhalb, sondern innerhalb des Ministeriums. (19)

Es kann nur festgestellt werden, daß es nach Karlsruhe praktisch keine wehrpolitischen Differenzen mehr zwischen Bundeswehrführungsspitze und SPD-Spitze gab. Dies hatte zur Folge, daß zwar die politische Kontrolle der Bundeswehr durch die von den Unionsparteien besetzte Exekutive noch halbwegs gesichert war, daß aber die parlamentarische Kontrolle faktisch aufgehoben war.

Die Aufhebung der parlamentarischen Kontrolle durch die Oppositionspartei zeigte sich an vielen Beispielen. Sowohl nach dem Bekanntwerden der Nagold-Affaire, in der 1963 Fälle von extremer Schikane gegenüber Wehrpflichtigen bekannt wurden, als auch nach der Enthüllung der Atomminenpläne der militärischen Führung begnügte sich die SPD mit einfachen Erklärungen bzw. Dementis des Ministeriums, daß die Grundsätze der Inneren Führung noch gültig seien und Atomminenpläne nicht existierten. Noch deutlicher zeigte sich die verhängnisvolle Politik der SPD während der Heye-Affaire, als sie es nicht nur unterließ, die Kritik Heyes inhaltlich zu unterstützen, sondern sogar durch Helmut Schmidts Erklärungen in der BILD-

Zeitung an der Anti-Heye-Kampagne des Springer-Konzerns teilnahm. Der Niedergang der Institution des Wehrbeauftragten, der nach der Heye-Affaire besiegelt war, ist also zu einem erheblichen Teil auch darauf zurückzuführen, daß die SPD dieses Instrument parlamentarische Kontrolle nicht unterstützt hat.

Die SPD gab nicht nur die parlamentarische Kontrolle auf, sondern sie stellte sich bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der politischen Führung und der Generalität konsequent auf die Seite der Militärs, so wie es auch ihrem in Karlsruhe beschlossenen Programm entsprach. Besonders deutlich wurde diese Unterstützung der Militärs durch die SPD während der Generalskrise 1966, als der Generalinspekteur Trettner, der Inspekteur der Luftwaffe, Panitzki, und der Generalmajor Pape in einer konzertierten Aktion innerhalb weniger Tage zurücktraten bzw. (im Falle Panitzkis) die sofortige Versetzung in den Ruhestand durch die öffentliche Kritik an der politischen Führung provozierten. Die Aktion der Generale, bei Trettner und Pape ausgelöst durch einen Erlaß, der der Gewerkschaft ÖTV die Werbung von Soldaten gestattete, richtete sich eindeutig auf die Kompetenzverteilung innerhalb des Ministeriums und letztlich gegen die Kontrollmöglichkeit der politischen Führung über den inneren Dienstbetrieb der Bundeswehr. (20) Auch hier nahm die SPD konsequent für die Generale Stellung und gegen die politische Führung, reihte sich damit ein in die Phalanx jener Militärs und ihrer zivilen Verbündeten, die für die Soldaten schon immer einen Platz über und neben der allgemeinen staatlichen Exekutive und ganz sicher auch über dem "Parteienstreit" reservieren wollten.

Die Zeit der Großen Koalition bedeutete für die Militärs die nun auch institutionelle Aufhebung parlamentarischer Kontrolle, denn die FDP war zu schwach und ihr wichtigster Wehrexperte, Fritz Rudolf Schulz, war ein ausgesprochener Anhänger der konservativen Richtung unter den Militärs. Die SPD war durch ihre Selbstfesselung im labilen Machtgleichgewicht der Koalition gezwungen, die Ressorts der Koalitionspartei vor Kritik zu verschonen. Das gilt auch für das Verteidigungsministerium, in welchem die Militärs, insbesondere die Gruppe um die Führungsspitze des Heeres, nun im Verein mit dem CDU-Minister Schröder darangingen, die Grundsätze der Inneren Führung nun auch offiziell im Sinne der konservativen Richtung zu liquidieren und wieder jene militaristische Zucht- und Unterwerfungsideologie einzuführen, die in Reichswehr und faschistischer Wehrmacht gültig gewesen ist. In die Reihe dieser Bemühungen gehören die Affairen der Generale Grashey und Karst (der eine stellvertretender Inspekteur des Heeres, der andere Inspizient für das Erziehungs- und Bildungswesen im Heer), die öffentlich für eine Revision der Grundsätze der Inneren Führung im konservativen Sinne polemisiert hatten. Hierher gehört aber vor allem die "Schnez-Studie", die von nahezu der gesamten Führungsspitze des Heeres gemeinschaftlich ausgearbeitet und inhaltlich vertreten wurde und in der ein detailliertes Programm zur Militarisation der Gesellschaft und zur Unterwerfung der Soldaten vorgelegt wurde.

Die Kooperation und Koordination mit der CDU/CSU-Führung ist bei diesen Bemühungen leicht nachzuweisen. CDU-Minister Schröder hat schließlich die Schnez-Studie in Auftrag gegeben und eine Revision der Grundsätze der Inneren Führung in einer Rede in München angekündigt. Bundeskanzler Kiesinger tat kurz vor der Wahl in einer vielbeachteten Rede vor dem Bundeswehrverband den "Staatsbürger

in Uniform“ als Klischee ab, pries die disziplinierende Wirkung der Wehrdienstzeit auf die jungen Arbeiter und wünschte, die Bundeswehr möge wieder “eine große Schule der Nation für unsere jungen Leute“ werden. (21)

Es läßt sich also feststellen, daß während der Großen Koalition eine konkrete Kooperation der überwiegenden Gruppe der reaktionären Offiziere mit der CDU/CSU stattfand. Das gemeinsame Ziel war, den inneren Dienstbetrieb der Bundeswehr disziplinarisch zu straffen, letzte Rechte der Soldaten gegenüber ihren Vorgesetzten und dem Militärapparat insgesamt abzubauen und die Bundeswehr damit – im Einklang mit der durch die Verabschiedung der Notstandsgesetze eingeschlagenen Richtung – stärker als bisher auf den inneren Feind auszurichten.

Die SPD hat all dies stillschweigend geduldet. Das Verhältnis zwischen ihren Wehrexperten und der Bundeswehrführungsspitze kann während der Großen Koalition als zeitweilig ruhende Sympathie bezeichnet werden. Die Basis dafür lag in der konzeptionellen Nähe der Vorstellungen über die wesentlichen organisatorischen Fragen im Ministerium – und in der Gewißheit der Militärs, daß von der SPD, nachdem man während der Generalskrise sogar mit ihr kooperieren konnte, gewiß keine Kontrolle zu fürchten sei.

Die CDU/CSU-Präferenz der Masse der längerdienenden Soldaten aber war auch Ende der 60er Jahre noch ungebrochen. Noch immer betrug 1967 der Anteil der Befragten, die der CDU/CSU den Vorzug gaben, etwa 60 bis 75 Prozent. Darüberhinaus fand der allgemeine Anstieg des Rechtsradikalismus in diesen Jahren in der Bundeswehr eine überdurchschnittliche Resonanz. In der ursprünglichen Fassung der Wildenmannstudie, die nicht veröffentlicht worden ist, schätzten die Autoren das Potential der NPD in der Bundeswehr auf 20 bis 25 Prozent gegenüber 10 bis 15 Prozent in der Gesamtbevölkerung (22). Das heißt nicht, daß jeder vierte länger dienende Bundeswehrosoldat (etwa in den Landtagswahlen 1967/68 oder in der Bundestagswahl 1969) die Rechtsradikalen tatsächlich wählte oder sich selbst aktiv in ihren Organisationen betätigte. Aber die längerdienenden Soldaten weisen ein Maß an sozialer und politisch-inhaltlicher Affinität zum Rechtsradikalismus auf (z.B. der Vertriebenenanteil von 50 Prozent bei den Berufsoffizieren), so daß sie unter den Bedingungen allgemein wachsender Radikalisierung und Unzufriedenheit, zum Beispiel im Falle einer Wirtschaftskrise und sich verschärfender Klassenkämpfe, zu den Rechtsradikalen stoßen würden. Inhaltlich wurde der spezifisch soldatische Radikalismus besonders deutlich in der Polemik des Christ- und Welt-Redakteurs Hans-Georg von Studnitz “Rettet die Bundeswehr!“ (23) formuliert, die in den Offiziers- und Unteroffizierskasinos vielleicht zum meistdiskutierten und erfolgreichsten Buch des Jahres 1968 wurde.

Die schließlich veröffentlichte Wildenmann-Studie, korrigiert und geglättet, sagt dann lediglich noch aus, daß der FDP-Anteil bei den längerdienenden Soldaten seit der Waldmann-Befragung (s.o.) in etwa konstant geblieben ist, während die SPD geringfügig gewonnen hat: rund 10 bis 25 Prozent aller Längerdienenden, vor allem der Unteroffiziersdienstgrade, bevorzugten zum Zeitpunkt der Befragung die Sozialdemokraten. (24) Über die NPD gibt es keine klaren Aussagen mehr.

Die SPD hat also mit ihrer jahrelangen Anpassungspolitik und ihrem Verzicht auf

kritische Opposition lediglich eine etwas günstigere Position bei den Zeit- und Berufssoldaten erreichen, keineswegs aber die CDU/CSU-Orientierung wesentlich abschwächen oder gar einen Prozentsatz von Angehörigen gewinnen können wie in der Gesamtbevölkerung.

Trotz der immer noch ziemlich eindeutigen CDU/CSU-Präferenz der längerdienenden Soldaten und ihrer militärischen Führung erreichte die SPD durch ihre Anpassungspolitik, daß zwischen ihr und den Militärs bei einem eventuellen Regierungswechsel nur eine pragmatische Kooperation möglich geworden war. Die Voraussetzung einer solchen Zusammenarbeit war und ist der seit Godesberg praktizierte Verzicht der SPD auf die Durchsetzung einer von der bisherigen im Grundsatz abweichenden Wehrkonzeption sowie das gemeinsame Interesse an einer Reform der Bundeswehr im Sinne technokratischer Effizienzsteigerung. So ist es zu erklären, daß Schmidt, der selbst einen großen Teil der konservativ-reaktionären Ideologie übernommen hat, dieser nur so weit folgen kann, wie sie seinem aufs Funktionale gerichteten Denken nicht widerspricht und entgegensteht. Deshalb steht Schmidt auch im Gegensatz zu dem extremen Radikalismus eines Studnitz und seiner Anhänger (Grashey mußte ja sehr schnell nach dem Regierungswechsel seinen Hut nehmen). Aber generell waren zur Wahl 1969 die Bedingungen für einen relativ reibungslosen Wechsel der Regierung und des Verteidigungsministers zugunsten der SPD (d.h. ihres rechten Flügels) gegeben. Eine ernste Loyalitätskrise unter den Militärs brauchte Schmidt nicht zu fürchten, wenn auch den meisten längerdienenden Soldaten eine CDU/CSU-Regierung sicher sympathischer gewesen wäre als eine sozialdemokratische.

Daß Militärs den technokratischen Reformeifer der SPD nicht zu fürchten brauchten, zeigte sich schon in den ersten Monaten der Amtszeit Schmidts, als er den Inspektoren, wie sie es schon jahrelang gefordert hatten, am 1. April 1970 die Eigenschaft von Truppenvorgesetzten gab. Das ermöglicht den Militärs über die ihnen nun zustehende Disziplinargewalt einen weitgehenden Einfluß auf die Personalpolitik und eine noch stärkere Abschirmung des inneren Dienstbetriebes der Bundeswehr gegen jegliche Art von Kontrolle. Gleichzeitig zeigte Schmidts Behandlung der Schnez-Studie, daß er nicht gewillt war, den Verselbständigungstendenzen der Militärs entschieden entgegenzutreten. Trotz heftiger Kritik aus seiner eigenen Partei hielt er Schnez auf dem Posten des Inspektors des Heeres. In der Personalpolitik kann man insgesamt die Tendenz erkennen, die extrem reaktionären Militärs nicht zu sehr zu verprellen, aber allmählich Offiziere in die Spitzenpositionen zu bringen, die Schmidts an technokratischer Reform orientiertem Denken und politischem Programm nahestehen.

Der faktische Verzicht Schmidts auf eine politische Reform der Bundeswehr ließ bisher nennenswerte Konflikte zwischen ihm und der Bundeswehrführung nicht aufkommen. Die Militärs sind durchaus zur Reform der Bundeswehr im Sinne technischer und organisatorischer Verbesserungen bereit, als deren Ergebnis der militärische Komplex funktionsfähiger und damit die Militärs auch politisch mächtiger wären als vorher. Wo aber die Konzeption Schmidts von der der Generalität abweicht, hat er mit ihrem Widerstand zu rechnen. Die Kampagne gegen das Planungsinstitut Ellweins beweist das. (25)

Das Verhältnis der Bundeswehr und ihrer Führung zur SPD insgesamt ist seit dem Regierungswechsel mit Sicherheit schlechter geworden. Mit der neuen Ostpolitik verstößt die Regierung gegen das antikommunistisch geprägte Feindbild der Militärs. Die an ein starres Feindbild fixierten Militärs müssen jede "Entspannungspolitik" für verhängnisvoll und illusionär halten, denn sie trifft die Berufssoldaten an einer entscheidenden Stelle ihres Selbstverständnisses als Verteidiger gegen den — ihrer Ansicht nach grundsätzlich aggressiven — Bolschewismus. Es bleibt die Frage, wann eine ernstgemeinte Entspannungspolitik zu Konflikten zwischen der Regierung und der militärischen Führungsspitze führen würde. Dieser Punkt würde sicher dann erreicht, wenn eine zukünftige Regierung (von der jetzigen ist derartiges sicher nicht zu erwarten) die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zum westlichen Bündnis in Frage stellen sollte. Die Ostpolitik dieser Bundesregierung hat in den meisten Militärs eindeutige Gegner, aber eine offene Auflehnung der Generale gegen den Primat der Politik ist gegenwärtig noch unwahrscheinlich.

In den letzten Jahren ist durch das Aufkommen radikaldemokratischer und sozialistischer Strömungen für die Militärs ein Ersatzfeind entstanden, der ebenso wie der sozialistische äußere Feind die Aggressivität der antikommunistisch indoktrinierten Berufs- und Zeitsoldaten auf sich zu lenken vermag. Dies gilt auch für den wiedererstarkten linken Flügel der SPD, dessen Vertreter sich in teilweise spektakulärer Form einer sozialistischen Terminologie bedient haben. Die SPD als Gesamtpartei gerät damit für die Militärs wieder in das Zwielicht, aus dem sie sich während ihrer jahrelangen Anpassungsbemühungen mühselig befreit hatte. Der direkte Angriff der Jusos auf Helmut Schmidt als dem Exponenten des rechten Flügels und wichtigsten Militärfachmann mußte die Militärs in der Einschätzung bestärken, daß die Linken in der SPD die Basis der bisherigen Kooperation zwischen Bundeswehrführung und rechtem SPD-Flügel zerstören wollten. Damit ist die SPD für die Militärs wieder — wie schon zur Weimarer Zeit und nach dem Zweiten Weltkrieg — zu der unzuverlässigen Partei geworden, bei der man weder die vermeintlichen nationalen Interessen (wegen der Ostpolitik) noch die Stabilität der inneren Herrschaftsverhältnisse (wegen der "Sozialisten" in der Partei) in guten Händen weiß. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, daß sich die Bundeswehr wieder stärker und eindeutiger zur CDU/CSU hin orientiert, um sich mit letzter Sicherheit als Machtinstrument der herrschenden Klasse zu erhalten.

II Bundeswehr, politische Kontrolle und Öffentlichkeit

Wenn Soldat-Sein ein — wie die "Schnez-Studie" (16) meint — "Beruf sui generis" ist, also an sich schon einen Wert darstellt, der keiner Rechtfertigung mehr bedarf, dann kann Kontrolle und Kritik selbstverständlich nichts weiter sein als eine spezifische Form der Gotteslästerung. Das Selbstverständnis der Militärs als eine über der Gesellschaft stehende Kraft, dem Parteienstreit entzogen und einem abstrakten Staatsideal zugeordnet, beinhaltet konsequent den Anspruch auf einen gesellschaftlichen Freiraum für die Militärs.

Der Verfassung nach ist das Verhältnis der Bundeswehr zur politischen Kontrolle eindeutig: die Bundeswehr ist Teil der Exekutive wie andere Teile auch und hat sich

den politischen Gremien klar unterzuordnen. Es wurde bereits im vorangehenden Teil deutlich, daß das wirkliche Verhältnis der Militärs zur politischen Kontrolle keineswegs so eindeutig ist, wie es der Verfassung nach sein müßte.

1. Der Primat der militärischen Eigenständigkeit

Nach dem erzwungenen Rücktritt von Strauß, der ja die Interessen der Militärs bis über die Grenzen der Legalität hinaus vertrat (Spiegel-Affäre) und damit ein Eigenständigkeitsbestreben der Generale überflüssig machte, wurden die Tendenzen der führenden Soldaten immer deutlicher, sich aus der politischen Kontrolle und Unterordnung zu befreien. Ein wichtiger Grund dafür war, daß unter Hassel die zivilen Stellen des Ministeriums und speziell der unbeliebte spätere Staatssekretär Gumbel ihren Einfluß verstärken konnten. So tauchten im Februar 1963 erstmals Gerüchte über Betreibungen auf, den Oberbefehl über die Bundeswehr getreu dem Vorbild der Weimarer Republik dem parlamentarisch nicht verantwortlichen Bundespräsidenten zu übertragen und damit der Bundeswehr eine politische Sonderstellung einzuräumen, in der sie ein völlig eigenständiger politischer Machtfaktor geworden wäre. Dieser Vorschlag wurde jedoch von den beiden großen Parteien noch abgelehnt.

War also eine direkte Rückkehr zum Status der Weimarer Reichswehr nicht möglich, so setzten in der Folgezeit die Bemühungen der Militärs um so stärker ein, innerhalb des Ministeriums ihre Kompetenzen gegenüber den zivilen Stellen zu erweitern und die für die innere Verfassung der Armee entscheidenden Positionen in ihre Hand zu bekommen. Ein wichtiger Schritt dazu gelang ihnen 1965, als sie unter Duldung der Parteien durchsetzen konnten, daß auch Soldaten an die Spitze der Personalabteilung des Ministeriums gesetzt werden könnten.

Damit bekamen die Militärs praktisch die Kontrolle über die Personalstruktur des Offizierskorps in ihre Hand, und der Posten ist bis heute nicht wieder durch einen Zivilisten besetzt worden.

Der spektakulärste Versuch zur Machtausweitung der Militärs innerhalb des Ministeriums war die Generalkrise im August 1966, kurz bevor die Koalition von CDU/CSU und FDP auseinanderbrach. Es gelang dem Nachfolger Trettners, Generalleutnant de Maiziere, und dem neuen Inspekteur der Luftwaffe, Steinhoff, tatsächlich, im Verlauf und mit Hilfe der Krise bedeutende Kompetenzerweiterungen für die Militärs innerhalb des Ministeriums zu erpressen. Die SPD, die sich während der Krise eindeutig auf die Seite der Generale gestellt hatte, sprach nachher dann auch von einem "vollen Sieg Trettners und Panitzkis" (27) — und sie hatte wohl auch recht damit.

Die dann während der Zeit der Zeit der Großen Koalition folgenden Bemühungen der Militärs, den inneren Diensbetrieb der Bundeswehr nach ihren Vorstellungen neu zu gestalten und die offiziell immer noch gültigen Prinzipien der Inneren Führung faktisch abzuschaffen, wurden bereits behandelt. Die "Schnez-Studie" ist als konsequente Fortsetzung der Politik der Generale während und nach der Generalkrise zu sehen.

2. Die Verhinderung kritischer Öffentlichkeit

Die Militärs haben ein äußerst negatives Verhältnis zu kritischer Publizität. Kritische Berichterstattung über die Bundeswehr ist für sie unvereinbar mit ihrer Selbsteinschätzung als eigentlich staatsbewahrende Kraft. Die Aufgabe der Presse sehen sie darin, dem Volk die Notwendigkeit der Existenz des Militärs klarzumachen, es auf den "Dienst an der Gemeinschaft" vorzubereiten, den die Berufssoldaten sich — im Gegensatz zu allen anderen — zum Inhalt ihres Lebens gemacht haben. Dementsprechend sind auch die Institutionen für Öffentlichkeitsarbeit in der Bundeswehr, vom Presseoffizier in den Einheiten bis zur Pressestelle des Ministeriums und der Abteilung für allgemeine Öffentlichkeitsarbeit, nicht darauf ausgerichtet, der Öffentlichkeit ein wahrheitsgetreues Bild über die Armee zu vermitteln, sondern darauf, die Öffentlichkeit nach den jeweiligen Bedürfnissen der Militärs zu beeinflussen. Und das heißt auch, Öffentlichkeit zu verhindern, wo diese unbequem werden könnte, Öffentlichkeit zu unterdrücken (durch Irreführung, manipulative Kampagnen mit Hilfe der rechten Presse) usw., wo diese kritisch in Erscheinung tritt.

Ein Beispiel dafür sind die Vorfälle in Nagold, die der entsetzten Öffentlichkeit die gängigen Scheifermethoden in vielen Einheiten offenbarten, die aber sogleich von der militärischen und politischen Führung als Einzelfall hingestellt und abgetan wurden. Ein weiterer bereits erwähnter Fall war der Atomminenplan Trettners, den man nachher schlichtweg leugnete.

Wie sehr es der militärischen Führung gelang, kritische Öffentlichkeit zu unterdrücken, kann man an einer Institution ablesen, die gerade zur Herstellung kritischer Öffentlichkeit für die Parlamentarier und Wähler geschaffen worden ist — am Amt des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages. Er wurde auf Betreiben der SPD als Hilfsorgan des Bundestages und zum Schutze der Grundrechte der Soldaten eingeführt und sollte für alle Soldaten eine Apellationsinstanz sein, an die sie sich ohne Beachtung des Dienstweges wenden konnten, wenn sie glaubten, ihre Grundrechte würden verletzt. Jährlich sollte der Wehrbeauftragte dem Bundestag einen Bericht über den inneren Zustand der Bundeswehr geben. Schon beim ersten Bericht des Wehrbeauftragten Grolmann 1959, der einige kritische Anmerkungen zur ungenügenden Verwirklichung der Grundsätze der Inneren Führung in der Bundeswehr enthielt, zeigte sich, daß bereits die harmlosesten Ansätze zur öffentlichen Kritik bei den Militärs und ihren Verbündeten im Parlament auf Unwillen stießen und verteuert wurden. (28) So wurde allen Ernstes von Strauß die Befürchtung geäußert, der Wehrbeauftragte könne sich zu einer Art Nebenministerium entwickeln, und schon jetzt habe er seine Kompetenzen weit überschritten. Die folgenden Berichte Grolmanns fielen dann so harmlos aus, das selbst die Militärs kaum etwas an ihnen auszusetzen fanden.

Kritik übte erst wieder Grolmanns Nachfolger, Vizeadmiral a.D. Heye, in seinem zweiten Bericht 1964, wobei er sich parallel zum offiziellen Jahresbericht in der illustrierten "Quick" direkt an die Öffentlichkeit wandte, weil das Parlament ihm die Möglichkeit verweigere, seinen Bericht den Abgeordneten direkt im Bundestag und damit in aller Öffentlichkeit vorzutragen. Die Reaktion auf Heyes Kritik, daß sich die Bundeswehr wieder zu einem "Staat im Staate" zu entwickeln drohe (29), ist symptomatisch für den Tatbestand der "okkupierten Öffentlichkeit". (30) Das

Parlament (mit Abschwächungen einschließlich der SPD-Opposition) tat Heyes Kritik als nicht relevant ab, Barzel und Erhard gaben Vertrauenserklärungen für die Bundeswehr ab, als wenn geradezu der Staatsnotstand ausgebrochen wäre. Das Referat "Öffentlichkeit in Verteidigungsfragen" im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung verbreitete eine Gegenüberstellung der beiden Berichte Heyes, in welcher die "Widersprüche" zwischen beiden aufgezeigt werden sollten. General Trettners schließlich sprach in einem Tagesbefehl an die Truppe von einer "Belastungsprobe" für die Bundeswehr. Und in Presse und Fernsehen nahmen Parlamentarier aller Parteien (auch Schmidt/SPD) Stellung gegen Heye — die BILD und der gesamte Springer-Konzern starteten eine Kampagne, die schließlich auch zum Erfolg führte, — Heye trat zurück.

Nach einer Divo-Umfrage (31) schätzte die Mehrheit der Bevölkerung Heyes Argumente und die Art, wie er sie vorgebracht hatte, positiv ein. Kritische Öffentlichkeit war also potentiell vorhanden, aber sie wurde durch die staatlich gelenkte Öffentlichkeitsarbeit im Verein mit der Rechtspresse an ihrer Artikulation gehindert, ja geradezu niedergewalzt. Nach Heye wurde das Amt des Wehrbeauftragten wieder unbedeutend und ist es bis heute geblieben. Heyes Fall zeigt überdeutlich die grundsätzliche Kritikfeindlichkeit der Bundeswehrführung und ihre Macht, mit Hilfe ihrer zivilen Verbündeten Öffentlichkeit zu manipulieren bzw. zu unterdrücken.

Und genau darauf sind die Militärs angewiesen, wenn sie in ihrem ideologischen Ghetto abseits und über der Gesellschaft verharren wollen, jenseits von Demokratie und Aufklärung und — falls diese sich politisch in einer wachsenden sozialistischen Bewegung konkretisieren sollten — ganz sicher auch gegen sie.

Anmerkungen:

- 1 Baudissin, Wolf Graf von, Die neue deutsche Bundeswehr, Artikel in Foreign Affairs, Oktober 1955, abtddr. in: Baudissin, Soldat für den Frieden, Entwürfe für eine zeitgemäße Bundeswehr, München 1969, S. 159
- 2
- 3 Grimm, Siegfried, Die 'geistige Rüstung' des deutschen Soldaten — Untersuchungen zum Konzept staatsbürgerlichen Unterrichts in der Bundeswehr, Diss. Marburg/Lahn, masch. geschr. Manuskript o.J., S. 109, S. 120
- 4 Waldmann, Eric, Soldat im Staat, Der Staatsbürger in Uniform, Vorstellungen und Wirklichkeit, Boppard am Rhein 1963, Prozentzahlen S. 234ff
- 5 vgl. Grimm, Geistige Rüstung, a.a.O., S. 126
- 6 Bundeswehr-Korrespondenz Nr. 88, 3.11.1959
- 7 vgl. Grimm, a.a.O., S. 126
- 8 vgl. DER SPIEGEL, 10.10.1961
- 9 vgl. Borries, Achim v., Um den Primat der Politik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Nr. 1/1963, S. 15
- 10 Voraussetzungen einer wirksamen Verteidigung, Denkschrift der Führungsspitze der Bundeswehr, Bonn 1960, S. 4 u. 7
- 11 z.B. im Jahrbuch der SPD 1960/61, hrsgg. vom Vorstand der SPD, Hannover/Bonn, o.J., S. 24 sowie in vielen Aufsätzen Fritz Erlers
- 12 ebenda, S. 26
- 13 ebenda, S. 453
- 14 vgl. Erler, Fritz, Bereit zur Verantwortung für das Ganze, Rede vor dem Bundestag bei

der ersten Lesung der Novelle zum Wehrpflichtgesetz, Januar 1962, abgedr., in: Flechtheim, Ossip K., Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, 8 Bde., Berlin 1962 ff, Bd. III, S. 274 f

- 15 vgl. Erler, Fritz, Demokratie in Deutschland, Stuttgart-Degerloch 1965, Vorlesungsreihe an der Harvard-Universität, S. 120
- 16 vgl. dazu meine Diplomarbeit, Die Haltung der Bundeswehr zur SPD seit dem Godesberger Programm, Otto-Suhr-Institut, Berlin 1970, S. 40ff
- 17 Schmidt, Helmut, Strategie des Gleichgewichts, Deutsche Friedenspolitik und die Westmächte, Stuttgart 1969, S. 284
- 18 vgl. die Entschlüsse des Karlsruher Parteitag, in: Grundsätze Sozialdemokratischer Wehrpolitik, hrsgg. v. Vorstand der SPD, Bonn o.J.
- 19 ebenda
- 20 zur Generalskrise vgl. meine Diplomarbeit, a.a.O., S. 53ff
- 21 Kiesinger, Kurt-Georg, Rede vor dem Bundeswehr-Verband am 18. Juni 1969 in Bad Godesberg, abgedr. in: Die Bundeswehr Nr. 7, Juli 1969, Fachorgan des Bundeswehr-Verbandes e.V., Bonn
- 22 vgl. Frankfurter Rundschau vom 29.7.1969
- 23 Studnitz, Hans-Georg, v., Rettet die Bundeswehr!, Stuttgart 1967
- 24 vgl. Wildenmann, Rudolf/Schatz, Heribert, Das Wahlverhalten an Bundeswehrstandorten, in: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Bd. 1 1969, München/Wien 1969
- 25 Der stellvertretende Institutsleiter Ralf Zoll hatte auf einer nichtöffentlichen Tagung in Bergneustadt vor Offizieren angeblich geäußert, daß der Offizier bei einer entsprechenden politischen Situation u.U. in der Lage sein müsse, für die Abschaffung der Bundeswehr oder ihre drastische Reduzierung einzutreten. Im Anschluß an das Bekanntwerden dieser nicht einmal sicher bestätigten Meldung setzte in der gesamten Rechtspresse eine Kampagne gegen "linksideologische Politruks" usw. ein, vor allem natürlich in der Springer-Presse.
- Im übrigen zur Einschätzung der von der Ellwein-Kommission unterbreiteten Reformvorschläge vgl. den Aufsatz über Innere Führung in diesem Band.
- 26 Die "Schnez-Studie", abgedr. in: Blätter für deutsche und internationale Politik, a.a.O., 3/1970
- 27 vgl. Die Welt v. 7. Okt. 1966
- 28 dieser Teil des Aufsatzes fußt hauptsächlich auf: Bredow, Wilfried v., Der Primat militärischen Denkens. Die Bundeswehr und das Problem der okkupierten Öffentlichkeit, Köln 1969 – zum Grolammbereich 1959 und zum Verfall der Institution des Wehrbeauftragten: ders., Der Wehrbeauftragte, Konzeption und Verfall einer Kontrollinstitution, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, a.a.O., 8/1968
- 29 Quick, München, vom 21.6.64 und die folgenden Nummern
- 30 vgl. Bredow, Der Primat, a.a.O., S. 102ff
- 31 Divo-Pressedienst, August II, 1964, zitiert in: Bredow, Der Primat, a.a.O., S. 132ff

11 Wehrdienstordnung (WDO), Wehrbeschwerdeordnung (WBO), Soldatengesetz (SG) und ihre Anwendung

Die heutige bürgerliche Rechtswissenschaft ist der Auffassung, das Recht sei System und Ordnung gesellschaftlicher Verhältnisse bzw. Beziehungen der Menschen untereinander; anders ausgedrückt: Recht sei die Totalität aller Normen, die die Freiheit der Menschen "in ihren Wechselbeziehungen" garantieren und gleichzeitig begrenzen. In der Suche nach der Ausfüllung der Begriffe 'Recht' und 'Rechtsordnung' übertreffen sich die Gelehrten unseres Bürgerlichen Rechts in ihren Phraseologien; denn sie meinen, der heilen oder 'heiligen' Rechtsordnung sei mit der Wissenschaft beizukommen. Recht ist aber erst dann zu begreifen, wenn man es in Zusammenhang von Macht und Gewalt stellt. Recht kann nur als Schutz der Interessen der herrschenden Klasse verstanden werden. Die Rechtsordnung ist also die Ordnung gesellschaftlicher Verhältnisse, die den Vorstellungen und Wünschen der Kapitalistenklasse entspricht und durch ihre organisierte Gewalt gestützt wird. Das Recht hat seinen Ursprung in den materiellen Produktionsverhältnissen. Der Vertrag z.B. als Rechtsverhältnis ist unmittelbar Ausfluß der ökonomischen Verhältnisse. Die Rechtssubjekte treten sich hier gegenüber als Warenbesitzer, und zwar als gleichrangige. Diese ideelle Widerspiegelung der realen Verhältnisse dient der herrschenden Klasse zur Stabilisierung der Produktionsverhältnisse. Das Recht korrigiert so die sozialen Beziehungen bzw. die jeweiligen Eigentumsverhältnisse zwischen den Mitgliedern der bürgerlichen Gesellschaft immer im Interesse der herrschenden Klasse. In der heutigen kapitalistischen Gesellschaft steht eben dieses "Eigentumsrecht" im Mittelpunkt der staatlichen Ordnung, alle anderen Gesetze, wie Strafrecht, Steuerrecht, Arbeitsrecht u.a., dienen zu seiner Absicherung. Je komplizierter das Wirtschaftsleben und je größer die Absatzschwierigkeiten der Kapitalisten werden, desto stärker regt sich das Bedürfnis nach Schaffung neuer Gesetze, künstlicher Normen, die die natürlichen Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens verschleiern sollen.

In diesem Rahmen kommt der Justiz, den Rechtsprechenden im Namen des Volkes eine wichtige Aufgabe zu, die Parteilichkeit des Rechts zu sichern. Aus der Entstehung und Bestimmung des Rechts als Klassenrecht geht hervor, daß jeder Rechtspruch selber nach dem heute geltenden Recht nur ein Urteil im Namen der herrschenden Klasse sein kann, daß also die Justiz nur Klassenjustiz sein kann. Das bedeutet, daß die Rechtsprechung der bundesrepublikanischen Gesellschaft von den Interessen der herrschenden Klasse geprägt wird und somit Demokraten, Kommunisten, Pazifisten unterdrückt. Das Bestehen der Klassenjustiz ist eine der Formen der politischen Gewalt der Kapitalisten, sie ist deshalb nicht eine über den realen Machtverhältnissen thronende Institution. Soziologische Untersuchungen über Herkunft, Klassenzugehörigkeit und Urteilstätigkeit von Richtern spielen daher keine Rolle für die Analyse der Klassenjustiz, sie dienen allenfalls dazu, das Problem bei den Richtern anzusiedeln und von den wahren Ursachen im Sinne der Herrschenden abzulenken. Solange bürgerliches Recht gilt, solange gibt es auch eine bürgerliche Klassenjustiz, die dieses Recht anwendet und im Sinne der Herrschenden auslegt. Ein Kampf gegen die Klassenjustiz muß daher immer ein Kampf für die Veränderung der Beziehungen der Menschen untereinander sein, ein Kampf, in dem das Klasseninteresse des Proletariats an die Stelle des bürgerlichen Rechts tritt.

Die WBO

„Mit der Wehrbeschwerdeordnung wurde das militärische Beschwerderecht in Deutschland erstmals gesetzlich geregelt. Das Verfahren ist in den beiden ersten Instanzen – Beschwerde und weitere Beschwerde – so klar und einfach gestaltet, daß jeder Soldat nach einem einführenden Unterricht in der Lage sein muß, seine Regeln zu handhaben“. Mit dieser Vorbemerkung wird die Wehrbeschwerdeordnung (WBO) in dem 'Deutschen Bundeswehrkalender' eingeleitet.

Der Soldat, der überhaupt nur einmal das Glück gehabt hat, von seinem Kompaniechef in die WBO in einem 2stündigen Unterricht eingewiesen worden zu sein, weiß, wie schwierig es ist, aus den langen Ausführungen über Disziplin und Ordnung etwas von seinen persönlichen Rechten zu erfahren. Er weiß allenfalls, daß er sich beschweren darf und unbedingt den vorgeschriebenen Dienstweg einzuhalten hat.

Bundeswehr-Juristen sind nur auf Offiziers- bzw. Kampftruppenschulen zu finden.

§ 1 WBO sichert dem Soldaten das Beschwerderecht zu, wenn er glaubt, a) von Vorgesetzten oder Dienststellen der BuWe unrichtig behandelt worden zu sein, b) durch pflichtwidriges Verhalten von Kameraden verletzt zu sein und wenn ihm c) ein Antrag (z.B. Urlaubsantrag) innerhalb von 2 Wochen nicht beschieden worden ist. Unrichtig behandeln heißt falsch behandeln, falsch behandeln heißt unzumutbar behandeln. Hier taucht für den Betroffenen das erste Problem auf, nämlich einen solchen unbestimmten Rechtsbegriff richtig zu füllen. Sicher wird der Soldat wissen, daß er sich nicht zum Rasenmähen in die Offizierssiedlung abkommandieren lassen muß. Schwieriger ist es für ihn dann schon, abzuwägen, ob eine unzumutbare Behandlung darin zu sehen ist, daß seine Kompanie monatlich 100 Stunden Formalausbildung genießt, alle übrigen bei gleichem Ausbildungsstand aber nur 20 Stunden. Sollten Rekruten jedoch die Unzumutbarkeit dieses Teils des Dienstplanes erkennen, ist es ihnen gem. § 1 Abs. 4 WBO untersagt, gemeinsam dagegen Beschwerde einzulegen. Dieses Grundrecht (Art. 17 GG, Petitionsrecht) ist den Soldaten genommen (die Zulässigkeit ergibt sich aus Art. 17a GG), damit diese "Werbung für eine gemeinschaftliche Beschwerde" die Disziplin der Truppe nicht in hohem Maße schädige. Wie die Truppenpraxis zeigt, hat der Gesetzgeber die Situation eines Beschwerdeführers "richtig" eingeschätzt. Der Soldat muß mit dem Problem, gegen seine Vorgesetzten vorzugehen, allein fertig werden. Er hat, so will es § 6 Abs. 1 WBO, eine Nacht darüber zu schlafen, was meistens dazu führt, daß der Soldat aus Angst vor weiteren Repressalien die Beschwerde erst gar nicht vorbringt. Er lernt sehr schnell erkennen, daß er gegen eine Wand "soldatischer Kameradschaft" der Vorgesetzten untereinander anrennt. Gerade aus diesem Grunde hat ein Beschwerdeführer genauestens auf Form und Inhalt der WBO zu achten.

Konstruiert sei folgender Fall: Einem Rekruten wird wiederholt befohlen, das Kochgeschirr seines Gruppenführers zu säubern. Er will dagegen Beschwerde einlegen.

Voraussetzung für sein Vorgehen ist lediglich, daß der Soldat glaubt, durch den Vorgesetzten verletzt oder falsch behandelt worden zu sein. Seine Beschwerde ist also zulässig, ungeachtet dessen, ob die vorgebrachten Tatsachen vorliegen oder nicht.

Begründet ist sein Vorbringen allerdings erst dann, wenn er beweisen kann, daß der Befehl zum oben genannten Handeln tatsächlich wiederholt gegeben worden ist. Gerade auf die Begründetheit der Tatsachenschilderung hat der Beschwerdeführer genauestens zu achten, vor allen Dingen bei nicht so einfachen Sachverhalten.

Beschwert sich beispielsweise ein Soldat darüber, daß er fortgesetzt wegen seiner Zugehörigkeit oder offenen Sympathie zu demokratischen oder sozialistischen Gruppen vom unmittelbaren Vorgesetzten diskriminiert wird, hat er seine schriftliche oder mündliche Eingabe (§ 6 Abs. 2 WBO) bei dem Kompaniechef als seinem nächsten Disziplinarvorgesetzten (§ 5 Abs. 1 WBO) möglichst mit der Nennung von Zeugen zu versehen; denn zunächst einmal wird der Kompaniechef, der zur Aufklärung des Sachverhalts gem. § 10 Abs. 1 zuständig ist, versuchen, mit dem von der Beschwerde betroffenen Vorgesetzten zusammen den Konflikt herunterzuspielen. Nicht selten kommt es dazu, daß die Beschwerde gegen den in seinen Rechten verletzten Beschwerdeführer selbst gerichtet wird: Mehr oder weniger direkt bedeutet man dem Soldaten durch Androhen weiterer Repressalien, von der Möglichkeit die Beschwerde zurückzunehmen, Gebrauch zu machen (§ 8 Abs. 1 WBO). Lehnt das der Soldat in bestimmter Form entschieden ab und hat er niemanden, der die Richtigkeit seiner Aussage beweisen kann, setzt er sich der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung seitens der Staatsanwaltschaft aus (wegen falscher Anschuldigung gem. § 164 StGB).

Erhält der Beschwerdeführer einen für ihn negativen Bescheid, muß er zunächst in der Form des § 16 WBO eine weitere Beschwerde einlegen, bevor er sich hinsichtlich disziplinarischer Fragen an das Truppendienstgericht, in Angelegenheiten von Entlassung, Besoldung, Versorgung und Wahlrecht an das Verwaltungsgericht und in Zweckmäßigkeitsfragen an den Verteidigungsminister wenden kann (§ 17 WBO). Die bisherige Rechtsprechung dieser Gerichte ist allerdings so katastrophal, daß einem Beschwerdeführer nicht geraten werden kann – es sei denn, daß er sich nach Rücksprache mit einem Anwalt eines Klageerfolges ziemlich sicher sein kann –, diesen Instanzenweg zu gehen.

Bezüglich der Truppendienstgerichte muß dem Soldaten deren Zusammensetzung klar sein. Neben militärischen Beisitzern, an deren Parteilichkeit für Disziplin und Ordnung nicht zu bezweifeln ist, fungieren Volljuristen als Vorsitzende der Truppendienstgerichte die ihre 'Rechtskameraden' an Autorität und soldatischem Geist übertreffen. Damit wird offensichtlich, daß die Truppendienstgerichtsbarkeit eine besonders reaktionäre Spielart der Klassenjustiz in der BRD ist, die letztlich nur mit dem Ende der Klassenherrschaft in der BRD beseitigt werden kann. Dazu sei noch erwähnt, daß §§ 55, 56 WDO (Wehrdisziplinarordnung) bestimmen, daß Soldaten als Laienrichter in solchen Verfahren mitwirken müssen; diese militärischen Beisitzer (einer, der der Dienstgradgruppe des Beschuldigten angehört und ein zweiter, der im Dienstgrad über dem Beschuldigten steht) werden vom Kommandeur der Truppenteile oder Dienststellen benannt. Unerwähnt bleibt jedoch dabei, daß kein Kommandeur Soldaten als Beisitzer benennen wird, die nicht der militaristischen Führung verpflichtet und dem "soldatischem Geist" ergeben sind.

Das entbindet die Soldaten nicht, von der Verpflichtung sich über die Soldatengeset-

ze zu informieren und den Kampf um demokratische Rechte auch auf dieser Ebene zu führen.

Neu im Verlag des POLITLADEN ERLANGEN



Grigori Sinowjew
Geschichte der KPdSU (B)
- Schulungsmaterial - 240 S. 7,50

Karl Marx/Friedrich Engels
Briefe über "Das Kapital" 404 S. 6,00

MEHRWERT
Beiträge zur Kritik der politischen Ökonomie.
Herausgegeben in Westberlin und Bremen.
Erscheint unregelmäßig.

KAPITALISTISCHE HOCHSCHULREFORM
- Analysen und Dokumente -
Herausgegeben von der Marxistischen Gruppe
Erlangen/Nürnberg. 230 S. 6,50

IM HERBST 1972
erscheint als Politladen-Druck 4 ein Buch von
Christel Neusüß zum Imperialismus, welches
nach Darstellung und Auseinandersetzung mit
der Leninschen Imperialismustheorie eine Wei-
terentwicklung der Marxschen Kategorien in
bezug auf die Analyse der Weltmarktbe-
wegung des Kapitals enthält.
Als Politladen-Druck 5 erscheint von Karl
Held "Marxismus und Sprachwissenschaft".

POLITLADEN GMBH 852 ERLANGEN HINDENBURGSTR.17

12 Soldatengesetz und WDO

Die Lehre der Rechtswissenschaft betrachtet das Verhältnis von Grundgesetz zu den Wehrdienstgesetzen von der Warte der grundgesetzlichen Bestimmungen her. Bei dieser Gegenüberstellung geht sie folgendermaßen vor:

Die Art. I Abs. III, 5, 17a, und 19 sind dabei von besonderer Wichtigkeit. Art. 5 erhebt die Möglichkeit zur freien Meinungsäußerung zum Grundrecht eines jeden Bürgers. Zur Achtung aller Grundrechte als geltende und in ihrem Wesensgehalt laut Art. 19 GG unantastbare Rechte sind alle drei Gewalten verpflichtet. Das bestimmt Art. I Abs. III der Verfassung. Allein für die Angehörigen der Streitkräfte wird die Möglichkeit der Einschränkung gewisser, genau bezeichneter Grundrechte durch den nachträglichen Einschub des Art. 17a geschaffen. Nur durch diese Bestimmung wird es durchführbar, das Soldatengesetz (SG) und die Wehrdisziplinarordnung (WDO) zu formulieren. Der Grund für die nachträgliche Aufnahme des Art. 17a liegt in dem Gedankengang, ein jeder Soldat innerhalb einer funktionierenden Armee unterliege einem "besonderen Gewaltverhältnis", das heißt, er müsse zur erfolgreichen Wahrung der Werte der "freiheitlichen, demokratischen Grundordnung" besonders in die Pflicht genommen werden und so auf eine gewisse Einschränkung seiner Rechte eingehen. Der Grundgesetz-Kommentar Maunz-Dürig spricht in diesem Zusammenhang von "immanenten Schranken" und "selbstverständlichen Grenzen". (1) Da der letztgenannte Artikel aufgrund des Glaubens an die Notwendigkeit eines besonderen Gewaltverhältnisses entstanden ist, muß bei seiner Auslegung und bei der von grundrechtseinschränkenden einfachen Gesetzen (hier das SG) immer die Frage beantwortet werden, inwieweit die Einschränkung durch das Vorhandensein des besonderen Gewaltverhältnisses unbedingt notwendig ist.

So stellt sich die Auffassung der Rechtswissenschaft in stark gekürzter Form dar. Die Wehrbeschwerdeordnung (WBO) nimmt gegenüber den beiden anderen Wehrdienstvorschriften, nämlich SG und WDO, eine unterschiedliche Funktion ein. Während diese dem eingezogenen Soldaten eine Reihe von zusätzlichen Pflichten und Nachteilen im Vergleich zur restlichen Bevölkerung bringen, soll die WBO das so erreichte negative Konto durch Einräumung einiger Rechte innerhalb liberaler Beschwerderegulungen, wie der Möglichkeit zur Bekämpfung von Auswüchsen an Vorgesetztenwillkür und -ungerechtigkeit sowie Unkameradschaftlichkeit, ausgleichen helfen.

Zuerst soll jedoch die Rolle des Soldatengesetzes und auch die der Wehrdisziplinarordnung betrachtet werden. Um die Qualität dieser Vorschriften und ihr Verhältnis zum Grundgesetz zu untersuchen, verfolgt man am besten die derzeitige Rechtsprechung zu diesem Komplex, indem man einzelne Fälle analysiert, die dem Truppendienstgericht vorgelegen haben, dort entschieden worden sind, und später vom Bundesverfassungsgericht in Hinblick auf die Verfassungsmäßigkeit überprüft worden sind.

Ein solcher Fall, der charakteristisch für die derzeitige Spruchpraxis der angespro-

chenen Gerichte ist, hat folgenden Sachverhalt zur Grundlage. Ein Stabsunteroffizier ergriff in einem Gespräch erkennbar für einen Teil seiner Untergebenen Partei für die sogenannte APO. Er äußerte dabei u.a., "in der Bundesrepublik könne man seine Meinung nicht frei äußern; Demonstrationen würden von der Polizei niedergeknüppelt". Das Truppendienstgericht hatte in diesem Fall zu entscheiden, ob die vorliegenden Äußerungen einen Verstoß gegen die in Soldatengesetz festgelegten Pflichten des Soldaten bedeutet haben könnten. Es kam zu der Entscheidung, daß dies der Fall sei, und es erkannte auf eine disziplinäre Bestrafung des Stabsunteroffiziers, denn § 10 Abs. 6 SG (2) verpflichtete den Vorgesetzten zu besonderer Zurückhaltung in seinen Äußerungen, um sich seine Autorität zu erhalten.

Der so Abgeurteilte fühlte sich dadurch in seinem Recht auf freie Meinungsäußerung, das ja auch für Soldaten nicht in seinem Wesensgehalt eingeschränkt werden darf, beschnitten, und legte Verfassungsbeschwerde ein, welche von Bundesverfassungsgericht abgewiesen wurde (3). In der Entscheidungsbegründung gibt das Gericht seiner Überzeugung Ausdruck, daß § 10 Abs. 6 SG grundsätzlich das Recht zur freien Meinungsäußerung nicht unzulässig einschränke. Das sei schon deshalb nicht der Fall, weil der Art. 87a Abs. 1 des Grundgesetzes (4) den Verfassungsauftrag zum Aufbau der Streitkräfte enthalte. Notwendigerweise sei dabei an eine schlagkräftige Armee gedacht worden, in der wiederum selbstverständlich Disziplin zu herrschen habe. In einer solchen Armee hätten sich Vorgesetzte durch vorbildliche Besonnenheit, Offenheit und sachliches Urteil auszuzeichnen. Damit unvereinbar sei Intoleranz, und deswegen sei auch das in § 10 Abs. 6 bestimmte Gebot zur Zurückhaltung von Äußerungen bei Vorgesetzten rechtmäßig und bewege sich im Rahmen des Grundgesetzes. Diese Vorschrift schütze lediglich die Autorität der gehobenen Position im militärischen Bereich. Jede Meinung darf also vertreten werden, sofern sie nur die eben bezeichneten Kriterien berücksichtigt.

Nach dieser allgemeinen Darlegung des Bundesverfassungsgerichtes über das Verhältnis von § 10 Abs. 6 SG zu Art. 5 GG unter Hinweis auf Art. 87a Abs. 1 GG erwartet man ein detailliertes Eingehen auf den vorliegenden Sachverhalt und damit verbunden eine am Einzelfall orientierte Konkretisierung oder eine Definition der angeführten, völlig verwaschenen Begriffe wie "Besonnenheit", "Offenheit", "sachliches Urteil" (wo es doch hier um Meinung geht), "Autorität" und "Disziplin". Es wäre zu erörtern gewesen, wieso die hier strittigen Äußerungen des Stabsunteroffiziers seine Autorität untergraben, wo er doch z.B. die Forderung nach Offenheit sicherlich erfüllt. Diese Prüfung unterbleibt, "denn es ist Sache des Truppendienstgerichts zu entscheiden, welche Anforderungen der § 10 Abs. 6 SG im Einzelfall an den Vorgesetzten stellt" (5). Sie wäre aber unbedingt nötig gewesen und zwar aus folgenden Gründen.

1. Das Bundesverfassungsgericht erkennt, daß eine Abwägung von Meinungsfreiheit und Disziplin erforderlich ist. Diese Güterabwägung müsse auf der Ebene des Verfassungsrechtes vorgenommen werden. In einem Gutachten des Bundesverteidigungsministeriums (6) zu einer Verfassungsbeschwerde, die sich ebenfalls mit dem Verhältnis des Art. 5 zu den Bestimmungen des Soldatengesetzes befaßt, wird ausgeführt, daß die in dieser Vorschrift gesetzten Schranken keine unbillige oder unsachliche Knebelung der Meinungsäußerung bewirken würden. Vielmehr dienen sie dem

Zweck, den Zusammenhalt und das Ansehen der Bundeswehr zu fördern und zu erhalten. Der Soldat müsse sein Recht auf freie Meinungsäußerung hinter die durch sein Treueverhältnis zum Staat begründeten besonderen Pflichten zurücktreten lassen, schon aus Gründen der militärischen Disziplin. Die hier gegebene Rechtsgüterabwägung neigt zu einer Bevorzugung der Disziplin.

Gegen die hier angeführte Meinung kann man argumentieren, daß bei der Bewertung des Gewichts des Rechts auf freie Meinungsäußerung einerseits und der Pflicht zur Disziplin andererseits der Verfassungsrang beider Begriffe berücksichtigt werden muß. Art. 5 GG gehört zu den privilegierten Bestimmungen (Grundrechte), die durch Art. 19 Abs. 2 besonders geschützt sind (7). Dagegen läßt sich die Notwendigkeit zur Disziplin lediglich aus dem Art. 87 Abs. 1 GG ableiten. Daher ist bei einer Konkurrenz beider Werte soweit als möglich zugunsten des Grundrechtes zu entscheiden. Der renommierte Grundgesetzkommentar "Maunz-Dürig" nimmt dazu wie folgt Stellung: es "ergibt sich ... die Auslegungsvorschrift, daß die Vermutung im Zweifel für die Grundrechtsberechtigung und gegen die Grundrechtsbeschränkung im Wehrdienstverhältnis spricht" (8). Eine solche Vorschrift hat das Bundesverfassungsgericht dem Truppendienstgericht nicht vorgelegt.

2. Die Soldaten der Bundeswehr sollen in ihren Rechten soweit als möglich nicht beschnitten werden. Einschränkungen sind begründet in dem besonderen Gewaltverhältnis, in dem sie sich dem Staat gegenüber befinden. Als Verteidiger dieser "Gesellschaftsordnung" und ihrer "freiheitlichen, demokratischen Grundstruktur" müssen sie zwangsläufig weitestgehend an den Rechten, die die übrige Bevölkerung hat, beteiligt sein. Auch aus diesem Grunde hätte das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung eine genaue Güterabwägung vornehmen müssen und damit den unteren Gerichten eine verbindliche Auslegung der Soldatengesetzesvorschriften an die Hand geben können.

3. Durch die oben dargestellte Anwendung unbestimmter Klischees ohne deren Konkretisierung und der damit verbundenen Vorabfeststellung der grundsätzlichen Verfassungsmäßigkeit des grundrechtseinschränkenden Gesetzes überläßt das oberste deutsche Gericht es völlig den Truppendienstgerichten, unbestimmte Begriffe auszuprägen. Dies verschafft einer nicht einmal ordentlichen Instanz zu große Macht und führt dazu, daß über die so in weitgehende Selbständigkeit entlassene Truppendienstgerichtsbarkeit auch die Bundeswehr weiter der gesellschaftlichen Kontrolle entgleiten kann. Es besteht damit die Möglichkeit, daß reaktionäre Kräfte innerhalb und außerhalb der Streitkräfte diese für ihre Interessen ausnützen und ihren Einfluß darin vergrößern können.

Alle diese Gründe für eine detaillierte Prüfung des Sachverhaltes werden vom Bundesverfassungsgericht auch in anderen Entscheidungen nicht berücksichtigt (9).

Im Zusammenhang mit den Möglichkeiten einer Entwicklung, wie sie unter Punkt 3 behandelt wurde, ist die Frage nach dem Status und der Zusammensetzung der Truppendienstgerichte wichtig und interessant. Bestimmungen über diese sind in der Wehrdisziplinordnung enthalten. Grundsätzlich gilt, daß sie zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung gehören (10) und dessen Dienstaufsicht unterstehen. Das bedeutet, sie gehören zum Bereich der Exekutive und sind von der

dritten Gewalt losgelöst. In Anbetracht der großen Macht, die dieser Gerichtsstrang gewonnen hat — er kann immerhin Freiheitsstrafen verhängen, in die berufliche Karriere eines Beschuldigten eingreifen und empfindliche Geldstrafen auferlegen — ist es bedeutsam, daß gegen derartige schwerwiegende Entscheidungen der Verurteilte keinerlei Möglichkeiten der Berufung vor einem ordentlichen Gericht hat. Das Grundrecht zur persönlichen Entfaltung dürfte nur von einem ordentlichen, unabhängigen Gericht beschränkt werden und nicht von einem, das zum Geschäftsbereich des Verteidigungsministers gehört, an dessen Weisungen wiederum der Wehrdisziplinaranwalt gebunden ist, der die Funktion eines Staatsanwalts einnimmt.

Auch die Besetzung der Gerichte selbst erlaubt Zweifel an der Unabhängigkeit in ihren Entscheidungen. Sie bestehen im Normalfall aus einem richterlichen Mitglied, das hauptamtlich tätig ist, und zwei militärischen Beisitzern als ehrenamtlichen Richtern (11). Diese beteiligten Soldaten werden vor Beginn des Geschäftsjahres von den Kommandeuren der Truppenteile und Dienststellen benannt. Das Gericht lost daraufhin die benötigten Beisitzer aus den benannten Kandidaten aus. Da man davon ausgehen kann, daß bei der Nominierung der in Frage kommenden Personen durch die Kommandeure gewisse Interessen dieser Truppenführer einfließen, nämlich die an einer strengen Anwendung des Disziplinbegriffs, darf von einer Unabhängigkeit der ehrenamtlichen Richter nicht die Rede sein. Die Abhängigkeit der ehrenamtlichen Richter ist gegeben, weil die beteiligten Soldaten nach Ablauf der Periode ihrer Zugehörigkeit zum Gericht und auch in verhandlungsfreien Abschnitten während dieser Zeit mit ihrer ganzen Existenz wieder der Befehlsgewalt ihrer Kommandeure unterworfen sind.

Die richterlichen Mitglieder werden durch den Bundespräsidenten auf Lebenszeit ernannt. Sie sind entweder Leiter einer Behörde (TDG) oder einer Dienststelle (Kammer des TDG). In beiden Fällen sind sie dem Bundesverteidigungsministerium unmittelbar nachgeordnet. Auch ein Richter kraft Auftrags kann hauptamtliches Mitglied des Gerichts sein. Ihm fehlt die Ernennung durch den Bundespräsidenten. Er kann z.B. ein höherer Beamter aus dem BMVtdg sein und behält während seiner Richterzeit sein Amt. Es ist jedoch sehr bezeichnend, daß ein Beamter, der jahrelang im BMVtdg gearbeitet hat, nun mit der Ausübung eines Richteramtes beauftragt wird, das trotz allem den Anschein der Unabhängigkeit zu wecken sucht.

Die richterlichen Mitglieder der TDG entscheiden über alle Maßnahmen, für die keine Entscheidungen des Gerichts vorgesehen sind, allein. Hierzu gehören z.B. die Vorbereitung und Leitung der Hauptverhandlung sowie die Durchführung der Beweisaufnahme. Während der Hauptverhandlung haben die militärischen Beisitzer jeweils das gleiche Stimmrecht wie der Richter. Sie wirken an allen Entschlüssen gleichberechtigt mit (12), und so können sie ihn auch bei der Urteilsfindung überstimmen.

Um noch einmal auf den eingangs erwähnten Fall zurückzukommen, der ja noch abschließend zu beurteilen wäre, sei gesagt, daß der Stoff mit der Äußerung seiner Meinung sicherlich die geforderte Offenheit an den Tag gelegt hat. Doch das Bundesverfassungsgericht erkennt seine Meinung nicht als sachlich an. Das bedeutet, nur bestimmte Ansichten werden als akzeptabel angesehen, obwohl Art. 5 grundsätzlich von allen Meinungen spricht. Hier wird deutlich, wie groß die Möglichkeiten der

TDG sind, ein Grundrecht aufzuheben, solange das Recht, z.B. die Sachlichkeit einer Meinung zu beurteilen, diesen Gerichten überlassen bleibt, weil das höchste Gericht es versäumt hat, genaue Auslegungsvorschriften zu liefern. Die Absicht, die hinter dieser Handlungsweise des BVerfG steckt, wird deutlich in dem Passus der Urteilsbegründung (13), der besagt: "Es steht nicht in Frage, daß in der Bundeswehr das aktuelle politische Geschehen offen diskutiert werden kann, wenn dadurch der Dienstbetrieb nicht gestört wird".

Die Anwendungsmöglichkeiten des Soldatengesetzes beschränken sich jedoch nicht nur auf die Regelung des Dienstbetriebes und damit auf die dienenden Soldaten, sondern auch die bereits entlassenen Angehörigen der Reserve werden in ihrem Verhalten damit reglementiert. Folgender Sachverhalt stand am 21.11.68 vor der 4. Kammer des TDG C in Neumünster zur Verhandlung (13) Ein Reserveoffizier hatte vor einer Kaserne der Bundeswehr unter anderem auch an Soldaten folgende Resolution verteilt:

RESOLUTION

Gefaßt von der Bundeswehr-Reservistenversammlung an der Freien Universität Berlin am 28.5.1968.

- (1) Als Reservisten der Bundeswehr verfolgen wir besorgt die Bemühungen, die Bundeswehr zu einer Polizei- und Bürgerkriegstruppe zu machen.
- (2) Die Stärke undemokratischer und antidemokratischer Tendenzen in der Bundeswehr ist uns bekannt und von uns allen erlebt worden, angesichts der Übernahme von Führungskräften und Vorbildern aus der Armee des Dritten Reiches ist das nicht verwunderlich.
- (3) Mit den Notstandsgesetzen werden diese Tendenzen von den durch unser Gesellschafts- und Wirtschaftssystem Privilegierten zur Sicherung ihrer Herrschaft in Dienst gestellt.
- (4) Die Kräfte, die sich innerhalb der Bundeswehr dem entgegenstellen, sind äußerst schwach.
- (5) Unabhängig von unserer eigenen politischen Einstellung halten wir es für legitim und notwendig, daß in der Bundeswehr sozialistische und radikaldemokratische Positionen vertreten und zu Gehör gebracht werden.
- (6) Innerhalb der Bundeswehr darf einer Diskussion über gesellschaftliche Fragen nicht ausgewichen werden, um einer antidemokratischen Entwicklung entgegenzuwirken.
- (7) Dazu sehen wir zwei Möglichkeiten:
 1. Austritt aus der Bundeswehr durch Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer aus politischen Gründen
 2. Verbleiben in der Bundeswehr mit dem Ziel, aufklärend und demokratisierend tätig zu sein, um sie als innenpolitisches Machtinstrument der Herrschenden zu verunsichern.
- (8) Wenn versucht wird, die Bundeswehr mißbräuchlich im Innern zu verwenden, scheint uns der Zeitpunkt gekommen zu sein, mit unserem Widerstand einzusetzen."

Da die verteilten Flugblätter nicht den Anforderungen des Pressrechtes genügten, die verlangen, daß die Verantwortlichen für Text und Druck dabei ersichtlich sein müssen, nahm die Polizei die Personalien des Reserveoffiziers auf und gab sie offen-

sichtlich an die Bundeswehr weiter. Der Wehrdisziplinaranwalt brachte die Angelegenheit vor das Truppendienstgericht. Seiner Meinung nach habe sich der Beschuldigte damit gegen die "freiheitlich demokratische Grundordnung" betätigt, und das sei einem Reservisten der Bundeswehr verboten laut § 23 Abs. 2 SG (14). Das Grundrecht der freien Meinungsäußerung dürfe in diesem Falle eingeschränkt werden, da "die verfassungsmäßige Stellung der Bundeswehr als geschütztes Rechtsgut den Vorrang genießt". (15) Das zuständige TDG kam im Grunde zu dem gleichen Ergebnis und bestrafte den Beschuldigten durch die Aberkennung des Dienstgrades eines Leutnants der Reserve und gleichzeitige Rückversetzung in den untersten Mannschaftsrank.

Man hätte sich jedoch auch eine andere Interpretation der oben angeführten Resolution zu eigen machen können, wie das etwa der Bremer Rechtsanwalt Heinrich Hannover getan hat als Verteidiger des Reservisten. Danach ist der Aufruf zur Verweigerung des Waffendienstes darauf bezogen, von einem Grundrecht in legitimer Weise Gebrauch zu machen, denn dieser Aufruf richte sich an diejenigen Soldaten, bei denen die gewissenmäßigen Voraussetzungen für eine Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gegeben waren. Nach der Rechtssprechung des Bundesverwaltungsgerichts kann auch eine politische Überzeugung Grund für eine Gewissensentscheidung sein.

In der Resolution wurde als zweite Möglichkeit des Kampfes gegen die Notstandsgesetzgebung das Verbleiben in der Bundeswehr bezeichnet, um dort "aufklärend und demokratisierend tätig zu sein", um sie als Instrument der Herrschenden zu verunsichern". Hier geht es also darum nicht die Bundeswehr als Armee zu treffen, sondern die Herrschenden, indem man durch aufklärerische Tätigkeit die Soldaten zu politisch denkenden Staatsbürgern macht. Wenn dieser Erfolg errungen wäre, könnte die Bundeswehr mit so qualifizierten Angehörigen nicht als Machtmittel für innenpolitische Auseinandersetzungen mißbraucht werden.

Wie schon gesagt, ging das Truppendienstgericht nicht auf diesen Gedankengang ein, genau wie es auch eine Forderung nicht berücksichtigte, die im Maunz-Dürig folgendermaßen formuliert ist: "Die Grundbeschränkungen, die aufgrund ... des Art. 17a Abs. 1 zulässig sind, müssen zeitlich beschränkt sein. Sie sind auf die Zeit des Wehrdienstes bzw. Ersatzdienst begrenzt. Damit ist auf jeden Fall klargestellt, daß "Reservisten", die nicht eingezogen sind ... von Art. 17a Abs. 1 nicht erfaßt werden." (16) Entgegen dieser Lehre, die besagt, daß Grundrechtsbeschränkungen nach Art. 17a nur für dienende Soldaten zulässig sind, bestrafte das TDG für das Verteilen der Resolution einen Reservisten, der nicht eingezogen war. Die Bestrafung einer rechtmäßigen und grundrechtlich geschützten Meinungsäußerung ist aber ein Eingriff in die liberalen Grundrechte unserer bürgerlichen Gesellschaftsordnung, die sonst gerade die TDG so eifrig zu schützen vorgeben.

Anmerkungen:

- 1 Maunz-Dürig: GG-Kommentar, C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, 2. Auflage, München 1970, Art. 17a, Anm. 16 und 20.
- 2 § 10 Abs. 6: Offiziere und Unteroffiziere haben innerhalb und außerhalb des Dienstes bei ihren Äußerungen die Zurückhaltung zu wahren, die erforderlich ist, um das Vertrauen

als Vorgesetzte zu erhalten.

- 3 Die Öffentliche Verwaltung: Jahrg. 1970, S. 417.
- 4 Art. 87a Abs. 1: Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. Ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben.
- 5 Die Öffentliche Verwaltung, Jahrg. 1970, S. 417.
- 6 Gutachten vom 28.10.69 an Vorsitzenden des 2. Senats des BVerfG unter dem BMVtdg-Az 39-10-02-22.
- 7 Art. 19 Abs. 2: In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
- 8 Maunz-Dürig: Art. 17a, Anm. 12.
- 9 Die Öffentliche Verwaltung: Jahrg. 1970, S. 418.
- 10 Die Truppendienstgerichte gehören zum Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung. Wortlaut des § 51 Abs. 2.
- 11 § 53 Abs. 1: Mitglieder des Truppendienstgerichtes sind der dienstaufsichtführende Richter, die weiteren richterlichen Mitglieder und die militärischen Beisitzer als ehrenamtliche Richter.
- 12 WDO-Kommentar von Manfred Baden und Dr. Hans-Jürgen von Mitzlaff, Bernard & Graefe Verlag für Wehrwesen, S. 302.
- 13 AZ C4-VL 37/68.
- 14 § 23 Abs. 2 SG: Es gilt als Dienstvergehen, wenn sich ein Offizier oder Unteroffizier nach seinem Ausscheiden aus dem Wehrdienst gegen die freiheitliche, demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes betätigt oder durch unwürdiges Verhalten nicht der Achtung und dem Vertrauen gerecht wird, die für seine Wiederverwendung als Vorgesetzter erforderlich sind.
- 15 Anschuldigungsschrift vom 15.4.70 des Wehrdisziplinaranwalts bei den TDG A und B für den Bereich des Personalstammamts der BW unter dem AZ 25-01-30 1/69.
- 16 Maunz-Dürig: Art. 17a, Anm. 25.

12a Innere Führung

- I. Historische Ausgangsposition
- II. Innere Führung: Manipulationsinstrument zur sublimen Unterwerfung
 1. Innere Führung als Ausdruck eines unrealistischen Gesellschaftsbildes
 2. Innere Führung als manipulatives Instrument der Menschenführung
 3. Innere Führung und politische Indoktrination
- III. Der Verfall der Inneren Führung und die Funktion der Aufrechterhaltung ihrer Ideologie
- IV. Versuche zur Wiederbelebung der Inneren Führung als Neuauflage ihrer Widersprüche
 1. Die Politik der neuen SPD-Regierung

I. Historische Ausgangssituation

Die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland ist von den bürgerlichen Parteien gegen den Widerstand und Willen breiter Volksmassen durchgesetzt worden. Zum Teil wurde die Aufrüstung der Bundesrepublik aus politisch-prinzipieller Opposition heraus bekämpft, bei vielen ergab sich jedoch die Ablehnung der Aufrüstung nach der Katastrophe des Faschismus und des verlorenen Krieges aus einer eher diffusen Militarismusangst. Diese Stimmung wurde weitgehend von den Sozialdemokraten aufgefangen, welche die Aufrüstung vor allem aus taktisch-außenpolitischen Motiven ablehnten, sich aber die allgemeine "Ohne-mich"-Stimmung zunutze machten. Als schließlich die Pariser Verträge abgeschlossen und die Aufrüstung nicht mehr zu verhindern war, gab auch die SPD ihren Widerstand auf und beteiligte sich in einer Weise an der Konzipierung der Wehrgesetzgebung, die darauf angelegt war, der Angst vor einer Wiederentstehung des Militarismus die Grundlage zu nehmen durch den Einbau politischer Kontrollrechte und einer Neukonzipierung des "Inneren Gefüges" (damalige amtliche Bezeichnung) der Armee. Damit glaubte man verhindern zu können, daß sich die Bundeswehr in ähnlicher Weise wie die Weimarer Reichswehr verselbständigen und zu einem "Staat im Staate" werden konnte. Die neue Streitmacht sollte sozial in eine als gegeben angenommene pluralistische Gesellschaft integriert und politisch eindeutig der parlamentarisch verantwortlichen Kontrolle der Regierung unterworfen sein.

Die Innere Führung als Ideologie und auch, soweit sie sich in Gesetzestexten konkretisiert hat, ist eines der Ergebnisse der damaligen politischen Konstellation. Konzipiert von einigen liberalen Offizieren im damaligen Amt Blank war sie insgesamt ein Zugeständnis an eine opponierende, aufrüstungsfeindliche Öffentlichkeit. Sie war aber gleichzeitig eine der Bedingungen, die der SPD eine Mitwirkung am Aufbau der neuen Armee ermöglichten und damit eine Bedingung für eine Isolierung der prinzipiellen Gegner der Aufrüstung. Die Innere Führung hat also einen wesentlichen Anteil daran, daß die Bundeswehr im damaligen politischen Kräfteverhältnis, als die

durch die bürgerlichen Parteien vertretene Reaktion noch nicht so selbstsicher herrschen konnte wie später, überhaupt aufgebaut werden konnte. Sie war eine notwendige Konzession, um die Schwankenden für die Aufrüstung zu gewinnen und die Gegner der Aufrüstung zu isolieren. Sie war es nicht ihrem Selbstverständnis nach, aber de facto.

II. Innere Führung: Manipulationsinstrument zur sublimen Unterwerfung

Die Innere Führung hatte also schon während ihrer Entstehung eine manipulative Funktion zur Schwächung der Opposition gegen die Aufrüstung. Durch die inhaltliche Analyse der Konzeption der Inneren Führung, wie sie einst von Baudissin u.a. entworfen worden ist, wird offenbar, daß sie auch nachher eine solche Rolle gespielt hat und auch heute noch spielt.

Die ursprüngliche Konzeption, an der neben Baudissin und anderen Offizieren auch maßgeblich Eiler von der SPD mitgewirkt hat, kann grob in drei Bereiche aufgliedert werden:

- Die Eingliederung der Armee in eine als gegeben angenommene bürgerlich-liberale Demokratie sozialstaatlichen Zuschnitts;
- Die Neukonzeption der überkommenen militärischen Erziehungs- und Unterwerfungsmittel;
- Die neuen Inhalte und Methoden politischer Beeinflussung der Wehrpflichtigen im Sinne des politischen und militärischen Auftrags der Bundeswehr.

1. Innere Führung als Ausdruck eines unrealistischen Gesellschaftsbildes

Die Baudissinsche Konzeption der Inneren Führung geht von der Existenz einer bürgerlich-liberalen Demokratie aus, die auch das Postulat der Sozialstaatlichkeit erfüllt. Die Gesellschaft wird als "nivellierte Mittelstandsgesellschaft" gesehen, in der es weder Klassenunterschiede gibt noch solche im Lebensstandard noch weitreichende Privilegien. Jeder Bürger ist im Prinzip sozial gesichert und kann sich ohne Angst am gesellschaftlichen Leben beteiligen, seine Interessen und Rechte selbstbewußt wahrnehmen. Die militärische Abschreckung wird als eine Dienstleistung unter anderen gesehen, so daß der Soldat bzw. Offizier für sich keinen besonderen Platz mehr in der Gesellschaft beanspruchen kann. Gleichzeitig hatten die Schöpfer der Inneren Führung aber auch die Weimarer Entwicklung vor Augen und wollten durch gesetzliche Maßnahmen verhindern, daß sich die Militärs wieder verselbständigen konnten.

Sie setzten deshalb formal eine klare Unterordnung der Bundeswehr unter das Verteidigungsministerium durch, um sowohl die politische wie auch die parlamentarische Kontrolle über die Armee zu gewährleisten. Mit dem Wehrbeauftragten schuf man noch ein zusätzliches Instrument parlamentarischer Kontrolle.

Gleichzeitig glaubte man, daß die Bundeswehr für die Soldaten, die als Vorgesetzte wie als Untergebene gleichermaßen als selbstbewußte Staatsbürger gedacht waren, keinesfalls ein Bereich aufgehobener bzw. erheblich eingeschränkter Freiheiten und Rechte sein sollte, sondern ein Erfahrungsbereich für jene Prinzipien, von denen man glaubte, daß sie für die gesamte Gesellschaft kennzeichnend wären: Freiheit der Mei-

nung, Rechtsstaatlichkeit usw. Der "mündige Staatsbürger" sollte auch in der Bundeswehr als "Staatsbürger in Uniform" seine Mündigkeit bewahren, auch dort die Vorzüge des westlichen Gesellschaftssystems erfahren können. Dies sei — so glaubten die Schöpfer der Inneren Führung — den Soldaten der beste Beweis dafür, daß die Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik verteidigungswert sei.

Dies alles blieb allerdings im Wesentlichen theoretische Forderung, denn die Rechte, die den Soldaten schließlich gelassen wurden, waren längst nicht ausreichend, die ursprünglichen Absichten der Reformen in eine entsprechende Praxis umzusetzen — ganz abgesehen davon, daß sich von Anfang an zeigte, wie wenig selbst die tatsächlich gesetzlich niedergelegten Rechte für die wehrpflichtigen Soldaten praktische Bedeutung erlangten. Man gewährleistete auf dem Papier bestimmte Beschwerde- und Schutzrechte für die Wehrpflichtigen, ermöglichte ihnen durch die Schaffung der Institution des Vertrauensmannes theoretisch eine Möglichkeit zur begrenzten Vertretung ihrer Interessen, band die Befehlsgewalt der Vorgesetzten an die Gesetzmäßigkeit und das Verhältnismäßigkeitspostulat, beließ dem Soldaten angeblich die Freiheit seiner Meinung und das Recht auf außerdienstliche politische Betätigung in verfassungskonformen Organisationen.

Die Widersprüche dieser Konzeption liegen auf der Hand, denn die Voraussetzungen, von denen sie ausgeht, sind nicht realistisch. Schon als das Konzept der Inneren Führung entworfen wurde, entsprach die Bundesrepublik nicht dem Bild einer liberalen sozialstaatlichen Demokratie. Die Entwicklung zum "demo-autoritären" System der reaktionären CDU-Herrschaft entzog dem Konzept jedenfalls die Realitätsgrundlage, wenn auch die Klassengegensätze durch den jahrelangen wirtschaftlichen Aufschwung, der die materielle Versorgung der Arbeiterklasse im Vergleich zu früher um einiges verbesserte, und durch einige andere Einflüsse lange verschleiert blieben. Zudem waren die Rechte, die man den Untergebenen zugestand, durchaus keine Rechte, die real die Möglichkeit von Handlungsalternativen gegenüber dem Militärapparat eröffnen würden. Das Postulat der Unterwerfung unter den Militärapparat insgesamt ist voll erhalten, nur gegenüber seinen einzelnen Repräsentanten gibt es einige defensive Rechte. Das Gewaltverhältnis ist keineswegs aufgehoben oder ange-tastet, sondern nur in seiner Absolutheit eingeschränkt. Und selbst dies gilt nur für die gesetzlichen Sollbestimmungen und ist keineswegs übliche Praxis in der Bundeswehr, wie verschiedene Affairen überdeutlich gezeigt haben. Eine reale Interessenvertretung der Untergebenen ist auch nach dem Konzept der Inneren Führung nicht möglich, wenn zum Beispiel ein Zusammenschluß der Vertrauensleute sowie kollektive Beschwerden ausdrücklich ausgeschlossen werden. Die bestehenden Defensivrechte der Wehrpflichtigen und niederen Dienstgrade haben also letztlich nur einen Ventilcharakter, der dazu dient, Unterwerfung weniger spürbar zu machen, die Illusion von Freiheit aufrechtzuerhalten.

2. Innere Führung als manipulatives Instrument der Menschenführung

Das alte Befehls- und Gehorsamschema, wie es bis zum Ende des 2. Weltkrieges gültig war, wird durch die Innere Führung nicht aufgehoben, sondern im Prinzip aufrechterhalten. Aber es wird neu interpretiert und der waffentechnischen Entwicklung angepaßt, die sich aus dem inzwischen erreichten Stand der Produktivkräfte im

Kapitalismus ergibt.

Die Funktionsabläufe moderner Waffensysteme erfordern bei den Soldaten ein stärker kooperatives Verhalten sowohl innerhalb als auch zwischen den verschiedenen Dienstgraden. Der Vorgesetzte ist darauf angewiesen, daß seine Untergebenen zum Teil eigenständig handeln, mitdenken und Initiative entwickeln. Die Konzeption der Inneren Führung versucht, diesen Erfordernissen Rechnung zu tragen, indem sie theoretisch darauf verzichtet, den Willen der Untergebenen zu brechen und sie dadurch gefügig zu machen, sondern ihr Interesse wecken will, wobei z.B. die Faszinationskraft der technischen Apparatur auf die aus ihren zivilen Tätigkeiten gerissenen Soldaten eine gewisse Rolle spielt. Ziel dieses Teils der Inneren Führung ist aber nicht, das Vorgesetzten-Untergebenen-Verhältnis aufzuheben — das Gewaltverhältnis bleibt grundsätzlich bestehen — sondern der freiwillige Gehorsam der Untergebenen, die sogar Eigeninitiative entwickeln und damit subjektiv das Gefühl der Unterwerfung verlieren sollen. Damit erfüllt die Bundeswehr für das Kapital u.a. die Funktion, angepaßte unterordnungswillige, aber durchaus zu Handhabung komplizierter technischer Apparaturen fähige Arbeitskräfte zu erziehen — so wie der Kadavergehorsam früherer Zeiten die Aufgabe hatte, der Industrie den willenlosen Arbeitsskaven "zurechtzustutzen".

Man glaubt durch diese Verfeinerung der Unterwerfungstechniken, die man also in eine Reihe zu stellen hat mit jenen neuen Managementtheorien, welche die Personalführung effektiver und reibungsloser gestalten wollen, die "Diskrepanz zwischen überlebten Heereskonventionen und Gegebenheiten der modernen Industriegesellschaft" (Handbuch Innere Führung, S. 32) aufheben zu können. Falls aber die Untergebenen nicht in dieser Weise sich als manipulierbar erweisen, kann der Gehorsam wie eh und je gewaltsam herbeigeführt werden: "Mit Gefängnis oder Einschließung oder mit Strafarrest nicht unter zwei Wochen wird bestraft, wer die Befolgung eines Befehls dadurch verweigert, daß er sich mit Worten oder Tat gegen ihn auflehnt, oder wer darauf beharrt, einen Befehl nicht zu befolgen, nachdem dieser wiederholt worden ist." (Wehrstrafgesetz, § 20, 1)

Die Technik der Menschenführung, wie sie den Schöpfern der Inneren Führung vorschwebte, hat also rein manipulativen und technokratischen Charakter und keinerlei demokratischen Gehalt. Zudem ist sie sogar insofern wirklichkeitsfremd, als die meisten Vorgesetzten in der Bundeswehr den Anforderungen einer solchen Führungstechnik nicht gewachsen sind, und in der Praxis in vielen Dienstbereichen (am sinnfälligesten und brutalsten bei der Formalaus- und der Infanterie-Gefechtsausbildung) die Methoden der 08/15 Schleifer Platzek, Himmelstoß & Co. in vollster Blüte stehen.

3. Innere Führung und politische Indoktrination

Wurde schon in den vorhergehenden Abschnitten die Tendenz deutlich, Formen direkter Zwangsausübung und Unterwerfung möglichst zugunsten sublimerer Methoden zur Erreichung freiwilliger Unterwerfung zurückzustellen, so dient die politische Beeinflussung der Wehrpflichtigen während ihrer Bundeswehrzeit fast ausschließlich diesem Ziel.

Dabei ist allerdings zu bedenken, daß die politische Beeinflussung der Soldaten nicht allein durch den politischen Unterricht geleistet wird, wahrscheinlich nicht einmal zum größeren Teil, sondern indirekt auch durch den gesamten allgemeinen Dienstbetrieb. Die in den vorhergegangenen Abschnitten analysierten Unterwerfungsmechanismen wirken politisch nicht neutral. Sie treffen auf Menschen, die in Schule und Betrieb schon in ähnlicher Weise unterdrückt wurden, die zum großen Teil schon Autorität verinnerlicht haben oder es während der 18 Monate tun, die sie dem Militärapparat mehr oder weniger total unterworfen sind.

Dazu kommt noch die intensive direkte politische Beeinflussung der Soldaten aller Dienstgrade, aber vor allem der Wehrpflichtigen, durch politische Unterrichte (staatsbürgerlichen Unterricht, aktuelle Information), durch Propagandaschriften und sogar durch die Militärseelsorge (lebenskundlicher Unterricht – vgl. Hans-Dieter Bamberg, Militärseelsorge, Köln 1970). Dabei hatte die ursprüngliche Konzeption der Inneren Führung durchaus zwei Aspekte, nämlich sowohl den der allgemeinen, auch kritischen politischen Aufklärung als auch den der "Geistigen Rüstung", d.h. der Hebung des Wehrwillens.

Zwischen diesen beiden Aspekten besteht insofern ein Widerspruch, als kritische politische Aufklärung Aufschlüsse über die realen gesellschaftlichen Machtverhältnisse vermitteln müßte und dabei auch die Bundeswehr und deren Auftrag nach innen und außen nicht aussparen dürfte. Das jedoch widerspricht dem Interesse der Militärs an willigen einsatzfreudigen Soldaten. In der Praxis ist vom Konzept politischer Bildung, wie es die Innere Führung ursprünglich wollte, nur die "Geistige Rüstung" übriggeblieben, was sich zwangsläufig aus dem Interesse der Militärs herleiten läßt, und was sich ebenso zwangsläufig daraus ergibt, daß man die politische Unterrichtung der Wehrpflichtigen nicht in die Hände außermilitärischer, unabhängiger Bildungseinrichtungen gelegt hat, sondern in denen der direkten militärischen (und in der Masse ohnehin reaktionären) Vorgesetzten belassen hat.

Inhaltlich wird die politische Indoktrination der Wehrpflichtigen geprägt durch bestimmte Stereotypen, die geeignet sind, ein vom Freund-Feind-Schema dominiertes Weltbild zu erzeugen. Eine der wichtigsten Grundlagen der "Geistigen Rüstung" und damit der gesamten Inneren Führung war von Anfang an der Antikommunismus (womit allein schon ein Widerspruch zu gesellschaftlicher Aufklärung gegeben war, auch wenn das natürlich nicht zugegeben werden kann). Baudissin: "Die Bedrohung der Menschheit durch ein Lebensprinzip, das alle personalen Werte leugnet und vom einzelnen bedingungslose Unterwerfung fordert, ist zu einer Auseinandersetzung ohne Grenzen in Raum und Zeit geworden, die den einzelnen zur Entscheidung fordert, und in der geistige Neutralität bereits zur Unterstützung der Gegenseite wird. Der Feind richtet seinen Angriff auf den einzelnen. In meisterhafter Beherrschung der Propaganda, im Spiel aller Register von der frechen Drohung bis zur einschläfernden Beruhigung, von der sozialen Zersetzung bis zum Appell an das Nationalgefühl, durch Verkehrung aller Begriffe versucht er den einzelnen in die Unterwerfung zu zwingen, lange bevor er daran denkt, Gewalt anzuwenden." (Die neue deutsche Bundeswehr, Artikel in Foreign Affairs, Oktober 1955, abgedr. in Baudissin, Wolf Graf von, Soldat für den Frieden, Entwürfe für eine zeitgemäße Bundeswehr, München

1969, S. 159).

Gegen dieses Feindbild, das – wie alle Feindbilder – beliebig verwendbar, allgegenwärtig und dämonisch ist und das noch durch die vielfältigsten angsterzeugenden Attribute bereichert werden kann (Kollektivismus, totalitär, Planwirtschaft, Revolution, Weltrevolution usw.), wird ein idealisiertes Bild von der westlichen Gesellschaft gesetzt, das nicht weniger realitätsfremd ist: das Bild vom "freien Westen" und der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" in der Bundesrepublik, in der allgemeiner Wohlstand und soziale Sicherheit herrschen, in der sich die Mitglieder der Gesellschaft frei entfalten können, in der gegensätzliche Meinungen ausgetragen und geäußert werden dürfen, in der der Tüchtige Glück hat und reich werden kann, in der jeder reisen kann, wohin er will und kaufen, was ihm beliebt. Zwar ist nicht alles ideal, fügt man vorbeugend hinzu, aber vom Grundprinzip her doch.

Diese Propaganda, sowenig sie mit Realität durchsetzt ist, vermag bei den Wehrpflichtigen durchaus ihre Wirkung zu erzielen. Die wehrpflichtigen Soldaten haben oft nur sehr beschränkte Möglichkeiten, sich der Indoktrination zu erwehren, weil sie durch Schule und Beruf ähnlicher Beeinflussung und zudem noch den vielfältigen autoritären Anpassungszwängen ausgesetzt gewesen sind, die schließlich eine psychische Aufnahmebereitschaft für autoritäre und feindfixierte politische Propaganda zur Folge haben. So kommt es schließlich, und das wird von den Befürwortern der Inneren Führung ebenso angestrebt wie von ihren reaktionären Gegnern, zu einer unkritischen Identifikation mit den bestehenden gesellschaftlichen Zuständen im Westen und zu einer Idealisierung seiner proklamierten Werte wie zum Beispiel der politischen Freiheit usw. (ohne daß geprüft wird, ob diese Werte tatsächlich eingelöst sind).

Da es im Konzept der Inneren Führung eine darüberhinausgehende Analyse kapitalistischer Gesellschaftssysteme nicht gibt (und nicht geben kann, wenn der Auftrag erfüllt werden soll), ist eine realistische Einschätzung des Faschismus nicht möglich. Auch hier wieder wird der Faschismus eher mit der Dämonie des Bösen an sich erklärt – wie sie schon auf die kommunistischen Staaten angewandt wird – denn als Problem einer analysierbaren politisch-gesellschaftlichen Entwicklung des Kapitalismus. Mit Hilfe der Totalitarismustheorie gelingt dann auch die moralische Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus aufgrund einiger äußerlicher Ähnlichkeiten zwischen ihnen während der stalinistischen Phase. Damit wird der antikommunistische Auftrag der Bundeswehr gleichzeitig zur konsequenten Verlängerung des Widerstandes der Soldaten vom 20. Juli 1944, der von den Vertretern der Inneren Führung im Gegensatz zu ihren reaktionären Kritikern in der Bundeswehr für legitim angesehen wird.

Geistige Rüstung ist also "eine notwendige Ergänzung der materiellen" (Thielen, Hans-Helmut, Der Verfall der Inneren Führung, Frankfurt 1970, S. 57 ff.). Sie dient der Herausbildung eines Freund-Feind und Schwarz-Weiß-Weltbildes im Rahmen der allgemeinen manipulativen Unterwerfungstaktik der Inneren Führung, kurz: "Innere Führung ist also die Aufgabe aller Vorgesetzten, freie Staatsbürger zu einsatzwilligen, tüchtigen Soldaten zu erziehen." (Schall, Wolfgang, Psychologische Rüstung, eine militärische Führungsaufgabe, in: Information für die Truppe 3/1962, Beilage, S. 10 – Schall ist übrigens als Kriegsverbrecher in der Sowjetunion verurteilt worden,

ebenso wie übrigens der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Foertsch).

III. Der Verfall der Inneren Führung und die Funktion der Aufrechterhaltung ihrer Ideologie

In der Praxis mußte die Innere Führung an ihren inneren Widersprüchen scheitern, — soweit sie in ihrer ursprünglichen Konzeption noch demokratische und aufklärerische Elemente enthielt — schon allein daran, daß sich in der neugeschaffenen Bundeswehr kaum jemand fand, der sie inhaltlich befürwortete. Aber selbst wenn man diesen Einwand einmal zurückstellt, bleiben die inneren Ungereimtheiten, die Realitätsferne und der illusorische Charakter der Inneren Führung offensichtlich. Was in der Praxis blieb, war die Indoktrination der Wehrpflichtigen durch die "Geistige Rüstung" und eine partielle Lockerung des Drills und Kadavergehorsams auf Grund waffentechnologischer Notwendigkeiten.

Weil aber behauptet wird, die Innere Führung in ihrer ursprünglichen Gestalt sei nach wie vor gültig und gängige Praxis der Bundeswehr, ist sie zur bloßen Ideologie heruntergekommen, die eine ganz anders geartete Wirklichkeit lediglich noch verschleiern kann. Erst die äußersten Reaktionäre in der Führungsspitze des Heeres unternahmen unter Schröder den Versuch, "diese Maske nun endlich abzulegen, die wir uns damals vorgehalten haben" (Generalmajor Grashey, damaliger stellv. Inspekteur des Heeres, in einem Vortrag vor der Führungsakademie in Hamburg-Blankensee, Anfang April 1969), und die unverhüllte Unterwerfung der wehrpflichtigen Soldaten wieder als Norm zu fordern. Diese Bestrebungen wurden jedoch durch den Regierungswechsel 1969 zunächst blockiert. Die nun weiter aufrechterhaltene Ideologie der Inneren Führung, der eine ganz andere Praxis in der Bundeswehr entspricht, hat also noch die gleiche Funktion wie "damals", als mit Hilfe ihrer Konzipierung die Aufrüstung durchgesetzt werden konnte: Verschleierung der tatsächlichen Zustände in der Bundeswehr und des tatsächlichen Charakters des Wehrdienstes als Unterwerfung und autoritärer Anpassungszwang, Abfangen und Beschwichtigen demokratischer Kritik in der Öffentlichkeit und in der Armee selbst.

IV. Versuche zur Wiederbelebung der Inneren Führung als Neuauflage ihrer Widersprüche

Der Niedergang der Inneren Führung in ihrer ursprünglichen Form und die Versuche der militärischen und politischen Führungsspitze während der Großen Koalition, sie nun auch offiziell der gängigen autoritären Praxis in der Armee anzupassen, führten zu einigen Versuchen liberaler Gruppen innerhalb des Offizierskorps, sich wieder stärker in die Diskussion einzuschalten. Am meisten Aufsehen erregten die Leutnante '70 mit ihrem Thesenpapier, das im Wesentlichen ein deklamatorisches Bekenntnis zu den alten Baudissinschen Grundsätzen der Inneren Führung enthält. Weil auch das zugrundeliegende Gesellschaftsbild dasselbe ist wie bei Baudissin, wenn auch weniger stark durch den Kalten Krieg geprägt, unterliegt das Papier der Leutnante auch

denselben Inkonssequenzen wie Baudissin, treibt sie sogar noch auf die absurde Spitze, wenn verlangt wird, das Kriegs- und Unterdrückungsinstrument Bundeswehr solle zum aktiven Friedensinstrument umfunktioniert werden, das gestalterisch auf die Gesellschaft einwirken soll.

In solchen aberwitzigen Forderungen offenbart sich, daß die Leutnante nicht von einer realen Analyse der Gesellschaft ausgehen. So bleibt bei ihnen lediglich, wenn man von den genannten völlig illusorischen Forderungen (vor deren Erfüllung wir hoffentlich bewahrt bleiben) absieht, der unverbindliche Appell an den guten Willen der Vorgesetzten, doch mit den Untergebenen menschlich umzugehen. Wenn die Leutnante von einer realistischen Gesellschaftsicht ausgingen, hätten sie erkennen müssen, daß die tatsächlichen gesellschaftlichen Zustände in der Bundesrepublik und deren Armee den Abbau von autoritärer Gewalt nur in sehr begrenztem Maße zulassen, wenn nicht die Gesellschaft insgesamt und damit auch die Armee in Frage gestellt werden soll. Das aber tun die Leutnante keinesfalls.

1. Die Politik der neuen SPD-Regierung

Die Leutnantsthesen sind von der neuen SPD-Regierung und ihrem Verteidigungsminister keineswegs unterstützt, sondern nur geduldet worden, gewissermaßen auf gleicher Stufe wie die faschistoide Schnez-Studie, nur nicht von gleicher Wichtigkeit. Dadurch wird das Bekenntnis zur Inneren Führung, welches im "Weißbuch 1970 — Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr" mit z.T. recht deutlichen Formulierungen vorgetragen wird, nicht gerade glaubwürdiger. Die Enthaltensamkeit Schmidts in dieser Angelegenheit ist insofern konsequent, als er noch nie sonderlich an einer Wahrung und Ausdehnung der tendenziell demokratischen Teile des Konzepts der Inneren Führung interessiert war, sondern immer nur an der technokratischen Reform, an der schnellen Effektivitätssteigerung bei der Produktion von Kampfkraft.

Zur Erreichung dieses Ziels aber braucht er nicht den liberalen und demokratischen "Staatsbürger in Uniform" (so widersprüchlich dieser in sich sein mag), der notfalls auch — so jedenfalls Baudissin und die Leutnante — einmal in Massen rebellisch ist, sondern den technisch versierten, flexiblen, verwendungsfähigen und funktionierenden Soldaten. Dieser kann zweifellos nicht dem Bild des Soldaten entsprechen, wie es sich die traditionellen Gegner der Inneren Führung, die Verfechter der alten Reichwehrtradition wünschen, aber es entspricht auch nicht dem Ideal des "Staatsbürgers in Uniform".

Die Reformbemühungen gehen denn auch nicht in die Baudissinsche Richtung, die bei aller Widersprüchlichkeit u.a. doch noch einige demokratische Elemente in die Bundeswehr hineinzutragen versuchte, sondern in Richtung auf eine Ausbildungsreform, die letztlich eine effektivere Waffenbeherrschung und Führungstechnik zum Ziel hat und gleichzeitig durch die Attraktivität berufsbezogener Ausbildungsangebote den Personalmangel der Bundeswehr zu beheben versucht. Diesem Ziel dienen im Wesentlichen die Vorschläge der "Eilwein-Kommission" (Kommission zur Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr), die im Dezember 1970 als "Rahmenkonzept" und im Juni 1971 als fertiges Vorschlagspaket vorgelegt wor-

den sind. Kernpunkte der Reformvorschläge sind ein dreijähriges Studium für alle Offiziere an bundeswehreigenen (was wohl kein Zufall ist) Hochschulen sowie Meister- und Facharbeiter-Diplome für Unteroffiziere und Mannschaften und schließlich die Schaffung von Möglichkeiten zur Erlangung von Abitur- und Realschulabschlüssen. Außerdem sollen die Laufbahnen in der Bundeswehr allgemein durchlässiger werden. Ziel dieser Vorschläge ist es, die Ausbildung in der Bundeswehr effektiver und attraktiver zu machen und den Zeitsoldaten eine leichtere Rückkehr in das Zivilleben zu ermöglichen (was wiederum eine größere Bereitschaft zur mehrjährigen Verpflichtung hervorrufen soll). Durch eine verstärkte Vermittlung von Allgemeinbildung soll vor allem im Offizierskorps eine größere Verwendungsbreite, eine größere allgemeine Flexibilität erreicht werden. Durch die stärker aufs Zivilleben bezogenen Berufsausbildungsprogramme, die sich auch aus der waffentechnischen Entwicklung logisch ableiten lassen, soll die Attraktivität der Unteroffizierslaufbahn gesteigert und die Personalnot wenigstens teilweise behoben werden. Hier wird die Übereinstimmung mit den Interessen des Kapitals besonders deutlich, das sich die Einsparung erheblicher Ausbildungsinvestitionen ausrechnen kann und außerdem mit den ausscheidenden Unteroffizieren geradezu ideal vorgebildetes Aufsichtspersonal geliefert bekommt, welches dann in den Betrieben die frühere Rolle nur unter etwas anderen Bedingungen weiterspielen kann und sicher nicht auf die Idee kommt, seine Interessen als gegen das Kapital gerichtete zu erkennen.

Über die politischen Inhalte der neuen Ausbildungsgänge steht denn im ganzen Rahmenplan auch nichts zu lesen. Damit wird der rein technokratische Charakter der geplanten Reform offenbar. Die Diskussion um die Innere Führung, soweit sie in ihren tendenziell demokratischen Teilen für die wehrpflichtigen Soldaten relevant ist, wird durch die Ellweinschen Reformvorschläge keine Belebung erfahren. Die Innere Führung wird also auch unter der SPD-Regierung und trotz der begonnenen Reformen weiterhin vorgeschobene Ideologie bleiben, die die Funktion hat, den Gewaltcharakter der Autoritätsverhältnisse in der Armee zu verschleiern, Unterwerfung effektiver zu machen und – als Nebeneffekt – die jungen Wehrpflichtigen im Interesse des Kapitals an die Bedingungen des modernen Produktionsprozesses anzupassen.

12 b Ideologische Strömungen innerhalb der Truppe

Die Wiederbewaffnung beider Teile Deutschlands nach dem Kriege war kaum denkbar ohne die Verwendung von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren. In der DDR gab es immerhin einen Kern militärischer Fachleute, die dem sich bildenden sozialistischen Herrschaftssystem aus Überzeugung dienten. Es handelte sich vor allem um ehemalige Rotspanienkämpfer und Angehörige der Roten Armee während des Krieges (1a). Ostberlin achtete streng darauf, daß die ehemaligen Wehrmachtsoffiziere ihren militärischen Sachverstand hergaben und sonst gar nichts. Sie wurden in der Regel sofort ersetzt, wenn sie durch den Nachwuchs ersetzbar geworden waren.

Anders verlief die Entwicklung in der Bundesrepublik. Da es im 20. Jahrhundert kaum eine bürgerlich-demokratische Tradition unter den Militärs gegeben hatte, gab es auch wenige Offiziere, die das parlamentarische System aus voller Überzeugung bejahten. Bonn mußte vor allem auf Experten zurückgreifen, die durch die kaiserliche Armee oder die Reichswehr geprägt und durch das Hitlerregime korrumpiert worden waren. Jüngere Soldaten hatten sogar nie eine andere Ausbildung als die in der faschistischen Wehrmacht erhalten.

Adenauer stellte die Bundeswehr unter eine mißtrauische bürokratische Kontrolle. Im übrigen war die Struktur des Systems Adenauer völlig ungeeignet dazu, der jungen bundesdeutschen Armee liberal-demokratische, parlamentarische Wertvorstellungen zu vermitteln: Man kann nur etwas vermitteln, was man selbst besitzt.

Führende Militärs und Politiker unter Adenauer hatten immerhin eines gemeinsam: Sie zeigten ausgeprägte autoritäre, reaktionäre Denk- und Verhaltensweisen bei einem oberflächlichen Bekenntnis zur bürgerlichen Demokratie, zum sozialen Rechtsstaat und zum parlamentarischen Regierungssystem. Bejahte man die westdeutsche Remilitarisierung, dann war es unvermeidlich, Böcke zu Gärtnern zu machen. Demokratisch und liberal klingende Lippenbekenntnisse sollten eine Geisteshaltung verschleiern, die der Demokratie und dem Liberalismus distanziert, verständnislos oder sogar feindselig gegenüberstand.

So gab es von Anfang an in der bundesdeutschen militärischen Führung starke Widerstände gegen die Innere Führung bei einem rein formalen Bekenntnis zu ihr. Die einzige nützliche Funktion, die ihr viele Bonner Militärs der ersten Stunde zubilligten, war die des Alibis, der Verschleierung gegenüber der Öffentlichkeit und der Beruhigung der parlamentarischen Opposition und der Gewerkschaften.

Unter der Überschrift "Neuer Geist" atmet nur schwach" berichtete die "Neue Ruhr-Zeitung" am 26. Januar 1956 von einer "tiefen Kluft" zwischen dem Reformateur Baudissin und seinen Widersachern. Als letztere charakterisierte die Zeitung am 15. August 1956 eine Gruppe von ehemaligen Generalstabsoffizieren im Verteidigungsministerium: "Schon längst spricht man verächtlich vom 'Inneren Gewürge', wenn man im Bundesverteidigungsministerium die Unterabteilung 'Innere Führung' meint, die früher 'Inneres Gefüge' hieß". Diese Gruppe bemühe sich, Oberstleutnant Karst vorzuziehen, einen engen Mitarbeiter von Graf Baudissin.

Dazu ein ehemaliger Angehöriger des Amtes Blank: "Karst wurde in dem Augenblick zum Gegner Baudissins, als er merkte, daß die Mehrzahl der zurückgekehrten Soldaten wie er und nicht wie Baudissin dachte, für den das damalige Reformprogramm ... ein auszuwehnendes Minimum darstellte, während die konservativen Soldaten darin schon ein zu reduzierendes Maximum sahen." (1)

Das Ideal von Heinz Karst, später Brigadegeneral und Inspizient des Erziehungs- und Bildungswesens, ist das einer vorindustriellen, vorkapitalistischen, ständischen "heilen Welt", in der jeder seinen vorgegebenen Platz hat, in der von vornherein festgelegt ist, wer oben und wer unten steht, wer klug und wer dumm zu sein hat, wer zu befehlen und wer zu gehorchen hat. Karsts Erziehungsideal: "Erziehen heißt doch, daß der junge, meist unfertige Soldat ... 'zurechtgestutzt' wird, durch Lob und Tadel, durch ernsthafte Aussprache oder humorvollen Wink, durch einen kräftigen 'Anpiff', der, wenn er gerechtfertigt ist, durchaus vertragen wird, durch vermehrte oder gezielte Aufgabenstellung oder durch herzlichen Zuspruch, durch Vertrauen und Ernstnehmen, wenn es sein muß, durch Strafe." (2)

Die jungen Soldaten seien meist unmündig, sie suchten in ihren Vorgesetzten unbewußt den Ersatzvater, da die Elternhäuser vielfach nicht in Ordnung seien. (3) Die Fähigkeit der Soldaten, selbständig abstrakten Gedanken zu folgen, sei unausgereift.

Karsts Einschätzung trifft für viele autoritätsfixierte Soldaten sogar zu. Gerade das macht dessen Haltung so gefährlich, denn seine sogenannte Erziehung dient dazu, Autoritätsabhängigkeiten durch besondere Manipulationstechniken zu erhalten, nicht zu überwinden. Die Entwicklung zur Mündigkeit soll nicht gefördert, sondern verhindert werden.

Die Haltung Karsts tendiert dahin, in Faschismus umzuschlagen, wenn sie mit den Ausdrucksformen der technologischen Entwicklung in der Bundeswehr in Konflikt gerät. Diese wiederum entsprechen den kapitalistischen Produktionsbedingungen in der gegenwärtigen Phase. Nach Karsts Meinung war die nationalsozialistische soldatische Erziehung "sachgemäß und erfolgreich", sehe man von dem politischen Hintergrund ab.

Karst beklagt die "Maßlosigkeit im Freiheitskonsum, gekoppelt mit sittlicher Maßstabslosigkeit". (5) "An uns Offizieren liegt es, gegen die Zerstörung der Ordnung durch Leistung und Beispiel anzugehen." (6) Es gelte, gegen die schlechten Tendenzen des Zeitgeistes aufzustehen.

Das Recht der Armee, bei innenpolitischen Auseinandersetzungen einzugreifen, sieht Karst auch ohne gesetzliche Regelung als generell gegeben an: "Keine Armee kann Gewehr bei Fuß zusehen, wie aufständische Kräfte den Bürgerkrieg entfesseln und die freiheitliche Grundordnung mit Gewalt (militärisch bewaffnet und organisiert!) gegen den erklärten Willen des Parlaments, der Regierung und der Mehrheit der Bürger beseitigen..." (7)

Generalmajor Hellmuth Grashey, 1969 Vizeinspekteur des Heeres, forderte damals, die Armee solle endlich "die Maske der Inneren Führung" ablegen. (8) Die Innere Führung und das großzügige Disziplinar- und Beschwerderecht seien anfangs ohnehin nur eine Konzession an die SPD gewesen, ebenso die Institution des Wehrbeauf-

tragten. Verteidigungsminister Helmut Schmidt versetzte nach seinem Amtsantritt den General in den einstweiligen Ruhestand. (9)

Die Studie von Albert Schnez, Inspekteur des Heeres, nannte Schmidt in der Öffentlichkeit lediglich "diskussionswürdig" und "diskussionsbedürftig". Dazu "Der Spiegel": "Der Minister sah sich zum Lavieren gezwungen, weil er erkennen mußte, daß die Mehrheit der Berufssoldaten so dachte wie der Heeres-Inspekteur." (10) Laut "Spiegel" sagte der SPD-Wehrexperte Karl Wienand: "Auf der Hardthöhe sitzen bestimmte Generale, die es auf Provokation und langfristig auf den politischen Konflikt angelegt haben." (11)

Schnez hatte in seiner Studie eine "Reform an Haupt und Gliedern, an Bundeswehr und Gesellschaft" gefordert. Drei Grundgesetzartikel und 30 Bundesgesetze müßten nach dem Willen Schnez' geändert werden. Nicht länger ist die Rede von der Integration der Armee in Staat und Gesellschaft. Vielmehr sollen letztere sich am Militär orientieren und sich entsprechend verändern. Im einzelnen forderte Schnez unter anderem die Stärkung des militärischen Traditionsbewußtseins innerhalb und außerhalb der Truppe, die Festigung der formalen Autorität der militärischen Vorgesetzten, die Intensivierung der Formal- und Gefechtsausbildung. Der Soldatenberuf als eine Aufgabe sui generis müsse wieder eine zentrale Bedeutung bekommen, um den "Staatsbürger als Soldat" wiedererstehen zu lassen. (12)

Bisher jüngstes Beispiel soldatischen Protestes war die Aktion von 30 Hauptleuten der 7. Panzergrenadier-Division in Unna. (13) Die Aktion der Hauptleute stellt eine eigentümliche Kombination technokratischer Reformbestrebungen, traditioneller Vorstellungen vom Soldatentum und antikommunistischer, entspannungsfeindlicher Stoßrichtung dar.

In einer Denkschrift warfen die Hauptleute der Bundesregierung vor, sie verfälsche das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West. Die politische Führung mißbrauche die militärische Befehlsgewalt zu parteipolitischen Zwecken. Die Generalität verhalte sich opportunistisch gegenüber den Politikern. Damit werde das "Eigengewicht militärischer Entscheidungen gefährdet." Weiter verlangten die Hauptleute in ihrer Denkschrift mehr "formale Disziplin". Der Wert von exaktem Gruß, militärischer Anrede und korrektem Anzug werde "von fortschrittlichen Kräften verkannt."

Schmidt tadelte die Hauptleute nur sanft: Sie hätten sich "in ihrem Eifer, das Beste zu erreichen", an "Idealvorstellungen" orientiert. (14) Schmidt: "Sie haben meine Sympathie, diese Jungen..."

Aus all den genannten Tendenzen in der Bundeswehr lassen sich folgende Schlußfolgerungen ziehen: Das Militär erhebt den Anspruch, eine Sonderstellung in der Gesellschaft einzunehmen. Letztere soll sich nach den Bedürfnissen der Militärs richten und nicht umgekehrt. "... die Postulate der dienstlichen Überparteilichkeit und der generellen Neutralität sollen der Bundeswehr die Rolle des moralisch integren und omnipotenten staatspolitischen Schiedsrichters verschaffen." (15)

Die Bundeswehr wirft sich zum institutionellen Garanten von Recht und Ordnung auf. "Eine Gelegenheit zur handfesten Bewährung in ihrer Eigenschaft als ... pouvoir neutre (neutrale Macht, d.V.) könnten viele Militärs in solchen Krisensituationen erblicken, in denen sie aufgrund der ... Notstandsgesetze ... auch im Innern der Bundes-

republik eingesetzt werden können.“ (16)

Teile der militärischen Führung halten die Zeit für gekommen, die Tarnung der Inneren Führung abzulegen. Karst, Grashey und Schnez repräsentieren auf ihre besondere Weise die Funktion der Bundeswehr, nunmehr “lediglich den gegebenen politisch-ökonomischen Herrschafts- und Machtzusammenhang durch Gewaltdrohung gegen potentielle außen- und innenpolitische (!) Gegner abzusichern – gleichgültig gegenüber demokratischen Ansprüchen.“ (17)

Sollten die Entspannungsbemühungen der Bundesregierung in Richtung Osten erfolgreich sein, wäre zu befürchten, daß sich die Militärs in zunehmendem Maße auf innenpolitische Gegner fixieren. “Oft hegen Militärs Attitüden, die formal alle rechtlichen Normen der zivilen Demokratie respektieren ...; dennoch verkörpern sie nicht selten die Vorboten autoritärer Strömungen, die ... allmählich auf psychischem, sozialpolitischem, sozialem und ideologischem Feld die Prinzipien eines genuinen Pluralismus zu unterspülen imstande sind.“ (18)

- 1 Zitiert in: Hermann Wessling: “Die Generalität auf dem Weg nach Athen?. Der Ungehorsam des ‘Erziehungs-Generals’ Karst“, abgedruckt in: Hans-Helmut Thielen: “Der Verfall der Inneren Führung: Politische Bewußtseinsbildung in der Bundeswehr“, Frankfurt 1970, S. 215.
- 1a Angehörige des Bundes deutscher Offiziere.
- 2 Zitiert ebenda, S. 213.
- 3 Heinz Karst: “Das Bild des Soldaten, Versuch eines Umrisses“, Boppard am Rhein, S. 137/138.
- 5 Vgl. Wessling, a.a.O., S. 205.
- 6 Vgl. ebenda, S. 207.
- 7 Zitiert in Wessling, a.a.O., S. 208.
- 8 Vgl. Thielen, a.a.O., S. 200/201.
- 9 Vgl. ebenda, S. 202/203.
- 10 Vgl. “Der Spiegel“, Nr. 15, 5. April 1971.
- 11 Zitiert nach ebenda.
- 12 Vgl. Thielen, a.a.O., S. 241 ff.
- 13 Vgl. “Der Spiegel“, a.a.O.
- 14 Zitiert nach ebenda.
- 15 Wido Mosen: “Bundeswehr – Elite der Nation?“, Berlin und Neuwied 1970, S. 304.
- 16 Ebenda, S. 307.
- 17 Thielen, a.a.O., S. 222/223.
- 18 Mosen, a.a.O., S. 299/300.

13 a Truppenpraxis

Als die Bundeswehr 1956 ihre ersten Bataillone aufstellte, wollte man eine “demokratische” Armee schaffen, die, losgelöst von den Erinnerungen an die beiden Weltkriege, sich in die “freiheitlich-demokratische” Grundordnung der Bundesrepublik einordnen sollte. Ein Konzept der “Inneren Führung” mit zwei Hauptintentionen, der “geistigen Rüstung” und der “zeitgemäßen Menschenführung”, sollte aus dem zukünftigen Soldaten keinen “Kommiskopp” machen, sondern einen politisch interessierten “Staatsbürger in Uniform” schaffen. Anders als Reichswehr und Hitlerwehrmacht, die sich als elitäre Truppe verstanden, war die Bundeswehr als ein Glied der Gesellschaft konzipiert, das die Pluralität aller Gesellschaftsschichten widerspiegelte und schon aus diesem Grunde nicht zu einem “Staat im Staate” werden konnte. Jedermann sollte sich freiwillig in die militärische Organisation einordnen. Doch schon die Übernahme ehemaliger Hitleroffiziere in führende Positionen zum Wiederaufbau der neuen Armee ließen diesen Plan scheitern. Offiziere, die die “Innere Führung” und ihre Maximen guthießen, und Traditionalisten gerieten schon früh in Konflikt über den zukünftigen Kurs der Bundeswehr. Dieser Widerspruch zwischen den Befürwortern und Gegnern der “Inneren Führung” zeigte sich in allen Bereichen der militärischen Praxis, angefangen bei der Ausbildung über den Unterricht, der Beschwerdepraxis hin zu den markigen Reden, die von den Kommandeuren bzw. ihren Stellvertretern anlässlich der vierteljährlich stattfindenden Vereidigungen gehalten werden.

Bei der Ausbildung zeigte sich bald, daß das Konzept der “Inneren Führung” zu technokratisch abgefaßt war. Die Soldaten werden immer noch zu “Kommisköppen” ausgebildet. An erster Stelle stehen Drill und Unterwerfung unter Befehl und Gehorsam. Dabei kann die Feststellung gemacht werden, daß die Anpassung der neuen Rekruten enorm schnell verläuft, und es den Ausbildern innerhalb kurzer Zeit gelingt, ein “Wehrbewußtsein” zu entwickeln. Schon die ersten Stunden in der Kaserne zeigen dem Rekruten, daß er sich in einem “neuen Lebensabschnitt” befindet. Um die Soldaten gefügig zu machen, bedient man sich besonders wirksamer Methoden, die nachhaltig dafür sorgen, daß kein Soldat aufmuckt: scharfe Spindkontrollen zur Disziplinierung der Truppe, Gesang und Marsch als Strafe für Nichtigkeiten, die während des täglichen Dienstbetriebes geschehen, wozu auch die zusätzliche Formalausbildung als Erzieherische Maßnahme gehört, und das Üben des Ausnahmezustandes aus nichtigem Anlaß mit sogenannten Umkleideübungen, dem “Maskenball”, in der Nacht. Diese Maßnahmen, die von den Vorgesetzten nicht nur geduldet, sondern auch unterstützt werden, gleichwohl alles offiziell verboten ist, sollen die neuen Soldaten in das Schema von Befehl und Gehorsam pressen und ihre Individualität abschleifen. All diese Maßnahmen benutzen die Angst der meisten Soldaten, bei schlechtem Betragen den Wochenendurlaub gestrichen zu bekommen oder zusätzlichen Dienst schieben zu müssen. Hinzu kommt, daß diese Formen der Repression durch die Dienstvorschriften legitimiert sind, deren Auslegung durch immer neue und zusätzliche Erlässe ganz dem eigenen Ermessen der befehlenden Vorgesetzten überlassen ist. Für jede noch so gemeine Schikane gibt es eine Entschuldigung nach

der Dienstvorschrift. Bei entsprechender schriftlicher Begründung läßt sich jeder Befehl ausführen, auch wenn er gegen Grundgesetz und Soldatengesetz verstößt. Gegen die Schikanen in der Ausbildung sind fast alle Soldaten, aber nur die wenigsten sind bereit, eine Beschwerde zu schreiben.

Solange es dem Soldaten gelingt, im Dienst nicht aufzufallen und alles zur Zufriedenheit auch seiner geringsten Vorgesetzten auszuführen, sich also anzupassen, hat er keine Schwierigkeiten zu befürchten. Sobald er aber eigene Vorstellungen über den Dienstbetrieb äußert, und sich als "Oppositioneller" zeigt, wird ihm der Dienst erschwert. Bei jedem kleinen Fehler muß er büßen. Er wird vor der Kompanie lächerlich gemacht oder muß Sonderdienste verrichten, Dienste, die ihn nicht nur physisch, sondern auch psychisch mehr belasten als die Kameraden, die sich fügen. Diese negative Hervorhebung der sogenannten "Kompanie-Trottel" und "Dauerdienstler" soll bei den Untergebenen eine augenzwinkernde Solidarität mit den Vorgesetzten bewirken und eine Solidarisierung mit den schikanierten Kameraden verhindern.

Um gerade oppositionellen Soldaten das Rückgrat zu brechen, bedient man sich der Methoden des harten Drills bis an die Grenze der körperlichen Belastbarkeit und der Beschäftigungstherapie mit stumpfsinnigen Arbeiten (z.B. Üben von Gangarten im Gelände bzw. Gewehr Reinigen bis zum Exzeß). Es kommt z.B. immer wieder vor, daß bei besonders heißem Wetter gern mit voller Ausrüstung lange Märsche veranstaltet werden, wobei oft Soldaten mit Hitzschlag und Sonnenstich zusammenbrechen. Diese Fälle bleiben meistens ohne Folgen für die verantwortlichen Vorgesetzten, weil sie selten (wie etwa beim Fall Nagold) an die Öffentlichkeit dringen.

Es liegt in der Logik des Systems, daß der Soldat immer unter Kontrolle gehalten werden muß. Dazu gehört die Reglementierung des Zeitablaufs durch den Dienstplan sowie Anordnungen, die die Individualität einschränken, wie gemeinsames Essen und gemeinsames Schlafen. Die Monotonie des Kasernenalltags wird dadurch verstärkt, daß der Zeitablauf des Dienstplanes strikt eingehalten wird und es so zwangsläufig zur "Gammelei" kommen muß. Selbst Arbeiten, die vor der vorgesehenen Zeit beendet sind, müssen solange ausgeführt werden, wie es der Dienstplan vorschreibt. Den Soldaten wird in der Regel keine freie Verfügung zur selbstverantwortlichen Tätigkeit (Reinigen des Geräts) gegeben. Das primäre Interesse der Armee ist, die Soldaten kampfbereit zu halten, und nicht ihre individuellen Interessen zu entfalten.

Sehr unterschiedlich wird auch das Tragen der Uniform in der Öffentlichkeit, also außerhalb der Kaserne, beurteilt. Obwohl es in dem Soldatengesetz § 15,3 ausdrücklich heißt: "Der Soldat darf bei politischen Veranstaltungen keine Uniform tragen", wird dieses Verbot laufend durchlöchert. Während es hohen Offizieren und Generälen der Bundeswehr erlaubt ist, auf den reaktionären Vertriebenentreffen und Versammlungen der Traditionsvereine der Hitlerwehrmacht in Uniform aufzutreten und die Verbundenheit der Bundeswehr mit diesen Organisationen zu bekunden, müssen Mannschaften und niedere Dienstgrade diesen § des Soldatengesetzes beachten. Bei Verstoß müssen sie mit strenger Bestrafung rechnen (z.B. Soldaten, die bei Demonstrationen der DKP oder anderen linken Veranstaltungen mitwirken). Dabei ist die politische Richtung der Veranstaltungen entscheidend.

Politische Aktivitäten im Sinne der neonazistischen NPD und der "Aktion Widerstand" dürfen von Soldaten der Bundeswehr, besonders von Offizieren und Vorgesetzten, offen und in Uniform wahrgenommen werden. (Vgl. Hptm. Ross). Dies geschieht zwar im allgemeinen mit halbherziger Mißbilligung der politischen Führung, findet aber wohlwollende Unterstützung bei der hohen Generalität. Soldaten, die offen für eine reaktionäre Politik eintreten und die Bundeswehr als Instrument zur Aufrechterhaltung der Herrschaft des Kapitals objektiv bejahen, aber nicht unbedingt erkennen, können mit Unterstützung weiter Kreise nicht nur im Offiziers-Korps rechnen. Soldaten, die den Auftrag des neuen Bundesverteidigungsministers ernst nehmen und die Anregung zu demokratischen Diskussionen über die Bundeswehr wahrnehmen, müssen mit Repressalien rechnen, sofern sie den unteren Dienstgraden angehören und ihre Vorschläge wirklich reformistische Anregungen enthalten. (Soldat 70)

Nicht nur die Generäle, sondern auch die nachfolgende Generation der Hauptleute sind ideologisch von der preußischen Armee und ihren Maximen beeinflusst. Sie halten sich heute schon wieder für eine "geistige Elite" und hängen vergangenen Traditionen nach. In diesem Klima kann es keine demokratische Diskussion über Verbesserungen in der Bundeswehr geben, da die Vorgesetzten nicht bereit sind, einmal gewonnene Privilegien wieder aufzugeben.

Die Verabschiedung der Notstandsgesetze durch den Bundestag eröffneten der Bundeswehr eine neue Aufgabe: den Kampf gegen "den inneren Feind". Alle, die gegen N.S.-Gesetze öffentlich protestierten, mußten mit Strafen rechnen. Soldaten der Reserve, die den Art. 5 des GG ernst nahmen und ihre Meinung äußerten, indem sie gegen diese Gesetze demonstrierten, verloren ihren Dienstgrad. Aktive Soldaten, die nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze Kritik übten, wurden diffamiert. In diesem Zusammenhang ist auch der Erlass über das Üben von Notstandssituationen zu sehen.

Für den politischen Unterricht in der Bundeswehr ist die ZDV 12/1 "Geistige Rüstung" vom 22.1.1966 die wesentliche Richtlinie. Sie besitzt Befehlscharakter und fordert, "daß die 'Aktuelle Information' das Interesse der Soldaten am politischen Tagesgeschehen wecken und ihnen die Beurteilung ermöglichen solle". "Die geistige Rüstung müsse dem Soldaten zu einem bestimmten politischen Standpunkt verhelfen, der nicht im bloßen Antibolschewismus bestehen könne, sondern sich erst ergäbe, wenn die Soldaten die verteidigungswürdigen Werte unserer Lebensordnung kennen und erlebt haben, und sie aus Überzeugung verteidigen sollen." Gleichzeitig schränkt die ZDV 12/1 die Behandlung besonders strittiger, gerade in der Durchführung befindlicher, politischer Maßnahmen ausdrücklich ein: Der militärischen Führung und damit den ihr unterstellten Einheiten sei es durch die rechtsstaatliche Verfassung verwehrt, vor oder während bestimmter Regierungsmaßnahmen Stellung zu beziehen.

Die Unterrichtspraxis sieht in der Wirklichkeit jedoch ganz anders aus. Der Stoff, der in der "Aktuellen Information" dem Soldaten einen politischen Standort vermitteln soll, wird in der Regel aus den Springerblättern "Bild" und "Welt" bzw. den in der Bundeswehr erscheinenden Zeitschriften und Broschüren entnommen. Eine

ausreichende Unterrichtung ist aus diesem Grunde kaum möglich. Dies hängt auch zusammen mit der unzureichenden Möglichkeit der Unterrichtenden, bedingt durch den Dienstbetrieb oder auch einfach durch Desinteresse, sich zu informieren. Hinzu kommt, daß den Vorgesetzten auch die Lust fehlt, ihre Untergebenen zu politisieren, da eine solche Politisierung solange wie möglich verhindert werden sollte. "Die Annahme, ein demokratischer Staat sei zu seiner Verteidigung auf Demokraten angewiesen, ist irrig." (G. Picht). Soldaten, die unbequeme Fragen stellen, wird oft der "Mund verboten", oder sie müssen den U-Raum verlassen, Kritiker gelten sehr oft als "potentielle Kommunisten" oder als "Opponenten" und werden schikaniert.

Gefährlich, obwohl nicht mittelbar politisch, sind die Zugführerunterrichte über die Wirkungen der A-, B- und C-Waffen. Nicht immer sind sich die Soldaten der Bundeswehr eines etwaigen Ernstfalls voll bewußt. Die schreckliche Wirkung der modernen Waffen wird mit Absicht bis zur Lächerlichkeit verharmlost. Eine Truppe, die ganz genau weiß, daß in einem atomaren Krieg nichts übrigbleibt, was verteidigungswürdig wäre, wird die Sinnlosigkeit ihres Tuns viel eher begreifen als eine Armee, die vollgestopft ist mit Illusionen über die zahlreichen Chancen für ein Überleben. Besonders deutlich wird diese bewußte Verharmlosung der Kriegsgefahr im Unterricht über Vernichtungswaffen. Biologische und chemische Waffen werden so gut wie gar nicht erwähnt mit der Begründung, daß diese Waffen durch den Genfer Vertrag verboten sind. Die Soldaten erhalten zu ihrem Schutz gegen giftige Schwebestoffe lediglich eine dünne Plastikplane, unter die sie im Ernstfall kriechen sollen.

Dagegen wird die Wirkungsweise atomarer Waffen relativ richtig erklärt. Das Gefährliche hierbei ist allerdings dies: Man erzählt den Soldaten, der Feind werde im Ernstfall höchstens Waffen mit der Vernichtungskraft der Hiroshima-Bombe einsetzen, weil seine eigenen Truppen viel zu nahe am Gegner sein würden, als daß er sich die Verwendung größerer Waffen leisten könne. Und die Zugführer scheinen plötzlich mit einer blinden Unkenntnis gegenüber all ihren strategischen Kenntnissen geschlagen, wenn man ihnen die gefährliche Möglichkeit eines modernen Krieges darzustellen versucht. Sie lächeln dann weise über die Neunmalklugheit ihrer Rekruten und verweisen darauf, daß "nicht sein kann, was nicht sein darf", und zitieren schließlich aus der Vorschrift über Verhaltensweisen beim atomaren Angriff. Solche Fragen werden nicht nur ins Lächerliche gezogen, sondern auch in heroisierender Weise beantwortet. Je höher der Dienstgrad in der Hierarchie des Militärs, desto genauer erfolgt die Information über die Atomwaffe, aber immer mit dem Hinweis, daß es dagegen ja Abwehrmaßnahmen gebe. Diese Abwehrmaßnahmen könne man ja in den einschlägigen Vorschriften nachlesen.

Das oben Gesagte kann vielleicht als Hinweis auf die Ausklammerung der waffentechnischen Formen des Vietnam-Krieges im Unterricht dienen, da ja dieser Krieg realistisch zeigt, welche Auswirkungen der Einsatz von biologischen und chemischen Waffen nicht nur auf die Natur, sondern auch auf den Menschen hat.

Die Demokratie, wie sie in der Bundeswehr praktiziert wird, zeigt sich besonders bei der Anwendung der Beschwerdepraxis. Soldaten, die sich beschweren wollen, oder die sich beschwert haben, müssen sich auf allerhand gefaßt machen. Zum Beschweren gehört mehr Mut als zum braven Dienen. Beliebte Methoden zur Unter-

bindung solcher "lästiger Unterbrechungen des täglichen Dienstes" sind Verlust des Antrags im Geschäftszimmer, Beschimpfung und Einschüchterungsversuche durch Vorgesetzte, Isolierung von den übrigen Kameraden sowie Ausbildungsschikanen, zusätzlicher Dienst und Ausgangssperren. Es ließen sich noch mehr Strafen aufzählen. Häufig werden Soldaten, die von ihrem Recht der Beschwerde Gebrauch machen, versetzt, so daß ihrem Antrag im Regelfall nicht weiter stattgegeben zu werden braucht. Bei der Bearbeitung einer Beschwerde wird oft gegen den § 2 der WBO verstoßen (Verbot der Benachteiligung): "Niemand darf dienstlich gemaßregelt oder benachteiligt werden, weil seine Beschwerde nicht auf dem vorgeschriebenen Weg oder nicht fristgerecht eingelegt worden ist oder weil er eine unbegründete Beschwerde erhoben hat". Diese Vorschriften bestehen zwar, werden aber in der Praxis wenig oder kaum beachtet.

Ein jüngstes Beispiel dafür liefert der Fall des Konteradmirals Heinrich Kühnle. Ohne rechtlichen Hintergrund verbot die Admiralität jungen Offizieren des Marinefliegergeschwaders 3 in Nordholz bei Cuxhaven, sich an den Wehrbeauftragten, an Bundestagsabgeordnete und an den Verteidigungsminister zu wenden. Die Marineflieger hatten diesem ungewöhnlichen Weg eingeschlagen, da ihre Vorgesetzten mangelhafte Truppenfürsorge gezeigt und auf ihre Forderungen nach gleichen Zulagen für alle Besatzungsangehörige ihrer Flugzeuge nicht reagiert hatten.

Diese Aktion stieß auf den Unwillen Kühnles, der seinen Leuten das Recht abstritt, "dem Wehrbeauftragten zu schreiben, bevor nicht alle militärischen Beschwerdeinstanzen eingeschaltet sind". Dabei zeigte er offen seine reaktionäre Gesinnung, indem er äußerte, daß er die "Notwendigkeit der Institution des Wehrbeauftragten sowieso nicht einsehen" könne. Die Vertrauensleute, die als Abordnung den "Anpfiff" Kühnles entgegennahmen, wurden von oben angewiesen, diese Begegnung und die Äußerung Kühnles nicht publik werden zu lassen. Außerdem wurde befohlen, daß alle Aktionen "in Angelegenheiten dienstlichen Charakters" außerhalb des Dienstweges künftig unzulässig seien. Dazu gehöre "das direkte Ansprechen von Wehrbeauftragten, Ministern und Abgeordneten mündlich, schriftlich oder per Telefon". Besonders der Weg in die Öffentlichkeit sei verboten. Gegen diesen gesetzwidrigen Befehl wurde jedoch kurz darauf verstoßen, und man beschwerte sich, "daß an der demokratischen Grundhaltung von hohen Offizieren zu zweifeln sei". Allerdings blieben diese Vergehen der hohen Marineoffiziere ohne Strafe. Kühnle dementierte und blieb nicht nur straffrei, sondern gilt sogar als Anwärter auf den Posten des Inspektors der Marine. Repressalien haben nur die niederen Dienstgrade, die von einem demokratischen Grundrecht Gebrauch gemacht haben, zu befürchten.

Einen weiteren Hinweis auf die "demokratische" Gesinnung der Bundeswehr geben die Vereidigungsreden. Vereidigungen werden gern auf öffentlichen Plätzen durchgeführt, um die Verbundenheit der Bundeswehr mit der Zivilbevölkerung zu demonstrieren. Dabei werden markige Reden gehalten, die nur so von faschistoiden Sentenzen und hohlen Phrasen strotzen. Die Vereidigung in der Öffentlichkeit mit geladenen Ehrengästen verleiht "diesem feierlichen militärischen Akt... einen besonders würdigen Rahmen".

Diese Reden beginnen im allgemeinen mit einem Apell an das Gesunde, Gute im

Menschen, dessen höchstes Streben Ruhe und Ordnung ist. "Genußfrohes Gegenwartsdenken, losgelöst von den Bindungen an überlieferte Werte, Oberflächlichkeit und eine bis ins Groteske verzerrte Betrachtung der jüngsten Geschichte unseres Volkes sind die äußeren Merkmale zeitgenössischen Denkens. Darüber hinaus aber erhebt sich mitten unter uns, ja sogar verschärft innerhalb des Vorpostens der Freiheit, in Berlin, fortschreitend frecher, zügelloser die Hybris der Anarchie und des Nihilismus, teils geduldet, teils sogar gelenkt von Kräften, als deren hervortretender Wesenszug die Verantwortungslosigkeit erkennbar ist. Rekruten! Dafür dienen Sie nicht; deswegen sind Sie nicht aus ihrer Häuslichkeit, von Familie und Beruf weggeholt worden, um diese Umtriebe zu verteidigen. Das hat weder mit Freiheit noch mit Recht etwas zu tun".

"Seit nahezu 12 Jahren gibt es wieder deutsche Soldaten. — Bundeswehrsoldaten sagen die einen, Bundeswehrangehörige die anderen. Lassen Sie mich das vor einer breiten Öffentlichkeit offen aussprechen. Wir alten Soldaten und die Mehrzahl der jungen empfinden das als eine bewußt oder unbewußt ausgesprochene Herabsetzung. So wenig es früher Kaiser-, Reichswehr- oder Wehrmachtssoldaten gab, so unpassend und unangebracht ist es, von Bundeswehrsoldaten zu sprechen. Abgesehen von Äußerlichkeiten unterscheidet sich unser Tun und Handeln durch nichts von dem, was Soldaten früherer Epochen auszeichnete: In Liebe und Verehrung schlagen unsere Herzen für unser deutsches Vaterland, wie dies seit eh und je gewesen war. Das, meine jungen Soldaten, mag in Zeiten innerer Bedrängnis, der Anfechtung und des Zweifels der Halt sein, an den Sie sich klammern mögen, wenn einmal um Sie herum nichts mehr sein sollte, wenn es scheint, als sei alles ins Wanken geraten:

ein festes Gottvertrauen und
eine unverbrüchliche Liebe und Treue zu unserem
deutschen Vaterland.

...Strenge und Gerechtigkeit sind die Grundpfeiler der militärischen Erziehung und Ausbildung; Gehorsam, Pflichttreue und Kameradschaft sind die Fundamente erfolgreichen soldatischen Wirkens; hierauf gründen sich alle Tugenden des Soldaten, die in ihrer höchsten Vollendung zu Mut und Tapferkeit im Kampf führen.

Rekruten! Ich habe Ihnen eingangs dargelegt, daß der deutsche Soldat stets unübertrefflich war, wenn es galt, für sein deutsches Vaterland einzutreten. In zwei langen und schweren Kriegen hat er seine Liebe zu seinem Land und Volk in einer Weise dargetan, wie sie sich in Worten nicht ausdrücken läßt. Zweimal in diesem Jahrhundert gingen die deutschen Soldaten einen Opfergang ohnegleichen. Es waren Ihre Großväter und Ihre Väter, die sich die Achtung und Bewunderung der ganzen Welt erzwingen. Am Ende stand jeweils trotzdem die Niederlage. Was hernach über die Soldaten aus dem eigenen Volk hereinbrach, ist unfaßbar. Diesen Zusammenbruch menschlicher Gesittung und menschlichen Anstandes haben wir bis heute noch nicht voll überwunden. Unser Blick ist aber voraus gerichtet. Nicht die Vergangenheit, die Gegenwart müssen Sie bewältigen, um die Zukunft zu gewinnen. Ohne jedoch die Vergangenheit zu verstehen, können Sie das, was ist, nicht begreifen. Das Vorbild zweier Generationen deutscher Männer, die als Soldaten unverbrüchlich ihrem Vaterland die Treue hielten, soll bis in Ihren Alltag hinein leuchten, Ihnen Kraft und Zuversicht geben, auch in ausweglos erscheinenden Situationen nicht zu verzagen.

Nicht dem Sieger allein gebührt Lorbeer, sagt ein Dichterwort, ebenso dem Besiegten, wenn er tatkräftig und ehrenhaft dem Stärkeren unterlag. — Rekruten!

Meine letzten Worte an diesem für Sie so bedeutungsvollen Tag widme ich unserem unglücklichen Vaterland, dem Sie in wenigen Augenblicken soldatische Treue geloben werden.

Nicht der persönliche Wohlstand des einzelnen oder auch breiter Kreise darf uns darüber hinwegtäuschen, daß Deutschland, das Herzland Europas, zerstückelt ist und wir Deutschen selbst seit mehr als zwei Jahrzehnten daran gehindert werden, als Volk gemeinsam innerhalb eines einzigen und gemeinsamen Staates zu leben. Solange dieser Zustand anhält, solange herrscht in Europa kein Frieden. Mitten durch unser Land zieht sich eine Grenze, die den freien Teil Restdeutschlands von den Teilen unseres Vaterlandes trennt, in denen sich einerseits ein Völkerzuchthaus etabliert hat und wo andererseits etwa 1/5 unseres Volkes aus seiner seit fast 1000jährigen angestammten Heimat zugunsten einer landfremden Bevölkerung vertrieben wurde. Das, meine Soldaten, ist ein Tatbestand, der in der Mitte des 20. Jahrhunderts im Zeichen und im Namen der Menschlichkeit, der Freiheit, des Völkerrechts, der Menschenwürde und einer Anzahl weiterer hoher Ideale geschaffen wurde. Allerdings, in erster Linie durch eine Macht, deren beherrschende Ideologie und deren Untaten ein einziger Hohn auf diese eben aufgestellten Postulate darstellt. Dieser aggressiven Macht stehen wir gegenüber; mit ihr befinden wir uns in einem zähen geistigen Ringen, dessen Ende nicht abzusehen ist. Obwohl diese Macht, die sich Sowjet-Union nennt, mehr als die Hälfte unseres Landes und Millionen Deutsche in ihren Fängen hält, versucht sie, den noch verbliebenen Rest Deutschlands und des übrigen Europas unter ihre Botmäßigkeit zu bringen...

Rekruten!

Ich verpflichte Sie auf das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes, das Sie in Not und Gefahr tapfer zu verteidigen haben. Möge Ihnen helfen, was sich dem gequälten Herz eines deutschen Mannes in schwerer Zeit vor 150 Jahren entrang:

"Über uns der Herrgott,
mit uns das Recht,
in uns die Pflicht
stets dafür einzustehen:
Für unser geliebtes Vaterland:
Deutschland!"

Mit Ihrem Eid und Gelöbnis sind Sie nunmehr hineingestellt in die Gemeinschaft der deutschen Soldaten. Sie bilden jetzt das jüngste Glied einer unendlich langen Kette deutscher Soldatengenerationen und Geschlechter. Sittliche Grundlage dieser Männergemeinschaft war seit jeher der Dienst an Deutschland, unserem Vaterland. Unser Volk und wir älteren Soldaten erwarten, daß Sie Ihre Pflicht tun.

...Es möge Ihnen gelingen, Zuchtlosigkeit und leeres Geschwätz stets als solches zu erkennen. Das führt zu innerer Freiheit und rüstet Sie gegen alle Anfechtungen. Kaum einen von Ihnen werden Stunden der Vereinsamung und das Gefühl, verlassen zu sein, erspart bleiben. Dann möge Ihnen helfen, was echten Soldaten uralte Weisheit und stets neue Erkenntnis zugleich bedeutet, gerade weil es dem großen Zeit-

geist zuwiderläuft:

"Größten Lohn und höchstes Glück
findet der Soldat im Bewußtsein
freudig erfüllter Pflicht!"

Redner: Major Hansen, stellvertretender Bataillonskommandeur, Feldartillerieba-
taillon 71, Dülmen, St.-Barbara-Kaserne.

Diese Vereidigungsrede spricht eigentlich für sich. Sie ist gefüllt von Borniertheit
und reaktionärem faschistoiden Gedankengut, die jedem demokratisch gesinnten
Wehrpflichtigen davon abhalten müßte, einer solchen Armee als Soldat zu dienen.
Es ist nichts ausgelassen, sogar die Geschichte wird falsch und geklittert dargestellt.
Es wird ein Bild vom deutschen Soldaten gemalt, das nie bestanden hat, und ein ho-
hes Lied auf den Krieg gesungen. Krieg als höchstes Verlangen und erstrebenswerte
Tugend des Soldaten wird den Rekruten einsuggestiert. Wenn man die Truppenpra-
xis zurückschauend betrachtet, bleibt ein trübes Bild zurück. Militärische Traditio-
nen beherrschen alle Bereiche der soldatischen Wehrausbildung. Rechte, die den
Soldaten zustehen, werden unterdrückt und als "unsoldatisch" abgewürgt. Reaktio-
näre Tendenzen, besonders bei der älteren Soldatengeneration bestimmen noch im
großen Umfang die alltägliche Truppenpraxis.

Im September 72 die ersten drei Titel aus dem

BAUERN VERLAG

- + Rechtsziegler, Westdeutsche Landwirtschaft
im Spätkapitalismus
ca.100 S. ca.5,00
- + Hamza Alavi, Theorie der Bauernrevolution
ca.80 S. ca.4,00
- + Adam Scharrer, Maulwürfe. Ein kommunisti-
scher Bauernroman.
ca.300 S. ca.9,00

VERTRIEB ALLER TITEL AUS DEM BAUERNVERLAG:
POLITLADEN GMBH 852 ERLANGEN HINDENBURGSTR.17

V o r b e s t e l l u n g e n e r b e t e n !

13b Truppenbüchereien in der Bundeswehr

Als der Berliner Rundfunk-Journalist Bernd Juds im Auftrage des Westdeutschen
Rundfunks im Herbst 1966 Kasernen der Bundeswehr besuchte, um die Buchbe-
stände der Truppenbibliotheken zu untersuchen, entdeckte er dort neben sogenann-
ten Unterhaltungsklassikern, wie Herrmann Löns und Ludwig Ganghofer oder Karl
May "durchschnittlich drei bis vier Werke der Gegenwartsliteratur" (1), darunter oft
die Schriftsteller Günter Graß und Heinrich Böll, die als Bestsellerautoren einen ge-
wissen Stammplatz einnahmen, manchmal Werke von Erich Kästner oder Uwe John-
son, seltener solche von Bertolt Brecht oder Martin Walser. Diese Bücher jedoch
wurden bei der Ausleihe kaum verlangt.

Bücher, die sich kritisch mit Krieg oder Militär beschäftigen sind wenig gefragt. "Best-
seller" bei den Truppenbüchereilesern sind Werke militaristischen und nazistischen
Inhalts. Der prominente NS-Autor ("Volk ohne Raum") Hans Grimm ist mit seinem
neofaschistischen Machwerk "Warum, woher - aber wohin?" in zahlreichen Trup-
penbüchereien vertreten. Anhand dieses Buches können sich Soldaten z.B. an der
Heeresoffiziersschule I in Hannover über Adolf Hitlers "götterstrotzenden Mut" und
"das zerstörende madige Gerede jüdischer Menschen" informieren und sich an dem
zustimmenden Zitat des belgischen Hitler Anhängers Léon Degrelle "Hitler war der
größte Staatsmann, den Europa je gekannt hat" ergötzen. (2) Auch Hans Venatier,
vor 1945 Gauschulungsleiter, steht in den Regalen der Truppenbüchereien; in sei-
nem "Werk" "Der Major und die Stiere" verspottet er Insassen von NS-Konzentra-
tionslagern. Weitere Autoren sind Heinrich Eisen, dessen 1943 im Münchner NSDAP
Verlag Franz Eher verlegter Band "Die verlorene Kompanie" 1953 im rechtsgerich-
teten Dikreiter-Verlag wiedererschien (mit einer Anzeige für die "NATIONAL und
SOLDATEN-ZEITUNG" im Anhang); Erich Kern, der eigentlich Erich Kernmayr
heißt, SS-Mann und Gaupresseleiter war, und heute zu den populären Schreibern
der reaktionären Presse in der BRD gehört; Edwin Erich Dwinger, einst SS-Ober-
sturmführer, Erbhofbauer und Dietrich-Eckart-Preisträger, der in seinen Büchern ei-
nen militanten Antikommunismus predigt. Als Beispiel für die Auswüchse gerade in
diesen von ehemaligen Nazis verfaßten Büchern möge der Auszug aus dem im Jahre
1958 erschienen utopischen Roman von Dwinger "Es geschah im Jahre 1965" die-
nen, der aus der Vogelperspektive die russische Landschaft nach einem Atomangriff
der NATO-Truppen beschreibt:

"Als erstes nach Moskau taucht Gorki auf, das alte
Nischnowgorod der tausend Kirchen, jetzt auch nichts
als ein gigantischer Trümmerhaufen. Es folgt das gol-
dene Kasan... Auch hier nur Wüste, Zerstörung, Tod...
Tschita, Blagowjeschtschensk, Chaborowsk. Auch hier, im
fernen Osten, nur Schutt... Sowjetrußland ist in einer
Weise niedergeworfen, wie es selbst bei optimistischer
Berechnung nicht anzunehmen war..." (3)

Nach einer Empfehlung des "Handbuch des Büchereiwesens" sollten solche Kriegs-
erlebnis-Schmöker nur etwa zehn Prozent aller Leihbände in einer Truppenbücherei

ausmachen; sie repräsentieren aber oft ein Drittel und mehr der Truppenliteratur (HOS I Hannover: 28%). Warum gerade kriegsverherrlichende Lektüre besonders beliebt ist, erläuterte der Presseoffizier Werner Tennstedt aus Hannover: "Die Grenze ist dort gesetzt, wo (Hanns Helmut Kirsts) '08/15' beginnt. Der Soldat ... sollte sich nicht täglich einmal, wenn er solche Bücher von Kirst liest, ins Gesicht schlagen." Und in der Technischen Marineschule I in Kiel wurde zwar Kirsts "08/15" in der "Wunschliste" vorgeschlagen, aber von der Schulleitung als "nicht für geeignet befunden" abgelehnt. (4)

Der Grund für die Auswahl der angeführten Bücher ist wahrscheinlich eine Anordnung aus dem Bundesverteidigungsministerium, wonach "die zuständigen Vorgesetzten ... verantwortlich über die Auswahl der zu beschaffenden Bücher" (5) entscheiden. Als Folge davon ernannten die meisten Kommandeure einen "Bücherei-Offizier" für eine Arbeit, die im Zivilleben eine sorgfältige Ausbildung erfordert. Diesen "nebenamtlichen Truppenbüchereiwarten" (Guido Geyer, ziviler Bibliotheksleiter an der Bundesweherschule in Koblenz) fehlen genügende Literaturkenntnisse zur Aufstellung einer Bücherliste. Sie verlassen sich darum hauptsächlich auf Angebote aus einschlägigen Verlagen. Diese Bildungslücke der Bücherei-Offiziere ausnützend offeriert die reaktionäre "Scharnhorst-Buchkameradschaft" in einem "Wegweiser für Soldaten und ihre Büchereien" etwa 2 000 Titel, deren Inhalt "soldatische Haltung ... garantiert". "Bei aller Weltoffenheit stehen Werke deutscher Autoren und Probleme des Deutschtums im Vordergrund". Weiterhin rät dieser "Wegweiser": "Sittlich anfechtbare und unsoldatische Bücher sind auszuschließen." Dazu stellt die "FRANKFURTER ALLGEMEINE" fest: "Was bleibt ist eine Stammriege der ehemaligen Reichsschrifttumskammer ... und gewiß nicht die harmloseste." (6)

Auch private Buchhändler dienen sich gern als kundige Berater an, wobei sie als Empfehlung ihren ehemaligen Dienstgrad, den sie in der Hitlerwehrmacht bekleideten, angeben. Der Flensburger Buchhändler Hans J. Hansen ("Oberleutnant z.S.a.D.") reist "mindestens einmal jährlich" von Kaserne zu Kaserne und bietet in seinem Prospekt "Bücher für die Bundeswehr" Schriften des britischen Faschisten Oswald Mosley und des deutschen Blut-und-Boden-Schmierers Hans Grimm an.

Den Rest besorgt dann das von der CDU/CSU aufgebaute und mit zahlreichen NS-Wehrmacht-Offizieren bestückte Bundesverteidigungsministerium, das unter seinem CSU-Minister Franz-Josef Strauß 1961 (7) eine "Empfehlungsliste" für Truppenbüchereien herausgab, die bis heute ihre Gültigkeit behalten hat. Unter den 83 Buchtiteln zur "Kriegsliteratur", die sich "für die Beschaffung für Truppenbüchereien eignen", befindet sich mancher "außerordentlich bedenklicher" Band (Westdeutscher Rundfunk). Als Autoren sind u.a. auf dieser Liste verzeichnet Werner Beumelburg ("... und einer blieb am Leben"), nach 1933 Senator und Schriftführer der Deutschen Akademie der Dichtung; Cornelius van der Horst, früher Redakteur der Zeitschrift "DER FREIWILLIGE", dem Mitteilungsblatt der "Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS" (Hiag); Kurt Ziesel, Geschäftsführer der reaktionären "Deutschland-Stiftung e.V."; Walter Flex, der den Krieg als "eine der heiligsten und größten Offenbarungen Gottes" empfand und dessen "Wanderer zwischen beiden Welten" zur Lieblingslektüre der Weltkriegs-Soldaten gehörte.

Aufgrund der Publizierung dieser Zustände im Fernsehen kam es zu mehreren Anfragen im Bundestag. Im Oktober 1969 wurden daraufhin die endgültigen Richtlinien formuliert: "Literatur, die Krieg und Kampf als romantische Abenteuer verherrlicht oder als Möglichkeit zur Entfesselung niederer Triebe rechtfertigt, ist für den Soldaten ungeeignet und darf nicht beschafft werden." Der Verteidigungsminister behielt sich vor, "die Anschaffung einzelner Buchtitel zu empfehlen oder auszuschließen." Praktisch aber geschah nichts. Die NS-Schwarten blieben in den Regalen, und im Juni 1970 teilte Staatssekretär Berkhan im Namen seines SPD-Ministers Helmut Schmidt mit: "Die (seinerzeit) von Herrn Minister Dr. Schröder (...) für einen bestimmten Bereich angeordnete Überprüfung der Truppenbüchereien hat keine gegen die Richtlinien verstoßenen Ergebnisse erbracht." Minister Schmidt ordnete bisher keinerlei Aussonderung von Büchern an und empfahl sogar, Bücher zu tolerieren, die "verschiedenen politischen Zielrichtungen dienen". Schließlich gebe es neben NS-Autoren in Truppenbüchereien "auch zum Beispiel 'Mao-Schriften'"! Im März 1971 erklärte das Verteidigungsministerium in einem Brief: "Keines der angeführten Bücher (die Liste enthielt Namen wie Eisen, Galland, Ringel, Dwinger, Dönitz, Grimm etc.) ist seit 1950 indiziert oder beanstandet worden." Der Soldat sei "nach Meinung des Hauses" ein "mündiger Staatsbürger, dessen Meinungsfreiheit nicht eingeschränkt werden darf." (8)

Verantwortlich für die Truppenbüchereien der Bundeswehr ist Wolfdietrich Kopelke, Hilfsreferent im Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung Streitkräfte, Unterabteilung Innere Führung, Referat Truppenbetreuung. Dieser Kopelke war einst Unterabteilungsleiter im Zentralbüro der Deutschen Arbeitsfront und ist Autor pathetischer Kriegsbücher. Er hat einen guten Namen bei der deutschen Rechten, weil er sich, wie die "DEUTSCHEN NACHRICHTEN" lobten "zur deutschen Vergangenheit bekennt, wo der Krieg das Maß aller Dinge war". (9) Kopelkes Rußlandkrieg-Buch "Zeitspur", 1964 im Klosterhaus-Verlag erschienen, wurde von der "DEUTSCHEN NATIONAL- und SOLDATEN-ZEITUNG" als "Roman einer Generation" gepriesen. Der Autor verwirft darin die Reue ("Zum Teufel mit diesem Wort!") und äußert sich wie "Sagt ihr, ich predige den Krieg? Nicht den Krieg, aber die Tapferkeit, die die Fäulnis vertilgt." (10)

Anmerkungen:

- 1 zit. nach "DER SPIEGEL" Nr. 50 v. 4.12.1967, S. 50
- 2 "DER SPIEGEL", a.a.O., S. 50
- 3 a.a.O., S. 50
- 4 a.a.O.
- 5 Richtlinien für Truppenbüchereien und Diskotheken VMBL Blatt 1965, S. 439 Punkt A 4 ac
- 6 FAZ vom 18.7.1959
- 7 Im April 1968 formulierte das CDU-Ministerium Schröder "ergänzende Richtlinien" für die Büchereien, die bestimmten, daß grundgesetzwidrige und "Krieg und Abenteuer verherrlichende" Literatur abgelehnt werden.
- 8 zit. nach "Colloquium", Jahrgang XXV, Juni 1971, S. 11f
- 9 "Deutsche Nachrichten" vom 3.11.1967, S. 7
- 10 zit. nach DER SPIEGEL, a.a.O., S. 54

14a Der Zusammenhang von Soldaten und disziplinierten industriellen Produzenten

Die Beschäftigung ehemaliger Soldaten ist nicht nur in der Rüstungslobby von Interesse. Vielmehr profitieren die Unternehmer außer den Beziehungen der Ehemaligen auch von deren "Führungserfahrungen" im militärischen Bereich. Während die Industrie heute wieder darauf bedacht ist, "dem gedienten Manne zwangsläufig die besseren Chancen (zu geben), als dem ungedienten" (1), verwandelt sich die Kaserne in einen "Betrieb besonderer Eigenart", in dessen "Betriebsgemeinschaft ... man zum Kämpfen ausgebildet wird" (2); die Überzeugung, daß die Bundeswehr die Schule der Nation sei, ist, wenn auch in vielfach verschleierte Ausdrucksformen, unter Bundeswehroffizieren genauso verbreitet wie unter Unternehmern.

Daß die Bundeswehr "im Interesse der kapitalistischen Industriegesellschaft notwendige Schule des autoritätsgläubigen Staatsbürgers ist" (3) und disziplinierte und qualifiziertere Arbeitskräfte dem Arbeitsprozeß zuführt, wird von der Industrie allgemein gelobt und stellt sich als Wunsch seitens der Unternehmer so dar: "Die Zusammenarbeit auf dem wehrtechnischen Gebiet, die zu einem laufenden und fruchtbareren Gedanken und Erfahrungsaustausch zwischen den Produzenten und Konsumenten, zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und der Industrie geführt hatte, sollte in ähnlicher Weise auf dem Ausbildungs- und Personalgebiet erfolgen." (4) Logisch folgt daraus auch, daß die "Informationstätigkeit" der 700 Jugendoffiziere "durch eine feste Regelung in die Lehrlingsausbildung" einzufügen sei. (5)

"Gleichwohl gilt in Westdeutschlands Wirtschaft der Reserveoffizier auf der Visitenkarte nicht als Schlüssel zum Management (6) ... 'Heute hat die Wirtschaft keinen Bedarf an Offizieren, denn unser eigener Nachwuchs hat alle Eigenschaften, die wir an den Offizieren geschätzt haben.' " (7) Welches sind nun die Eigenschaften, die die Unternehmer an den Offizieren so schätzten?

Es sind vor allem die den Offizieren eingeübten Disziplinierungs- und Führungsmechanismen (Menschenführung). Zu diesen Mechanismen zu zählen ist: die Delegation von Verantwortung, "Mitarbeiterbesprechung, Dienstbesprechung, Kritik und Anerkennung, Information, Kontrolle, Stäbe und Stellvertretung sowie der Einzelauftrag" (8). Der "selbständig kämpfende Einzelkämpfer" und nicht mehr der dienstgezwungene Untertan der absolutistischen Armee taucht dann auch bei R. Höhn als Mitarbeiter in der Wirtschaft wieder auf, der "selbständig denken und handeln" kann (9).

"Nunmehr werden die Mitarbeiter (im Betrieb) nicht mehr als bloße Betriebsuntertanen betrachtet, deren Verhalten sich im Gehorsam erschöpft; sie erhalten vielmehr einen Bereich, in dem sie in eigener Verantwortung selbständig handeln und entscheiden und dafür auch die Verantwortung tragen. Die Vorgesetzten treffen im Bereich ihrer Mitarbeiter keine Entscheidungen, sie beschränken sich auf ihre eigentlichen Führungsaufgaben, die sich im wesentlichen auf die Zielsetzung, die Information, die Koordination und die Kontrolle erstrecken. Dafür tragen sie die Führungsverantwortung. ... Die Hierarchie ist jetzt zu einem Rahmen geworden, in dem sich

die neuen Formen des Zusammenwirkens innerhalb der verschiedenen aufeinander aufbauenden Delegationsstufen abspielen. Sie hat sich damit von der überkommenen 'Befehlshierarchie' zu einer Verantwortungshierarchie gewandelt. Zugleich treten in Stabsfunktion und Teamwork horizontale Verbindungen neben die Hierarchie, die neue Formen der Zusammenarbeit schaffen." (10)

Hierarchien dienen zur Ausübung von Herrschaft. Ein Abbau dieser Hierarchien bedeutet nicht den Abbau von Herrschaft, sondern deren Verschleierung und damit deren Stabilisierung. Dem einzelnen Mitarbeiter ("selbständig denkend und handelnd") wird dabei die scheinbare Mitwirkung an Entscheidungsprozessen vorgegaukelt, obwohl die relevanten Entscheidungen auf höheren Ebenen der Betriebsorganisation längst gefallen sind. Die Entscheidungen werden hier zwar nicht mehr autoritär gefällt, bei der Größe der Betriebe, der wirtschaftlichen Tragweite und sachlichen Ausdehnung ist dies nicht mehr möglich, vielmehr geschieht dies durch einen Stab abgesetzter Fachidioten.

So bedingte die Abkehr vom autoritären Führungsstil in der Wirtschaft die Aufstellung von Stäben und den Einsatz von Spezialisten, die allerdings abseits der Betriebs-hierarchie stehen und keine "Befehle" erteilen können. Die "Stäbe" haben die Aufgabe, die "Linienabteilung" (beides militärische Begriffe) zu beraten. Für gewöhnlich besteht die betriebliche Hierarchie nur noch in der Ebene "der Linie". Diese Übereinstimmung im Grundsätzlichen bei Höhn und auch bei Schall (11): "In beiden Fällen (Unternehmen und Armee) wird in Großorganisationen ein in der Spitze gebildeter Wille in einer Reihe geplanter und aufeinander abgestimmter Aktionen bis hin zur untersten Handlungsebene verwirklicht. Armee und Industrie haben die Bestimmung, sich im Kampf – hier im Kampf mit den Waffen, dort im Lebens- und Wirtschaftskampf – zu bewähren. ... Heer und Industrie sind beide in gewissem Maße dazu gezwungen... Großunternehmen lassen sich durchaus mit Armeecorps, mittlere Unternehmen mit Bataillonen vergleichen ..."

Die Bundeswehr als Unternehmen

"Dem Planungssystem muß eine nach Gesichtspunkten des modernen Managements orientierte Führungsorganisation gegenüberstehen, die sich durch rationelle Arbeitsverfahren – auch in der Verwaltung – auszeichnet." (12) Management bedeutet führen, in erster Linie hier also die Führung des "Betriebes Bundeswehr" und weniger die Führung von Menschen, die unterliegt der "Inneren Führung".

Charakteristisch für die Angleichung an die Führungsmethoden der Wirtschaft ist der Einsatz wissenschaftlicher Methoden und technischer Hilfsmittel (Operations research) als Planungshilfen der Bundeswehr. Kennzeichnende Operations research Aufgaben sind: 1. Teamarbeit, 2. Weitgehende Quantifizierungen zu untersuchender Sachverhalte, 3. die Modellbildung (Abstraktion des Systems), 4. Ermittlung des Optimums (durch Computer oder mathematische Erhebung), 5. die Formulierung alternativer Entscheidungsmöglichkeiten mit festgelegtem Aufwand, geschätzter Wirksamkeit und Risiko.

Um Systemanalysen und Operationsforschung durchführen zu können, verfügt das

Bundesministerium für Verteidigung über die "Zentrale Operationsresearch-Stelle (ZOR) Trier und die Operationsresearch-Gruppen (ORG) Ottobrunn" (13). Weitere Mittel des Managements sind in der Bundeswehr: Statistik, Netzplantechnik, Kostenrechnung und Management- und Informationssysteme.

Um nun den Bedarf an Spezialisten der genannten Bereiche decken zu können, bedient sich die Bundeswehr des "dritten Bildungsweges". Ziel des "dritten Bildungsweges" nach dem Ellwein-Plan ist es, nicht nur die Bundeswehr zur "Berufsschule der Nation" für Freiwillige zu machen, sondern auch nach einem Dreijahreskurs ausgebildete Betriebswirte, Organisatoren und Datenverarbeiter als "Manager in Uniform" zur Verfügung zu haben. Dieses Planungssystem mit "Managern in Uniform" (14), derer 5 000 laut Ellwein-Plan ab 1972 ausgebildet werden sollen, (15) bedeutet u.a. daß dann die formale Trennung zwischen zivilen Beschaffern z.B. und Soldaten vollends wegfiel und somit die Rüstungsbeschaffung noch verschleierter ablaufen könnte. Der Entwurf der Ellwein-Kommission ist von "übergeordneten Konzeptionen – Gesamtschule, Gesamthochschule – und der dabei angestrebten 'Durchlässigkeit' in allen Ebenen abhängig, kompliziert und in allen Teilen aufeinander bezogen." (16)

Anmerkungen:

- 1 Information für die Truppe, 10/65, S. 738
- 2 Information... 8/65
- 3 Winfried Schwamborn, Lehrbücher für den braven Bundeswehrsoldaten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jahrgang XVI (1971, Heft 6, S. 639
- 4 Werner Flachsenberg, Bundeswehrzeit – verlorene Zeit? Köln 1970, S. 115f, zit. nach: Schwamborn, a.a.O., S. 640
- 5 Flachsenberg, S. 117, zit. nach: Schwamborn, a.a.O., S. 640
- 6 CAPITAL 7/70, S. 40
- 7 ebenda
- 8 Bernhard Blankenhorn in seiner Rezension von Reinhard Höhn, Führungsbrevier der Wirtschaft, Bad Harzburg, 1969, in: Das Argument, Jahrgang XII (1971), Nr. 63, S. 178f.
- 9 so Reinhard Höhn, zit. nach Blankenhorn, a.a.O., S. 179
- 10 Reinhard Höhn, Behörden brauchen Management, in: Management-Dokumentation, Handelsblatt/Plus, November 70, S. 51
- 11 so Schall in: Führungstechnik und Führungskunst in Armee und Wirtschaft, S. 8
- 12 Weißbuch 1970, Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr, S. 169
- 13 ebenda, S. 177
- 14 Wirtschaftswoche, Jahrgang XXIV, Nr. 46
- 15 ebenda
- 16 COLLOQUIUM (Berlin), Juni 1971

14b Kirchen und Bundeswehr

"Da, wo es Religion gibt, kann man leicht eine Armee und Disziplin errichten."

Niccolo Macchiavelli (1)

"Es kommt eine schwarze Wolke mit Polen. Wir haben Soldaten nötig, gläubige Soldaten. Gläubige Soldaten sind die wertvollsten. Die setzen alles ein."

Reichskanzler Hitler (2)

"Wer betet, zittert nicht." (3)

"Wir erwarten von einem Pfarrer, der zu uns kommt als Seelsorger, daß er zur Bundeswehr ja sagt mit allen Konsequenzen, den Ernstfall eingeschlossen."

Ein Offizier der "Schule für Innere Führung" (4)

Die Frage nach dem Verhältnis der beiden Großkirchen zur Bundeswehr ist eingebettet in die nach den Zusammenhängen zwischen der kapitalistischen Restauration in Westdeutschland nach 1945 und der Funktion der Kirchen dabei. Die herrschenden Strömungen beider Kirchen hatten im wesentlichen die "Ordnung" des "Dritten Reiches" begrüßt und in der Unterstützung der Aggressionskriege besonders gegen die Sowjetunion wahre Lehrstücke für Feindhetze geboten. Die Verdrängung der mitverschuldeten Verbrechen des Hitlerreiches geschah durch die Kirchen gerade gegenüber der UdSSR mit einer Perfidie, die selbst Kirchenhasser verblüffen mußte: Das Land, das mit 20 Millionen Toten, einer verwüsteten Erde und zerstörten Industrien ausgeblutet und fast am Ende seiner Kraft war, wurde von den angeblich richtigen Interpreten des Friedensreligion dazu auserlesen, nicht etwa für die Befreiung vom Faschismus gelobt zu werden, sondern ebendeshalb und wegen der nicht anders zu erwartenden Kriegsentschädigungen Feind Nr. 1 Deutschlands, des Abendlandes und des Christentums zu sein.

Gruppen gegen diese Haltungen gab es; sie paßten sich jedoch im Laufe der zunehmenden Westorientierung und antikommunistischen Spaltungspolitik der herrschenden Klasse in Westdeutschland und dem Kurs der zunehmend von katholisch-restaurativen Vorstellungen bestimmten CDU/CSU an, so daß abgesehen von z. T. lautstarken Minderheiten die christlichen Kirchenführungen und die überwiegende Mehrheit des von ihnen beeinflussten "Kirchenvolks" insoweit einheitlich betrachtet werden können.

Wohl waren nach 1945 die Frontstellung sowie der Schuldige am verkleinerten Deutschland klar und auch, daß es territorial wieder einmal Einiges zu revidieren galt. Auslöser für eine offen aggressive ideologische Beeinflussung der Kirchenmitglieder, die zunächst schon wegen der Erinnerungen an den letzten Krieg nichts von neuer Rüstung wissen wollten, waren aber erst die Ereignisse seit 1950 in Korea. Die bis heute unbewiesene angebliche Aggression Nordkoreas diente als Folie einer hemmungslosen klerikalen Rüstungspropaganda (5). (Nebenbei: Wie Kapitalismus und Rüstung nicht getrennt werden können, so kann auch die klerikal-antisozialistische nicht von der klerikal-militaristischen Indoktrination getrennt werden (6).) Ehe

die Techniken dieser Manipulation beschrieben werden, muß ein Blick auf die Zusammenhänge von christlicher Religion und Militarismus geworfen werden. Zweifellos wäre es verfehlt — bei allen Verbrechen, die sich christliche Kirchen bisher geleistet haben —, aus geistesgeschichtlicher Stereotypik "Ursachen" für reale Ereignisse ableiten zu wollen. Krieg und Militarismus sind in so gut wie allen Fällen das Produkt materieller Interessen, die mit den Klassenstrukturen der Gesellschaften zusammenhängen. Ein solcher anhand der Geschichte leicht zu führender Nachweis für eine Grundthese des historischen Materialismus steht allerdings nicht im Widerspruch zur Wichtigkeit der Analyse des jeweiligen ideologischen Überbaus, sondern verlangt danach, die Mechanismen herauszufinden, die es ermöglichen, daß eine Minderheit von Interessenten in der Lage ist, eine Mehrheit von Leidtragenden für Krieg und Militarismus zu begeistern oder zu neutralisieren.

Die christliche Kirche als Herrschaftsinstitution

Schon eine grobe Skizze der hauptsächlichsten Inhalte des Wertsystems des Christentums, wie es sich nach dem 4. Jahrhundert herausgebildet hat, und des Militarismus (als Bewaffnung gegen äußere Mächte und für innenpolitische Repression gegenüber machtvollverändernden Kräften) zeigt eine weitgehende Identität (7). Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß Kirche und Kaserne ausgezeichnete "Schulen" von Klassengesellschaften waren und sind. Entfremdete Arbeit und Unterordnung sind gerade da am leichtesten als Tugenden hinzustellen, wo Kirche und Kaserne vorbildhaft für die anderen Lebensbereiche werden.

Die Friedensbotschaft des Evangeliums, in dem selbst die Formen symbolisch-verinnerlichter Gewalt (siehe das Eidverbot) abgelehnt werden, hatte sich in den institutionell abgesicherten maßgeblichen Interpretationen nach ungefähr drei Jahrhunderten zu einer Religion verändert, die mit anderen staatstragenden Religionen funktional vergleichbar wurde, in der Wirkung allerdings die vorher gekannten herrschaftsstabilisierenden religiösen Mythologeme in den Schatten stellte. Vergleichbar sind die Angst-, Schuld-, Unterdrückungs-, Opfer- und Gehorsamsmentalität, die den Kern aller religiösen Wertsysteme ausmachen (also auch die gelebte Kirchenpraxis, die im wesentlichen entgegensteht einem möglicherweise emanzipatorischen praktisch gelebten Christentum). Damit ist gemeint, daß menschliche Freiheits- und Lustempfindungen in der Regel unter das Verdikt der "Sünde" gestellt werden, was zwar an der Ausübung des jeweiligen Bedürfnisses oft nicht viel ändert, allerdings immer — ob nur gewünscht oder auch ausgeführt — zu indoktrinierten Schuld-, Angst- und Unterwerfungsreaktionen führen. Ferner gehört dazu die von einem Gott abgeleitete strikte Autoritätsfolge, die Freiheit und Gleichheit obsolet werden läßt. Was die Konsequenzen christlich-religiöser Irrationalität von anderen Religionen negativ abhebt, ist ihr (Erb-) Sündendogma, das den Menschen als im Grunde schlecht und damit herrschaftsbedürftig ansieht; ihr auf privatistischer Konkurrenz beruhender Vergeltungs- und Jenseitsglaube, bei dem der "innere" Friede mit und die Rechtfertigung durch Gott bekanntlich bis zur völligen Kritiklosigkeit irdischen Herrschaftspraktiken gegenüber pervertiert werden kann; ihr strikter Monotheismus, verbunden mit einer ausgefeilten himmlischen Hierarchie, so daß wegen des Vorbild- und Abbildcharakters außerirdischer Sphären irdische Ordnungen, soweit sie

auf Grundsätzen der Demokratie beruhen, als widernatürlich erscheinen müssen; und schließlich ihre auf dem Auserwähltheitsglauben beruhende Intoleranz, die sich gleich da bemerkbar machte, als das Christentum römische Staatsreligion wurde.

Bündnis von Kaserne und Altar

Der Militarismus im angeführten Sinne korreliert mit dem so skizzierten Wertsystem; Aggression nach außen und Unterdrückung in hierarchischen Verhältnissen im Innern harmonisieren damit ausgezeichnet. (8) Was aber auch irrationaler, nationalistischer und an die dumpfsten Instinkte appellierender Militarismus nicht so gut vermag, ist eine seelisch-ideologische Stabilisierung, die Unterwerfung der eigenen Person und Tötung anderer als im Einklang mit göttlicher Sitte rechtfertigen kann und irritierendes Nachdenken aufschiebt oder unterdrückt.

Die Hemmung, einen Menschen zu töten und die Angst, selbst getötet zu werden, sind die entscheidenden negativen Faktoren, die neutralisiert werden müssen. Sowohl Sicherheit für die eigene Sache wie auch Abscheu vor der anderen und dazu Vertrauen auf die Zukunft liefern seit erdenklichen Zeiten irrationale Herrschafts-ideologen in den Heeren der Welt. Für manchen Christen war es vor einigen Jahren erschreckend, wie in zynischer Offenheit in der offiziösen Darstellung der Geschichte der evangelischen Militärseelsorge der berichtende ehemalige Wehrmachtspfarrer eine durch qualitative Unterschiede nicht durchbrochene Verbindungslinie von Eingeweideschauern, Druiden, Skalden und Barden zu den christlichen Priestern zog, die Ordnung und Sitte und Religion in den Heeren predigt (9). Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß in der Bundeswehr beachtete "Korea" — (und jetzt wohl auch "Vietnam" —) Erfahrungen der US-Streitkräfte dahingehend zusammenzufassen sind, daß nicht zu intelligente Mittelstandschristen am resistentesten dagegen sind, durch kommunistische "Gehirnwäsche" zu "Progressivisten" zu werden (10). Daß das auch fürs Schießen gilt, ist nur konsequent. Der Hinweis auf den Massenmörder Calley, der neben dem Insistieren auf Werten wie "Pflicht", "Dienst" und "Vaterland" auch das "Beten" und "Gott" reichlich im Munde führte, wäre da fast unnötig, wenn nicht durch seine patriotische "Kanonisierung" durch den Kriegsherrn Nixon und eine ihn heroisierende und massenhaft gekaufte Schallplatte sein Fall exemplarisch geworden wäre.

Diesem begrifflichen Exkurs können wir aus Platzgründen einen historischen nicht anschließen (11). Eins sei festgestellt: Die Darstellung der christlichen Kriegsseelsorge würde auch Hartgesottene erschrecken machen; es ist nicht jedermanns Sache — und schon gar nicht die friedliebender Christen —, das Totschlagen im Krieg mit Christus' Sterben, das Töten von Russen als gottgewollt und Ostern mit Hitlers Endsieg parallel gezeichnet zu sehen. Lediglich die Zeit nach dem 8. Mai 1945 sei etwas näher betrachtet.

Militärseelsorge in der Bundeswehr

Mindestens ebenso wichtig wie die Einflußnahme der Kirchen auf die Bundeswehr war vorher ihre Indoktrination der Gläubigen für die Remilitarisierung. Untersuchun-

gen über den Bewußtseinsstand der westdeutschen Bevölkerung in den entscheidenden Jahren 1949 bis 1953 sind sich darüber einig, daß eine Wiederaufrüstung mehrheitlich abgelehnt wurde, daß aber im Laufe der Jahre die Quote der Befürworter stieg. Die schnelle Parteinahme der Kirchen für die mit traditionellem Antisozialismus angereicherte Frontstellung gegen den "Osten", die eine lange Geschichte hat, trug unseres Erachtens dazu bei, massenpsychologisch die Voraussetzungen für eine passive Hinnahme zu schaffen. Daß eine agitatorisch wichtige Voraussetzung dafür in der Funktion der herrschenden Kirchenführungen lag, als Interpreten des "Wortes Gottes" (an dessen Befolgung für viele immerhin die Entscheidung für Himmel oder Hölle hängt) bzw. des "Sittengesetzes" oder der "objektiven Naturordnung" aufzutreten, braucht hier nur angedeutet zu werden.

Die Techniken der Agitation waren primitiv und wirksam: Das Syndrom "Osten" beinhaltete Sibirien, aggressive Verbrecher Frauenvergewaltiger, Christus- und Kirchenfeinde, Landräuber, Freiheitsfeinde und Kollektivisten; das Syndrom "freie westliche Welt" das gottgewollte gute Gegenteil. Stereotypen dieser Propaganda sind der dauernde Vergleich der Politik mit der Familie und die Verteufelung des Gegners als Antichristen sowie potentiellen Frauenverführers, so daß von falschen Analogieschlüssen aus der milieuchristlichen Atmosphäre her der Verteidigung "dagegen" eine ethische Weihe geliefert wurde (12). Man muß sich klar darüber sein, daß solche Indoktrination in Nuancen nur für kirchengläubige Christen spezialisiert ist; die Konditionierung zur Hinnahme der Remilitarisierung, zur Wehrhaftmachung und zu weiteren Schritten auf dem Wege zum "garrison state" (Garnison-Staat) mit Hilfe antisozialistischer Resentiments spielt ja bis heute eine Rolle in der Politik der Herrschenden in der Bundesrepublik.

Damals schaltete die Gebetszettel- und Broschürenproduktion fürs christliche Abendland von der Propaganda an der Ostfront im zweiten Weltkrieg auf die ideologische Beeinflussung der Bevölkerung und besonders der wehrfähigen Jugend um. Katholische Kirchenzeitungen überschlugen sich im Abdruck von Artikeln, die zur christlich abgesicherten Gewalt aufriefen, christliche Institute und Akademien tagten fast pausenlos im Dienste der neu zu schaffenden Waffen und – besonders katholische – Jugendverbände befaßten sich in eindrucksvoller Demagogie mit der Wehrhaftmachung (13) (niemand wunderte sich, daß die prominentesten dieser Berufsjugendlichen – Köppler, Rommerskirchen, Schreeb etc. – später durchweg in Spitzenpositionen bei der christlichen Staatspartei und der Bundeswehr auftauchten).

Daß die neue Bundeswehr, mit dem Placet der Kirchen errichtet, auch weiterhin nicht auf diese Hilfstruppen verzichtete, mag bekannt sein. Zu wenig ist aber die menschenfeindliche Propaganda bekannt, bis zu der es hier "christliche" Ideologen gebracht haben. Eingebaut in das Fachgebiet "Geistige Rüstung" – und zwar ganz offiziell! (14) – innerhalb der "Inneren Führung" der Bundeswehr (15), wurde die christliche Militärseelsorge, zusammen mit anderen Techniken der Massenmanipulation, ein ideologischer Stabilisator des Apparates. Die beiden Funktionen der "geistigen (bzw. psychologischen) Rüstung" (16), das eigene in das westliche Lager eingebaute spätkapitalistische System zu glorifizieren und das andere sozialistische zu verteufeln (17), kann gerade religiös gespeiste Ideologie vorzüglich lösen. Das vor allem deshalb, weil sie rationaler Argumentation noch nie bedürftig war. Eine große

Hilfe aus der Tradition der Kirchen ist dabei – neben der Formel vom "gerechten Krieg", deren Inhalt im wesentlichen darauf hinausläuft, daß das Volk mangels Überblick die Einschätzung eines Krieges seiner Obrigkeit als "gerecht" nicht kritisieren könne – ein pervertierter Begriff von "Friede", der in maßgeblichen kirchlichen Verlautbarungen (allerdings kündigt sich allmählich ein Wandel an) und ganz eindeutig in den Militärkirchen eher an einen mit allen möglichen zu vereinbarenden "Frieden mit Gott" und an "Ruhe und Ordnung" als an soziale Gerechtigkeit erinnert, sofern bei leerformelhaft beruhigendem Gerede überhaupt vernünftige Inhalte ausgemacht werden können (18). Ferner ist in diesem Zusammenhang wichtig die Stützfunktion des Geredes vom angeblich gottgewollten Stand des Soldaten (besonders des christlichen), der immer noch des Beifalls der kirchlichen Oberen versichert wird, und der Zusammenhang Soldat – Mannhaftigkeit.

Vor der Darstellung von Inhalten und Funktionen der kirchlichen Bundeswehrarbeit ein Blick auf die institutionellen Regelungen dieses Thron-und-Altar-Relikts. Aus politischen Gründen erwünscht (19), wurden schon vor der gesetzlichen Regelung der Militärseelsorge Militärpfarrer bei den Vorläufern der Bundeswehr und bei ihr selbst staatlich eingestellt. Tonangebend waren schon früh wieder alte NS-Propagandisten, Eidbeschwörer und Todesmystiker wie Werthmann (20) und Kunst (21), die ähnliche oder gleiche Ämter auch zur Zufriedenheit der Nazis ausgefüllt hatten, sowie – z.T. adlige – Militärs und Militaristen mit "Osterfahrung" wie z.B. von Mutius, Weymann, Blomski und Steizenberg, die auch gleich wieder angingen, Traktate vom christlichen Soldaten zu verfassen. Zustandegekommen unter anderem durch die Drohung von Strauß, sonst ein Militärseelsorgegesetz ohne kirchliche Konsultationen durchzudrücken (22), und durch die Überrumpelung der dafür zuständigen Synodalen durch den ehemaligen Kriegspropagandisten und nachmaligen kalten Krieger Dibelius (23), ist der gesetzlich sanktionierte Militärseelsorgevertrag zwischen der Bundesregierung und der Evangelischen Kirche in Deutschland, dessen wesentliche Bestimmungen auch für die katholische Seite gelten, ein Beispiel dafür, wie abendländische Rhetorik sich über simpelste Verfassungsgrundsätze hinwegsetzt. Das Grundgesetz verlangt die Sicherung der Religionsfreiheit aller Bürger und verbietet das Übertreten des Grundsatzes der Trennung von Staat und Kirche. Stattdessen wirkt der Staat in den beiden Bundeswehrkirchenämtern als Vorgesetzter der Bundeswehrpriester, die er im übrigen – was zweifellos die schamloseste Mißachtung des Grundgesetzes ist – als Bundesbeamte einstellt und sie und ihre Propaganda finanziert (24). Die grundgesetzliche Weltanschauungsfreiheit wird dadurch in ihr Gegenteil gewendet, daß in den Kasernen nur Abgesandte der christlichen Großkirchen "Lebenskundlichen Unterricht" geben können, daß dieser Unterricht auf dem Dienstplan steht (für bestimmte Chargen in Bundeswehrschulen ist er groteskerweise sogar obligatorisch), daß er vom Bundeswehrministerium inhaltlich mitgeplant wird und daß die Teilnehmer an religiösen Kult- und Meditationsveranstaltungen nicht eine freiwillige zu entscheidende Privatsache der Soldaten, sondern eine dienstmäßige Übung ist, wobei für die Ablehnung eine beim militärischen Vorgesetzten einzuholende Dispens nötig ist (25).

Die alltägliche Praxis ist freilich für eine säkulare Demokratie noch unmöglicher. Schon die Praktik, daß der Staat den Kirchen mitteilt, welche Soldaten zu welchen

Kultgemeinschaften gehören, ohne daß die Betroffenen dazu gefragt werden, ist unvereinbar mit der BRD-Verfassung (26). Jedenfalls stehen die jungen Soldaten klerikaler Indoktrination als Objekte zur Verfügung: beim Eidunterricht, beim Gottesdienst, beim "Lebenskundlichen Unterricht", bei Rüstzeiten und Werkwochen (hieran nahmen 1969 etwa 20 000 Soldaten teil (27), bei NATO-Gebetstreffen (28), in den Bundesweherschulen und in den Soldatenheimen, die der Staat bezahlt und die die Kirchen organisieren. (Diese Aufzählung ist nicht vollständig; es gibt wohl keinen Fleck in der Bundeswehr, wo nicht auch Theologen und Kirchenvertreter zu gegen sind – selbst beim Manöver und auf hoher See, in allen Bundesweherschulen und im "Beirat für Innere Führung". Alles ist freilich nur ein Moment der vielfältigen Indoktrination in der Bundeswehr. Für alte Troupiers gehört der einheitlich straffe Gottesdienstbesuch "zur Gewohntheit und Zucht des Soldaten" (29), und es gibt genügend legale und illegale Mittel, ihn und besonders die Teilnahme am "Lebenskundlichen Unterricht" zu erzwingen (30). An Unverschämtheit kaum zu überbieten ist hierzu ein offizielles von Bundeswehrbeamten mitverfaßtes "Rechtshandbuch" für Soldaten (31), das ausdrücklich und verfassungswidrig eine Verpflichtung aller eingeschriebenen Christen zur Teilnahme an diesen Veranstaltungen feststellt.

Was, nach den vorhandenen Quellen und Berichten zu urteilen, in dem christlichen Bundeswehrunterricht gelehrt wird, unterscheidet sich auf der katholischen Seite im wesentlichen kaum von neofaschistischer Propaganda; bei der anderen Fakultät müßte man die Inhalte als rechts-konservativ mit liberalen Einschiebseln bezeichnen. Es führte zu weit, hier die teils brutalen, teils aggressiven, teils dümmlichen Sprüche wiederzugeben, die in Militärseelsorgetraktaten und -reden zu finden sind und die Köpfe der jungen Soldaten zu vernebeln helfen. Eine Seelsorge, von der in diesem gewiß nicht kirchenfeindlichen Staat Bestandteile ungestraft als kriminelle Feindhetze und neofaschistische Indoktrination bezeichnet werden können (32), weil dort aufgerufen wird zur Sexualrepression (33), zur Anpassung an vorhandene Herrschaftsverhältnisse, zur Beschönigung des Faschismus – unbefangen wird da z.B. Hitler mit Christus parallelisiert –, zur Bekämpfung von Liberalismus und Sozialismus und zur Lobhudelei für faschistische Regimes und verbrecherische Kriege wie die der USA in Südostasien – eine solche Seelsorge hat zweifellos nichts mehr zu tun mit einer Weltanschauung, die ihrem Selbstverständnis gemäß eine Religion des Friedens sein soll. Es ist daher verständlich, daß Militärbischof Kunst sie schamhaft ein "Kind" nennt, "das man nicht gern vorzeigt" (34). Frappierend ist auch, wie fahrlässig und verantwortungslos beide Militärkirchen – und die herrschenden Strömungen beider Großkirchen – die Probleme von Krieg und Frieden diskutieren: in der Regel in der Form, daß jeder eben wissen müsse, was er vor Gott verantworten könne und daß man in Gehorsam gegen Gott und Vorgesetzte mit "getröstetem Gewissen" dann im Ernstfall als Soldat schießen und als Nichtsoldat eben nicht schießen solle. Selbst das Atombombenherstellen und -werfen kann so – bis zur Vernichtung der Welt – als gottgefällig ausgegeben werden (35).

Martin Stankowski hat in einer Interpretation der MS-Bildungsarbeit eine Grundlage solcher Aggressivität herausgestellt: "Christliche Wertethik und abendländischer Personalismus, der sogenannte goldene Mittelweg einer Politik zwischen Kapitalismus und Sozialismus, Heiligung der Kirchengebote, Triebverzicht und Sekundärtü-

genden, alles wird geboten für den Soldaten – Themen einer privatistischen Anthropologie, die niemals die Bedingungen und Funktion ihrer Leser kritisch befragt, sondern eine politische Entscheidung schon unausgesprochen voraussetzt. Bezeichnenderweise kann ... Militärendenken Ludwig Steger in einer Erwiderung auf 'Vorwürfe gegen die MS' behaupten: 'Von den etwa 80 Themen (in den katholischen "Briefen an Soldaten", d.V.) behandelt keines direkt den Krieg.' Steger hat recht. Denn die propagierten Werte ermöglichen erst das Funktionieren eines Krieges und hindern den Soldaten daran, statt projizierter Gegner 'direkt den Krieg' zu bekämpfen.'" (36)

Flexibel, wie kirchliche Lehren immer waren, hat sich die Militärseelsorgedoktrin in bezug auf die Militärpolitik immer – wenn auch mit einiger Verspätung – den Wandlungen der NATO-Militärstrategie angepaßt (37); da solche religiösen Begründungen in der Regel allenfalls in der Grammatik von Vernunft gestreift zu sein pflegen, ist das kein schwieriges Unterfangen (38). Nur für Kirchenkenner nicht verwunderlich ist so das Phänomen, daß eine Konferenz evangelischer Bundeswehrpriester, die ausdrücklich die "Aggression" thematisiert hatte, zwar über Gott und die Welt, nicht aber über ein so naheliegendes Problem wie das durch den Namen My Lai angedeutete sprach (39). In der katholischen Truppenseelsorge, wo die ideologische Militanz ungleich größer ist, sind freilich noch andere Dinge an der Tagesordnung und als Autoren bzw. vorbildhaft erwähnte Schriftsteller die ehemals publizistischen Kriegstreiber Ziesel und Franzel (40) und selbst der heutige Kriegstreiber Schlamm (41) zu entdecken.

Bei der systematischen Untersuchung der Funktion der religiösen Indoktrination in der Bundeswehr sind die Gründe, die den Staat bewegen, eine Truppenseelsorge einzurichten, von denen zu unterscheiden, warum das in der bestimmten Form der Bundeswehrseelsorge nach dem Militärseelsorgevertrag geschieht. Letzteres hat Militärbischof Kunst vor Jahren mit entwaffnender Offenheit erläutert (42): die Geheimhaltungsvorschriften in Bundeswehr und NATO und Probleme der Organisation im "Einsatzfall" erlaubten es nicht, daß Geistliche verwandt würden, die nicht dem Bundeswehrministeriums unterstehen. Die allgemeinere Motivation ist eindeutig im Streben nach der Stabilisierung der Truppe im Sinne der "geistigen Rüstung" zu finden – nach einer einschlägigen Truppenvorschrift (43) hat nämlich die religiöse Beeinflussung der Soldaten "die Aufgabe (!), dem Soldaten Hilfen für sein tägliches Leben zu geben und damit einen Beitrag zur Förderung der sittlichen, geistigen und seelischen Kräfte zu leisten, die 'mehr noch als fachliches Können den Wert des Soldaten bestimmen' ". Sie "soll dem einzelnen die Quellen zeigen, die dem Leben Sinn geben, und zu Ordnungen hinführen, durch die die Gemeinschaft lebenswert und damit verteidigungswert wird." Dazu sind die Militärpriester, mit denen die militärischen Chefs gemäß zahlreichen Dienstanweisungen zur "Zusammenarbeit" verpflichtet sind, in der Regel gut unterrichtet über Störungsfaktoren im militärischen Betrieb. Manche Militärschützen sich glücklich, wenn sie von alltagspsychologisch erfahrenen Priestern bei der Aufmöbelung von aus psychisch-moralischen Gründen beschränkt einsetzbaren Soldaten beraten und unterstützt werden.

Die Integrations- (44), Kontroll- und Beratungsfunktion der Militärseelsorge ist den Herrschenden sehr recht; bisher ist auch nicht bekannt, daß sich Militärpriester bei einem der zahlreichen Bundeswehrskandale nachhaitig für die einfachen Soldaten

und gegen herrschende Instanzen engagiert hätten. Das Christentum ist gefragt, wenn Soldaten haschen oder onanieren oder ihren Dienst als sinnlos empfinden (der Priester muß dann "Sinn" herbeischaffen), nicht jedoch, wenn regelmäßig Starfighter abstürzen oder wenn Soldaten schikaniert werden oder wenn es um eine Rüstung geht, mit der die Welt mehrmals in die Luft gesprengt werden kann und die man auch angesichts ihrer Kosten und angesichts des gewaltigen materiellen Elends in der Welt nur als kriminell bezeichnen kann (auch, wenn sie für das kapitalistische System notwendig ist). Das moralisch Merkwürdigste der bundesdeutschen Truppen-seelsorge ist denn auch die Neutralisierung solcher oder ähnlicher Unmuts- und Ablehnungsartikulationen gegenüber heiligen Kühen westlicher Militärpolitik: die Entlastung des Gewissens der Soldaten durch hohle Phrasen und autoritäre (und oft genug, gerade was das "Feindbild" angeht, lügnerische) Konditionierung auf die Ziele der Bundeswehr hin. (45) Für diese ist es nützlich, weil der Soldat "mit dem getrösteten Gewissen" natürlich "der bessere Soldat" ist. (46)

Die alljährlichen NATO-Gebetstreffen — nach General Gruenther ist das Christentum "der moralische Kitt der NATO" — und deren publizistische Herausstellung leiten zu einer Funktion der Bundeswehrseelsorge über, die als integrierend-werbende Öffentlichkeitsarbeit für die Bundeswehr bezeichnet werden könnte. "Allein durch ihre Anwesenheit und die dadurch gegebene Möglichkeit der Aussprache sind die Geistlichen für den Soldaten in der Truppe mit ihrer sozial integrierenden Tätigkeit sehr wichtig." (47) Dem falschen Bewußtsein, daß dort, wo die Kirchen dabei sind, nichts Unrechtes und Schlechtes passieren könne, wird durch die fraglose Hinnahme der Bundeswehr auch aus ethischen Gründen aufgezwungen. So wenn z.B. die Bundeswehrebischöfe beim Bundeswehrverband (48) und allen möglichen militärischen Organisationen repräsentieren oder wenn sie Inspektionsfahrten mit militärischen Eskorten machen oder wenn sie und ihre Paladine Kranzniederlegungen und Gedenkstätten einweihen — z.T. mit makabersten Todes- und Opfermythen — veranstalten. Das Interesse des Staates an einer Seelsorge in der Truppe unter seinen Fittichen (jeder Soldat könnte, so er will, in der Regel zur nächstliegenden zivilen Gemeinde zur Befriedigung seiner religiösen Bedürfnisse gehen) ist auch da zu beobachten, wo er die obersten Soldatenchristen zur Zusammenarbeit bei Überlegungen nach der besten Taktik der Menschenbeeinflussung und -manipulation und auch bei strategischen Beratungen über Wege zur Steigerung des soldatischen Arbeitskraftreservoirs einlädt. Hilfe — die wegen der Veröffentlichung des betreffenden Papiers allerdings in diesem Fall ins Gegenteil umschlug — wurde den Militärs etwa durch eine kluge Denkschrift zur Endlösung der Kriegsdienstverweigererfrage (49) und auch zu anderen Problemen der Stabilisierung der Truppe (50) zuteil. Nur von diesem Interesse her gesehen ist es nicht grotesk, wenn ein Minister eines laut Verfassungsgebot ausdrücklich weltanschaulich-neutralen Staates erklärt, "die religiösen Strukturen der Gesellschaft sollen auch innerhalb der Streitkräfte erhalten bleiben" (51). Ferner betonte Schmidt den Beitrag der "Militärseelsorge zur Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft" (52) und vergaß dabei nicht, seinen Abscheu vor einer Theologie, die "Helferin einer Revolution" wäre, auszudrücken und die Funktion der Religion überhaupt als operationellen Integrationsfaktor des spätkapitalistischen Herrschafts- und Ausbeutungssystems herauszustreichen (53).

Der Einfluß der Religion bei der Stabilisierung des Militarismus ist allerdings nicht gebunden an funktionierende Apparate des Kirchenchristentums. Das heißt, daß selbst diejenigen, die sich als Soldaten religiöser Propaganda entziehen, ihr wieder aufsitzen, wenn sie in Ausdrücken vernünftig scheinender Form von militärischen Vorgesetzten gepredigt wird. Wer militärische Reden hört oder offizielle Bundeswehrpublikationen studiert, wird auf Schritt und Tritt religiöse Formeln als Kitt der Bundeswehrideologie finden; "christlich" aufgeäumte Versatzstücke wie "Abendland", "objektive Ordnung" und "Sittengesetz" finden sich gar häufig in Dienstankweisungen, was das Zugeständnis impliziert, daß die Militärstrategie der NATO vernünftigerweise nicht begründ- und vertretbar ist. Das Leerformelgeschwätz korrespondiert in der kirchlichen wie in der militärischen Praxis mit dem Kult, der in beiden Bereichen mit unverstandenen Symbolen und verpflichtend-tabuisierten Fetischen getrieben wird (54). Der Fronleichnamzug etwa ist eine traditionelle Übung von Soldatenchristen, die ihre Kirche nur in militärischen Kategorien begreifen können, und auch bei der Bundeswehrseelsorge hat es sich nicht überlebt, Wallfahrt und Parade zu parallelisieren (55). Zuweilen geht auch heute noch kirchliche "Seelsorge" direkt in heidnischen Aberglauben über, wenn etwa ursprünglich für einen Gott vorgesehene Wertbezeugungen instrumentell auf Profanes übertragen werden wie z.B. an einer Stelle eines Militärseelsorge-Traktates — der sich viele ähnliche im gesamten Bundeswehrschrifttum zugesellen ließen —, wo zur "Ehrfurcht vor dem Militär" und dem "Geist unserer Truppe" aufgerufen wird (56).

Alternativen zu dem dargestellten Stützungsverhältnis zwischen Kirchen und Bundeswehr sind leicht denk- aber schwer durchsetzbar. Die Zahl der Christen verstärkt sich zwar, die ihre Religion als Religion des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit ansehen, und vielleicht gibt es auch in der Bundeswehr im Laufe der Zeit einige fortschrittliche Theologen, die das Evangelium nicht als "gewissenströstend", sondern als gewissenverunsichernd ansehen — wie es ja auch gemeint sein kann. Die Chancen für einen solchen Weg der lautlosen Unterwanderung sind aber denkbar schlecht (so daß wohl die beste Strategie die wäre, darauf hinzuwirken, daß niemand mehr Militärpriester werden will): An der Spitze von Bundeswehr und Militärseelsorge stehen ausgesprochene Rechtspolitiker (57), die auch institutionell einer geistigen Abrüstung in der Truppe denkbar feste Riegel vorgeschoben haben. Damit Religion Opium und Instrument bleibe, wofür sie und ihre Interpreten z.B. von den —übrigens atheistischen — Heerführern Friedrich II. und Hitler ausdrücklich gelobt wurden, haben die Militärpriester nach einem Diktum von Kunst "fair" gegenüber ihrem Finanzier, der Bundeswehr, zu sein und sich ihr anzupassen. Pazifisten wären Kunst zufolge hier als "anstößig" anzusehen (58). Schon die Auswahl ist dementsprechend; bekannt ist, daß bei der katholischen Seite diese Sache in der Weise geregelt wird, daß das Bundeswehrministerium eine Liste ihm genehmer Theologen jeweils zusammenstellt, aus der das katholische Militärbischofsamt dann die endgültige Auswahl trifft (59). Sodann werden sie nach dem Zeugnis eines solchen Gottesmannes (60) durch den "Militärischen Abschirmdienst" (MAD) mit der Bundeswehr vertraut gemacht und so wohl zur langjährigen Zusammenarbeit mit ihm konditioniert (61); ob Planspiele zur Integration der Militärpfarrer in kommende Kampfhandlungen schon ausgefeilt sind, ist schwer zu beurteilen — ihre Teilnahme am nächsten Krieg ist jedoch

bereits detailliert geregelt (62). Klarheit dürfte auch darüber bestehen, daß die kirchenbeauftragten Erzeuger von Helden und Heldentod dann wieder selber weit vom Schuß sind und durchweg heil – fürs nächste Mal – nach Hause kommen.

Christentum und Militarismus hängen nicht notwendig zusammen. In der BRD wie auch anderswo gibt es genug Beispiele progressiven Christentums, nicht aber in der Bundeswehr; es ist nachgewiesen (63), daß die Kriegsbereitschaft der lohnabhängigen Klasse mit dem Grad der Aufklärung über gesellschaftliche Zusammenhänge sinkt. Dummheit zu erzeugen und zu reproduzieren ist eine Spezialität klerikaler Propaganda, (64) die reflexionslosen Glauben und blinde Unterwerfung als höchste Tugenden preist – ganz nach dem staatstragenden Rezept, das das Bonner katholische Militärbischofsamt in seinen "Leitlinien" verkündet: "Du mußt nicht alles gesehen haben, du brauchst nicht alles zu hören und du sollst nicht immer reden. Sonst wirst du nicht innerlich frei!"

Merke: "Wir wissen, daß die Macht hinter dem Eisernen Vorhang in Händen von Männern ist, für die die Verantwortung vor Gott keine Rolle spielt. Dafür sind wir Soldaten, daß diese Macht nicht gegen uns gebraucht werden kann, daß die Macht aus atheistischen Händen wieder in christliche Hände übergeht." Strauß beim Treffen christlicher Soldaten auf dem Eucharistischen Weltkongreß in München, 1960 (65)

Anmerkungen

- 1 Gesammelte Werke, Bd. 12, Frankfurt/M 1967, S. 394
- 2 Im April 1933 zu katholischen Bischöfen. Zitiert bei Hans Müller, Katholische Kirche und Nationalsozialismus, München 1965, S. 130
- 3 Aus "Komm gut durch", hrsg. vom katholischen Militärbischofsamt, Bonn 1967
- 4 Zitiert nach Pfarrer Dankwart Zeller, Erbaut die Militärseelsorge den Leib Christi?, in: Deutsches Pfarrerblatt 1/1963, S. 4
- 5 Die im Auftrage der westdeutschen katholischen Bischöfe herausgegebene Zeitung "Mann in der Zeit" druckte noch im November 1949 einen Artikel aus dem "Osservatore Romano" mit der Überschrift "Bankrott der Rüstungspolitik". Noch im Januar 1950 veranstaltete sie eine Leserumfrage: "Wer will unter die Soldaten?" Ergebnis (laut Februar-Nr.): bei 1100 Leserstimmen waren 90,5% dagegen, wozu die Redaktion bemerkte, daß "also jede weitere Diskussion über dieses Thema überflüssig" sei. In derselben Ausgabe war auf Seite 1 ein flammender Protest Ritterkreuzträgers Erich Mendes gegen die Remilitarisierung abgedruckt. Die März-Ausgabe beinhaltete die bissige Parodie "Sanitätsgefreiter Neumann". Ähnliche Trends sind bei ebenfalls später eindeutig militaristisch-klerikalen Blättern wie "Michael" und "Ketteler Wacht" zu beobachten. Der Konrad Adenauer und dem rheinischen Klerus nahestehende "Rheinische Merkur" sprach sich freilich schon am 6.11.1948 für die Militarisierung der Westzonen aus. Vgl. auch ebd., 13.11.1948 (mit dem Hinweis, daß der deutsche Soldat mit den Russen am besten fertig würde) und 20.11.1948 (mit der Bemerkung, daß die Remilitarisierungsvorbereitungen schon "ange-laufen sind"). Offiziell forderte der katholische Episkopat durch den Mund von Kardinal Frings zuerst auf dem Bonner Katholikentag 1950 die Wiederaufrüstung. Vgl. Karlheinz Deschner, "Weide meine Lämmer!", in: ders (Hrsg.), Kirche und Krieg. Der christliche Weg zum ewigen Leben, Stuttgart 1970, S. 19. Lt. "Schwäbischer Landeszeitung", Augsburg, vom 25.9.1953 waren hohe Hitler-Generale vor ihrer Wiederverwendung im Amt Blank im Büro von Landesbischof Lilje untergetaucht. L. hatte sich im vorigen Reich als Verfasser des NS-Werkchens "Der Krieg als geistige Leistung" einen Namen gemacht. Einen Überblick über die kirchlichen Aktivitäten bei der Wiederaufrüstung gibt Hans-Dieter Bamberg, Militärseelsorge in der Bundeswehr. Schule der Anpassung und des Unfriedens, Köln 1970, S. 35-53. Wenn keine anderen Nachweise in diesem Teil angegeben sind,

- 6 die Belege für die folgenden Ausführungen in diesem Buch zu finden. Vgl. dazu die kirchlichen Bemühungen um die Restauration des Kapitalismus in Westdeutschland nach 1945. Einen Überblick geben die Beiträge im "kritischen Katholizismus", 4, 5 und 6/1971.
- 7 Zu empirischen Nachweisen über die annähernd identischen Wertsysteme des Christentums und des Militarismus vgl. Bamberg, a.a.O., S. 13-18, bes. die in Fn. 12 angegebenen Arbeiten. Vgl. ferner Gordon C. Zahn, The Scandal of the Military Chaplaincy, in: Judaism. A Quarterly Journal of Jewish Life and Thought, Nr. 3/1969; ders., Self-Perceptions of the Military Chaplains. Paper presented at the Annual Meeting of the Society for the Scientific Study of Religion, Boston, Massachusetts, Oct. 26th, 1969; ders., Was machten Sie während des Krieges, Herr Kaplan? Die Rolle des Militärseelsorgers: Maneszucht oder Moral, in: Der Christ in der Welt, Wien, Januar 1970. Instrukтив zur vor-demokratischen Organisationsform von Kirchen und Militär, die antidemokratische Bewußtseinsformen produzieren, auch Reinhard Kühnl, Der Faschismus und seine Bündnispartner. Militär, Kirchen und faschistische Systeme haben gemeinsame Interessen, in: Deutsche Volkszeitung, 3.12.1970, S. 10. Eine umfassende Analyse müßte auch die Zusammenhänge von dogmatisch-religiösen Wertsystemen und gesellschaftlicher Inhumanität aufarbeiten. Eine empirische Untersuchung, die für Anhänger dogmatischer Kirchen eine mindere Brutalitäts- und Inhumanitätsabneigung als bei Atheisten nachweist, referiert "Der Spiegel", 19.4.1971, S. 180.
- 8 Richard J. Barnett (Der amerikanische Rüstungswahn oder Die Ökonomie des Todes, Reinbek 1971, S. 48; vgl. auch S. 27) entwickelt folgendes Menschenbild, das offensichtlich die Herren des militärisch-industriellen Komplexes in den USA haben und das der pessimistischen Anthropologie des herrschenden Christentums durchaus entspricht: "Der Mensch ist böse. Deshalb muß das Land bis an die Zähne bewaffnet sein." Daß aggressiv-faschistoide Verhaltensmuster oft auf religiöse zurückzuführen sind, begründet Kenneth Burke (Die Rhetorik in Hitlers "Mein Kampf" ..., Frankfurt/M 1967, S. 32) u.a. damit, daß Hitler "sich auf die Bastardisierung ursprünglich theologischer Denkschemata stützt." Vgl. den Anfang bei Albrecht Schübel, 300 Jahre evangelische Soldatenseelsorge, München 1964.
- 9 Vgl. den Hinweis bei Bamberg, a.a.O., S. 122: sowie "Warum schießen die Soldaten nicht?", in: Der Christ in der Welt, 4/1954, S. 110f.
- 11 Vgl. dazu ebd., S. 19-34; Hans Kühner, Gezeiten der Kirche in zwei Jahrtausenden, Bd. I, Würzburg 1970, S. 161-227; Deschner, a.a.O., Hans-Dieter Bamberg, Aus der Kriegsgeschichte der Mutter Kirche. Skizze von NS-Kriegsbischof Rarkowski, in: kritischer Katholizismus, H. 4/1971, S. 11; Hans Kühner, Die Kreuzzüge – eine pseudotheologische Grundfrage, Radio der deutschen und rätoromanischen Schweiz, Studio Bern, 14.10.1970; 21.10.1970; 28.10.1970. Eine Bibliographie der soldatenchristlichen Bücher, Broschüren, Gebetsanweisungen u.a.m. allein aus der Zeit des "Dritten Reiches" würde wohl ein Buch füllen. Aus diesem Schmutz sei ein besonders kriminelles Exemplar hervorgehoben: Johannes Hempel, Die Aufgabe von Theologie und Kirche von der Front her gesehen, Weimar o.J. (1941). Einen orientierenden Einblick gibt Heinrich Missalla, Katholische Kriegspredigten im 2. Weltkrieg, Westdeutscher Rundfunk, Krichenfunk, II. Programm, 28.12.1969.
- 12 Vgl. die gleichlautende "Argumentation" eines christlichen Militaristen und eines militaristischen Christen, in Bamberg, Militärseelsorge, a.a.O., S. 41-45 referiert.
- 13 Vergleiche hierzu Fußnote (5) und Heribert Kohl, Praxis und Theorie katholischen Untergrundes, in: Dokumente, H. 4/1970, S. 211. Viele Belege für die wehrfreudige Haltung der tonangebenden "christlichen" Blätter sind zu finden bei Klaus von Schubert, Wiederbewaffnung und Westintegration, Stuttgart 1970. Über z.T. verfassungswidrige Pläne katholischer Berufsjugendlicher zur Indoktrination der Soldaten, die damals auch in anderen christlichen Kreisen diskutiert wurden (vgl. die teils grotesken, teils faschistoiden Vorstellungen der Abendländer um den Freiherrn von der Heydte in: Der deutsche Soldat in der Armee von morgen. Wehrverfassung, Wehrsystem, Inneres Gefüge, Bd. 4 der Veröffentlichungen des Instituts für Staatslehre und Politik e.V. Mainz. München 1954), berichtete die "Herder-Korrespondenz" 1954 (Jg. 1953/54, S. 202ff.). Das glei-

- che Hausblatt des katholischen Episkopats kritisierte im März 1955 (S. 260f.) scharf die Bereitschaft einiger evangelischer Kirchen, über Fragen der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der neuen Wehrmacht überhaupt zu diskutieren,
- 14 Vgl. die Nachweise bei Bamberg, a.a.O., S. 269ff.
- 15 Vgl. die Belege ebd., S. 85 Fn. 207. Mit dem Baudissinschen Konzept der "Inneren Führung" hat die weiter rechts angesiedelte Militärseelsorge freilich nicht allzuviel gemein. Vgl. dazu das Zitat des Wehrbeauftragten aus dem Jahre 1964 bei Wilfried von Bredow, Der Primat des militärischen Denkens, Köln 1969, S. 105.
- 16 Vgl. hierzu die den Baudissin-Vorstellungen verpflichtete materialreiche Arbeit von Siegfried Grimm, "... der Bundesrepublik treu zu dienen". Die geistige Rüstung der Bundeswehr, Düsseldorf 1970.
- 17 Vgl. etwa unmißverständlich und zynisch als Sprachrohr der tonangebenden Kräfte in Westdeutschland Matthias Walden ("Welt am Sonntag", 11.4.1971, S. 7), der logischerweise eine "Gefahr" für den autoritären Staat darin sieht, wenn Feindbilder und Rüstungen abgebaut werden — ein Vorwurf übrigens, den er dem SPD-Bundeswehrminister zu Unrecht und nur aus demagogischen Gründen macht —; wer eine Demokratisierung von Wirtschaft und übriger Gesellschaft nicht will, kann auf die Verteufelung des Gegners nicht verzichten.
- 18 Das 2. vatikanische Konzil hatte — beeinflusst durch eine einflußreiche Fronde von Kriegs- und Militärbischöfen — festgestellt: Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, verhalte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker." Diese schon mißverständliche und merkwürdige Aussage wird in offiziellen deutschen Übersetzungen so verändert: "... steht, betrachte sich als...", was die Gewissenseinschläferung komplett macht. Doch reichte selbst das klerikalen westdeutschen Militaristen nicht: auf dem Essener Katholikentag 1968 hieß die einschlägige Formel, daß "das Konzil den Soldaten ... als 'Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker' sieht". Vgl. dazu "kritischer Katholizismus", H. 1/1968. Eine modern anmuten sollende Variante, die gerade in der katholischen Militärseelsorge aus den Konzilstexten herausinterpretiert wird, ist ein "Dynamischer Friedensbegriff", dessen Inhalt sich aber bei systematischer Analyse als geradezu explosiv im Sinne des Straußschen Europa-Konzepts erweist, weil die Dynamik offensichtlich territorial gemeint ist und zu Lasten der sozialistischen Staaten gehen soll. Vgl. hierzu "Durchaus dynamisch", in: kritischer Katholizismus, H. 1/1971.
- 19 Vgl. Bamberg, a.a.O., S. 270
- 20 Vgl. ebd., S. 24-34 und pass.
- 21 Vgl. ebd., S. 95
- 22 Vgl. ausführlich zur Entstehungsgeschichte die sonst apologetische Arbeit von Jörn Blee-se, Die Militärseelsorge und die Trennung von Staat und Kirche, jur. Diss. Hamburg 1969. Enthüllend ein offizielles "Rechtshandbuch": "Es ist deshalb von der Spitze, vom Bundesministerium der Verteidigung, her eine militärische Seelsorge für die Soldaten aufgebaut." Heinz Rutkowsky/Alfred Wenzel, Mein Wehrdienst. Das große Rechtshandbuch für den Soldaten, Köln-Marienburg 1964, S. 244.
- 23 Vgl. Hartmut Bunke, Ein Kapitel kalten Kirchenkrieges, in: kritischer Katholizismus, H. 4/1971, S. 6.
- 24 Zu den Kosten von über DM 70 Mio. pro Jahr vgl. Bamberg, a.a.O., S. 81ff., 112, 116. CDU-Volkvertreter im Verteidigungsausschuß des Bundestages forderten 1971 ernsthafte Familienzulagen für katholische Bundeswehrpriester. Vgl. "Stern", 6.6.1971, S. 75.
- 25 Vgl. zur Verfassungswidrigkeit Erwin Fischer, Trennung von Staat und Kirche. Die Gefährdung der Religionsfreiheit in der Bundesrepublik, 2. Aufl., Frankfurt/M., Westberlin 1971, S. 246-253. Bestätigt wird die Verfassungswidrigkeit übrigens auch von Fachleuten der Bundeswehr. Vgl. das Zitat des ehemaligen Militärpriesters und jetzigen Bundeswehrfunktionärs Heinrich bei Hans-Dieter Bamberg, Brief an Militärpfarrer Hübner, in: Die Zeit, 20.11.1970. Die apologetischen Strategien der Thron- und Altar-Ideologen gehen durchweg dahin, aus dem GG-Gebot der Religionsfreiheit und der — damit kaum zu vereinbarenden — Redeweise des Soldatengesetzes vom "Anspruch auf Seelsorge" einen Anspruch auf aktive Unterstützung von Kulthandlungen seitens des Staates (!) zu konstruieren. Eine interessante Variante bietet ein Doktor der Jurisprudenz (Bleese, a.a.O.),

- der zunächst richtig feststellt, daß GG-Text und Militärseelsorge-Vertrag (und — Gesetz) unvereinbar sind, dann jedoch aus der Tatsache, daß so etwas in der Vergangenheit wie auch in den USA und anderswo mit republikanischen Verfassungen vereinbar war bzw. ist, auf einem Umweg und durch unzulässige Analogieschlüsse die Legalität trotzdem herzustellen versucht. Regelmäßig werden in diesem Zusammenhang auch unsinnige Folgerungen aus der umstrittenen Benennung der beiden Großkirchen als "Körperschaften des öffentlichen Rechts" gezogen. Vgl. richtig dazu Ekkehart Stein, Lehrbuch des Staatsrechts, Tübingen 1968, S. 192; Helmut Lenz, Die unbehagliche Nähe der Koalitionsgarantie zum Sozialstaat, in: Gesellschaft, Recht und Politik, Wolfgang Abendroth zum 60. Geburtstag, Neuwied, Westberlin 1968, S. 207f.
- 26 Vgl. Bamberg, a.a.O., S. 264
- 27 Nach Günter Mack, Militärseelsorge 1970, Deutschlandfunk, 10.6.1970, 22.15 Uhr. Nach Mack liegt die Teilnahme der Soldaten am "Lebenskundlichen Unterricht" bei 90%. An Exerzitien in der Bundeswehr nehmen auf der katholischen Seite jährlich 10 bis 12% der Soldaten teil. Nach Wolfgang Reincke, Die Bundeswehr — Armee ohne Auftrag? Mannheim 1968, S. 29.
- 28 Selbst der "Rheinische Merkur" wagte am 4.6.1971 Kritik an solchen Veranstaltungen. 1971 trafen sich 18 000 katholische Soldaten in Lourdes, die Paul VI. "redliche Werkleute des Friedens" nannte. Der Chronist mochte sich zwischen "Ave-Maria-Melodik" und "bierseligem Landser-Gesang" nicht entscheiden, ob er das NATO-Meeting "Pilgerfahrt", "Militär-Wallfahrt", "religiöse Sauna", "Friedenswallfahrt" oder "Militärwallfahrt" nennen sollte.
- 29 Oberst a.D. Freiherr von Wangenheim, Zehn Jahre Militärseelsorge in der Bundeswehr, in: Truppenpraxis, H. 11/1965, S. 867
- 30 Sehr bezeichnend "Information für die Truppe", H. 6/1959, S. 378f.
- 31 Rutkowsky/Wenzel, a.a.O., S. 246
- 32 So Bamberg, a.a.O.
- 33 Vgl. zur Wirkungsweise Dietrich Haensch, Repressive Familienpolitik, Reinbeck 1969, bes. S. 64ff.
- 34 Zitiert nach "Der Spiegel", vom 2.11.1970, S. 104
- 35 Die evangelischen Kirchen haben die Anschaffung und den Gebrauch von Atomwaffen in den "Heidelberger Thesen", die offizielle Lehrunterlagen der Militärpriester sind, sanktioniert. Bischof Dibelius hatte schon früh die "Existenz der Wasserstoffbombe als besten Garanten für den Frieden" ausgegeben ("Die Welt", 10.4.1954).
- 36 Militärseelsorge oder "Wer betet, zittert nicht!", in: Kritischer Katholizismus. Argumente gegen die Kirchen-Gesellschaft, hrsg. v. Ben van Onna und Martin Stankowski, Hamburg 1969, S. 98.
- 37 Zur Zeit korrespondiert dementsprechend die Komplementaritätstheorie der Theologen mit der "flexible response" der NATO. Das Gerede vom "Friedensdienst mit und ohne Waffen" verschleierte die inhumane Militärstrategie. Rüstung wird durch Weihwasser nicht besser, sondern noch gefährlicher. Vgl. zur westlichen "Verteidigungs"strategie, die in allen Verlautbarungen der herrschenden Kirchenkreise als notwendig unterstützt wird, besonders die Arbeiten von Dieter Senghaas; zusammenfassend: Dieter Senghaas, Abschreckung, Abrüstung und Friedensforschung, in: Stimme der Gemeinde, H. 9/1971, S. 135ff.
- 38 Nur so ist etwa auch erklärbar, daß Theologen auf die Idee kommen können, die Militärseelsorge als Kandidaten für den Friedenspreis vorzuschlagen. Vgl. Ralf Schellberg, Friedenspreis für die Militärseelsorge?, in: Christ und Welt, 24,4,1970.
- 39 Vgl. Erik-Michael Bader, Umgang mit der Aggression, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.4.1971.
- 40 Vgl. zu Ziesel: Bernd Juds, Kurt Ziesel — Prototyp der Rechten, in: kritischer Katholizismus, H. 4/1971, S. 7f. sowie den redaktionellen Hinweis S. 4; zu Franzel ebd., S. 8-10.
- 41 Vgl. "kritischer Katholizismus", H. 5/1971, S. 16; Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Köln 1970, S. 270; "Westfälische Rundschau", Dortmund, 3.11.1970, S. 3; Dietrich Strothmann, Ein Prophet des Zynismus, in: Die Zeit, 16.4.1971, S. 2.

42 Zitiert bei Zeller, a.a.O., S. 5.
 43 "ZDv 66/2 Lebendkundlicher Unterricht (Merkschrift)" des Bundesministers für Verteidigung vom 5.11.1959, abgedruckt in: Dokumentation zur Militärseelsorge, hrsg. v. Katholischen Militärbischofsamt, Heft 1, Februar 1968, S. 33ff.

44 Eine groteske hierzu am Rande: Es kommt sogar vor, daß ein Militärpfarrer als erster mit dem Fallschirm abspringt, um den anderen Soldaten "Sicherheit" zu geben. Nach Mack, a.a.O.; vgl. auch Bamberg, Militärseelsorge, a.a.O., S. 265.

45 Zuweilen geschieht das auch mit kritischem Unterton, weil von der jetzigen Bundesregierung angenommen wird, sie sei zu "links". Vgl. etwa die Stellungnahme eines Bundeswehrpriesters, die das rechtsnationale "Deutschland-Magazin", Nr. 2/1971, nachdruckte.

46 So Oberst Karbe in der Koblenzer Schule für Innere Führung, zitiert nach "Pardon", 11/1967. Ähnlich der neofaschistischen Denken nahestehende Heinz Karst, ehemaliger Erziehungs- und Bildungsgeneral und Starredner vor katholischen Wehrpfarrern. Vgl. dazu Bamberg, a.a.O., S. 122, 203f., 284ff., 289. Karst publiziert auch in der faschistischen "Deutschen National-Zeitung" (50/1969), im "Deutschland-Magazin" (z.B. 2/1971, S.5f.) sowie regelmäßig in Springers "Welt am Sonntag". Wichtig zur Charakterisierung die Wessling-Studie, teilweise abgedruckt bei Hans-Helmut Thielen, Der Verfall der Inneren Führung, Frankfurt/M. 1970, S. 204ff. Karsts, Schnez' und anderer Vorstellungen schließen keineswegs die Möglichkeit eines Rechtsputsches a la Kapp oder Griechenland aus. Eine sich betont "christlich" gebende Tageszeitung ("Mainpost – Würzburger Neueste Nachrichten", 25.10.1969, zitiert nach "Frankfurter Rundschau", 1.11.1969, S. 2) machte keinen Hehl aus solchen verfassungswidrigen Modelldenken: "Hätten gegen diese Übermacht (der den Machtwechsel unterstützenden Kräfte) ... alte Positionen wirklich gehalten werden können? Wäre es besser gewesen, wenn man versucht hätte, sie mit Brachialgewalt, mit der Polizei oder mit der Bundeswehr zu schützen?" Ein Militärpriester berichtete 1969, daß 1965 ein Offizier erzählt habe, bei einem Wahlsieg der SPD müsse die Bundeswehr wohl zur Rettung des Staates "aufmarschieren". Vgl. "Stimme des Soldaten" (Beilage zur "Jungen Stimme", Stuttgart), 17/1969. Nicht viel anders kann ein Wort von Oberregierungsrat Butz, einem wissenschaftlichen Assistenten des Verteidigungsausschusses der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages, interpretiert werden, das auf die innenpolitische Funktion der Bundeswehr hinwies: "Dem Volke müsse bewußt werden, daß auch bei uns vietnamesische Zustände auftreten könnten." Zitiert nach "Stimme der Gemeinde", 20. Jg. 1968, Sp. 264. Zur Geschichte dieser Funktion vgl. Fritz Fischer, Vertrauen in die Bundeswehr?, in: ebd., Sp. 187f.

47 Reincke, a.a.O., S. 29. Es handelt sich hierbei um eine Publikation aus einem wehrfreundlichen rechtskatholischen Verlag.

48 Vgl. z.B. "Die Bundeswehr", 12/1970, S. 590.

49 Abgedruckt in: "Junge Kirche", November 1969, S. 657ff.

50 Vgl. die Hinweise bei Grimm, a.a.O., S. 266, 334.

51 So Schmidt nach "Süddeutsche Zeitung", 18.2.1971.

52 Nach "Publik", 26.2.1971, S. 20.

53 Vgl. auch "Rheinischer Merkur", 23.4.1971, S. 23.

54 Vgl. hierzu die Sammlung aus der "Information für die Truppe", der Zeitschrift für die geistige Rüstung der Bundeswehr, bei Bamberg, Militärseelsorge, S. 275 sowie ebd., S. 290ff. Vgl. ferner den Hinweis bei von Bredow, a.a.O., S. 72, sowie Grimm, a.a.O., S. 44, 49, 61f., 73f., 78 usw. Ähnliche Funde sind bei Thielen, a.a.O. fast auf jeder Seite zu machen. Vgl. auch Oskar Negt, In Erwartung der autoritären Leistungsgesellschaft. Zum gesellschaftlichen Bewußtsein der wirtschaftlichen und militärischen Führungsschichten, in: Gert Schäfer/Carl Nedeimann (Hrsg.), Der CDU-Staat, München 1967, S. 200ff.

55 Vgl. Bamberg, a.a.O., S. 121.

56 Vgl. ebd., S. 245.

57 Vgl. zu Schmidt die Aufsätze von Friedhelm Baukloh und Hans-Gerhard Koch in den "Blättern für deutsche und internationale Politik", H. 2 und 4/1970. Zu Kunst: Pfarrer Rudolf Kaffka in "Frankfurter Rundschau", 3.2.1971, S. 4 sowie ebd., 5.1.1971, S. 2. Kunst kritisierte in einem Brief vom 29.5.1967 selbst die nicht gerade als fortschrittlich

einzustufende Enzyklika "Progressio populorum" von rechts, weil sie nur die reichen Länder zur Hilfe auffordere. Interessant zur Charakteristik der Kunst-Beitrag zur Antirassismus-Diskussion, der darin bestand, den Vergleich zwischen afrikanischen Befreiungsbewegungen gegen den faschistischen NATO-Partner Portugal und der Bundeswehr eine "Diffamierung" (zu Lasten der Bundeswehr, versteht sich) zu nennen. Vgl. "Die Zeit", 20.11.1970, S. 8. Zu Hengsbach vgl. z.B. "Deutsche Volkszeitung", 11.3.1971, S. 6; "Rheinischer Merkur", 29.1.1971, S. 22. Entlarvend auch Hengsbach, Der Mensch im Betrieb, in: Schriftenreihe des Deutschen Industrieinstituts, Nr. 16, 20.4.1959, wo er gar wiederholt von einer "Volksgemeinschaft" spricht.

58 Vgl. Krichliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland, 1958, Gütersloh 1959, S. 100.

59 Vgl. Hans-Dieter Bamberg, Noch einmal Militärseelsorge, in: Internationale Dialog Zeitschrift, 2/1971, S. 185.

60 Vgl. das im Anschluß an ebd. abgedruckte Interview, S. 186.

61 Atmosphärisch gelungen ist die literarische Schilderung der klerikal-militaristischen Zusammenarbeit bei Erwin Fischer, Kameradenessen, Roman, München 1970.

62 Vgl. die "Weisung für die Zusammenarbeit mit den Militärggeistlichen" des Generalinspektors Trettner vom 27.2.1964, zitiert nach: Dokumentation zur Militärseelsorge, a.a.O., S. 45.

63 Vgl. Alexander Mitscherlich, Krieg und menschliche Aggressivität, in: Neue Rundschau, 2/1970, S. 217. Vgl. auch die das bestätigende Ifas-Umfrage vom Februar 1969, zitiert in: Laufende Mitteilungen zum Stand der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. Friedrich Minssen, Ausgabe 1970, Frankfurt/M. 1970, S. 38.

64 Die zweifellos nicht bloß dumm ist. In Zukunft wird man die geistlos-faschistoiden Sprüche der Generation der Kunst, Werthmann und Steger kaum noch zu hören bekommen, wohl aber religiöses Technokratengerede zum Besten der bestehenden Herrschaftsverhältnisse. MS und Militärs arbeiten schon an vielen Orten, selbst in Bundeswehrkrankenhäusern, bei der Manipulation der Soldaten in moderner Form zusammen. Vgl. etwa die "Mitteilung an die Presse" des Bundesverteidigungsministeriums vom 23.6.1971, ipStab, VIII/58.

65 Zitiert nach "Süddeutsche Zeitung", 8.8.1960.

14c Zur Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr

In seinem Jahresbericht 1970 schreibt der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Fritz-Rudolf Schultz: "Die Selbstdarstellungen junger Soldaten, die verstärkte Bereitschaft der Massenmedien, Probleme der Bundeswehr zu behandeln, sowie die verteidigungspolitische Bildungsarbeit vieler Institutionen und Verbände sind Ausfluß der Bemühungen, den dynamischen Prozeß der Eingliederung der Streitkräfte in die Gesellschaft zu fördern. Dieser Frage habe ich seit meinem Amstanztritt gleichfalls meine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. In zahlreichen Gesprächen mit Repräsentanten der gesellschaftlichen Institutionen habe ich versucht, Verständnis und Interesse für die spezifischen Belange der Streitkräfte zu wecken. Bei diesen Bemühungen habe ich im allgemeinen Entgegenkommen und Aufgeschlossenheit angetroffen". (1)

Kurz darauf fährt aber Schultz fort:

"...stellt diese Schrift ("Soldat 70") in der Gesamtheit ihrer Aussagen die freiheitliche demokratische Grundordnung unseres Staates, ihre Verteidigungswürdigkeit, die Grundlagen des Verteidigungsauftrags und den Defensivcharakter der Streitkräfte sowie die rechtsstaatliche Orientierung ihres inneren Gefüges in Frage. Hierdurch haben die Soldaten (...) ihre Dienstpflicht verletzt, da sie das Grundrecht der freien Meinungsäußerung dazu mißbraucht haben, durch falsche Behauptungen die Bundeswehr in der Öffentlichkeit herabzusetzen und Unruhe in die Truppe hineinzutragen." (2)

Bereits hier wird ansatzweise deutlich, was Öffentlichkeitsarbeit in der Bundeswehr heißt, wie uniforme Entscheidungs- und Befehlsstrukturen auch andere Bereiche undemokratischerweise bestimmen, wie einseitig ein Erscheinungsbild über die Köpfe der Soldaten hinweg installiert wird, dem diese zu entsprechen haben, ohne auch nur je dazu gehört worden zu sein. Daran dürfte auch das Konzept der sogenannten Inneren Führung nichts ändern, das es ja bloß auf Verinnerlichung des ansonsten Aufgezwungenen absieht, verbrämt als "Sachzwang", als Einsicht in die als unverdächtig sich darstellende technologische "Notwendigkeit".

Dieser Betrug der "eigentlichen Öffentlichkeitsarbeiter" an den Soldaten hat eine Entsprechung in den für die westdeutsche Bevölkerung objektiv nachteiligen Auswirkungen der Öffentlichkeitsarbeit. "Wo anders (aber), wenn nicht in der Armee, findet sich "Erhards formierte Gesellschaft" oder Schillers "Konzertierte Aktion" beispielhaft vorgebildet?" (3) Diese Frage, die Sven G. Papcke einmal für ein Land gestellt hat, dem es an Disziplinierungs- und (Uni-) Formierungsinstanzen wahrlich nicht fehlt, läßt die ganze Tragweite der Remilitarisierung erkennen sowie den "Grundirrtum" der westdeutschen restaurativen Politik: dem aggressiven Antikommunismus.

Entsprechende Tendenzen lassen sich in vielen Anzeigen der Bundeswehr finden, nachweisen läßt sich das an einer ganzen Anzahl von halb- oder offen faschistischen Zeitschriften, die von der Bundeswehr entweder durch großzügige und unbedenkliche Inseratenvergabe am Leben erhalten oder ganz finanziert werden. Aber nicht nur

in der Bundeswehr geistig nahestehenden oder quasioffiziellen Organen der Bundeswehr finden sich (tendenziell) faschistische Gedanken und Äußerungen, auch in Bundeswehr-offiziellen Schriften finden sich haufenweise Belege für antidemokratische Umtriebe. Selbst Äußerungen wie "Die Soldatentugenden...lassen sich zusammenfassen im Begriff des Dienens. Die Toten der Weltkriege, gefallen im guten Glauben eines Dienstes für ihr Vaterland, verpflichtet zur ehrlichen Tradition solcher Tugenden" (4), die – zumindest auf den ersten Blick – eher ewiggestrig und unbelehrbar erscheinen denn offen faschistisch, verraten ihre Interessen-Gleichheit mit der neofaschistischen NPD, die durch ihren Landtagsabgeordneten, den Hauptmann a.D. D.W.Ross, ausposaunen läßt: "Tja, wenn die Soldaten sich Gedanken machen, wofür sie dienen, und dann zu hören bekommen: für die freiheitlich demokratische Grundordnung... – also, da werden sie von uns anders angesprochen. Für die NPD ist der Dienst ein Ehrendienst fürs Vaterland". (5) Es scheint überhaupt gang und gäbe zu sein, die radikaleren Parolen Zeitschriften zu überlassen, die nicht mit der Bundeswehr unmittelbar in Zusammenhang gebracht werden und diese Zeitschriften über Inserate zu unterstützen, während offiziellere Publikationen sich wegen ihres Bildes in der Öffentlichkeit mehr der Zurückhaltung befleißigen. Freilich beherrschen Zynismus und Demagogie weiterhin das Feld, doch Zitate wie: "Ein gut geführter Krieg ist wie eine große Symphonie...Es ist (daher) die Aufgabe der Generalstabserziehung, das heilige Feuer in der Brust der Offiziere zu entfachen, damit sie dem Krieg, der höchsten Steigerung des menschlichen Lebens, gewachsen sind ..." (6) sind heute kaum mehr zu finden. Solche offen-reaktionären Äußerungen sind ohnehin weit ungefährlicher als "Sachnotwendigkeiten", die sich als "technologisch" drapieren dürfen.

Zur Illustrierung der Gepflogenheiten bei der Inseratenvergabe: die überregionale, neofaschistische Schülerzeitung "Im Brennpunkt" erhält sowohl von der "Deutschland-Stiftung" als auch von der Bundeswehr Anzeigen. Im selben Blatt darf auch die "Aktion Widerstand" ihre Mordhetze verbreiten und "Klebestreifen" sowie "Nadeln" der "Aktion Widerstand" anpreisen. (7) Wie weit persönliche Protektion geht, zeigt das Beispiel Erich Maiers, des früheren Herausgebers des NS-Organs für den Sudetengau. Als Franz Josef Strauß noch Verteidigungsminister war, honorierte er die Kalten-Kriegs-Treibereien seines Gesinnungsfreundes Maier mit monatlichen 3 000.– DM aus dem Verteidigungshaushalt, womit jener die offiziöse "Wehr und Heimat" herausgab. (8) In den offiziellen "Kampftruppen" endlich – um ein letztes Beispiel zu zitieren – weiß man, warum "so viele junge Menschen im moralischen und weltanschaulichen Nihilismus herumplätschern": weil ihnen "preußisches Rückgrat fehlt". Die Wehrverdrossenheit schreibt sich nach dieser Lesart von der "Kinderkrankheit" her, "daß über Befehle diskutiert wird". Dies meinten die vom Bundesministerium für Verteidigung herausgegebenen "Informationen für die Truppe" noch überbieten zu müssen, indem sie des Soldaten "Selbstverständnis am heldenhaften Führer" orientiert wissen möchten und ganz offen verpaßten imperialistischen Großmachtoffensiven nachweinen, indem sie die deutsche Revolution von 1918 der schnellen und gründlichen Zerstörung der "noch immer beträchtlichen militärischen Macht Deutschlands" bezichtigen. (9)

Zu den Trägern der Bundeswehr- Öffentlichkeitsarbeit gehört, zumindest einen Teil-

bereich seiner Arbeit betreffend, der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages. Er ist bestellt zur "Wahrung der Grundrechte der Soldaten" sowie zur "parlamentarischen Kontrolle in der Bundeswehr". Diese offiziellen Bezeichnungen erweisen sich als sehr schönfärberisch, nach Helmut Schmidt hat der Wehrbeauftragte eher so etwas wie eine Funktion des technologischen Krisenmanagers: "Welch enormer Segen an sozialer Frühwarnung für die deutsche Gesellschaft, auch für das Parlament gegeben gewesen wäre, wenn wir in den letzten 15 Jahren einen Beauftragten des Parlaments mit rechtzeitigen Berichten über die Situation an den deutschen Universitäten gehabt hätten!" (10) Daneben gibt es hauptamtliche Presseoffiziere bis auf Divisionsebene, in Brigaden, Bataillonen und den entsprechenden Verbänden in Luftwaffe und Marine wird Pressearbeit nebenamtlich geleistet. Neben den Presseoffizieren dürften wohl die Jugendoffiziere die wichtigsten und effektivsten Funktionen innehaben, die in ständigem Kontakt mit Jugendlichen stehen und sich um Kontakte mit denen bemühen, die es mit der Jugend in Verbänden, Vereinen und Schulen zu tun haben. Sie versuchen dabei einmal eine Wiederbelebung des Verteidigungsgedankens, dann die Indoktrinierung eines positiven Bundeswehrbildes sowie die Anwerbung von Nachwuchs zu erreichen, obwohl den Offizieren eine direkte Werbung verboten ist. Nach Angaben des Spiegel (11) standen Anfang 1971 727 Jugendoffiziere dafür bereit. Nach Heusinger, der diese Einrichtung 1958 gründete, soll dadurch der Eindruck einer liberalen, toleranten und verständnisvollen Armee erweckt werden.

Formen und Inhalte der Öffentlichkeit

Die Formen der von der Bundeswehr geleisteten Öffentlichkeitsarbeit sind äußerst vielfältig. Zum traditionellen Kanon von Aktivitäten und Unternehmungen treten jeweils eine ganze Anzahl von mediengebundenen Themen, deren Diskussion bewußt gefördert wird und die in der Öffentlichkeit die Funktion haben, das Bild des Pluralismus (innerhalb dessen die Bundeswehr als eine Stimme unter anderen vorgestellt wird) aufrechtzuerhalten und die vermeintliche Offenheit der Bundeswehr für eine Lösung unter vielen aus einem ganzen Lösungsspektrum zu "dokumentieren". So kann man jetzt eine wahre Artikelflut zu den Themen der Wehrgerechtigkeit und den Plänen der Ellweinkommission in der westdeutschen Presse verzeichnen. Selbstverständlich sind die Diskussionen um diese "heißen Eisen" notwendig und wünschenswert; nur muß eben festgestellt werden, daß hier Begriffe wie 'Wehrgerechtigkeit' unbefragt als positiv auszufüllende behandelt werden. Alternativen sollen so durch die Kraft dieser Begriffe verschüttet und auf technologisch Wünschenswertes reduziert werden, um Grundwidersprüche verschleiern zu können, den Grundwiderspruch nämlich, daß es sich bei diesem Begriff nicht um Gerechtigkeit handelt, sondern um "gleiches Unrecht für alle".

Die Medien sind Tummelplatz weiterer Bundeswehr-Aktivitäten: obwohl nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die "Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz" für die Veranstaltung von Rundfunksendungen allein bei den Bundesländern liegt, versuchte man von offizieller Seite durch Umgehung der Gesetze und verschiedene Tricks, ein Bundeswehr-eigenes Berieselungssystem zu installieren. Der weitere Ausbau des Versuchssenders scheiterte bislang u.a. an finanziellen Problemen; der Verteidigungsminister meinte dazu dem "Spiegel" gegenüber: "Ich ha-

be das vor einem halben Jahr zuletzt in der Hand gehabt, und mein Eindruck war damals, die Sache wäre zu teuer". (12) Jetzt will Helmut Schmidt versuchen, daß die ARD-Intendanten den Soldaten wie den Gasterbeitern und Landwirten eine eigene Sendezeit einräumen.

Daneben sollen eigene Ausbildungsprogramme in Kassettentechnik erstellt werden, Pläne dazu sind bereits fertiggestellt.

Neben diesen Versuchen, unter dem Deckmantel einer "eigenen Sendezeit" die Formierung der Gesellschaft weiter voranzutreiben, leistet eine ganze Reihe von Bundeswehr-offiziellen Zeitschriften ideologischen Dienst.

Beachtenswert aus der Bundeswehreigenen Publizistik ist die Zeitschrift "Information für die Truppe", die von der Abt. Streitkräfte im Bundesministerium für Verteidigung in einer Auflage von über 120 000 Exemplaren herausgegeben wird, wovon 2 000 an "Reservistenkameradschaften, aber auch an Zeitungen, an Schülern und viele andere interessierte Stellen und Persönlichkeiten" gehen (13). Mit dieser Zeitschrift sollen also nicht nur Soldaten der Bundeswehr, sondern auch andere Multiplikatoren politisch-ideologisch im Sinne der "Inneren Führung" beeinflußt werden. Sie dient der "geistigen Rüstung" und der "Menschenführung". Mit ihren "Themen des Monats", die als Musterunterrichte ausgelegt sind, informiert "sie zumindest zu einem Drittel über den Kommunismus im Sinne des Anti-Kommunismus (siehe auch Schriftenreihe "Innere Führung", "Handbuch" etc.). Die Nachfrage gerade aus Lehrerkreisen zeigt, daß diese Unterrichtshilfe nicht nur in der Bundeswehr geschätzt wird". (14)

Für die Zeitschriften der Bundeswehr läßt sich sagen, daß sie die Aufgabe haben, über den Bundeswehr-internen Leserkreis hinaus, Teile der Öffentlichkeit ideologisch zu beeinflussen und, soweit sie technischen Inhalts sind, die Diskussion militärwissenschaftlich technischer Probleme auf größere Kreise auszuweiten. So das Periodikum "Soldat und Technik", ebenfalls keine freie Publikation, von dessen 35 000 Exemplaren das Bundesministerium für Verteidigung 28 500 übernimmt. Von den 5 500 privaten Abonnenten sind nur 38 % Bundeswehrangehörige, die Mehrzahl der restlichen Käufer dürften "Reservisten, vor allem Ingenieure, Handwerker und Arbeiter" sein. (15)

Vor allem an Reserveoffiziere wendet sich die "Reserve", Organ des Verbandes der Reservisten in der Bundeswehr. Mit einer Auflage von 30 000 Exemplaren "informiert (sie) die entlassenen Soldaten über die Arbeit des Reservistenverbandes, über die Probleme der Reservisten und der Heimatschutztruppe sowie über allg. militärpolitische und wehrpolitische Fragen." Sie macht den Reservisten ihre Rolle gegenüber dem "inneren Feind" klar, nämlich als Multiplikator der Auffassungen der "Inneren Führung" "unter Arbeitern und Angestellten ihres Arbeitsbereiches zu wirken, auf die Gefahren der 'Kommunistischen Bedrohung' hinzuweisen und als antikommunistische Propagandisten tätig zu sein". (16) "Jede Unternehmensleitung sollte bei der Aufklärung über die kommunistische Zersetzung an die Reservisten im Betrieb denken ... auch bei den Spitzenorganisationen der Wirtschaft, insbesondere bei den Arbeitgeberverbänden, ist man sich der Aufgabe bewußt, die den Reservisten in den Betrieben im Kampf gegen den Kommunismus zukommt". (17)

Die Zeitschrift "Wehrkunde" weist eine Auflage von 11 500 Stück nach, von der die Bundeswehr 6 000 erhält. Die "Wehrkunde" enthält im wesentlichen Berichte über die Tätigkeit der "Gesellschaft für Wehrkunde". Ihre Aufgabe ist es, eine einheitliche militär-politische Orientierung militaristischer Kader zu erreichen, vor allem der nicht aktiv dienenden Offiziere der Bundeswehr und der Naziwehrmacht, aber auch der des Offizierskorps der Bundeswehr. Durch die Behandlung aktueller Fragen der Bundeswehr und der Kriegsführung und als Organisator der militärpolitischen Diskussion (Abdruck von Referaten) kommt der Zeitschrift in der Militärpublizistik eine zentrale Rolle zu.

Neben diesen Zeitschriften, die vor allem Bundeswehr-interne Funktionen erfüllen, gibt es eine rege Anzeigentätigkeit: sie dient in erster Linie der Gewinnung "längerdienenden Nachwuchses". Davon zu trennen ist selbstverständlich nicht die Nebenwirkung, daß die Bundeswehr im Bewußtsein Verankerung findet.

Andere Formen der Bundeswehr-Werbung sind die intensiv gepflegten Wanderausstellungen, auf denen militärische Waffengattungen oder Einrichtungen vorgeführt werden. Schautafeln sollen dabei ein realistisches Bild entwerfen, eigene Auskunftsstellen beraten potentiellen Nachwuchs, Broschüren besorgen die Ideologisierung. Nach eigenen Erfahrungen ist es in der Regel üblich, daß ganze Schulen klassenweise diese Ausstellungen besuchen, wogegen insbesondere jüngere Jahrgänge nie etwas einzuwenden haben dürften. Die fast allgemein anzutreffende Vorliebe für technische Dinge wird dabei geschickt ausgenutzt, und wann man erst einmal für kurze Zeit Gelegenheit hat, in einem Starfighter zu sitzen, wird nach dem Wozu ohnehin nicht gefragt.

Die Soldaten-und Reservistenverbände

Mit den gedienten Kriegs- und Nachkriegsjahrgängen steigt ständig die Zahl der Reservisten und Reserveoffiziere der Bundeswehr. Diese Reservisten der Bundeswehr sind für die Militärs von besonderem Interesse, da es gilt, ihren Ausbildungsstand möglichst noch lange über ihre aktive Dienstzeit hinaus zu bewahren. Die bestehenden Soldatenverbände pflegen zwar militaristische Tradition, sind jedoch auf Grund ihrer soziologischen Zusammensetzung – vorwiegend Teilnehmer des Zweiten Weltkriegs, und geringem Zulaufs von Bundeswehrreservisten – wenig geeignet, die von der Bundeswehrführung gewünschte politische Orientierung zu erfüllen. Immerhin wies der "Verband dtsh. Soldaten" (VdS) in seiner Anfangszeit 150 000 Mitglieder auf und zählt heute noch ca. 60 000. Dieser Dachverband der in den Soldatenbünden organisierten ehemaligen Soldaten der Hitlerwehrmacht und der Bundeswehr war in erster Linie als Interessengruppe der Wehrmachtssoldaten zu verstehen (131er Gesetzgebung, Rehabilitierung) und als solcher trat er zunächst gegenüber der Öffentlichkeit auf.

Die Traditionsverbände versuchen, ihre Nachwuchsprobleme über die Bundeswehrreservisten zu lösen, aber auch über Jugendbünde wie die "Kyffhäuserjugend, Marinejugend, Jugendkorps Scharnhorst, Stahlhelmjugend und Deutscher Jugendbund Steuben". Die Zielsetzung dieser Jugendbünde ist "die Förderung der staatsbürgerlichen und wehrpolitischen Erziehung unserer Jungen", was eher heißen sollte, die

ständige reaktionäre Beeinflussung dieser Gruppen durch ehemalige Offiziere der faschistischen Wehrmacht und durch rechtsgerichtete nationalistiche Politiker.

Dem Kyffhäuserbund gehören 135 000 Mitglieder an (davon nur 14 000 Reservisten der Bundeswehr). Die Mehrzahl der Reservisten ist im "Verband der Reservisten der dtsh. Bundeswehr" organisiert, d.h. ca. 5 % der entlassenen Bundeswehresoldaten. Als Vereinigungen, mit denen die Betreuungsorganisation der Bundeswehr (Kommando der Territorialverteidigung) zusammenarbeitet, gelten jedoch nur der "Verband der Reservisten der Bundeswehr", die "Gesellschaft für Wehrkunde" und die "wehrpolitischen Hochschulgruppen". Es bestehen allerdings auch zwischen Bundeswehr und Soldatenbünden rege Kontakte, wie die Entsendung von Bundeswehrvertretern zu Feierlichkeiten, die abgeordneten Musikkorps und die Tagungen für ehemalige Offiziere an der "Schule für Innere Führung" in Koblenz beweisen.

Auch besteht die Möglichkeit, daß über Erlaß (18) Veranstaltungen der Reservistenarbeitsgemeinschaften zu "dienstlichen Veranstaltungen" der Bundeswehr erklärt und somit in das Betreuungssystem der Bundeswehr mit einbezogen werden. Diese dienstlichen Veranstaltungen, die auch durch das Wehrpflichtgesetz in seiner geänderten Fassung vom 14.1.61 sanktioniert werden, stellen ein Mittel dar, Soldaten zu der Teilnahme an militaristischen Veranstaltungen zu zwingen.

Eng miteinander verbunden sind die drei Vereinigungen "Verband der Reservisten der dtsh. Bundeswehr", "Gesellschaft für Wehrkunde" und "Wehrpolitische Hochschulgruppen", wobei unter ihnen eine Art Arbeitsteilung besteht. Die "Gesellschaft für Wehrkunde" integriert die Reserveoffiziere, der "Reservistenverband" die Unterführer und Mannschaften und die "Wehrpolitischen Hochschulgruppen" versuchen vor allem, studentische Reservisten weiterhin für wehrpolitische Themen zu interessieren.

"Die Hochschulgruppen glaubten, im Prozeß der Verflechtung von Hochschule und Militarismus als Katalysator zu wirken, um die wehrpolitische und wehrtheoretische Auseinandersetzung auf die Ebene der Institute an den Fakultäten zu verlagern". (19) "Der Vorstand der Gesellschaft vermittelte darüber hinaus Informationsreisen von Lehrern zur Bundeswehr und zentrale Fachberatungen". (20)

So nehmen an den Tagungen vorwiegend Lehrer der Schulen teil, deren Schüler kurz vor dem Antritt zum Wehrdienst stehen. Außerdem wendet man sich vorwiegend an solche Pädagogen, die das Fach politische Bildung unterrichten.

Neben Jugendgruppen sind es vor allem auch wieder die Schulen, die zum bevorzugten Arbeitsfeld der "Jugendoffiziere" gehören. Der "Deutsche Ausschuß für Erziehung und Bildung" meinte in seiner am 5.7.1957 in Düsseldorf verabschiedeten Empfehlung, die Führung der Streitkräfte müsse damit rechnen können, daß dem "Eintritt in die Truppe eine auf freiheitliche und demokratische Lebensführung gerichtete Erziehung und Bildung in den Schulen aller Arten vorausgegangen ist. Die Bundeswehr leistet ihren Beitrag zu diesem Bildungsauftrag der Gesellschaft durch ihre Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere durch den Einsatz von Jugendoffizieren und Jugendunteroffizieren, die es seit 1958 bzw. 1967 gibt". Dieses interessante Selbstverständnis liest sich so in dem quasioffiziellen Verteidigungshandbuch, über das an an-

derer Stelle noch zu berichten sein wird. Wegen der immensen Wichtigkeit dieser Art von Öffentlichkeitsarbeit sei einiges Weitere zum Selbstverständnis dieser Jugendoffiziere angemerkt. Folgendes ist dazu in der offiziellen "Wehrkunde" zu lesen: "In einem Kurzreferat stellt er (der Jugendoffizier; d.V.) ein Thema aus dem Bereich der Bundeswehr vor und schafft damit eine Informationsgrundlage, die Ausgangspunkt für die anschließende Diskussion ist ... Die Diskussion ist für die Gesprächspartner von besonderer Bedeutung. Dem Schüler gibt sie Gelegenheit, Sachfragen zu stellen, seine oft aus APO-Deutsch gebastelten Argumente vorzutragen und kritische Argumente anzumerken. Der Jugendoffizier wiederum versucht zu versachlichen, Verzerrtes richtigzustellen und auf alle Gedanken und jede Kritik einzugehen". (21) Und entsprechend dazu auf der Temperamentsebene: "Einige Male hatte ich den Eindruck, daß mich ein Schulleiter aus Rücksicht gegen mich nicht an der Schule zu lassen wollte. Man will den Jugendoffizier, der "aus einer heilen Welt" komme, vor der Ungezogenheit und Unverschämtheit der Klassen retten. Auch ihrer Lehrerkollegien sind sich die Herren nicht immer sicher und sehen für den Jugendoffizier einen Schock voraus. Im Grunde jedoch treffen die Jugendoffiziere die Probleme ihres Bereichs in der Schule wieder. Sie sind ein Teil dieser Gesellschaft und erleben jedes Hoch und Tief der jungen Generation mit. Auch sie begegnen den Rauschmittelabhängigen, den Kriegsdienstverweigerern (!) und der Respektlosigkeit. Wir gehen durchaus von den Realitäten aus und erwarten keine Beifallshuldigung beim Betreten der Klassen." (22)

Und zum Umfang solch zünftiger Beiträge zur "Bildungsarbeit" noch ein weiteres Zitat: "Zu unserem Betätigungsbereich in Heidelberg gehören 14 Gymnasien und 9 Realschulen. Die Zielvorstellung meiner vorgesetzten Dienststelle ist pro Jahr ein Einsatz ab der 10. Klasse (Untersekunda). In Heidelberg ergibt das im Schuljahr 1970/71 178 (!) Klassen, für die ein solcher Einsatz vorgesehen ist." (23)

Doch es ist damit noch nicht getan, Schulklassen oder Vertreter von Schülerzeitungen werden auch zu Truppenbesuchen u.ä. eingeladen.

Als Beispiel für die Einstellung der Schüler nach mehreren Kontaktgesprächen und einem Truppenbesuch folgendes Zitat: "Jedem Laien erscheinen die militärischen Umgangsformen etwas lächerlich, in einer so engen Gemeinschaft sind sie jedoch einfach notwendig, um eine feste Ordnung zu gewährleisten, das muß man einsehen ... Man muß also dieses Entgegenkommen der Bundeswehr begrüßen und darf hoffen, daß auch in den nächsten Jahren Schüler unserer Schule diese Gelegenheit nutzen werden, selbst diese Erfahrungen zu machen. Ich halte es für notwendig und wesentlich, wie ich es auch für wesentlich halte, daß jeder junge Mensch, der gesundheitlich dazu in der Lage ist, seine Dienstzeit ableistet, die entscheidend zu seiner Erziehung beitragen kann. Bei allem Individualismus sind Einordnung und Gehorsam bleibende Werte." (24)

Da diese Einstellung der Wehrfreudigkeit in den letzten Jahren nicht mehr gesicherter Bestand der schulischen Erziehung ist, versucht die Bundeswehr, direkt in die Lehrpläne aufgenommen zu werden. Dabei kann sie mit der Unterstützung der Kultusminister und der Rektoren der Schulen rechnen, hatten diese sich doch schon früher an die Bundeswehr mit der Bitte gewandt, "Begegnungen mit jungen Offizieren

zu ermöglichen, um über die Probleme der Bundeswehr und der Verteidigung der Freien Welt ernsthaft zu diskutieren." (25)

Seit Anfang 1968 sind die Pläne für ein Lehrfach "Landesverteidigung" wesentlich konkretisiert worden. War z.B. ein Schreiben des niedersächsischen Kultusministers vom 6.2.1968 noch eine Empfehlung an die höheren Schulen, möglichst viel Gebrauch vom "Besuch der Einrichtungen der zivilen und militärischen Verteidigung zu machen", so beschloß die Bundesregierung im Mai 1969 eine Empfehlung an die Konferenz der Kultusminister, in der gefordert wird, "den Aufgaben der militärischen und zivilen Verteidigung im Schulunterricht besondere Beachtung zu schenken." (26) In Niedersachsen war diese Empfehlung schon zu einem Erlaß-Entwurf des Kultusministers herangereift, in dem die "Unterrichtung über die Aufgaben der militärischen und zivilen Verteidigung" zum Thema der Sozialkunde gemacht werden sollte. Hierin wurden auch die Ziele eines solchen Unterrichts klar formuliert: 1. "Die Schüler sollen wissen, daß der Staat die Pflicht hat, das Leben der Bürger und seiner Einrichtungen zu schützen und daß er daher Vorsorge für seine Verteidigung gegen Angriffe von außen treffen muß." 2. "Die Schüler müssen erkennen, daß der Bürger bei der Sicherung der freiheitlichen und rechtsstaatlichen demokratischen Ordnung ... zum Dienst bereit sein muß". (27)

Dieser Erlaß trat wegen des Wechsels im Kultusministerium nach den Landtagswahlen jedoch nicht in Kraft.

Über Art und Umfang anderer Aktivitäten berichtet der Abschnitt "Bundeswehr und Bevölkerung" im schon öfter zitierten Jahresbericht des Wehrbeauftragten. Es heißt dort: "Die Bundeswehr hat bei den zahlreichen Naturkatastrophen des Jahres 1970 im In- und Ausland umfangreiche Hilfen geleistet. Im Februar und März war sie der vom Hochwasser bedrohten Bevölkerung an Rhein, Mosel und Donau behilflich, ebenfalls im März war sie bei Schneeräumungsmaßnahmen in Süddeutschland eingesetzt; im April und Juni half sie der von schweren Erdbeben betroffenen Bevölkerung in der Türkei und in Peru und war schließlich im November und Dezember an der internationalen Hilfsaktion für die Opfer der Flutkatastrophe in Ostpakistan maßgeblich beteiligt. Über diese umfangreichen Katastrophenhilfen haben Presse, Rundfunk und Fernsehen jeweils ausführlich berichtet." (28) Ferner wurden die Lazarette in Bundeswehr-Krankenhäuser umgewandelt, deren Sanitätseinrichtungen auch zivilen Patienten zur Verfügung gestellt wurden." Die Öffnung zum zivilen Sektor zeitigt Nutzen für beide Seiten. Für die zivilen Patienten erweitert sich hierdurch das Angebot an Krankenhausbetten, die Bundeswehr sieht ihre Vorteile in den erweiterten ärztlichen Weiterbildungsmöglichkeiten und in einer verbesserten medizinischen Nachwuchswerbung" (29), heißt es dazu. Daß diese Maßnahmen auch ihre propagandistische Wirksamkeit nicht verfehlen, wird stillschweigend übergangen, und die Einbeziehung der Gesellschaft in den militärischen Bereich ist ebenso stillschweigend ein gutes Stück vorangekommen. "Diesem Ziel dient (u.a.) auch die eingeleitete und zum Teil bereits verwirklichte Integration der Bundeswehr-Krankenhäuser in den medizinischen Ausbildungsbereich der Hochschulen" (30).

Eine ähnliche Funktion wie das Gerede von der Wehrgerechtigkeit hat auch das Herausstellen der guten Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Polizei: "(Ihr) ist

es (auch) zu danken, daß in zahlreichen Fällen Menschen aus höchster Lebensgefahr gerettet werden konnten", ebenso: "Außerdem ist eine Vielzahl sonstiger Hilfeleistungen einzelner Soldaten und ganzer Einheiten zu verzeichnen. Hierzu zählen etwa Blutspendeaktionen, Bescherung von Waisenkindern, Sammlungen für karitative Zwecke, Alten- und Krankenbetreuung sowie Pflege von Kriegsgräbern im In- und Ausland. Alle diese Aktionen haben dazu beigetragen, die Bundeswehr auch als bewährten Helfer in Notlagen im Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern." (31) Aufschlußreich ist hier weniger das naive Ausplappern der hintergründigen Motivation solcher Anstrengungen als vielmehr jenes "auch", das einiges über den Ruf der Bundeswehr in der Bevölkerung verrät.

In massierter Weise versucht sich die Bundeswehr anläßlich der Olympiade 1972 ins Bewußtsein zu drängen — dafür sind allein 10 000 Helfer vorgesehen. (32) Diese haben personelle Engpässe und finanzielle Schludrigkeit auszubügeln.

Vergessen werden darf keinesfalls die geschichtsschreiberisch wichtige Anstalt des Bundesarchivs-Militärarchivs in Koblenz, das Dokumentationen, Darstellungen, Vorträge und Archivalienausstellungen zur Durchdringung des Geschichtsbildes mit vielfältigen publizistischen und propagandistischen Wirkungsformen veranstaltet. Die selben Aufgabe haben — wenn auch weniger aus einem historischen als einem ideologisch-technologischen Aspekt heraus — die vielen Schriften, Broschüren und Fabeln, die vom Verteidigungsministerium herausgegeben werden und vordergründig der Nachwuchswerbung dienen. Die Mechanismen psychologisch-demagogischer Beeinflussung darin sind vielfältig und vielschichtig; durchgängig anzutreffen sind jedoch die Ideologie vom Mann als einem Soldaten, der "Meister seines Fachs" (= Töten) ist und jener verlogene Kameradschaftsbegriff, der schon durch die herrschaftssichernde Hierarchie — Weitergabe von oben empfangener Unterdrückung an Untergebene, Erschwerung sexueller Betätigung und deren Umlenkung in Aggression — widerlegt wird. Die vorgetäuschte Konfliktlosigkeit und die vermeintliche Einigkeit in den Zielen der Einzelnen geraten in den Darstellungen solcher Broschüren durchweg zum Sozialkitsch.

Die Darstellung eines der finstersten Kapitel in der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr, des Verteidigungshandbuches, verlangt einen knappen Rekurs auf mögliche politische Veränderungen in Wehrfragen seit dem Regierungswechsel im Herbst 1969. Wie Friedhelm Baukloh bereits wenige Monate nach Schmidts Amtsantritt nachwies (33), war die Ankündigung Schmidts, ein "Programm der Modernisierung und der Reformen" für die Bundeswehr durchzusetzen, recht eindeutig nach der anderen Seite ausgeartet. Denn dieses "Programm der Modernisierung und der Reformen" zielt weniger auf eine Demokratisierung der Bundeswehr als auf eine Stabilisierung der Streitkräfte und zugleich auf eine geistige Militarisierung der Gesellschaft. In der von Schnez erarbeiteten Studie hieß es dazu: "Der Staat muß alle ihm gesetzlichen und politisch ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausnutzen, um die Publikationsmedien dazu zu bringen, der Bevölkerung den Verteidigungsauftrag der Streitkräfte klarzumachen". (34) Und Helmut Schmidt stimmte zu: "In den vergangenen 14 Jahren haben Parlament und Regierung unseres Landes sich nach Kräften darum bemüht, dafür zu sorgen, daß die Bundeswehr überall in ihrer notwendigen Funktion gesehen und anerkannt wird. Gleichwohl ist das Ergebnis in dieser Hinsicht bisher

noch nicht befriedigend. Hier liegt eine große, von vielen außerhalb der Bundeswehr noch nicht ausreichend erkannte Aufgabe. Ich erwarte und ich hoffe, daß die Ausübung des Oberbefehls durch einen sozialdemokratischen Oberbefehlshaber dazu beizutragen vermag, daß dieser Integrationseffekt sich vervollkommenet — der Integrationsprozeß von Gesellschaft und Bundeswehr, der ja ein gegenseitiger Integrationsprozeß ist". (35)

Parallel dazu läßt sich eine ganze Reihe von Äußerungen von höchster Stelle über das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung feststellen, die zeigen, daß dieses Grundrecht — das eigentlich immer nur ein Aushängeschild billig inszenierter Liberalität war — in Gefahr ist. Selbst Bundeskanzler Brandt sprach in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag von der "inneren Abwendung eines großen Teils der Jugend von den Aufgaben", die der Staat ihnen stelle. Bereits Ende letzten Jahres hatte Brandt in einem Schreiben an die Kultusministerkonferenz darum gebeten, die Fragen der "Sicherheits- und Verteidigungspolitik" eindringlicher als bisher zu behandeln. Diesem Ziel dient auch das erwähnte Hand- und Nachschlagebuch "Verteidigung", das vom Chefredakteur des Fernsehens beim Süddeutschen Rundfunk, Emil Obermann, herausgegeben und dessen Auflage von Presse- und Informationsamt der Bundesregierung aufgekauft wurde, um "das Buch den betreffenden Fachlehrern und den Büchereien der weiterführenden Bildungsstätten der Bundesrepublik unberechnet zur Verfügung zu stellen und darüberhinaus eine beschränkte Anzahl von Exemplaren für Schülerarbeitsgemeinschaften und Seminare bereitzuhalten. Es soll damit ein Beitrag zur Versachlichung der Diskussion von Fragen der Landesverteidigung geleistet werden — einer Diskussion, die von Jugendlichen oft noch mit unpolitischen Argumenten geführt wird." (36)

Dieser "Versuch einer Versachlichung von Fragen der Landesverteidigung" entspricht in wesentlichen Punkten der von der sozialliberalen Koalition angestrebten geistigen Aufrüstung und der Vorbereitung einer geistigen Formierung.

Anmerkungen:

- 1 "Zur Sache — Themen parlamentarischer Beratung". Die Bundeswehr in Staat und Gesellschaft (II) "Jahresbericht des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages. Hg. vom Presse- und Informationsamt des Deutschen Bundestages, 1971, S. 7.
- 2 a.a.O., S. 25/26
- 3 Marxistische Blätter 3/67, "Antikommunismus — Militarismus — NPD". S. 16
- 4 "Informationen für die Truppe", 9/63, S. 549. zitiert nach Sven G. Papcke, a.a.O., S. 18/19
- 5 Der Spiegel 7/67, S. 26ff, zitiert nach Sven G. Papcke, a.a.O., S. 19.
- 6 Der Lebendige Leichnam, in "Blätter für deutsche und internationale Politik", 3/65, S. 248, zitiert nach Sven G. Papcke, a.a.O. S. 19. In den "Blättern.." zit. nach "Wehrkunde".
- 7 "Im Brennpunkt" 2/1970 sowie 3/1970.
- 8 zit. nach Christian Schütze "Verfolgt, totgeschwiegen — das Image des Konservativen", in: Süddeutsche Zeitung vom 4.11.67.
- 9 Der Spiegel, Nr 39/70, S. 62
- 10 "Verteidigung", hg. von Emil Obermann, Stuttgart 1970, S. 640. Dort zit. nach Bundestagsdrucksache 36, Sitzung, S. 1 754 ff.
- 11 Der Spiegel Nr 11/71, S. 73.
- 12 Der Spiegel, 10.5.71., S. 52.

- 13 Information für die Truppe, 9/66, S. 572 die angegebenen Zahlen nach IVW
 14 Information... 9/66, S. 574
 15 Monat, Jahrgang XXII (70), Heft 257, S. 120
 16 Hübner, die Gesellschaft für Wehrkunde, S. 85
 17 Die Reserve, Juni 1961
 18 Ministerialblatt des BMVtg, Bonn, 20.3.61, Nr. 8, S. 107
 19 Hübner, a.a.O., S. 158
 20 ebenda, S. 177
 21 Wehrkunde 1/71, Notker Siebert: Das Verhältnis von Schule und Bundeswehr, S. 37
 22 ebenda, S. 37
 23 ebenda, S. 37
 24 Das Schwarze Brett, Schülerzeitung des Gymnasiums Waisrode
 25 Information für die Truppe, 1964, Nr. 10, S. 738
 26 Frankfurter Rundschau vom 17.5.1969, S. 1
 27 vgl. betrifft: erziehung 1969, Nr. 7, S. 5
 28 "Zur Sache — Themen parl. Beratung" wie Anmerkung 1, S. 51.
 29 a.a.O., S. 51.
 30 a.a.O., S. 51.
 31 a.a.O., S. 52.
 32 Der Spiegel, Nr. 8/71, S. 30.
 33 "Blätter für deutsche und internationale Politik", Nr. 1/70, S. 27-32.
 34 Schnez-Studie, zit. nach Der Spiegel, 5.1.70
 35 Pressebulletin vom 24.10.1969, zit. nach Michael Maercks: Die Bundesweherschule —
 Schule der Nation, in: facit, Nr. 21, S. 27f.
 36 zit. nach dem Waschzettel zum Buch "Verteidigung", hrsg. von Emil Obermann, Stuttgart 1970

15a Zur Kriegsdienstverweigerung

Beginnen wir bei der Auseinandersetzung mit der Kriegsdienstverweigerung (Kdv) mit einer kurzen Vergegenwärtigung des Anerkennungsverfahrens. Die Grundlage dafür bildet der Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes in Zusammenhang mit dem § 25 des Wehrpflichtgesetzes. Danach wird das Verfahren nur auf einen Antrag des jeweils Wehrpflichtigen eingeleitet. Nach der gesetzlichen Regelung soll dieser Antrag zwei Wochen vor der Musterung — also nach der Wehrerfassung — bei dem Kreiswehersatzamt gestellt werden, in dessen Einzugsbereich der Wehrpflichtige seinen Wohnsitz hat. In diesem Fall ist die Einberufung des Wehrpflichtigen solange unnötig, bis die Entscheidung des Prüfungsausschusses (1. Instanz) rechtswirksam geworden ist. Dies gilt auch, sofern der Antragsteller oder der Leiter des jeweiligen Kreiswehersatzamtes gegen die erstinstanzliche Entscheidung Widerspruch eingelegt hat und bis hierüber entschieden hat.

Anders verhält es sich, wenn der Antrag erst nach der Musterung oder während der bereits angetretenen Dienstzeit gestellt wird. Bei der Antragstellung nach der Musterung kann das Kreiswehersatzamt den Einberufungsbefehl bis zur Entscheidung des Prüfungsausschusses aussetzen. Bei Anträgen von Soldaten bleibt der Antragsteller bis zur rechtskräftigen Entscheidung in der Truppe.

Weiterhin verlangt das Gesetz, daß der Antrag schriftlich gestellt werden soll; über ihn entscheidet dann ein Prüfungsausschuß beim Kreiswehersatzamt, der von einem Angehörigen des Bundesverteidigungsministeriums geleitet wird, welcher die Befähigung zum Richteramt haben muß. Als Vorsitzender bereitet er die mündliche Verhandlung vor und leitet sie auch. Er hat im Entscheidungsverfahren nur beratende Stimme.

Die eigentliche Entscheidung treffen drei formell weisungsungebundene Beisitzer, wobei allerdings schon durch den Auswahlmechanismus dafür gesorgt wird, daß sie keiner antimilitaristischen Neigungen verdächtig sind: Den einen entsendet die Landesregierung, die beiden anderen der Ort oder die Stadt, in dem der Antragsteller wohnt. Gegen die Entscheidung des Prüfungsausschusses kann sowohl der Antragsteller als auch das Kreiswehersatzamt bei der übergeordneten Instanz — der Prüfungskammer — Widerspruch einlegen. Die Verhandlungsmodalitäten sind hier ähnlich geregelt wie beim Ausschußverfahren. Widerspruch gegen den Kammerbeschluß kann ebenfalls von beiden Seiten mittels einer Klage vor einem Verwaltungsgericht eingelegt werden. Die Kammern der Verwaltungsgerichte sind mit drei Berufsrichtern und zwei ehrenamtlichen Verwaltungsrichtern besetzt. Sie entscheiden durch einen Urteilsspruch, gegen den bei Fällen, die Kriegsdienstverweigerung betreffen, keine Berufung zulässig ist. Im Urteil ist ebenfalls angegeben, ob eine Revision beim Bundesverwaltungsgericht zugelassen wird. Dies ist nur dann der Fall, wenn entweder eine Rechtssache von grundsätzlicher Bedeutung vorliegt, oder aber das Urteil des Verwaltungsgerichtes von Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes abweicht.

Soweit der formale Rahmen des Anerkennungsverfahrens, das nach außen hin den Eindruck erwecken soll, daß es sich um ein geregeltes und vor allem faires Verfah-

ren handle. Auf Grund der praktischen Erfahrung läßt sich eine Reihe kritischer Anmerkungen machen, die verdeutlichen, daß es sich beim Anerkennungsverfahren eben nicht um ein faires Verfahren handelt.

In diesem Zusammenhang wäre auf die dominierende Stellung des Vorsitzenden im Prüfungsausschuß und in der Prüfungskammer zu verweisen, der zwar nicht stimmberechtigt ist, aber das Verfahren leitet und vorbereitet, so daß allein durch die personifizierte Vertretung des Bundesverteidigungsministeriums per Verhandlungsführung der Antragsteller während des Verfahrens in Situationen gebracht werden kann, die den Beisitzern etwa seine "nicht vorhandene Gewissensentscheidung" demonstrieren sollen. An punktueller Kritik wäre hier auch anzumerken, daß die Beisitzer oftmals nicht genügend mit der Problematik von Jugendlichen vertraut sind, bzw. insofern als befangen gelten müssen, als sie Denkschemata reproduzieren, die von Freund-Feind-Ideologien geprägt sind, und danach ihre Beurteilung ausrichten.

Bei Vorschlägen für eine Verbesserung der Verfahrensweise verliert man leicht die Tatsache aus den Augen, daß durch die institutionelle Verankerung des Verfahrens letztlich eine für lange Zeit vorzüglich wirkende Abschreckung gegeben war.

Wenn wir feststellen müssen, daß in der ersten Instanz — spätestens seit dem hohen Anstieg der Anträge auf Kdv — überdurchschnittliche Ablehnungsquoten zu verzeichnen sind, so hat dies vor allem zwei Funktionen: Einerseits sollen damit noch Schwankende von der Antragstellung abgeschreckt werden, andererseits soll der im Verfahren Stehende demoralisiert werden und sich lieber in sein (Soldaten-)Schicksal fügen. An dieser Stelle setzt eine der Hauptaufgaben der Verweigererverbände und anderer politischer Organisationen ein: Die Beratung.

Im wesentlichen lassen sich zwei Arten von Beratungsformen unterscheiden, deren Grenzen in der Praxis teilweise ineinander übergehen. Zum einen ist eine mehr unmittelbar praktisch ausgerichtete Beratung erkennbar. Sie macht den Antragsteller vorwiegend mit der formalrechtlichen Seite der Verfahrensproblematik bekannt und sieht als wesentliches Ziel die Anerkennung. Dieser Form steht eine mehr politische Beratung gegenüber, die darum bemüht ist, die gesamtgesellschaftliche Funktion von Militär zu erklären und dahin tendiert, das zunächst häufig nur latente Unbehagen des einzelnen zu verbalisieren. Diese politischere Beratungsform umfaßt natürlich auch eine Aufklärung über die technischen Aspekte des Verfahrens.

Nun hat sich in den letzten Jahren, seitdem die Zahlen der Anträge auf Kdv sprunghaft anstiegen, in der Motivation und der Argumentation der Verweigerer nachweislich eine Politisierung abgezeichnet. Unterzieht man diese allgemeine Aussage einer näheren Untersuchung, so ergibt sich folgendes Bild:

Gruppenspezifisch zeigt sich, daß die Mittelschüler sich von den Oberschülern und Studenten einerseits und von den Volksschülern andererseits in Bezug auf eine stärker ausgeprägte politische Motivation unterscheiden. Eine Erklärung für diese Abweichung könnte darin liegen, daß die Mittelschüler zum Zeitpunkt der Antragstellung eine höhere Bildungsstufe erreicht haben als die Volksschüler, aber gegenüber den Oberschülern und Studenten bereits über eine gewisse Berufspraxis verfügen. Sie haben sich also bereits mit Konflikten innerhalb ihres Berufslebens auseinandersetzen müssen und sie sind vielleicht in der Lage gewesen, diese Erfahrungen zu reflek-

tieren, was wohl vielen Volksschülern auf Grund ihrer schlechteren Ausbildung schwerer möglich ist.

Weiterhin ist die Tatsache von Interesse, daß sich Verweigerer mit zweitem Bildungsweg erheblich von ihren "Stammgruppen" unterscheiden. Auch hierfür kann versuchsweise eine Erklärung gegeben werden. Bei Absolventen mit zweitem Bildungsweg handelt es sich um junge Menschen, die mit ihrer bisherigen Lebens- und vor allem Berufswelt extrem unzufrieden sind, in dieser Unzufriedenheit aber nicht verharren. Sie haben sich in eigener Sache bereits stark mit ihrer Umwelt auseinandersetzen müssen, wobei dieser Zwang zur Auseinandersetzung entweder zu Anpassung und zur Übernahme vorgegebener Normen oder aber zu einer kritischen Haltung gegenüber gesellschaftlichen Leitbildern führen dürfte.

In den letzten Jahren werden während der Verhandlung Argumente vorgebracht, deren Verbreitung eindeutig auf die linke Studentenbewegung zurückzuführen ist. Das bedeutet, daß die Politisierung zu einem Großteil von einer eindeutig lokalisierbaren Gruppe in die Kriegsdienstverweigerung hineingetragen worden ist. Weiterhin zeichnet sich seit etwa einem Jahr die Tendenz ab, daß Kriegsdienstverweigerung erst im Gefolge von Auseinandersetzungen in der Produktionsphäre aufgetreten ist.

Konflikte setzen für den einzelnen immer erst in Primärbereichen, d.h. vor allen Dingen und zunächst am Arbeitsplatz ein. Im Entwicklungsablauf begann dieser Prozeß auf breitester Ebene in den Universitäten, danach in den Oberschulen. Erst dann griff sie von den reinen Bildungsinstitutionen auf sich organisierende Lehrlinge und Jungarbeiter über. Zwar haben sich in den letzten Jahren Oberschüler und Studenten als prozentual größter Teil der Kriegsdienstverweigerer herausgebildet, aber seit einigen Monaten scheint die lange Zeit nur sehr flach ansteigende Kurve der absoluten Verweigererzahlen von jungen Angestellten und Arbeitern wieder stärker anzusteigen.

Die Diskriminierung der Kriegsdienstverweigerer ist in einigen Bereichen bereits überwunden. Das zeigt sich etwa daran, daß teilweise ganze Abiturientenklassen den Kriegsdienst verweigern. Die diffamierenden Äußerungen führender Bundespolitiker scheinen in diesem Zusammenhang eher ein Zeichen der Ohnmacht zu sein.

Aus all dem läßt sich folgern, daß Kdv nicht aus sich heraus politisch geworden ist; auch der Arbeit der Verweigererverbände dürfte hier keine allzugroße Bedeutung zukommen. Auslösendes Moment für eine politische Kriegsdienstverweigerung ist die Einsicht und Erkenntnis von Mißständen in Primärbereichen, die der einzelne erfährt und sie dann in ein kritisches gesellschaftsbezogenes Verständnis umsetzt. Lernprozesse dieser Art werden dann bei der Konfrontation mit der möglichen Einberufung zum Militärdienst auch in diesem Bereich aktualisiert, führen zu einem kritischen Hinterfragen des Verhältnisses von Militär und Gesellschaft und zur Verweigerung.

Dies sind wichtige Momente, die es bei der Agitation einzubeziehen gilt. Allgemein formuliert, heißt das zunächst, daß eine antimilitaristische Haltung nicht durch die alleinige Propagierung der Verweigerung erreicht wird, sondern daß vielmehr Konfliktbewußtsein zunächst am Arbeitsplatz erworben werden muß. Der langfristige solidarische Kampf um die eigenen Interessen gegenüber der jeweils vorhandenen Repressionsgewalt in Fabrik, Büro, Schule und Universität ermöglicht dann auch,

zu erkennen, daß der Militärdienst nicht den eigenen Interessen dient.

Für sozialistische Organisationen heißt das, in den jeweiligen Primärbereichen die Kapitalinteressen zu entschleiern und konkrete Alternativen aufzuzeigen, die dann in bestimmten Fällen auch zur Kriegsdienstverweigerung führen können. Daraus lassen sich folgende Forderungen ableiten:

1. Konsequente Politik in Primärbereichen muß als Grundvoraussetzung gesehen werden. Diese Arbeit wird sich an den konkreten Bedürfnissen, die vom jeweiligen gesellschaftlichen Bereich ausgehen, orientieren müssen. Auf abstrakterer Ebene ist daneben eine Aufklärung über die Funktion von Militär, Freund-Feind-Ideologien usw. nötig.

2. Hier setzt bereits ein übergreifendes Moment ein. Für den speziellen Bereich der antimilitaristischen Arbeit sind Kontakte zu bereits bestehenden Verweigerergruppen zu knüpfen, wobei in einigen Regionen diese noch zu politisieren sind. Eine solche Politisierung von Verweigerergruppen, die einen individuellen, nicht gesellschaftsbezogenen Pazifismus vertreten und auch das Anerkennungsverfahren für gut und praktikabel erachten, geschieht am besten in Form von Gruppendiskussionen. Hierbei können die jeweiligen Positionen klar herausgehoben werden, sie dienen gleichfalls zur Vertiefung des eigenen Standpunktes und ermöglichen gegebenenfalls neue Lernprozesse.

Aus dem Vorangegangenen sollte zweierlei klar geworden sein, nämlich, daß Kriegsdienstverweigerung nicht abstrakt vermittelt werden kann, sondern sinnvollerweise in eine langfristige Arbeit einzubeziehen ist, und, daß diese Arbeit zeitlich vor der Einberufung und möglichst noch vor der Musterung beginnen sollte. Das bedeutet andererseits, zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt, daß bei der Agitation von wehrpflichtigen Soldaten ein etwas anderer Weg eingeschlagen werden muß.

Auch bei den momentan Dienenden sollte neben der Aufklärung über die technischen Aspekte des Verfahrens mindestens im gleichen Maß die Bestimmung von Militär und Rüstung im kapitalistischen System stehen. Als reale Ausgangslage für eine nachvollziehbare Sichtbarmachung der Repressionsgewalt Bundeswehr dürften hier die Notstandsgesetze im Vordergrund stehen, zumal über sie auch sichtbar gemacht werden kann, wie im "Notstandsfall" das Militär gegen die eigenen Interessen bzw. die der Kollegen eingesetzt werden kann.

Damit soll keineswegs die Kriegsdienstverweigerung als einzige und wichtigste Form antimilitaristischer Arbeit dargestellt werden. Denn im Gegenteil: Wirksame antimilitaristische Arbeit mit dem Ziel, das Repressionsinstrument Bundeswehr im entscheidenden Stadium der Klassenkämpfe für das Kapital unbrauchbar zu machen, setzt voraus, daß Sozialisten in die Bundeswehr hineingehen und in ihr antimilitaristisch tätig sind (siehe Schlußteil). Die Kriegsdienstverweigerung kann in diesem Zusammenhang nur einen zweitrangigen Stellenwert haben, da die Kriegsdienstverweigerer immer noch öffentlich diffamiert und während des Ersatzdienstes räumlich isoliert sind. Zudem stoßen sie oft bei dienenden Wehrpflichtigen auf Mißtrauen ("Drückeberger"). Kriegsdienstverweigerung hat dann eine nützliche Funktion, wenn sie dazu dient, Soldaten, denen die Repression des Militärapparates unerträglich geworden ist, oder Wehrpflichtige, die aus psychischen oder sonstigen Gründen schon

vor ihrer Dienstzeit glauben, dem Maß an Unterdrückung nicht gewachsen zu sein, dem Bundeswehrrapparat zu entziehen. Diese Genossen haben dann die Aufgabe, innerhalb ihres Ersatzdienstbereiches bzw. der Verweigererorganisationen die oben beschriebene Politisierungsarbeit zu leisten.

15b,c Thesen zum antimilitaristischen Kampf

1. Die Klassenlage der Berufssoldaten ist dadurch gekennzeichnet, daß der Staat im Interesse des Gesamtkapitals die politische Systemsicherung des Kapitalismus nach innen und nach außen übernimmt und dafür u.a. eine Armee unterhält. Die Ausgaben hierfür sind "tote Kosten" (freilich zugleich die Mehrwertproduktion der Rüstungskapitale ermöglichend). Sie stammen aus Lohn- und Profitabzügen (Steuern). Der Berufssoldat ist unproduktiver Lohnarbeiter. Er verkauft seine Arbeitskraft an den Staat und nicht an ein Einzelkapital.
2. Der Berufssoldat wählt seinen Beruf auf Grund einer Motivation, deren wesentliche Kennzeichen Sicherheitsstreben, Autoritätsbewußtsein, Faszination durch Technik und "Mannestum" usw. sind. Er ist vom Staat angestellt und kann auf Grund seiner Ferne zum Produktionsprozeß die kapitalistische Gesellschaft in der Regel nicht durchschauen. Die Funktion seines Berufs im staatlichen Unterdrückungsapparat verschließt ihm vollends die Möglichkeit antikapitalistischen Bewußtseins. Die Auslese bei der Rekrutierung von Berufssoldaten richtet sich neben der fachlichen Qualifikation nach Staatstreue und ideologischer Zuverlässigkeit. Dies und die zunehmende Verflechtung von Teilen des Offizierskorps mit den Rüstungskapitalen bewirken eine weitere Identifizierung des Berufssoldaten mit Kapital und Staat in der BRD.
3. Das heißt nicht, daß Lage und Bewußtsein des Berufssoldaten widerspruchsfrei wären. Hier müssen wir unterscheiden zwischen verschiedenen Widersprüchen.
 - a) Langfristige Widersprüche:
 - Beschäftigter des Soldaten ist der kapitalistische Staat. An ihn richten sich finanzielle, soziale und politische Forderungen. Zwischen diesen und den Möglichkeiten des Staates, darauf einzugehen, können in einer gegebenen Periode Brüche entstehen (vgl. Polizistendemonstrationen; Frage der Gleichberechtigung der ÖTV in der Bundeswehr mit dem Bundeswehrverband usw.).
 - Die Bundeswehr stellt einen Beamtenapparat dar, der durch seine spezifischen Aufgaben geprägt ist. In den Formen des Zwanges zur "Ökono-

misierung der militärischen Arbeit" und der Besonderheit der Aufgabe können Widersprüche entstehen, deren Pole Technologisierung und militaristische Ideologisierung sind.

- Karrierismus, sozialpsychologische Momente, Generationenunterschiede und ideologisch-politische Differenzen allgemeiner Art bilden eine weitere Quelle von Widersprüchen.

b) Kurzfristige Widersprüche:

- Das Militär ist nicht bewegendes Moment in der kapitalistischen Gesellschaft, sondern primär von den Bedingungen und der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft bewegtes Moment. Seine jeweilige konkrete Situation ist (auf der Basis des unter a Genannten) Produkt und Bestandteil der nationalen und internationalen Bewegung des Kapitals und des Klassenkampfes. Die Widersprüche dieser Bewegung übertragen sich mit bestimmten Veränderungen auf das Militär.
- So ist im Zuge des weltpolitischen Arrangements von USA und SU, sowie durch das Interesse westdeutscher Kapitale an verstärktem Osthandel die einseitige und aggressive Ausrichtung der Bundeswehr widersprüchlich geworden. Der strategische und ideologische Antikommunismus ist erschüttert bzw. muß sich verschleiern.
- So produziert der Widerspruch zwischen den NS-Gesetzen und der Funktion der Bundeswehr darin und dem Versuch der "modernen linksliberalen" Formierung durch Integration eine ständige Unsicherheit, insbesondere unter den niederen Rängen der Berufssoldaten.

4. Für die Zeitsoldaten ergeben sich grundsätzlich die gleichen Bestimmungen, wie sie auch für die Berufssoldaten gelten. Jedoch treten bei ihnen Modifikationen auf durch ihre nur zeitweise Bindung an die Bundeswehr, was – verknüpft mit dem Interesse an beruflicher Weiterbildung – die Bundeswehr eher als Jobmöglichkeit, aus der möglichst viel herauszuholen ist, begreifen läßt. Die jahrelange Sozialisation der Zeitsoldaten in der Bundeswehr hinterläßt freilich in ihrem Bewußtsein deutliche Spuren.
5. Alle diese Fragen stellen sich anders für den Wehrpflichtigen. Er ist nur vorübergehend in der Bundeswehr, lebt nicht ständig und in vollem Umfang von ihr (ist also kein Lohnarbeiter), ist in sie hineingezwungen und in Sein und Bewußtsein geprägt von seiner sozialen Situation außerhalb der Bundeswehr. Daß diese gleichwohl einen erheblichen, insbesondere ideologischen Einfluß im Zusammenhang mit vorhergehenden Sozialisationsfaktoren auf ihn ausübt, darf dabei freilich nicht übersehen werden.
6. Aufgrund dieses unterschiedlichen Sachverhalts ergeben sich gegenüber den Berufssoldaten auch unterschiedliche Widersprüche:
 - a) Die Wehrpflicht bedeutet für den Wehrpflichtigen in der Regel eine abstrakte, mit seinen bisherigen eher indirekten Erfahrungen mit dem kapitalistischen Staat nicht vermittelte Pflicht diesem gegenüber.
 - b) Diese unbegriffene Ableistung einer Pflicht dem Staat gegenüber bringt überwiegend eine passiv-abwartende Haltung zum Bundeswehrapparat her-

vor, zumal sich die soziale Zusammensetzung der Wehrpflichtigen nach der Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung richtet, anders als bei den Berufssoldaten, wo insbesondere in den höheren Rängen die kleinbürgerliche und bürgerliche Klassenherkunft dominiert. Im Gegensatz zum Berufssoldaten erscheint dem Wehrpflichtigen der Bundeswehrapparat eher als Unterdrückung und Ärgernis denn als Versorgungsinstitut. Seine unmittelbare Fixierung an den Bundeswehrapparat erschwert ihm aber die Einsicht in dessen gesellschaftliche Grundlagen.

Diese Grundeinstellung schwankt jedoch stark nach sozialer Lage, der Form, in der der Staat dem jeweiligen Wehrpflichtigen vor der Wehrdienstzeit in Erscheinung trat, nach Bewußtsein und Erwartungshaltung.

- c) Das Aufeinanderprallen "gezogener" Wehrpflichtiger und "freiwilliger" Berufs- und Zeitsoldaten vor dem Hintergrund autoritärer Kommandostrukturen schafft aufgrund der jeweils unterschiedlichen materiellen Lage innerhalb der bewußtseinsmäßigen Einstellung zur Armee zahlreiche Brüche.

7. Die Wehrpflichtigen stehen in ungleich stärkerem Maß im Widerspruchsfeld des zivilen Lebens, das grundsätzlich durch die unter 3b genannten Momente gekennzeichnet ist. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die in den letzten Jahre anschwellenden Kämpfe der Arbeiterklasse, der Studenten-, Schüler- und Lehrlingsbewegung sowie die ersten Ansätze kommunistischer Neuorganisationen. In Bezug auf die Bundeswehr brachte diese Etappe offenen Antimilitarismus (KDV), latente Wehrunlust oder erhöhte Kritikbereitschaft hervor. Die objektiven Widersprüche, in die auch die Bundeswehr hineingeraten ist, verstärken die subjektive Konfliktbereitschaft der Wehrpflichtigen.
8. Die bisherige Analyse der zentralen Widerspruchsmomente, die auf die Bundeswehrsoldaten einwirken, erlauben uns einige Schlußfolgerungen für die Formulierung einer antimilitaristischen Taktik in der BRD. Hierbei haben wir zu berücksichtigen:
 - a) den Stand der Klassenkämpfe in der BRD, der sich gegenwärtig durch eine relative Unentfaltetheit der spontanen Kämpfe der Arbeiterklasse, ihrer weitgehenden Trennung vom wissenschaftlichen Sozialismus und daraus folgenden noch mangelnden politisch-organisatorischen Qualität des Klassenkampfes kennzeichnet, sowie durch einen militärisch gerüsteten Staatsapparat, der sich auf verschärfte Klassenauseinandersetzungen vorbereitet.
 - b) Entwicklungsgrad und Aktivität reformistischer und revisionistischer Tendenzen.
 - c) Als Träger antimilitaristischer Arbeit sind Teile der Jusos, der Gewerkschaften, DKP und SDAJ sowie demokratisch-pazifistische und verschiedene marxistische Gruppen zu bezeichnen. Die Notwendigkeit einer breiten Aktionseinheit auch im antimilitaristischen Kampf schließt allerdings die politisch-ideologische Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Richtungen mit ein.Das gegenwärtige Niveau der Klassenkämpfe in der BRD läßt eine mehr oder minder unmittelbare sozialistische Zielsetzung des antimilitaristischen

Kampfes gar nicht zu. Wenn wir im folgenden auf Schwächen und falsche Tendenzen in der antimilitaristischen Bewegung hinweisen, so muß ausdrücklich betont werden, daß die Kritik an Gruppen geübt wird, die den historisch möglichen Stand antimilitaristischen Kampfes widerspiegeln. Diese Gruppen, insbesondere Jusos, SDAJ und pazifistische Organisationen stellen daher auch den Anknüpfungspunkt für die weitere Entwicklung antimilitaristischer Arbeit dar. Sie können und sollen nicht von einem abstrakt richtigen Standpunkt aus beurteilt werden. In der Folge unserer Einschätzung der Möglichkeiten des antimilitaristischen Kampfes stoßen wir auf den Widerspruch zwischen der langfristigen Strategie und den Zwang zur alltäglichen, kurzfristigen antimilitaristischen Arbeit, die aus den oben genannten Gründen gegenwärtig nur demokratisch defensiv sein kann. Dieser demokratische Kampf ist innerhalb der Bundeswehr die augenblickliche Aufgabe der Wehrpflichtigen, wobei auch Zeitsoldaten und — teilweise — Berufssoldaten unter Ausnutzung der speziellen Widersprüche ihrer Situation mit einbezogen werden können. Die letztgenannten Personengruppen können aber nur in Ausnahmefällen über die Phase des demokratischen Kampfes hinaus mobilisiert werden.

Die Aufgabe der Kommunisten und Sozialisten ist es, in dieser demokratischen Arbeit die langfristigen Ziele des antimilitaristischen Kampfes zu propagieren und zu konkretisieren. Klar ist dabei, daß dies nicht isoliert, losgelöst von den Kämpfen im Produktionsbereich erfolgen kann, sondern immer mit ihm verbunden sein muß, da die Erfolgsmöglichkeiten antimilitaristischer Arbeit direkt von der Entwicklung und Entfaltung der Kämpfe der Arbeiterklasse abhängig sind.

Die pazifistischen Gruppen gingen bei ihrer Arbeit von einer moralisch begründeten Ablehnung des Militarismus, des Krieges und des Tötens aus. Ihre Tätigkeit beschränkte sich meist auf die Propaganda für die Kriegsdienstverweigerung und auf die Vorbereitung auf das Anerkennungsverfahren. Trotzdem konnten sie, vor allem durch die Ostermarschkampagne, relativ große Teile der Jugend erfassen, die durch — ihre zunächst noch individuelle — Kriegsdienstverweigerung zur Reflexion über Krieg und Militarismus und deren Verhältnis zur Gesellschaft veranlaßt wurden. Mit dieser zunehmenden Politisierung der Kriegsdienstverweigerer vollzog sich auch innerhalb der pazifistischen Organisationen ein Prozeß, in dem die herkömmliche Ausrichtung dieser Gruppen (als gewissermaßen gewerkschaftliche Organisationen der Verweigerer), ihre Stellung zur Gewaltanwendung diskutiert und in Frage gestellt wurden. Dieser Klärungsprozeß scheint noch nicht abgeschlossen zu sein.

Verschiedene Gruppen sind in der Konzeption und Praxis antimilitaristischer Arbeit stark in der Vorstellung befangen, der Militarismus sei innerhalb des kapitalistischen Systems abschaffbar; sie neigen dann zu unrealistischen Forderungen. Weitere mögliche Fehl Tendenzen liegen in der bloß außenpolitisch oder von vornherein im Sinne der lediglich demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft beschränkten Begründung antimili-

taristischer Arbeit.

9. Die Berufssoldaten sind (von Ausnahmen abgesehen) nicht antikapitalistisch zu mobilisieren und zu organisieren. Die Ausnutzung und Weitertreibung der Widersprüche ihrer Lage kann allein den Zweck haben und dazu führen, sie so weit wie möglich als Instrument in den Händen des kapitalistischen Staates zu erschüttern.
10. Bezüglich der Wehrpflichtigen gilt es zu unterscheiden,
 - a) zwischen verschiedenen Gruppen sozialen und bewußtseinsmäßigen Charakters
 - b) zwischen Inhalten und Formen antimilitaristischer Taktik, die im Rahmen der bestehenden Widersprüche verbleiben, und solchen, die auf ihre Sprengung angelegt sind.
11. Grundsätzlich besteht die Aufgabe antimilitaristischer Taktik hier in der Schärfung des Bewußtseins der Soldaten von der Bundeswehr als staatlichem Gewaltapparat des Kapitals in einer besonderen historischen Situation einerseits und ihrer Erkenntnis der Widersprüche dieses Apparats und der praktischen Hebel, sie (gegenwärtig primär) defensiv auszunutzen.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen in der BRD muß der vorrangige Inhalt antimilitaristischer Arbeit darin bestehen, bei den Lohnabhängigen als Wehrpflichtigen (und die große Mehrzahl der Wehrpflichtigen sind Lohnabhängige) den Charakter der Bundeswehr als Instrument der herrschenden Klasse klar zu machen, um damit den Kampf gegen die Unterdrückung in der Bundeswehr mit dem antikapitalistischen Kampf am Arbeitsplatz verbinden zu können.

Bei der Zuspitzung der Klassenkämpfe kann dann die teilweise Lähmung der Bundeswehr als Instrument der herrschenden Klasse (Lohnarbeiter schießen nicht auf Lohnarbeiter!) angestrebt werden. Diese Möglichkeit ist klar an den Entwicklungsgrad des revolutionären Prozesses gebunden und wird sich mit ihm verändern. Von einer "Zerschlagung der Bundeswehr" (in ihrem Verständnis als Teil der allgemeinen Funktionen des bürgerlichen Staates) kann erst mit Zerbrechen dieses bürgerlichen Staates und dem Aufbau des Sozialismus die Rede sein.

Diese sehr allgemeinen Thesen bedürfen natürlich der Konkretisierung in der Praxis antimilitaristischer Arbeit. Da wir an dieser nicht beteiligt sind, können wir lediglich einen Katalog von Hinweisen geben, die in den beteiligten Gruppen diskutiert werden. * Diese Hinweise sind in engem Zusammenhang mit den bislang in dieser Broschüre entwickelten inhaltlichen Argumentationen zu sehen.

* Formen antimilitaristischer Arbeit in der gegenwärtigen Phase

Eine der zentralen Aufgaben, die die Träger antimilitaristischer Arbeit gegenwärtig zu leisten haben, ist die Aufklärung der Soldaten und Wehrpflichtigen über die historischen Wurzeln des deutschen Militarismus, über die allgemeine Funktion der Rüstung und des Militärs im Kapitalismus, über die Rolle der Bundeswehr als außenpolitische Waffe des Imperialismus und innenpolitisches Unterdrückungsinstrument in der Hand des Kapitals. An der konkreten Situation der

Soldaten innerhalb der Armee muß ihnen außerdem die alltägliche, offene oder verdeckte Unterdrückung der Wehrpflichtigen klargemacht und so ihnen die Notwendigkeit und die Möglichkeiten antimilitaristischer Arbeit aufgezeigt werden.

Praktische Wirkungsmöglichkeiten von Gruppen außerhalb der Bundeswehr

Zum jetzigen Zeitpunkt umfassen die praktischen Wirkungsmöglichkeiten von Gruppen außerhalb der Bundeswehr:

- a) Die Herstellung und Erweiterung von Verbindungen zu Kämpfen im Produktionsbereich, Schulen, Universitäten etc.
- b) Die überregionale Verbindung der wehrpflichtigen Genossen, zu der diese aus praktischen Gründen allein kaum in der Lage sind.
- c) Die Beratung in juristischen, taktischen Angelegenheiten.
- d) Die finanzielle, organisatorische Unterstützung (Überlassung von Abzugs- und Druckmöglichkeiten, Räumen etc.)
- e) Aufklärung, Schulung, Publizistik
- f) Durchführung von Aktionen, bei denen Soldaten aus juristischen Gründen zu gefährdet wären.

Die politische Arbeit innerhalb der Kasernen muß nach Möglichkeit von aktiven Soldaten der verschiedenen Dienstgrade durchgeführt werden. Besonders ansprechbar sind dabei:

- Rekruten, Wehrpflichtige,
- Reserveoffiziere und -unteroffiziere,
- u.U. die Standort-Pfarrer und Truppenärzte (Truppenärzte, deren Med.-Studium durch die Bw finanziert wurde und die nach Beendigung des Studiums einige Jahre als Bw-Ärzte dienen müssen);

Es ist anzustreben, für die politische Arbeit innerhalb der Kasernen längerdienende Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere zu gewinnen, da Wehrpflichtige

- der Gefahr häufiger Versetzungen ausgesetzt sind,
- nach 18 Monaten entlassen werden und die Kontinuität politischer Arbeit dadurch unterbrochen wird.

Positionen von politischer Relevanz innerhalb der Truppe sind

- für Mannschafts- (Unteroffiziers-) Dienstgrade die Stellung des "Vertrauensmannes" der Mannschaften (bzw. Unteroffiziere);
- Offiziere und Unteroffiziere haben auf Grund ihrer Dienststellung (Führer von Einheiten, Teileinheiten, Gruppen oder Trupps) besondere Einflußmöglichkeiten auf die Soldaten.

2)

Als Aktionsfelder für alle Dienstgrade bieten sich:

- Der politische Unterricht ("Aktuelle Information"); dieser Unterricht wird oft wehrübenden Reserveoffizieren oder aktiven Reserveoffiziersanwärtern (Fähnriche etc.) überlassen; aber auch Mannschaften können durch gezielte Diskussionsbeiträge eine gute Wirkung erzielen;
- Die Unterrichte "Innere Führung und Recht"; hier muß entweder durch die Leitenden oder durch vorbereitete Diskussionsbeiträge der Teilnehmer (Mannschaften, Unteroffiziere) eine intensive Aufklärung über die demokratischen Rechte innerhalb der Truppe erreicht werden;
- Das "Aktuelle (oder Schwarze) Brett"; Aushang von Presseartikeln zu Themen, die sich für die Agitation eignen (Starfighter-Abstürze, Rüstungsschieberei, Vietnam-Krieg, BRD-Unterstützung an Portugal, Griechenland usw.);
- Die Kantine; hier muß die Auslage demokratischer und sozialistischer Publikationen gefordert werden;
- Die Truppenbücherei; Forderung nach Entfernung von Kriegs-, Nazi- u.a. Schundliteratur; Aufnahme politischer, polit-ökonomischer u.a. Literatur;

- Beratung und Unterstützung aller Soldaten, die ihre Rechte nach WBO oder WDO in Anspruch nehmen, bzw. Eingaben an den Wehrbeauftragten einreichen;
 - Persönliche Diskussion und Aufklärung (z.B. auch durch Plakatierung des Spindes mit antimilitaristischen Plakaten etc.)
- Das Auftreten für die unmittelbaren sozialen Belange der Soldaten (ärztliche Versorgung, Verpflegung, Wochenendurlaub usw.) ist dabei selbstverständlich;

Reaktionäre Offiziere und Unteroffiziere können bei gegebenen Anlässen (z.B. Aktuelle Information) bloßgestellt oder im Dienst kompromittiert werden; faschistoide Äußerungen oder dienstliche Verfehlungen reaktionärer Offiziere (Uffz) müssen öffentlich verbreitet und angeprangert werden (z.B. in Lokalpresse).

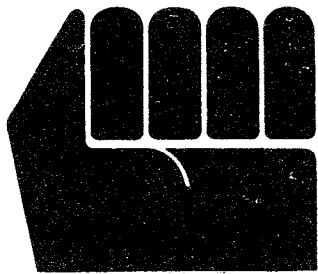
Im Rahmen einer Strategie des "begrenzten Konflikts" (um eine vorzeitige Liquidation der Agitatoren zu verhindern) wird sich die politische Auseinandersetzung innerhalb der Bw zunächst als "demokratischer Kampf" abspielen, der jedoch zweierlei Funktionen hat: einerseits werden die demokratischen Rechte der Soldaten erweitert und können reaktionäre Tendenzen aufgezeigt, bekämpft und u.U. sogar zurückgedrängt werden, andererseits wird den politisch aktiven Soldaten (und nicht nur diesen) durch die Repressionsmaßnahmen des Systems die Grenze ihres eigenen Bewegungsspielraumes sehr bald verdeutlicht werden, sie so aber auch die Notwendigkeit umfassender Kampfmaßnahmen einsehen lassen.

*** Exportamos**

*** Libros**
Novela, cuento, poesía, crítica, teatro.
Por autores cubanos y extranjeros.

*** Revistas**
Especializadas, literarias y de carácter general,
ilustradas con la actualidad de Cuba.

Instituto cubano del libro
Departamento internacional.
Calle 19 No. 1002
entre 10 y 12, Vedado
Habana, Cuba.



ABONNEMENT

Unsere Bücher können abonniert werden - entweder insgesamt oder nur die der Reihe "Schriften zum Klassenkampf". Die einzelnen Titel (insgesamt ca. 10-12 Titel jährlich) erscheinen in unregelmäßigen Abständen. Die Preise liegen in der Regel - mit ganz wenigen Ausnahmen - zwischen DM 4.00 bis DM 9.00, je nach Umfang. Auf diese Preise erhalten Abonnenten einen Rabatt von 15%. Bestellungen laufen für 1 Jahr unkündbar und können dann vor der Auslieferung der einzelnen Titel gekündigt werden. Für den Zeitraum von einem halben Jahr werden die neuen Titel angekündigt. Wir können Auflagen und Preise besser kalkulieren, wenn ein großer Teil durch die Abos fest vorbestellt ist. Außerdem liegt darin und in der Werbung für neue Abonnenten eine gute Möglichkeit zur Unterstützung des Verlags. Unterstützt den Trikont Verlag durch ein Abonnement und durch Anwerbung neuer Abonnenten!

TRIKONT-VERLAG · 8 München 80, Josefsburgstr. 16

TRIKONT

INHALTSVERZEICHNIS

SEITE

Einige notwendige Vorbemerkungen	1
Statt eines Vorwortes: Das Modell der Katastrophe (Protokoll der Übung Wintex 71)	3
Einleitung: Die Rolle des westdeutschen Militärs in der spätkapitalistischen Gesellschaft der BRD	7
Militär und Gesellschaft im Kaiserreich	15
Zum Verhältnis von Militär und Gesellschaft in der Weimarer Republik	21
Exkurs: Aufkommen und Funktion des Faschismus	26
Armee und Faschismus	31
Exkurs: Die Rezeption des Widerstandes (20. Juli) in der BW	34
Remilitarisierung der Bundesrepublik	36
Rüstung und Ökonomie im Spätkapitalismus	46
Zur konkreten Entwicklung des Verhältnisses von Militär und Industrie in der BRD: Der Militärisch-Industrielle Komplex	55
Exkurs: Der "Skandal" um den Schützenpanzer HS 30	61
Der Militärisch-Industrielle Komplex in der BRD heute: Erscheinungsbild und Entwicklungstrends	75
Das staatliche Planungs- und Leitungssystem	89
Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD	101
Kriegsforschung und -entwicklung im Kapitalismus	114
Außenpolitische Funktion der Bundeswehr	123
Die Bundeswehr als direkte Repressionsgewalt des kapitalistischen Staates (NS-Armee)	128
Werkselbstschutz	133
Bundeswehr und politische Parteien	136
Wehrdienstordnung, Wehrbeschwerdeordnung, Soldatengesetz und ihre Anwendung	149
Innere Führung	160
Ideologische Strömungen innerhalb der Truppe	169
Truppenpraxis	173
Truppenbüchereien in der Bundeswehr	181
Der Zusammenhang von Soldaten und disziplinierten industriellen Produzenten	184
Kirchen und Bundeswehr	187
Zur Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr	202
Zur Kriegsdienstverweigerung	213
Thesen zum antimilitaristischen Kampf	217

CHRISTEL NEUSÜSS IMPERIALISMUS UND WELTMARKTBEWEGUNG DES KAPITALS

**Neu
im Verlag
des**

KRITIK DER LENINSCHEN IMPERIALISMUSTHEORIE UND GRUNDZÜGE EINER THEORIE DES VERHÄLTNISSES ZWISCHEN DEN KAPITALISTISCHEN METROPOLLEN

POLITLADEN

Das Buch erscheint im September 72 im Verlag des Politladen Erlangen, es hat ca. 250 Seiten und wird ca. 8,50 DM kosten. Es ist klebegebunden und hat einen zweifarbigen Snolin-Umschlag.

Wir bitten um Vorbestellungen!

ERLANGEN